REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 377 · 5.4.1995

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 47 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Gedenken heißt eingreifen. Aktionsvorbereitung zum 8. Mai - Al., Nürnberg
2. Türkei: Öffentlichkeit unerwünscht - NoFX.
3. Ernst Jünger - ein Sieger der deutschen Geschichte?
4. In eigener Sache: Spendenliste + Danksagung - ak-Redaktion
5. Kein Platz für Kurden. Türkisches Militär zerschlägt die kurdischen Autonomie im Nordirak - Rizgar Dostani
6. Istanbul im Kriegszustand. Alewiten, türkischer Staat und Islam - Hans Rimscha
7. Schon wieder: Vereinsverbote gegen Kurden - jo.
8. Razzien gegen die NSDAP/AO - mi.
9. Der Verfassungsschutz und der Wiederaufbau der "NSDAP". Aus den Berichten des VS- Spitzels Werner Gottwald (Dokumentation)
10. Getrennt marschieren - vereint schlagen. Die Ausweitung der illegalen NSDAP
11. Iranischer Gefangener nach Abschiebung im Iran hingerichtet - Bürokollektiv Ulla Jelpke, MdB
12. Hamburg: Nie mehr Polizeiskandal - jo.
13. Die Zeit wird knapp. Pennsylvanias neuer Gouverneur will die Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal anordnen
14. Metalltarifrunde 95: Unternehmer sichtlich unzufrieden - gg.
15. Unverbrüchliche Freundschaft. Iranisch-deutsche Geheimdienstverbindungen überdauern alle politischen Krisen - B.
16. Militärische Lösung. Bundesregierung brennt auf ersten Kriegseinsatz der Bundeswehr - he., Hamburg
17. Beischlaf-Pflicht für Ehefrauen. Wird Vergewaltigung in der Ehe endlich unter Strafe gestellt? - Gy.
18. 50 Jahre später, 50 Meter weiter. Nürnberg: Monatlicher Nazi-Treff aufgedeckt - Demonstration geplant - Al., Nürnberg
19. "Vergewaltigung vor Gericht" - eine Buchempfehlung - at.
20. Verfahren gegen die " Antifa-M" in Göttingen - A. List
21. Vom " Anti-Terror-Kampf" zur Widerstandsbekämpfung - Rolf Gössner
22. Wandel durch Annäherung. CDU und Bündnisgrüne beim gemeinsamen Tanz ums goldene Kalb - mb., Berlin
23. Nach der Ampel links?! In Bremen finden vorgezogene Bürgerschaftswahlen statt - he., Hamburg
24. Frankfurter Verhältnisse - Georg Fülberth
25. Exorzismus bei der PDS. Der Kampf gegen Sektierer und Unterwanderungsversuche - KUK, Berlin
26. Musterschüler der EU. Österreichs Abwehrpolitik gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen - gaf
27. Nach dem Sieg des Nordens: Das Ende der Demokratie im Jemen - G.O.
28. Die Bedeutung des 8. Mai 1945 für Polen - Ryszard Nazarewicz, Warschau
29. ak-Serie: Kapitulation und Befreiung, Teil 4 - Editorial
30. Vor 50 Jahren. Chronologie Teil 4: April 1945
31. Berichte über den Tod in Auschwitz. Eine Sammelrezension - Katja Leyrer
32. Die Zahl der Opfer der Schoah - ES, Hamburg
33. "Hast du ein kämpferisches Verhältnis zur Gesellschaft?" Autonome suchen neue Wege ... (Autonomie-Kongreß Ostern 95) - KUK
34. Wolfgang Harich - ein Abschied. Der streit- bare Philosoph und Kommunist starb mit 72 Jahren - Gerd Bedszent
35. Die Juden und die russsische Revolution (1917 -1937). Vorabdruck aus "Die Marxisten und die jüdische Frage" von Enzo Traverso
36. Im Netz der neuen Medien. Die "digitale Revolution" und ihre Folgen - Js.
37. Friedens-, Flüchtlings- und Solidaritätsgruppen bereiten Einmischung auf dem Kirchentag vor - Volker Böge, Komitee f. Grundrechte ...
38. Aufmunternd, kritisch, konstruktiv. Die ersten Reaktionen auf die ak-Debatte

39. Das Attentat auf Kurilow. Ein Roman über revolutionäre Moral - Katja Leyrer
40. Der UN-Weltsozialgipfel. Ein wichtiger Schritt nach vorne - moe, Lateinamerika- Komitee Nürnberg
41. Hurra! Endlich im "Zentrum der Macht"!
42. Quelldatei 34.htm
43. Quelldatei 40.htm
44. Quelldatei 41.htm
45. Quelldatei pds.htm
46. Quelldatei versuch1.htm
47. Quelldatei versuch2.htm

1. Gedenken heißt eingreifen. Aktionsvorbereitung zum 8. Mai

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:09

Mit einer breit getragenen Demonstration und einem "Fest der Befreiung" gedenkt die Linke in Nürnberg dem Ende des Nationalsozialismus. Das Bündnis reicht bisher von diversen autonomen Gruppen, Antifa-Initiativen, dem KB Nürnberg und anderen linken Organisationen bis hin zum Friedensforum.

Die Linke tut sich schwer, am 8. Mai eigene Akzente zu setzen. Dies gilt auch für das gesamte Gedenkjahr 1995. Während auf der publizistischen Ebene noch der eine oder andere über die eigene Szene hinaus beachtete Beitrag geleistet werden kann, sieht es bei Aktionen auf der Straße ziemlich zappenduster aus. Aber in Nürnberg gehen die Uhren anders. Aufgrund der besonderen Rolle, welche die Stadt für die Nazis spielte, finden sowohl das Verhalten der rot-grünen Stadtspitze als auch der außerparlamentarischen Linken tendenziell mehr - auch internationale - Beachtung, als dies an anderen Orten der Fall ist. Nach gründlichen Diskussionen gelang es dem KB Nürnberg, einen Aktionsvorschlag in die Debatte zu bringen, der diesem Umstand Rechnung trägt und geeignet scheint, dem vom Oberbürgermeister favorisierten Konzept eines "abstrakten Humanismus" etwas Nennenswertes entgegenzustellen.

Die rot-grüne Stadtverwaltung

Für die Stadtspitze hat das Gedenkjahr 1995 höchste politische Priorität. Die Stadtoberen spüren, daß international die Augen auf sie gerichtet werden. Aus Presseveröffentlichungen ist zu entnehmen, daß im Rathaus die Parole gilt: Bloß keine Fehler machen. Der sozialdemokratische Oberbürgermeister stellte einen Planungsstab zusammen, der ihm direkt untersteht und in dem er das letzte Wort hat. Als Beratungsgremium wurde eine Herrenrunde installiert, dem außer ihm auch der DGB-Kreisvorsitzende, die Dekane der evangelischen und katholischen Kirchen sowie der Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde angehören. OB Schönlein, ein konturenloser Mainstream-SPD-Mann, legt die politische Linie fest. Dazu gehört auch, daß die Stadt von Anfang an versuchte, Basisgruppen in ihr Konzept einzubinden, beispielsweise indem deren Veranstaltungen in einen von der Stadt erstellten und breit verteilten Programmkalender aufgenommen wurden. Möglicher Kritik sollte so von vorneherein der Wind aus den Segeln genommen werden.

Neben einigen inhaltlich soliden, historisch orientierten Saalveranstaltungen sind unter anderem am 2. Januar (Bombardierung Nürnbergs), am 20. April (Befreiung durch US-Truppen) und am 8. Mai Straßenaktivitäten vorgesehen. Das Hauptziel aller offiziellen Bemühungen besteht darin, den schlechten Beigeschmack loszuwerden, den der Name der Stadt durch die nahezu automatische Verbindung mit den "Reichsparteitagen" sowie mit dem "Nürnberger Prozessen" hat. Um dies zu erreichen will man sich als "Stadt des Friedens und der Völkerverständigung" präsentieren, die ihre braune Vergangenheit aufarbeitet.

Bemerkenswert ist, daß man in Nürnberg im Unterschied zur bundesweiten Debatte eine Gleichsetzung von Opfern und Tätern vermeidet. Beispielsweise stellte der Oberbürgermeister anläßlich der "Bombardierung Nürnbergs" (2. Januar) in einer von 8000 Menschen besuchten öffentlichen Gedenkveranstaltung einen eindeutigen und kausalen Zusammenhang von Nazi-Untaten und der Bombardierung der Stadt her. Daß er darauf verzichtete, die Stadt und ihre Einwohner öffentlich als "Opfer" zu beweinen, trug ihm in den Leserbriefspalten der Zeitungen viele böse Zuschriften ein.

Was den 8. Mai betrifft, sieht das offizielle Konzept vor, auf dem zentralen Hauptmarkt um 18.30 Uhr eine Kundgebung abzuhalten. Als Redner sollen neben OB-Schönlein vor allem die Bürgermeister aus den Partnerstädten auftreten (u.a. Krakau/Polen, Prag/Tschechien, Charkow/Ukraine, San Carlos/Nicaragua, Hadera/Israel), um so den Aspekt der Völkerverständigung in den Vordergrund zu rücken.

Ansatz der Linken:

Gedenken heißt heute handeln

Der Ansatz des von Linken initiierten Bündnisses fußt darauf, die städtische Kundgebung am Hauptmarkt nicht frontal abzulehnen, obwohl sie sich auf nur einen inhaltlichen Aspekt beschränkt. Abgesehen davon, daß dies

außerhalb der eigenen Szene nur schwer vermittelbar wäre, würde es auch deren Tenor "Völkerverständigung" nicht gerecht werden. Die Bündnis-Aktionen sind so angelegt, daß es zu keiner zeitlichen Überschneidung kommt. Dies war für das Friedensforum, das alle noch aktiven Tendenzen der Friedensbewegungen zusammenfaßt, die Voraussetzung dafür, sich an den Debatten der Linken zu beteiligen.

Weitere Prämissen für das Agieren der Linken:

- Der eigene Ansatzpunkt liegt darin, die Lehren, die 1945 gezogen wurden, auf die heutige Zeit anzuwenden. Insbesondere soll hervorgehoben werden, daß Kernpunkte heute über Bord geworfen werden: z.B. Grundrecht auf politisches Asyl, keine Bundeswehreinsätze, Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten, Unterdrückung faschistischer Betätigung. Das Bündnis will keinen bunten Themenmix nach dem Motto "Was wir immer schon mal sagen wollten" bieten, sondern auf die genannten Punkte zuspitzen.

- Klein- oder Kleinst-Aktionen, die sich vor allem an die eigene Klientel richten, werden weder den Möglichkeiten noch der Verantwortung der hiesigen Linken gerecht.

Eine ansehnliche Aktion, die von einer breiten Öffentlichkeit wahrgenommen wird und verstanden werden kann, kann es nur geben, wenn sich alle Tendenzen der Linken auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen und dafür dann Bündnispartner im fortschrittlichen Lager suchen.

Die Bündnisfähigkeit muß im Aufruf, im Aktionskonzept und durch die Redner und Rednerinnen dokumentiert sein.

Kontroverse Diskussion - gemeinsame Aktion

Bei zum Teil hitzigen Diskussionen, an denen mehrere Dutzend Personen teilnahmen, gab es folgende Kontroversen:

Wie ist das Verhalten der schweigenden Mehrheit im Nationalsozialismus zu beurteilen? Hieß Schweigen automatisch Zustimmen und Mit-Täter sein? Kann man diesen Generationen also uneingeschränkt den Vorwurf der Mit-Täterschaft machen? Letztlich wurde diese Frage mit "nein" beantwortet. Das Schweigen und Kuschen hatte neben weitverbreiteter williger Mitmacherei und einem großen Mangel an Zivilcourage auch mit dem systematischen politischen Terror nach Innen zu tun. Eine Art "linker Kollektivschuldthese" wurde verworfen. Es wurde auch abgelehnt, den ideologischen Anspruch der Nazis, die Volksgemeinschaftsideologie, mit der konkreten Wirklichkeit im 3. Reich in eins zu setzen.

Im Aufruf heißt es: "Die Mehrheit der Deutschen, die wußte, daß hunderttausende ihrer Mitmenschen in KZs bestialisch mißhandelt und ermordet wurden, hatte geschwiegen. Dieses Schweigen hatte verschiedenste Ursachen: Zustimmung, Gleichgültigkeit, mangelnde Zivilcourage, die Angst selbst Opfer des Nazi-Terrors zu werden."

Eine weitere Debatte kreiste um "offensive Aktionsformen" und "offensive Forderungen", die manche Autonomen einforderten. Dies hätte bedeutet, die "offizielle Kundgebung" in irgendeiner Art zu stören oder zu provozieren - was schließlich auch die Autonomen als politisch kontraproduktiv für die Ausstrahlung der eigenen Aktivitäten werteten.

Was die Forderungen betrifft, stehen neben "defensiven" Punkten wie "keine out-of-area-Einsätze der Bundeswehr" auch "offensive" Elemente wie "offene Grenzen" im Aufruftext.

Das Motto der Aktionen lautet: "Der Vergangenheit gedenken bedeutet Eingreifen in die Gegenwart; 8. Mai 1945 - Tag der Befreiung." Als Redner für Demonstration und Kundgebung sind Elisabeth Jonusz (Rom e.V.), Albrecht Maurer (Ex-Mitarbeiter PDS/LL), sowie Vertreter und Vertreterinnen der Israelitischen Kultusgemeinde, der Flüchtlinge, der Friedensbewegung, der Behinderten, des antifaschistischen Widerstandes und der Autonomen vorgesehen. Der Tag wird im Kommunikationszentrum KOMM mit einem "Fest der Befreiung" abgeschlossen.

Al., Nürnberg

2. Türkei: Öffentlichkeit unerwünscht

Autor: NoFX. · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:23

Das brutale Vorgehen des türkischen Staates gegen JournalistInnen des eigenen Landes wird unvermindert fortgesetzt. Die FR berichtet am 24.3., daß allein in Diyarbakir sieben Personen verhaftet worden seien. Der Journalist Vedat Percin, der im Büro einer neuen Zeitung, die der verbotenen Özgur Ülke nachfolgen soll, arbeitet, und sein Bruder sind festgenommen worden und seitdem verschwunden. Ebenfalls vermißt werden Serap Aksu und M. Ali Yasa, die einen im Gefängnis sitzenden Kollegen besuchen wollten. Verschollen sind drei ReporterInnen der Zeitung Özgür Halk: Necmiye Aslanogu wollte in Diyarbakir Material über die Newroz-Feiern sammeln, ihre Kollegen Bülent Sümbül und Metin Dag wurden zuletzt in Cizre gesehen. Um das Schicksal der genannten Personen muß man sich nach den Erfahrungen der Vergangenheit größte Sorgen machen.

Behinderungen und Schikanen werden von zahlreichen ausländischen BeobachterInnen gemeldet: Neben mehreren JournalistInnen sind 20 Menschenrechtsdelegationen aus neun europäischen Ländern und Kananda in diesem Jahr in die Türkei und nach Kurdistan gereist, um die Situation während des kurdischen Neujahrsfestes Newroz und die Lage im Kriegsgebiet zu beobachten. Am 29.2. werden der griechische Journalist Yannis Kokkinidis und sein Dolmetscher Mihailis Yirmi im Büro des Menschenrechtsvereins IHD in Diyarbakir von der Polizei festgenommen. Sie werden in eine fensterlose Zelle gesperrt, bekommen nichts zu essen, werden geschlagen und beleidigt und immer wieder nach ihren Kontakten zur PKK gefragt. Nach massiven Protesten der griechischen Regierung werden sie nach einem Tag freigelassen. Man zwingt sie, ein Protokoll zu unterschreiben, dessen Inhalt sie nicht kennen.

Der britische Fotoreporter Richard Wayman wird am 25.3. zusammen mit vier ihn begleitenden türkischen Journalisten festgenommen. Die Gruppe war auf dem Weg nach Südkurdistan. Wayman berichtet seit vielen Jahren über dieses Krisengebiet. Im November vergangenen Jahres wurde er in London von Unbekannten zusammengeschlagen. Vermutet wird, daß der türkische Geheimdienst (MIT) hinter dem Angriff steckt, da es in den vergangenen Monaten in Großbritannien wiederholt zu Überfällen und Mordanschlägen auf kurdische Oppositionelle gekommen ist.

Am Morgen des 25.3. wird eine Bremer Delegation nahe der Stadt Silopi, 15 km vor der Grenze zu Südkurdistan festgenommen. Die Gruppe wird zum Verlassen des Gebietes gezwungen, Kameras und Filme werden beschlagnahmt. Nach einem vierstündigen Verhör wird ihr mitgeteilt, daß sie in ihrem Hotel in Cizre solange unter Hausarrest stehe, bis die beschlagnahmten Filme und der Laptop der Gruppe untersucht worden seien. Erst nach drei Tagen wird der Arrest aufgehoben.

Eine Delegation von 14 Kirchen- und GewerkschaftsvertreterInnen darf ihr Hotel in Batman nur in Polizeibegleitung verlassen. Sie beobachtet, daß ihre kurdischen Gesprächspartner unter Druck gesetzt und oft auch verhaftet werden.

Eine Delegation aus Niedersachsen/Sachsen-Anhalt, die sich zwischen dem 17. und 26.3. einen Einblick in die Menschenrechtssituation verschafft hat, besucht die Stadt Dogubeyazit nahe dem Berg Ararat. Dort stellt sie eine Fortsetzung der gewaltsamen Unterdrückung von Seiten der türkischen Militärs und Sicherheitskräfte fest. Außerdem bestätigt sie den Einsatz deutscher NVA-Panzer in dem Gebiet um Yüksekova, einer Stadt in der Nähe der südkurdischen Grenze.

Eine süddeutsche Gruppe in Tunceli (Dersim) teilt mit, zwei ihrer Angehörigen seien von der Polizei mißhandelt worden. Aus Van meldet der Bundestagsabgeordnete Steffen Tippach (SPD), seine Gruppe sei zeitweilig unter Hausarrest gestellt worden.

Die Maßnahmen gegen die Delegationen verfolgen vor allem zwei Ziele: Beweisführungen über den Einsatz deutscher Waffen in Süd- und Nordwestkurdistan zu verhindern und die fortgesetzte Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung zu verheimlichen. Diesem Ziel dienen z.B. die von offiziellen Stellen inszenierten Newroz-Feiern, die von BeobachterInnen als peinlich und vollkommen unglaubwürdig beschrieben werden.

NoFX.

3. Ernst Jünger - ein Sieger der deutschen Geschichte?

Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:44

Am 29. März versammelten sich Prominente aus Politik und Geistesleben im oberschwäbischen Saulgau, um einem bedeutenden Käferforscher zum 100. Geburtstag zu gratulieren. Der Jubilar ist in seinem Heimatort beliebt: Er grüße immer freundlich, und bei den Dorffesten sei er auch dabei, erzählen die Nachbarn. Auch Bundespräsident Herzog weiß nur Positives zu berichten: "Mangel an Mut gehörte nie zu Ihren Fehlern." Der so geehrte Ernst Jünger, der Kriegsverherrlicher und intellektuelle Wegbereiter der Nazis, empfand Zeit seines Leben den "Kampf als inneres Erlebnis" und drohte schon 1930 den deutschen Juden ("Fremdkörper im deutschen Volk") mit Vernichtung: "Im gleichen Maße jedoch, in dem der deutsche Wille an Schärfe und Gestalt gewinnt, wird für den Juden auch der leiseste Wahn, in Deutschland Deutscher sein zu können, unvollziehbarer werden, und er wird sich vor seiner letzten Alternative sehen, die lautet: in Deutschland entweder Jude zu sein oder nicht zu sein." Der "Denker und Merker" (Baden-Württembergs Ministerpräsident Teufel über Jünger) hat sich davon ebensowenig distanziert wie von seiner Verherrlichung des Weltkriegsmordens: "Kein schönrer Tod ist auf der Welt..."

Der deutsche Bundespräsident fand daran nichts auszusetzen. Jünger sei dem Nazisystem "mit einer unbestechlichen Distanz begegnet". Der Gefeierte bedankte sich mit seinem Wahlspruch "Ohne Sieg kein Profil" bei den Gratulanten. Ernst Jünger - ein Sieger der deutschen Geschichte?

4. In eigener Sache: Spendenliste + Danksagung

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/spenden.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:spenden

Die Spendenaktion 50.000 DM für den ak nähert sich dem Ende - aber kann noch nicht erfolgreich abgeschlossen werden. Seit dem letzten ak haben uns noch einige Spenden erreicht. Die letzten Kontoauszüge für den Monat März hat uns die Post noch nicht geliefert, so daß es noch eine kleine Differenz zum aufgeführten Ergebnis gibt:

Summe bis ak 376 41.054,21

R.M., Hamburg 300,00

R.H., Berlin 18,00

KB Berlin 2.050,00

M.F., xy 50,00

H.Sch., Berlin 20,00

R.Sch., Hamburg 50,00

R.O., Kassedorf 30,00

S.M., Kaiserslautern 100,00

B.F., Stade 100,00

U.Sch., Berlin 30,00

H.H., xy 100,00

S.B.W., Frankfurt 300,00

W.P., Rickling 800,00

P.S., Hamburg 12,00

D.H., xy 20,00

Summe seit ak 376 3.960,00

Summe Spenden 45.014,21

Wir würden die Spendensammlung gerne mit einem der nächsten ak abschließen und bitten deshalb noch einmal alle UnterstützerInnen, die es sich irgendwie leisten können, um einen "Endspurt" für die fehlenden 10%.

Unsere Fragebogenaktion hat rund 200 Antworten gebracht. Leider war die Beteiligung unserer Leserinnen nur sehr gering. Es ist zu befürchten, daß es aber dem Anteil der ak-lesenden Frauen insgesamt entspricht. Auszüge aus einigen Briefen und Fragebögen haben wir auf Seite 34 abgedruckt. An der Auswertung der Fragebogen wird hart gearbeitet, damit sie in einer lesenswerten und lesbaren Form im ak veröffentlicht werden kann.

ak-Redaktion

5. Kein Platz für Kurden. Türkisches Militär zerschlägt die kurdischen Autonomie im Nordirak

Türkisches Militär zerschlägt die kurdische Autonomie im Nordirak

Autor: Rizgar Dostani · Rubrik: Türkei; Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:42

Türkische Regierungsvertreter, Premierministerin Tansu Ciller und die Presse haben es ein halbes Jahr lang immer wieder betont: Die Türkei könne den Entwicklungen in Nordirak nicht tatenlos zusehen, weil die innere Sicherheit des eigenen Landes davon bedroht sei. Am 20. März ist die türkische Armee nach eigenen Angaben mit 35.000 Soldaten in Südkurdistan einmarschiert. Diese Zahl beziehe sich nur auf das Gebiet um die Grenzstadt Zakho, insgesamt seien entlang der Grenze 100.000 Soldaten aufmarschiert, meldet die Patriotische Union Kurdistans (PUK).

Dies ist nicht die erste Offensive des türkischen Militärs, seitdem die Region von den Kurdinnen und Kurden selbst verwaltet wird. Während Ciller versicherte, die Truppenstationierung werde von begrenzter Dauer sein, deutet die Ankündigung Süleyman Demirels, die Operation könne "bis zu einem Jahr" dauern, darauf hin, daß das Feld nicht so schnell wieder geräumt werden soll.

Die Invasion soll dem türkischen Militär den "Endsieg" über die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) bringen. Das wird sie wahrscheinlich genauso wenig wie die Offensive im vergangenen Herbst. Keine einzige der türkischen Erfolgsmeldungen über getötete PKK-Peshmerga ließ sich damals bestätigen. Während in den Meldungen von über 150 getöteten PKKlern sowie Hunderten Verletzten berichtet wurde, war in den irakisch-kurdischen Krankenhäusern zwischen Zakho und Sulaimaniya kein einziges verwundetes PKK-Mitglied zu finden. Die Herbstoffensive forderte jedoch 32 Todesopfer sowie zahlreiche Verletzte unter der Zivilbevölkerung. Manche der Toten wurden auf grausamste Weise verstümmelt. Grenzen scheinen für die Todesschwadronen längst nicht mehr zu existieren: Dörfer werden umstellt, Felder abgebrannt, die Bewohnerinnen und Bewohner zur Flucht gezwungen. Wer nicht geht oder verdächtig ist, die PKK zu unterstützen, wird erschossen.

"Wir waren bei der Ernte, und sie bombardierten unsere Felder", sagt die Bäuerin Khaja aus Warakal bei Ore, nur wenige Kilometer von der türkischen Grenze entfernt. Sieben Männer wurden bei dem Angriff Ende September getötet, zwei der Leichen zerstückelt und eine verbrannt.

Bei der jetzigen Invasion wurden in den ersten Tagen gezielt kurdische Flüchtlinge aus der Türkei verhaftet und verschleppt. Die Flüchtlinge, die den Weg über die vermeintlich rettende Grenze geschafft haben, sind den Militärs seit langem ein Dorn im Auge. Mehrfach wurden ihre Camps bei Sheranesh im letzten Jahr bombardiert, bis das UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) aus Sicherheitsgründen nicht mehr länger für ihre Versorgung aufkommen wollte und 100 km weiter südlich, bei Atrush, ein UNHCR-Camp einrichtete. Dort leben inzwischen etwa 10.000 Menschen, mehrere tausend sind in der Nähe von Zakho sowie bei Dohuk und Amediya.

Der Terror der Todesschwadronen richtet sich aber nicht nur gegen die türkischen Kurden, sondern auch gegen die irakischen, die nicht bereit sind, mit den Militärs zu kollaborieren. In mehreren Dörfern wurden Razzien durchgeführt und an den Straßen Militärkontrollen errichtet, die auch internationale Hilfsorganisationen an der Durchfahrt hindern. Peshmerga der KDP (Demokratische Partei Kurdistans) wie auch der PUK, die sich weigerten, ihre Waffen abzugeben, wurden standrechtlich erschossen. Unter den elf Verhafteten aus dem Dorf Leylaka, etwa 20 km von der Grenze entfernt, befinden sich acht irakische Kurden, erklärt ein Sprecher der KDP, die das Gebiet kontrolliert. Vertreter internationaler Hilfsorganisationen und Ärzte berichten über schwere Mißhandlungen von Frauen und Männern durch Soldaten. Mehrere tausend Familien haben das Grenzgebiet inzwischen verlassen. Die Krankenhäuser in Zakho und Dohuk sind gefüllt mit Verletzten, unter ihnen auch viele Kinder.

Mit dem Krieg gegen die PKK hat das alles kaum noch etwas zu tun. Seit der Großoffensive im Herbst gab es Hinweise, daß es zu einer neuen Militäroperation kommen wird. Die PKK hatte also genügend Zeit, ihre Stützpunkte zu verlegen. Seit dem erneuten Ausbruch der innerkurdischen Kämpfe zwischen KDP und PUK im

Dezember/Januar haben Vertreter der türkischen Regierung gegenüber beiden Parteien wiederholt mit einer militärischen Intervention gedroht.

Die Invasionstruppen haben mittlerweile über 9.000 km2 der Region besetzt, d. h. fast der gesamte Badinan befindet sich in türkischer Hand. Armee-Einheiten haben im ehemaligen Sommerpalast von Saddam Hussein in Serseng Quartier bezogen. Damit haben sie die strategische Kontrolle über die Provinz Dohuk erlangt: Von dem auf einem Berg gelegenen Palast lassen sich die Ost-West- wie die Nord-Süd-Verbindungsstraßen in die kurdischen Provinzen überwachen. Zudem liegt südlich des Berges das UNHCR-Camp für die Flüchtlinge aus der Türkei.

Die Sicherheitszone, die "sicheren Häfen", 1991 von den Golfkriegs-Alliierten eingerichtet, um die damals in die Türkei geflohenen irakischen Kurdinnen und Kurden eine Rückkehr in den Irak zu ermöglichen, befindet sich damit in türkischer Hand. Der Oberbefehlshaber, General Hasan Kundakci, hat angekündigt, seine Armee werde solange "Tal für Tal" durchkämmen, bis die Region unbewohnbar sei.

"Wir sind nur für die Einhaltung des Flugverbots durch den Irak zuständig", hat der Vertreter der Alliierten in Zakho bei türkischen oder iranischen Angriffen in den letzten drei Jahren immer wieder betont. Was der irakische Diktator nicht darf, erledigt jetzt die Armee aus dem Nachbarland: die ohnehin gefährdete Sicherheit endgültig zu beseitigen.

Die Türkei als Bollwerk

des "freien Westens"

Die Voraussetzung für den Einmarsch waren denkbar günstig. Im Military Coordination Center (MCC), dem Verbindungsbüro der Alliierten in Zakho, sitzt auch ein türkischer Vertreter; türkische Offiziere sind an den Operationen der Alliierten beteiligt, vor allem an den Überwachungsflügen. Sie liefern die militärisch exakten Informationen, die jetzt nützlich sind. Der Hinweis, daß in diesem Krieg deutsche Waffen eingesetzt werden, wurde so oft wiederholt und so oft ignoriert, daß der Skandal schon fast zur Posse gerät.

Die westlichen Bündnispartner wollten es so: die Türkei sollte als östlicher Vorposten die Bedrohung - real oder nicht - durch das iranische Regime abhalten. Dazu wurden Waffen geliefert, nicht nur aus Deutschland. Auch französisches und US-amerikanisches Kriegsgerät werden im Krieg gegen die Kurden verwendet. Wer Waffen besitzt, setzt sie ein - zumal wenn eine Regierung hofft, damit einen innenpolitischen Konflikt zu lösen.

Zwar hat die US-amerikanische Diplomatie in den letzten Monaten Anstrengungen unternommen, den Weg für Verhandlungen zwischen der PKK und der türkischen Regierung zu ebnen. Die PKK hat mehrfach einen Waffenstillstand angeboten und ist von ihrer Maximalforderung nach einem eigenständigen kurdischen Staat abgerückt. Gleichzeitig wurde den beiden dominierenden Parteien in Südkurdistan aber unmißverständlich zu verstehen gegeben: Eine Koalition mit der PKK wird nicht geduldet. David Leed vom US-Außenministerium hat das im Januar dieses Jahres bei einem Aufenthalt in Südkurdistan noch einmal wiederholt: Die PKK sei eine "terroristische Organisation", die "als solche behandelt und ausgeschlossen werden" müsse. Es scheint, als glaube man auch in den USA, die PKK sei militärisch zu besiegen und damit die Integrität des türkischen Staats zu gewährleisten.

In der jüngeren Geschichte hat die irakisch-kurdische Nationalbewegung gezeigt, daß einer Guerillabewegung mit Bomben und Panzern nicht beizukommen ist. Das geht nur mit Kalaschnikow gegen Kalaschnikow, Mann gegen Mann oder Mann gegen Frau.

Mittlerweile befürchten westliche Regierungsvertreter, Ankara könnte mit dem Militäreinsatz doch andere als die angegebenen Ziele verfolgen. Die Opposition in der Türkei hat damit begonnen, eine Kosten-Nutzen-Rechnung aufzumachen. Auch wenn die Zweifel viel zu spät kommen, sollte jedes Argument willkommen sein, das diesem Krieg und dem Morden der Todesschwadronen ein schnelleres Ende zu bereiten verspricht, wie lächerlich oder eigennützig es auch immer erscheinen mag.

Ankara geht es ums Ganze: Man ist nicht bereit, kurdische Autonomiebestrebungen zu akzeptieren, auch nicht in Südkurdistan. Und dafür sind die Killerkommandos bereit, noch Tausende von Massakern zu begehen.

An diesem Punkt stehen sich zumindest die US-amerikanische und die türkische Politik entgegen. Washington drängte die PUK und die KDP, ihre Konflikte unter Vermittlung der im Iraqi National Congress (INC)

zusammengeschlossenen Saddam-Gegner beizulegen und den Status quo nicht zu gefährden. Mit der Gegenoffensive fast aller kurdischer Parteien sowie des INC gegen die Angriffe der irakischen Armee im März schien man im Weißen Haus bereit, eine weitere Schwächung des Saddam-Regimes zu begünstigen.

Das will Ankara aber nicht. Die Ciller-Regierung hat seit einem halben Jahr das Ölgeschäft mit Bagdad wieder aufgenommen, die Wiederinbetriebnahme der Pipeline zwischen Kirkuk und Yumurtalik scheint nur mehr eine Frage der Zeit. Während einige Generäle im vergangenen Juni noch darauf setzten, in dem innerkurdischen Parteienstreit zu vermitteln, hat die Diplomatie in Ankara immer mehr auf die Verbindung mit der Demokratischen Partei von Masud Barzani gesetzt. Die KDP ihrerseits hoffte wohl, mit der Türkei im Rücken die gegnerische PUK ausstechen zu können. Gleichzeitig verspricht sich die KDP gegenüber dem irakischen Regime eine weitaus günstigere Verhandlungsposition als die PUK. Nach Einschätzung des KDP-Pressesprechers, Sami Abdurrahman, wäre Saddam Hussein niemals bereit, dem PUK-Chef, Jalal Talabani, Zugeständnisse zugunsten der kurdischen Bevölkerung zu machen. Zudem sei Talabani unglaubwürdig. Verhandlungen der kurdischen Opposition mit Bagdad wären aber für die Staaten, die ihre Beziehungen mit Saddam wieder normalisieren wollen, die einfachste Lösung.

Die Spaltung der irakisch- kurdischen Gesellschaft

Mit ihren einseitigen Beziehungen zur KDP hat die Türkei das tief sitzende Mißtrauen zwischen den beiden Parteien geschürt und das "Machtvakuum", d. h. den Konflikt, selber vergrößert, der nun als Vorwand für die militärische Intervention dient. Dennoch ist es ihr nicht gelungen, die KDP als Partei für den Krieg gegen die PKK zu gewinnen. Zwar finden sich etliche Kollaborateure, die bei dem Gemetzel mitmachen und daran verdienen. Doch an der Basis der Peshmerga ist man nicht bereit, sich nach 1992 noch einmal vor den Karren der türkischen Warlords spannen zu lassen. "Die Türkei ist schlimmer als Saddam", sagt Abdulla aus Dohuk. Und mit dieser Meinung ist er nicht allein.

Barzani und Talabani müssen sich einigen und Gespräche mit Saddam aufnehmen, erklärten Regierungsvertreter eine Woche nach dem Truppeneinmarsch. Wie im Inland setzen die türkischen Kriegsherren mittlerweile auch im Nachbarland auf eine militärische Lösung. Sollten PUK und KDP diese mit Waffengewalt vorgetragene "Friedensinitiative" nicht akzeptieren, bleiben die Truppen eben im Land und garantieren von hier aus die "innere Sicherheit" der Türkei.

Eine Erneuerung der Allianz zwischen KDP und PUK, wie sie 1987 mühsam geschlossen worden war, scheint es bis auf weiteres nicht zu geben. Eine Woche nach der türkischen Invasion haben Einheiten der KDP die Regionalhauptstadt Arbil angegriffen, die seit den Kämpfen im Dezember/Januar von der PUK kontrolliert wurde. Nach Angaben beider Seiten gab es dabei 230 Tote. Die Bemühungen zahlreicher unabhängiger Parteien und Verbände, zumindest ein vorläufiges Stillhalteabkommen zu erreichen, sind damit vom Tisch.

Mit ihrem Gegenangriff auf die Saddam-Truppen ist es der PUK im März gelungen, in weiten Kreise der Bevölkerung einen Sympathievorteil zu erringen. Zugleich hätte es die Chance für Friedensverhandlungen bedeuten können, weil sich das Hauptaugenmerk der PUK nicht mehr auf Arbil richtete. Doch scheint man in der KDP-Spitze die Anwesenheit türkischer Truppen als strategischen Vorteil zu betrachten.

Kurz darauf haben PUK-Truppen jedoch das Parlamentsgebäude besetzt und damit das letzte Überbleibsel der gemeinsamen Selbstverwaltung beseitigt. Auch wenn das Parlament immer mehr einem KDP-Hauptquartier glich, hatte es als Symbol der Autonomie weiter seine Bedeutung.

Nur wenige Tage vor den erneuten Kämpfen traf sich die PUK mit Vertretern Teherans. Nach den Mai-Kämpfen im letzten Jahr hat sich die PUK kontinuierlich bemüht, ihre Beziehungen mit Iran zu verbessern: Das iranische Regime sollte die Islamische Bewegung Kurdistan/Irak dazu bewegen, sich im Parteienkrieg neutral zu verhalten. Insbesondere ging es dabei um die Öffnung von Grenzübergängen, um die Abhängigkeit vom Warenverkehr aus der Türkei, der von der KDP kontrolliert wird, zu beenden. Bislang verliefen die Verhandlungen recht erfolgreich. Wie lange es der PUK aber gelingt, den iranischen Forderungen standzuhalten, bleibt abzuwarten. Vergangene Woche besetzten Peshmerga der PUK die Radiostation der Demokratischen Partei Kurdistan/Iran und schlossen den Sender. Wie die Türkei verfolgt auch Iran eigene Interessen.

Poker um

regionale Vormachtstellung

Überraschend hat inzwischen auch Teheran an dem türkischen Militäreinsatz Kritik geübt. Der iranische Außenminister Velayati äußerte zwar Verständnis für die Schwierigkeiten der Türkei. Doch könnten die Probleme auf diese Weise kaum gelöst werden. Beide Staaten verbindet die Furcht vor politischen Konsequenzen für die eigene verfolgte kurdische Minderheit - falls das irakische Experiment gelingen sollte. Gleichzeitig kämpfen sie aber um die regionale Vormachtstellung, Absatzmärkte und politische Einflußsphären. Und Iran hat noch immer eine Rechnung mit dem irakischen Diktator offen. Die iranischen Pasdaran stehen an der Grenze. Sollte Iran ebenfalls über die Grenze marschieren, um seiner Opposition beizukommen, wäre ein neuer Krieg im Mittleren Osten nicht mehr abzuwenden. Das Eingreifen der irakischen Armee fiele dann kaum noch ins Gewicht.

Die internationale Kritik an dem Militäreinsatz wird lauter. Die Bundesregierung hat die Waffenhilfe erst einmal auf Eis gelegt und Außenminister Kinkel denkt darüber nach, ob über die Invasion nicht im UN-Sicherheitsrat beraten werden sollte. Eine längst überfällige Entscheidung. Für die zweite "kurdische Republik" in Irak kommt sie indes zu spät. Vier Jahre lang hat man es vorgezogen, ein Flüchtlingsghetto von enormem Ausmaß mit Nothilfeprogrammen aufrechtzuhalten, statt eine grundsätzliche politische Entscheidung gegen die Saddam-Diktatur zu fällen und reale Voraussetzungen für den gesellschaftlichen Wandlungsprozeß, für Menschenrechte und Demokratie, für eine Zivilgesellschaft zu schaffen. Da hilft es wenig, die fehlende kurdische Einheit zu beklagen. Parteienvielfalt und politische Pluralität sind die Bedingungen jeder demokratischen Entwicklung. In Südkurdistan ist sie zudem Ausdruck der gesellschaftlichen und historischen Differenzen. Man sollte sie deshalb nicht bemäkeln, sondern vielmehr als Zeichen der möglichen Veränderung begreifen.

Allerdings haben die beiden mächtigen Parteien mit ihrem Machtpoker wenig dazu getan, die schwere Zeit möglichst unbeschadet zu überstehen. Sie haben es mit der Demokratie selbst nicht ganz so ernst gemeint, wie es die Situation verlangt hätte. Statt dessen hat man in der KDP und der PUK darauf gesetzt, das eigene politische Konzept für die Zukunft wie den Zugang zu Ressourcen mit Waffengewalt durchzusetzen. Im Interesse der eigenen Macht haben KDP und PUK nicht nur die Spaltung der irakisch-kurdischen Gesellschaft forciert, sondern auch darauf spekuliert, die Nachbarstaaten zum jeweils eigenen Vorteil zu nutzen. Das mußte schiefgehen. Im Ränkespiel regionaler Staatsmächte gibt es für Staatenlose kaum etwas zu gewinnen. Verspielt haben sie dabei die Hoffnungen derjenigen, die an das Versprechen der Freiheit geglaubt haben und bis jetzt bereit sind, dafür große Opfer zu bringen.

Die türkische Invasion zeigt jedoch, daß politische Konzepte von Kurdinnen und Kurden im Zweifelsfall mit Waffengewalt beseitigt werden. Wundern sollte man sich eher darüber, daß es überhaupt so lange gut ging.

Rizgar Dostani, 29.3.1995

6. Istanbul im Kriegszustand. Alewiten, türkischer Staat und Islam

Autor: Hans Rimscha · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/99.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:99

Istanbul, 12. März 1995. Der 24. Jahrestag der Machtergreifung der Militärs 1971 - ein Datum, das in der Türkei für Massenverhaftungen, systematische Folter und Militäroperationen steht. Diese Gewalt ist längst Alltag geworden, es ist kein Mahn- oder Protesttag. Im Fernsehen wird ein Fußballspiel übertragen.

Am Abend dieses Tages hallen Salven aus Maschinenpistolen durch das Armenviertel Gazi: Unbekannte Täter feuern mit einer Maschinenpistole in fünf Teehäuser und eine Zuckerbäckerei. Es gibt Dutzende von Verletzten. Der 67jährige alewitische Geistliche (dede) Halil Kaya, der am Fenster des Teehauses "Orient" saß, ist sofort tot. Entsetzen und Wut macht sich breit. Die Bewohner des Viertels schaffen die Verletzten in die umliegenden Krankenhäuser. Erst nach einer halben Stunde taucht ein Polizeiauto auf, nimmt den Vorfall lapidar auf, verschwindet wieder. Die Menschen des Stadtteils versammeln sich auf der Straße, marschieren in Richtung Polizeistation. "Wo bleibt die Polizei?" skandieren sie, greifen die Wache an, schlagen die Scheiben ein, stürmen sie. Diese Wache ist ein bekanntes Folterzentrum, dessen Belegschaft der faschistischen MHP zugerechnet wird. Am 15. Oktober 1994 war dort Bayram Duran zu Tode gefoltert worden, ein Straßenverkäufer aus Gazi. Das Verfahren, das Rechtsanwalt Seref Turgut im Namen seiner Hinterbliebenen anstrengte, blieb ergebnislos.

Nachdem sich der Überfall herumgesprochen hatte, versammelten sich immer mehr Menschen auf der Straße. Die Polizei, die anfangs durch die Ereignisse überrascht war, rückte kurze Zeit später mit Spezialeinheiten auf den Stadtteil Gazi vor. Vor dem alewitischen Versammlungshaus eröffneten Polizisten das Feuer auf die Menschenmenge. In der Nacht setzten sich die Auseinandersetzungen fort: "Der Staat ist der Mörder", "Nieder mit der Scharia", "Rache für Sivas" hallte wieder und wieder durch die Nacht.

Mindestens 18 Menschen wurden durch Polizeikugeln getötet, Hunderte verletzt oder verhaftet. Das Militär zog im Gazi-Viertel auf, es wurde eine Ausgangssperre verhängt. "Es herrscht Krieg", titelte die türkische Presse, und verglich das Geschehen mit Bosnien und Afghanistan. Kurdistan, das heißt Cizre, Diyarbakir, Lice liegt weitaus näher, dort sind solche Massaker Alltag - aber das ist kein Thema für die Medien.

Am nächsten Tag folgten in Ankara mehrere Tausend Menschen dem Aufruf der Demokratischen Plattform, einem Bündnis von Gewerkschaften, demokratischen Verbänden und Berufsorganisationen, um gegen das Massaker zu protestieren. Eine polizeiliche Übermacht jagte die Menschen im Zentrum der türkischen Hauptstadt mit Schützenpanzern und scharfen Hunden durch die Straßen. In Izmir gingen tausend Menschen mit Parolen wie "Der Mörder ist der Staat", "Schluß mit dem Medienterror" und "Die Guerilla schlägt zu, errichtet Kurdistan" auf die Straße. Auch in Adana demonstrierten 500 Menschen gegen den Staatsterror.

Im Stadtteil Ümraniye im asiatischen Teil von Istanbul riefen die Demonstranten am nächsten Tag "Schulter an Schulter gegen den Faschismus", als die Polizei das Feuer eröffnete. Hakan Cabuk, Ismail Baltaci, Hasan Tüyan, Ismihan Yüksel und ein weiterer Mann wurden durch die Schüsse ermordet. Auch dort wurde eine Ausgangssperre verhängt und zogen Truppen der 23. Infanteriebrigade auf.

Am Abend dieses blutigen Tages forderte ein Vertreter der alewitischen Gemeinde von Gazi die Freilassung von mehr als 100 Gefangenen und gab die Zahl der Toten mit über 30 und die der Verschwundenen mit über 50 an.

Täter

In öffentlichen Verlautbarungen waren die Schuldigen schnell ausgemacht. Das Attentat vom 12. März lastete Innenminister Mentese der PKK und der Hizbollah an, später fügte er noch die Namen linker Organisationen wie Dev Sol und Dev Yol hinzu. Beweise? Keine.

Der Führer der faschistischen Nationalen Aktionspartei (MHP), Alpaslan Türkes, kolportierte eine Verschwörung der Griechen, was von Ministerpräsidentin Ciller dankbar aufgegriffen wurde. Der zum nationalen Sozialisten avancierte ehemalige Sozialdemokrat Ecevit erklärte bei seinem Besuch in Gazi, die

Attentäter und die Demonstranten kämen aus derselben Ecke - was die BewohnerInnen von Gazi mit Steinen beantworteten.

Vorsichtige Kommentatoren fragten, ob denn die Demonstrationen nicht auch mit Tränengas und Gummigeschossen hätten aufgelöst werden können. Die Polizeiführung antwortete lapidar, daß diese Mittel ja international geächtet seien. Auf den ersten Seiten der Zeitungen erschienen die Bilder gezielt in die Menge schießender Polizisten - Ministerpräsidentin Ciller lobte die Besonnenheit der Polizei.

Das durch den Krieg in Kurdistan in Verruf geratene Militär trat in Gazi als Schlichter auf, stellte sich in einigen Situationen zwischen Demonstranten und Polizei. General Riza Kücükoglu, der den Militäreinsatz in Gazi befehligte, gab bereitwillig Funkgerät und Pistole ab, als er zu Verhandlungen mit Stadtteilvertretern in das Haci-Bektasi-Kulturhaus kam. Während Parolen gerufen wurden "Gazi - Friedhof für die Faschisten", verhandelte er über die Freilassung Festgenommener, das Begräbnis der Ermordeten und den Abbau der Barrikaden.

Am Freitag nach dem Massaker, nachdem harsche Kritik an den Polizei-und Militäreinsätzen laut geworden war, bequemte sich Ministerpräsidentin Tansu Ciller, einigen der Verletzten einen Krankenbesuch abzustatten. Einer von ihnen stellte sich Frau Ciller vor: "Ich habe bei der Zeitung Özgür Ülke gearbeitet, die sie verboten haben!" und erhob die Hand zum Siegeszeichen.

Gazi und das angrenzende Kücükköy waren schon vor dem Militärputsch 1980 Hochburgen der linken Organisationen. Hier leben viele Alewiten, in der Mehrheit Kurden aus Dersim, Sivas, Erzincan und Erzurum. Die Brutalität der Unterdrückung, die in Kurdistan allgegenwärtig ist, ist mehr und mehr auch in Istanbul zu spüren. Die Bewohner werden von der Polizei schikaniert, willkürliche Verhaftungen und Folter sind an der Tagesordnung. Dutzende von Menschen wurden in den letzten Jahren von Spezialeinheiten der Polizei bei der Stürmung angeblich konspirativer Wohnungen erschossen - außergerichtliche Hinrichtungen.

Die Alewiten: Sozialordnung und Widerstandstradition

Etwa 20% der Bevölkerung der Türkei sind Alewiten. Es gibt Alewiten türkischer, kurdischer und auch arabischer Nationalität. Sie lebten zurückgezogen in Bergregionen Mittel- und Ostanatoliens. Im Osmanischen Reich wurden sie als Abweichler von der islamischen Lehre verfolgt. Die Alewiten verehren Ali, den Vetter und Schwiegersohn des Propheten Muhammad, was sie mit den Schiiten verbindet. Im Unterschied zu den Schiiten und den rechtgäubigen Muslimen (Sunniten) erkennen sie die islamischen Gebote des Gebets, des Fastens und der Pilgerfahrt nicht an. Ihre Religion ist die Sozialordnung einer bäuerlichen Gemeinschaft. Ihre religiöse Zusammenkunft (cem), an der Frauen gleichberechtigt teilnehmen und bei der Wein genossen wird, dient der Regelung des Zusammenlebens und der Lösung von Konflikten. Traditionelle alewitische Frömmigkeit besteht nicht in der Einhaltung von religiösen Pflichten, sondern in sozialem Verhalten in der dörflichen Gemeinschaft. "Außer der Wange des Geliebten wird alles geteilt", heißt es in einem alewitischen Volkslied. Die alewitische Gemeinschaft wurde von der islamisch-orthodoxen Staatsmacht des Osmanischen Reiches jahrhundertelang verfolgt. Islamische Eiferer bezichtigen sie bis heute der Blutschande und des Abfalls vom Glauben.

Symbol des alewitischen Widerstandes gegen die ungerechte Herrschaft ist Pir Sultan Abdal, ein Volkssänger, der im 16. Jahrhundert in seiner Heimatstadt Sivas einen Bauernaufstand anführte.

Die Gründung der türkischen Republik 1923, in deren Verfassung und Staatsideologie der Laizismus (die Trennung von Staat und Religion) verbrieft war, beendete die religiöse Verfolgung der Alewiten. Sie mußten sich jedoch wie alle anderen gesellschaftlichen Gruppen dem türkisch-nationalistischen Volksgemeinschaftsdenken der neuen Herrscher unterwerfen. Ein Aufstand in der alewitischen Kurdenprovinz Dersim, die bis dato nie vollständig staatlicher Kontrolle unterworfen war, wurde 1938 gewaltsam niedergeschlagen. Zehntausende von Menschen wurden damals massakriert und Hunderttausende deportiert.

1994 zerstörte die türkische Armee Dersim zum zweiten Mal. Ein Teil der Bewohner von mehr als 200 niedergebrannten Dörfern fand Zuflucht in Istanbul - im Stadtteil Gazi. "In Dersim werden unsere Dörfer niedergebrannt, weil wir Kurden sind, hier werden wir als Alewiten verfolgt."

Staat und Islam

Nach dem zweiten Weltkrieg begann der Islam im Zeichen des Kalten Krieges wieder eine größere Rolle in der türkischen Gesellschaft zu spielen. Die konservative Demokratische Partei versuchte durch die Verbindung islamischer Rhetorik und antikommunistischer Inhalte Popularität zu erlangen. Anhänger traditioneller Bruderschaften konnten in den staatlichen Institutionen aufsteigen. Als Teil des politischen Establishments entstand Ende der 60er Jahre die islamistische Nationale Heilspartei (MSP), der Vorläufer der heutigen Wohlstandspartei (RP).

Die Alewiten unterstützten traditionell die kemalistische Republikanische Volkspartei, die sich ab den 60er Jahren sozialdemokratisch profilierte. In den 70er Jahren unterstützten sie die Organisationen der Linken, die sich positiv auf die alewitische Widerstandtradition bezog. Viele Alewiten selber sahen im Sozialismus die zeitgenössische Fortentwicklung ihrer Sozialgemeinschaft.

Die türkischen Faschisten versuchten als Gegenstrategie zu der gesellschaftlichen Aufbruchstimmung und linken Mobilisierung der 70er Jahre, die sunnitische Bevölkerung gegen die "Gottlosen" aufzuhetzen: gegen Alewiten, Kommunisten und Kurden.

Nach einem von Faschisten selbst verübten Anschlag auf ein Kino, in dem ein nationalistisch-türkischer Film gezeigt wurde, kam es im Dezember 1978 zu einem Pogrom an der alewitisch-kurdischen Bevölkerung der Stadt Maras, dem Hunderte von Menschen zum Opfer fielen. Die Bewohner der Dörfer von Maras flohen - viele von ihnen in die Bundesrepublik.

Der faschistische Terror war eine Begründung, mit der sich das Militär seine Legitimation schuf, die Macht zu ergreifen, was die Armee am 12. September 1980 tat. Hunderttausende wurden verhaftet, interniert und gefoltert, alle linken und kurdischen Organisationen verboten. Eine von faschistischen Intellektuellen kreierte Synthese von Türkentum und obrigkeitstreuem Islam (Türk Islam Sentezi) wurde zur offiziellen Ideologie des Staates - als "Gegengift zum Kommunismus", wie Juntachef Kenan Evren erklärte. Die Sicherheitskräfte wurden mit Kadern der islamistischen Heilspartei und der MHP durchsetzt. Heute rühmen sich MHP-Funktionäre, daß die Spezialeinheiten, die in Kurdistan im Einsatz sind, aus MHP-Parteiorganisation rekrutiert werden. Islamischer Religionsunterricht wurde per Verfassung zum Pflichtfach. In alewitischen Dörfern wurden Moscheen errichtet und die Bewohner gezwungen, diese zu besuchen.

In Kurdistan hatte trotz größter Repression nach jahrelanger Vorbereitung 1984 der Guerillakrieg der PKK begonnen. Er war der Auslöser einer breiten kurdischen Volksbewegung, die Ende der 80er Jahre entstand und die Herrschaft des türkischen Staates ernsthaft erschütterte.

Schon Ende der 60er Jahre war im türkischen Sicherheitsapparat nach dem Muster der Gladio-Strukturen in anderen NATO-Staaten ein Apparat aufgebaut worden, der dem "Amt für Spezielle Kriegsführung" unterstand und sich Konterguerilla nennt. Ähnlich der in Spanien aufgedeckten GAL verübte die Konterguerilla Anschläge - gegen Hunderte von Kurdinnen und Kurden, die als Gewerkschafter, Menschenrechtler, Gesundheitsarbeiter und Politiker legale politische Arbeit taten. In Kurdistan rekrutierte die Konterguerilla, zu der die MHP bereits in de 70er Jahren beste Verbindungen unterhielt, für diesen Zweck eine radikale islamistische Strömung namens Hizbullah. In diesem Umkreis werden auch die Täter des Istanbuler Anschlags vermutet. Die Presse berichtete von Telefonanrufen, in denen sich neben Hizbullah eine weitere radikal-islamistische Gruppe, die IBDA-C, zu dem Attentat bekannt hätte. Die Machart des Attentats deutet in jedem Fall in Richtung der Konterguerilla.

Die radikal-islamistische Bewegung und die etablierten Islamisten der Wohlstandpartei haben erst in den letzten Jahren größeren Zulauf bekommen. Dafür ist die "Islamisierung von oben" verantwortlich, ebenso aber auch die Unfähigkeit der sozialdemokratisch-konservativen Regierung, die Zuspitzung der Wirtschaftskrise zu verhindern - der Krieg in Kurdistan kostet sieben Mrd. Dollar jährlich - und die von ihr schon 1991 versprochene Demokratisierung durchzuführen.

Alewiten und Staat

Schon Mitte der 80er Jahre hatte eine Selbstorganisierung als Reaktion auf die wachsende Islamisierung und Repression begonnen. Eine Vielzahl von Vereinigungen wurde gegründet. Lediglich mit dem Versprechen, die Alewiten proportional an den offiziellen religiösen Institutionen zu beteiligen, bemühte sich der Ministerpräsident Özal 1987, alewitische Repräsentanten zu integrieren. Ein mögliches Bündnis zwischen der

kurdischen und der alewitischen Minderheit sollte verhindert und besonders die alewitischen Kurden davon abgehalten werden, sich den kurdischen Nationalisten anzuschließen.

Teilweise gelang die Integration: Nach den Ereignissen in Istanbul trafen sich die alewitischen Intellektuellen Izettin Dogan und Reha Camuroglu mit dem Polizeipräsidenten und dem Gouverneur von Istanbul - die für die tödlichen Einsätze verantwortlich waren - und riefen die Bevölkerung zur Ruhe auf.

Um die Alewiten an sich zu binden, verweist der Staat auf die Gefahr des Islamismus und schürt das Mißtrauen alewitischer Kurden vor einer von Sunniten dominierten kurdischen Eigenständigkeit - während in Kurdistan Islamisten in seinem Auftrag als Todesschwadronen agieren und sunnitisch-kurdische Dorfbewohner von türkischen Kommandanten als ungläubige Armenier beschimpft werden.

Das Massaker von Sivas im Juli 1993, das ein von Islamisten aufgehetzter Mob verübte, während Militär und Polizei zuschauten, benutzte die Staatsführung als Gelegenheit, sich im In-und Ausland als Stabilitätsfaktor gegenüber der "islamischen Gefahr" zu profilieren. Doch im Inland wurden die überlebenden Opfer verfolgt und im Prozeß gegen die mutmaßlichen Täter die Angehörigen der Opfer verprügelt.

Der Staat war auf diese Weise auch in Istanbul der Täter - und der Anschlag, der den Aufstand der Bevölkerung von Gazi auslöste, wird ebensowenig aufgeklärt werden wie die Bombenattentate auf "Özgür Ülke" oder die Ermordung kurdischer und türkischer Journalistinnen und Journalisten.

Hans Rimscha

Quellen: Hürriyet, Cumhuriyet, Milliyet vom 13. - 23.3. 1995.

Chronologie

Sonntag 12. März 1995, 21.15 Uhr: Im Viertel Gazi des Stadtteils Gaziosmanpasa werden fünf Teehäuser und ein Zuckerbäcker beschossen.

21.30 Der 67jährige alewitische Dede Halil Kaya stirbt am Tatort. 21 Menschen sind verletzt. Die Verletzten werden ins Krankenhaus gebracht.

21.45 Die Fernsehsender blenden die Nachricht während der Direktübertragung eines Fußballspiels ein. Die Menschen gehen auf die Straße.

22.00 Große Gruppen ziehen parolenrufend in Richtung auf die Polizeistation von Gazi.

22.15 Die Menschen rufen "Wo bleibt die Polizei?" Einige Gruppen fangen an, Läden in Brand zu stecken und Autos umzukippen.

22.30 Das Auto, das die Attentäter mit Gewalt an sich gebracht hatten, wird aufgefunden. Der Fahrer liegt mit verbundenem Mund, durchgeschnittener Kehle und gefesselten Händen ermordet im Kofferraum.

22.45 Die Gruppe der Protestierenden wächst auf circa 2000 an. Auch in anderen Stadtteilen fangen die Alewiten an, auf die Straße zu gehen und zu demonstrieren.

23.00 Die Polizisten bilden vor der Gazi-Polizeistation eine Kette. Sie fordern die Demonstranten per Megaphon auf, sich zu zerstreuen.

23.30 Die Polizei schießt in die Luft, um die Demonstranten auseinanderzutreiben.

Montag 13. März, 0.30 Uhr: Es heißt, daß der Innenminister Mentese nach Istanbul unterwegs sei. Der Polizeipräsident von Istanbul, Necdet Menzir, erklärt, daß sie "alle zur Verfügung stehenden Kräfte am Tatort aufgefahren" haben.

1.00 Die Demonstranten versammeln sich vor dem Gebäude des Vereins zur Wiederbelebung der Alewitischen Kultur-Gaziosmanpasa.

2.00-4.00 Es kommt zu mehreren Demonstrationen und Auseinandersetzungen. In der Umgebung des alewitischen Versammlungshauses werden Barrikaden errichtet. Die Zahl der Demonstranten steigt rasch an.

5.00 Die Polizei, die im Laufe der Nacht die Barrikaden überwunden hat, nähert sich dem Versammlungshaus.

5.10 Als die Menschenmenge sich trotz Aufforderung der Polizisten nicht zerstreut, eröffnen diese mit automatischen Waffen das Feuer. Mehmet Gürbüz stirbt auf der Stelle durch Schüsse.

7.00 Die Polizei zieht sich zurück. Sie errichtet gemeinsam mit den Soldaten eine Barrikade vor der Gazi-Wache. Mit den Neuhinzugekommenen hat die Zahl der Demonstranten 20.000 überschritten.

8.30 Innenminister Nahit Mentese versammelt sich mit anderen Ministern und Verantwortlichen im Istanbuler Gouverneurssitz. An der Versammlung nehmen auch einige prominente Alewiten-Vertreter teil.

10.00 Eine große Menschenmenge versammelt sich in Alibeyköy und am Okmeydani und setzt sich in Bewegung.

11.00 Als eine Gruppe vom Versammlungshaus her an der Polizeiwache ankommt, eröffnet die Polizei das Feuer. Eine große Zahl von Menschen fällt, von Schüssen getroffen, zu Boden.

11.30 Die Polizisten schießen weiter. Einige von ihnen, die mit langläufigen Waffen gezielt schießen, fallen besonders auf. Auch aus der Demonstration heraus fallen Schüsse.

12.00 Innenminister Mentese unterbricht die Versammlung und erklärt, daß am Tatort eine Kalaschnikow gefunden wurde.

12.15 Der Generalsekretär der DSP, Bülent Ecevit, begibt sich an den Ort des Geschehens, ihm wird aber nicht erlaubt, über die Barikaden zu steigen.

13.00 Die Demonstranten ziehen sich hinter die Barrikaden vor dem Versammlungshaus zurück.

14.30 Die Polizei eröffnet das Feuer auf die Demonstranten. Viele Menschen, auch Kinder, werden getroffen. Einige Polizisten werden dabei beobachtet, wie sie die am Boden liegenden Menschen wegschleppen und dabei mit Fußtritten traktieren. Die Auseinandersetzung dauert minutenlang an.

15.20 Die Polizei greift die Journalisten an. Eine große Zahl von Kameraleuten und Reportern werden verletzt.

15.30 Die Zahl der Toten ist auf sieben angestiegen. Das Gouverneursamt verhängt für unbestimmte Zeit eine Ausgangssperre über die Viertel Zübeyde, Gazi und Esentepe des Stadtteils Gaziosmanpasa.

16.00 Polizeipanzer und Militärtransporter fahren durch den Stadtteil. Die Demonstranten sammeln sich wieder hinter den Barrikaden vor dem Versammlungshaus.

17.00 Die großen Gruppen lösen sich auf. Ein großer Teil von ihnen geht nach Hause. Auch eine Gruppe von 50-60 Leuten, die vor dem Versammlungshaus wartete, zerstreut sich. Der Gouverneur Hayri Kozakcioglu trifft am Ort des Geschehens ein und fordert die Menschen auf, sich nicht provozieren zu lassen.

18.00 An verschiedenen Stellen der Stadt kommt es zu Demonstrationen. Die Zahl der Toten in den Krankenhäusern ist inzwischen auf 18 angestiegen. Die Krankenhäuser sind durch Hunderte von Verletzten und Menschen, die ihre Angehörigen suchen, völlig überlaufen.

19.30 Die Polizei macht Hausdurchsuchungen in Gazi, DSP-Führer Ecevit kommt erneut und stellt Untersuchungen an.

20.30 Die Polizei hat sich ganz aus Gazi zurückgezogen. Das Gebiet wurde dem Militär übergeben.

(Nachrichtendienst Istanbul; aus Cumhuriyet Hafta, 17.-23. März 1995)

7. Schon wieder: Vereinsverbote gegen Kurden

Autor: jo. · Rubrik: Ausländerpolitik; Klassenjustiz, Repressionen; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:20

Bundesinnenminister Kanther hat Anfang März das "Kurdistan-Informationsbüro" (KIB) in Köln und Berlin aufgelöst, weil es als Nachfolgeorganisationen des "Kurdistan-Komitees" ebenfalls unter das PKK-Verbot vom November 1993 falle. Zeitgleich verbot der bayerische Innenminister Beckstein fünf kurdische Vereine in Ingolstadt, München und Nürnberg. Darunter sind drei Vereine, die schon 1993 verboten worden waren, bei denen das Bundesverwaltungsgericht den Vollzug der Verbote jedoch wieder aufgehoben hat, u.a. weil die Einstufung als "Teilorganisationen" des verbotenen Dachverbandes Feyka Kurdistan nicht berechtigt war. Bevor die rechtliche Prüfung der Verbote von 1993 endgültig abgeschlossen ist, versuchen die beiden Innenminister dadurch Fakten zu schaffen, daß sie erneut Vereinsräume schließen und lastwagenweise Computer, Kopierer, Telefaxgeräte und Informationsmaterial beschlagnahmen lassen.

Die Verbotsverfügung von Beckstein kann den politischen Zweck der Kampagne nicht verhehlen: die bayerischen Vereine hätten die verbotene PKK "durch öffentlichkeitswirksame Aktionen wie Podiumsdiskussionen, Aufmärsche, Errichtung von Info-Ständen und Vertrieb von Propagandamaterial unterstützt". (Presseerklärung des LMI Bayern, 2.3.95) Auf der gleichen Linie liegen die permanenten Beschlagnahmebeschlüsse gegen den "Kurdistan Report", die das Landgericht München seit November 1993 erlassen hat. Gegen die presserechtlich Verantwortlichen (wie auch gegen einige VertreiberInnen der Zeitschrift) wurden Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Betätigungsverbot sowie wegen Verunglimpfung der BRD eingeleitet: In der Juni-Nummer wurde ein Plakat abgebildet, das im Zusammenhang mit der Strafanzeige (u.a. mehrerer Strafverteidigervereinigungen) gegen bundesdeutsche Stellen wegen Unterstützung des Völkermordes am kurdischen Volk erschienen ist. Entgegen dem öffentlich erweckten Anschein geht es also in keiner Weise um die Anschlagserie gegen türkische Einrichtungen, die vom Verfassungsschutz der PKK zugeschrieben wird, sondern um die reine Informations- und Aufklärungstätigkeit über die Verhältnisse in Kurdistan und die Politik der PKK/ERNK. (Nach Infos des "Kurdistan-Rundbrief" Nr. 5 und 6/95)

Bei den bayerischen Verboten sah selbst die "Süddeutsche Zeitung" (3.3.95) den Innenminister Beckstein "auf einem sehr schmalen Grat. Er führt, konsequent weiterverfolgt, geradewegs ins Gesinnungsstrafrecht". Der SPD dagegen sind solcherlei Bedenken völlig fremd. Der SPD-Rechtspolitiker Wilfried Penner nannte das KIB-Verbot "unverzichtbar", NRW-Innenminister Schnoor sprach von einer "logischen Konsequenz" des PKK-Verbots (wenngleich er den praktischen Nutzen des Verbots in Frage stellte).

Parallel zur juristischen Propagandaoffensive bundesdeutscher Behörden und Medien schlagen nationalistische Türken in der BRD unter Verweis auf die Anschläge gegen türkische Einrichtungen einen zunehmend militanteren Kurs ein. Das betrifft auch eher sozialdemokratische Vertreter wie den Leiter des Zentrums für Türkeistudien an der Ruhr-Universität Essen, Faruk Sen. In einem Gespräch mit Springers "Welt" erklärte er, 90 Prozent der Gewalt gegen seine Landsleute in der BRD gehe von der PKK aus, die "keine legitime Vertreterin des kurdischen Volkes, sondern absolut vergleichbar mit der Baader-Meinhof-Bande" sei. Der Abschiebestop für kurdische Flüchtlinge habe in Nordrhein-Westfalen praktisch einen "Ruheraum" für Terroristen geschaffen. Das könne vor allem junge Türken zum "Selbstschutz und zur Selbstjustiz" treiben, drohte Sen. (Welt, 23.3.95)

jo.

8. Razzien gegen die NSDAP/AO

Autor: mi. · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:35

Die dänische Polizei hat am 20. März 1995 den US-amerikanischen Neonazi Gary Rex ("Gerhard") Lauck (41) in der Nähe von Kopenhagen festgenommen. Über eine Postfach-Adresse in Lincoln im US-Bundesstaat Nebraska organisiert Lauck seit über 20 Jahren die Versendung von tonnenweise Propaganda-Material für die NSDAP/AO (AO = Auslands- und Aufbau-Organisation). Gegen Lauck lag ein internationaler Haftbefehl des Hamburger Amtsgerichts vor.

Ob die dänischen Behörden Lauck an die BRD ausliefern, war bei AK-Redaktionsschluß (1. April) noch nicht bekannt, gilt aber als wenig wahrscheinlich, weil die ihm vorgeworfenen Delikte (Verbreitung verfassungsfeindlicher Propaganda, Volksverhetzung, etc.) in Dänemark nicht juristisch verfolgt werden. Vermutlich wird Lauck am 5. April wieder auf freien Fuß gesetzt und kann in die USA zurückkehren, wo er strafrechtlich ebenfalls unbehelligt bleiben wird.

Drei Tage nach Laucks Festnahme durchsuchte die BRD-Polizei bundesweit 80 Wohnungen und beschlagnahmte Waffen und umfangreiches Propagandamaterial der NSDAP/AO. Das Codewort für die Razzien: "Atlantik II". Im Rahmen dieser Aktion wurden schon in den Wochen zuvor bundesweit nach und nach 60 Wohnungen durchsucht - über die Ausbeute dabei ist nichts bekannt. Wie üblich bei Polizeiaktionen gegen Rechtsradikale gab es ausreichend Vorwarnzeit. Ein Überraschungsmoment dürfte jedenfalls kaum noch gegeben gewesen sein.

Den Razzien gingen langwierige Ermittlungen voraus. Das NSDAP/AO-Material wird meist gut getarnt in die BRD geschmuggelt: Ohne oder mit falschem Absender, verschiedene Briefumschläge, Frankaturen und Adress-Aufschriften, verschiedene Versand-Postämter in den USA. Laucks Tätigkeit ist seit Jahrzehnten öffentlich bekannt. Seit Mitte der 70er Jahre besteht gegen ihn ein Einreiseverbot in die BRD. Der Versand des NSDAP/AO-Materials blieb bisher jedoch weitgehend unbehindert.

Führer Lauck?

"Chef der Neonazis gefaßt" titelte das Hamburger Abendblatt (24.3.) Die NSDAP/AO sei "vom Ausland gesteuert". Der "Spiegel" (27.3.) ernannte Lauck zum "Führer der NSDAP/AO". Der Großteil der deutschen EmpfängerInnen von NSDAP/AO-Sendungen soll 16 bis 20 Jahre alt sein (FR 24.3.) - die sattsam bekannten "jugendlichen Neonazis" ohne organisatorischen Hintergrund. Und: "Über eine Vernetzung in Deutschland haben die Ermittler noch keine Erkenntnisse" (HA 25.3.). Letzteres ist eine glatte Lüge. Agenten des Verfassungsschutzes waren bereits am Aufbau der neuen NSDAP in den siebziger Jahren beteiligt (siehe Kasten).

Lauck ist auch nicht der "Führer" der NSDAP/AO. Die eigentlichen Drahtzieher sitzen in Europa. Dennoch hat Lauck eine zentrale Funktion für die Neonazi-Internationale. Über ihn wird ein Großteil der Nazi-Schriften und Aufkleber in der BRD verbreitet. Lauck produziert den "NS-Kampfruf" in mindestens fünf Sprachen (Deutsch, Englisch, Schwedisch, Ungarisch und Dänisch). Weitere NSDAP/AO-Schriften gibt es in Holländisch, Französisch, Italienisch, Spanisch und Portugiesisch. Innerhalb der rechtsradikalen Szene in den USA (von Ku-Klux-Klan bis Aryan Nations) spielt Lauck dagegen keine wichtige Rolle.

Daß Lauck in Dänemark festgenommen wurde, ist kein Zufall. Seit mindestens 20 Jahren unterhält er enge Beziehungen mit dem deutschen Altnazi Thies Christophersen. In dessen bisherigem "Exil" in Kollund nahe der deutschen Grenze treffen sich seit Jahren die Führungspersonen der internationalen Neo- und Altnazi-Szene, inklusive Lauck. Festgenommen wurde Lauck bei Jonni Hansen, dem Chef der "Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung" DNSB (taz 29.3.). Gegen Christopherson richtete sich übrigens bereits die erste "Atlantik"-Aktion: Am 8. Dezember 1993 beschlagnahmte die bundesdeutsche Polizei in einem Postamt in Preußisch-Oldendorf (Kreis Minden) 3.165 Exemplare der neofaschistischen Zeitschrift "Bauernschaft", die von Christopherson herausgegeben wird.

mi.

Literaturtip:

Drahtzieher im braunen Netz. Der Wiederaufbau der 'NSDAP' (Edition ID-Archiv, 1992).

Quelle: "The New Order", englischsprachige Zeitschrift der NSDAP/AO, November/Dezember 1991

9. Der Verfassungsschutz und der Wiederaufbau der "NSDAP". Aus den Berichten des VS- Spitzels Werner Gottwald (Dokumentation)

Rubrik: Geheimdienste; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:36

(1975) (...) Ein besonderes Sicherheitssystem soll interne Tagungen schützen. Angeblich erhalte jeder einen Anruf mit dem Hinweis, sich auf eine Reise vorzubereiten. Es folgt dann ein Brief mit neutralem Absender, in dem ein Termin genannt wird, zu dem sich der Betreffende in einem Hotel zu melden habe und dort einen Umschlag verlangen solle. In diesem Umschlag fände er eine Telefonnummer, die er anrufen müsse. Er wird dann etwa 30 Minuten später abgeholt und zum Treff gebracht. (Wilhelm) Wübbels benützt für die Versendung seiner entsprechenden Briefe als Absender den Stempel eines Krankenhauses - diese Post wird mit Sicherheit nicht kontrolliert. Er versendet auch mit diesem Absender illegale Schriften. (...)

Wübbels gehört der Weltorganisation der NSDAP an und ist für die Organisation in Westdeutschland zuständig. Für die erste Septemberwoche (1975) soll im Raum Frankfurt die Neugründung der NSDAP für die Bundesrepublik geplant sein. Als Tagungslokal ist Kocherscheidt vorgesehen! (...)

Lauck ist übrigens mehrfach in der Wohnung von Wübbels gewesen und war auch dort, als seine Ausweisung bekannt wurde. L. unterhält sehr enge Kontakte zu Wübbels. Er hat bei seinen Fahrten in der BRD jedem Kontaktmann die Hakenkreuzkleber gegeben.

(NSDAP-Treffen am 23.1.77 in Detmold mit 65 Beteiligten) (...) Wübbels hat die Führung in der Hand und teilt folgende Leute ein: 1. Friedrich: Quartiermeister, 2. Neufeld und er: Kontrolle der erschienenen Personen, 3. Gottwald (VS!!): Kasse. Hevendehl hat 400 Zeitungen mitgebracht und diese werden zu 1,50 DM verkauft. (...)

Die Plakate und Flugblätter werden zur Zeit über Ulli Neufeld gedruckt. Dieser steht in seinem Raum mit einem Drucker in Verbindung. (Arnulf) Priem, der wie üblich wie ein Rocker auftrat, wurde veranlaßt, ein EK I, welches er angesteckt hatte, abzulegen. Priem ist nach Berlin übergesiedelt und besucht dort eine Förderungsschule für Studenten. Er arbeitet mit Berlin zusammen. (Volker) Hebbel hat eine alte Bekanntschaft mit Priem und beide haben verschiedene Anschriften ausgetauscht. Hebbel unterhält seinen Worten nach Kontakte zu Südafrika und will demnächst Anschriften zur Verfügung stellen. (...)

10. Getrennt marschieren - vereint schlagen. Die Ausweitung der illegalen NSDAP

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:39

Während in der Öffentlichkeit über Parteienverbote rechter Organisationen debattiert wird, haben die Nazi-Kader längst auf eine bewährte Taktik zurückgegriffen: Die Organisierung von Untergrundzellen. Diese bilden ein straff geführtes Organisationsgeflecht, treten jedoch unter verschiedenen Namen in der Öffentlichkeit auf. Diese Entwicklung wird von einem schon lange bestehenden Organisationskern konspirativ initiiert und planmäßig vorangetrieben. Der Verfassungsschutz leugnet die Existenz dieses Netzwerks seit zwanzig Jahren und war doch maßgeblich an seinem Aufbau beteiligt.

Der Wechsel von der offenen Organisationsform zur verdeckten Arbeit ist in der Organisationsgeschichte bundesdeutscher Nazis nichts Neues. Auch heute, nach den Parteienverboten, reagieren die Kader mit der verstärkten Bildung einer konspirativ-vernetzten Struktur von Zellen und Freundeskreisen. (...)

Den Startschuß für die Integration der Nazis der neunziger Jahre gab die Nachfolgeorganisation der verbotenen Direkten Aktion Mitteldeutschland (JF) mit 600 Mitgliedern (nach eigenen Angaben). Auf dem Höhepunkt ihrer Ausbreitung erklärte die JF: "Wir lösten mit Wirkung vom 20.1.94 sämtliche Vereinsnamen, Symbolik und kameradschaftsübergreifende Strukturen auf. Die Stützpunkte werden in vollständige Autonomie entlassen." Eine ständig wechselnde Bezeichnung sei fortan angebracht. (...)

Dies ist eine fast wortgetreue Fortführung des Konzeptes der illegalen NSDAP aus dem Jahre 1975: "Für die Öffentlichkeitsarbeit sind entsprechende politische Vereinigungen zu gründen, die unserer Parteiarbeit entsprechen. Eine Ortsgruppe kann mit zwölf Nationalsozialisten gegründet werden, die in der Lage sind, an den jährlich stattfindenden Parteitagen teilzunehmen. Die Ortsgruppen arbeiten überwiegend selbständig, ... bestimmen einen Vertrauensmann, der die Verbindung (untereinander) aufrechterhält." Nach außen sollten diese Ortsgruppen wie zersplitterte Zirkel aussehen. Damit sollte die Voraussetzung geschaffen sein, das Organisationsgeflecht zu schützen, auch wenn einzelne Gruppen oder Mitglieder von Verboten oder Strafverfolgung betroffen sind. (...)

Die neue NSDAP wurde 1973 aus der Taufe gehoben. Bei einem zweiten Gründungstreffen am 6./7. September 1975 in Wiesbaden verfügte sie bereits über 16 regionale Unterorganisationen, eine Zeitung für die USA und Großbritannien und den "NS-Kampfruf" für Deutschland. Der Versand des NSDAP-Materials erfolgt bis heute aus den USA, die Führung der Zellen und Zirkel liegt jedoch in der BRD und Österreich. Dies bestätigte Anfang 1994 Gary Lauck gegenüber Spiegel TV.

In den Anfangsjahren setzte sich die neue NSDAP aus Wehrsportgruppen, sowie aus auserwählten Aktivisten anderer rechtsextremer und faschistischer Organisationen zusammen. Aus ihren Reihen stammten die Mörder des jüdischen Verleger-Ehepaars Levin, sowie die Verantwortlichen für den Anschlag auf das Münchner Oktoberfest, bei dem 1980 dreizehn Menschen ermordet wurden.

Neben geschlossenen Verbänden gehören bis heute eine große Zahl von Einzelpersonen zu den Mitgliedern des Netzwerks. (...) Die sichere Erkenntnis, daß ein Großteil der Neonazi-Gruppen in Wirklichkeit von einem Organisationsgeflecht maßgeblich gesteuert wird, hat man dem agilen Agenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz Werner Gottwald zu verdanken. Gottwald war nicht irgendein Mitglied, er war seit 1975 Rechnungsprüfer der NSDAP und berichtete dem VS detailliert über den regionalen Aufbau der Gruppen bis 1977, die Gründung der ANS Michael Kühnens ab 1977, über Geldtransfers und Waffen, über Wehrsport und Überfälle. (...)

In leicht überarbeiteter Form übernommen aus: Antifaschistisches Infoblatt (Berlin) Nr. 27, Juni/Juli 1994. Soeben ist eine neue Ausgabe erschienen. Bezugsadresse: L. Meyer, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin (Preis je Heft: 5 Mark).

Anzeige

Schon vor 21 Jahren bei der NSDAP-Gründung in Hamburg dabei (von links): Wolf-Dieter Eckart (Freundeskreis NSDAP HH), Wilhelm Wübbels (Erster Reichsleiter der NSDAP/AO in der BRD), Gary Lauck (USA), Thies Christophersen (ehemaliger SS-Wachmann in Auschwitz).

Die 36-seitige Broschüre ist erhältlich über die Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Schulterblatt 58, 20357 Hamburg. Preis 4 Mark (3 Mark für SchülerInnen), plus 1 Mark für Porto.

11. Iranischer Gefangener nach Abschiebung im Iran hingerichtet

Autor: Bürokollektiv Ulla Jelpke, MdB · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:24

Letzte Frist abgelaufen:

Kurden vor der Abschiebung

Die Situation während der Anhörung des Bundestags-Innenausschußes am 15. März 1995 war schon kurios: Mit treuherzigem Blick versuchte der türkische Botschafter in der BRD, Onur Öymen, sein Land vom Makel des Folterstaates reinzuwaschen: "Unsere Teilnahme an dieser Anhörung ist doch Beweis genug, daß wir bemüht sind, bei den Menschenrechten höchste Standards einzuhalten."

Seine Exzellenz vergaß wohlweislich zu erwähnen, daß die türkische Regierung es mit Hilfe eines Haftbefehls gegen die türkische Anwältin, Eren Keskin, verhindert hatte, daß sie als Sachverständige für Menschenrechtsfragen zum Innenausschuß sprechen konnte. Ebenso hatten die türkischen Behörden den Abgeordneten der pro-kurdischen Partei DEP, Mahmut Alinak an der Ausreise nach Bonn gehindert, indem sie ihm seinen Diplomatenpaß weggenommen haben.

Doch keine der Bonner Regierungsparteien zeigte Interesse daran, diesen offenkundigen Widerspruch zu den Beteuerungen der türkischen Regierung zum Thema zu machen.

Der Abschiebestopp für KurdInnen wurde im Dezember letzten Jahres von Bundesinnenminister Kanther ausgesprochen. Es war eine Reaktion auf den Spruch des Staatssicherheitsgerichts in Ankara, Abgeordnete der DEP wegen "Separatismus" zu Haftstrafen bis zu 15 Jahren zu verurteilen.

Der Abschiebestopp für KurdInnen sollte erst dann neu überprüft werden, so hieß es zunächst, wenn die deutsche Übersetzung des DEP-Urteils geprüft worden sei. Tatsächlich aber warteten die Bonner Abschiebewütigen nicht solange: Ohne daß das DEP-Urteil in türkischer Sprache (geschweige denn, ins Deutsche übersetzt) vorlag, wurde der vorläufig bis 16. März datierte Abschiebestopp nicht verlängert.

Den VertreterInnen der Bonner Koalition kam es bei der Anhörung im wesentlichen darauf an, "nachzuweisen", daß KurdInnen in der Westtürkei keiner ethnischen Verfolgung unterliegen - KurdInnen aus der BRD somit "gefahrlos" in die Türkei abgeschoben werden können.

Die Berichte der eingeladenen Menschenrechtsvereine, über die systematischen und in allen Landesteilen der Türkei stattfindenden Menschenrechtsverletzungen perlten so an den Regierungsvertretern ab: Es könne ruhig als wahr unterstellt werden, daß in der Türkei allein im letzten Jahr

- 463 politisch Ermordete,

- über 1.000 Folteropfer,

- 50 in der Folterhaft umgekommene,

- 328 verschwundene Gefangene und

- 380 von den "Sicherheitskräften" außergerichtlich Hingerichtete gezählt worden sind.

Diese Angaben - seitens des türkischen Menschenrechtsvereins "IHD", des "Internationalen Vereins für Menschenrechte in Kurdistan" sowie von "amnesty international" - blieben bis zum Schluß der Anhörung unwidersprochen.

Für den faktisch schon längst im Vorfeld besiegelten Ausgang der Anhörung waren diese Angaben vollkommen ohne Belang: es ging einzig und allein um die Art und Weise, ob KurdInnen in der Westtürkei verfolgt werden.

Diese Frage beantworteten die Menschenrechts-VertreterInnen eindeutig: für KurdInnen existiert keine "sichere inländische Fluchtalternative". Auch in der Westtürkei werden sie in ihren Stadtvierteln systematisch

unterdrückt: es kommt regelmäßig zu Sperrungen ganzer Stadtteile durch die Polizei und willkürlichen Massenfestnahmen. Der in den Paß eingetragene kurdische Geburtsort ist ausreichend, um allgegenwärtigen Diskriminierungen, Schikanen und Unterdrückungsformen ausgesetzt zu sein. Auch in der Westtürkei wird gefoltert und bedrohen Todesschwadrone das Leben von politisch unliebsamen Personen.

Die Bundesregierung verfährt jedoch nach dem Motto: politische Verfolgung ist egal und "ethnische Verfolgung" wird geleugnet.

Bonner Arbeitsteilung

Daß Kurden von den Türken "wie Tiere" behandelt werden, wußte Kanthers Kabinettskollege, Norbert Blüm, schon seit 1991, wie er in "Bild am Sonntag" (26.3.95) ausplauderte. Doch er behielt sein Wissen lieber für sich.

Beeindruckt hätte den Bundesinnenminister Blüms Lamento vermutlich ebensowenig, wie das Interview von Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger im Spiegel (11/95). Die hatte den Zusammenhang von politischer und rassistischer Verfolgung von Kurden in der Türkei folgendermaßen auf den Punkt gebracht: "Wenn Kurden von dem Gebrauch machen, was wir Meinungsfreiheit nennen, und sich für irgendwelche Formen politischer oder auch nur kultureller Autonomie einsetzten, setzten sie sich dem Vorwurf des Separatismus aus. Für die gibt es wohl keine Fluchtalternative. Nur wer schweigt, kann wirklich sicher sein, nicht verfolgt zu werden."

Aber auch Frau Leutheusser-Schnarrenberger brachte ihre Erkenntnisse nicht in die Anhörung ein. Ebensowenig wie der als liberale Gallionsfigur verkannte Burkhard Hirsch. Der avancierte zu den heftigsten Befürwortern der Aufhebung des Abschiebestopps.

Der interessanteste Disput der Anhörung verlief zwischen dem sozialdemokratischen Abgeordneten Freimut Duve und der amnesty-Sprecherin Heidi Wedel. Die hatte auf die systematische Folterpraxis in der Türkei verwiesen und - bezugnehmend auf die Europäische Anti-Folter-Konvention - daraus den Schluß gezogen, daß PKK-AktivistInnen unmöglich an die Türkei überstellt werden dürften. Dieser Punkt wollte Freimut Duve nicht in den Kopf. Denn es ist ihm - wie auch der Bundesregierung - eine Herzensangelegenheit, "PKK-Terroristen" als allererste aus der BRD rauszuschmeißen.

Heidi Wedel wies Duve zu Recht daraufhin, daß es doch daß Ziel von Menschenrechts-Konventionen sei, jeden Menschen vor Folter zu schützen, unabhängig davon was diese Person getan hatte bzw. wessen sie beschuldigt wird.

Diesen Eckpfeiler einer demokratischen Menschenrechtspolitik haben die bundesdeutschen Vollstrecker türkischer Verfolgungsinteressen mittlerweile verlassen. In ihrem Verständnis dessen, was sie als "verfolgungsfreie Zustände" deklarieren, als auch in ihrer Hingabe, kurdische AktivistInnen in türkische Folterkeller auszufliegen, wird offenkundig, wie sie selber mit einer unliebsamen Opposition umspringen möchten.

Bonner Nebelkerzen

Der Aufhebung des Abschiebestopps, die Kanther unmittelbar nach dem Ende der Anhörung verfügte, ging der Abschluß eines Abschiebeübereinkommens mit der Türkei voraus. Der türkische Innenminister hatte seinem deutschen Amtskollegen in einer offiziellen Note die künftig geltenden Verfahrensmodalitäten für die Abschiebung von "türkischen Staatsangehörigen" mitgeteilt, "die sich an Straftaten mit der PKK und anderen Terrororganisationen in der Bundesrepublik Deutschland beteiligt haben".

Die Zahl der nach diesem Abkommen abzuschiebenden KurdInnen log Kanther in einem Deutschlandfunk-Interview (am 24.2.95) auf "eine Handvoll von PKK-Aktivisten" herunter. Tatsächlich muß aber damit gerechnet werden, daß den türkischen Folterknechten bis zu 4.000 KurdInnen auf dem Silbertablett serviert werden.(so: NRW-Innenminister Schnoor in: SZ, 17.3.95)

Die Daten, der nach diesem Übereinkommen abzuschiebenden KurdInnen, sollen den türkischen Behörden vorab übermittelt werden. Die erzählen dann den deutschen Kollegen, ob gegen die abzuschiebende KurdIn strafrechtlich in der Türkei etwas vorliegt, insbesondere ob, die abzuschiebende Person vor ein Staatssicherheitsgericht gestellt werden soll. Windige Zusagen - mit ausreichenden Schlupflöchern - über die

Möglichkeit des AnwältInnen- und ÄrztInnen-Besuchs in der Haft soll den abschiebenden deutschen Behörden ein ruhiges Gewissen vermitteln. Die Erfahrungen von den Auslieferungsfällen der 80er Jahre, als die türkische Regierung ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen und verbindlichen Zusagen an die Bundesregierung derart regelmäßig und dreist gebrochen hatte (so daß der Auslieferungsverkehr bei politischen Straftätern vom Bundesverfassungsgericht letztlich ausgesetzt werden mußte; vgl. ak Mai 1994), diese Lehren scheinen vergessen. Aber auch die Verurteilung der türkischen Folterpraxis durch die Anti-Folter-Kommission des Europarates sowie der Vereinten Nationen werden von der Bundesregierung geflissentlich übersehen: Volksverdummend wird auf die Zusicherung der Türkei verwiesen, abgeschobene KurdInnen "wie alle türkischen Bürger auch, keiner rechtswidrigen Behandlung auszusetzen" und im übrigen die völkerrechtlich verpflichtenden Menschenrechte einzuhalten. Die Frage, warum die türkische Regierung sich einem Abkommen mit der Bundesregierung mehr verpflichtet fühlen sollte, als der Europäischen bzw. der Konvention der Vereinten Nationen zur Verhütung der Folter (die von der Türkei seit Jahren nachweislich systematisch gebrochen wird), diese Frage konnte und wollte keiner der Sachverständigen auf der Innenausschuß-Anhörung beantworten.

Es geht um mehr

Ein Schlamassel, wie der mit den nur mit allen möglichen Tricks abzuschiebenden KurdInnen soll in Zukunft weit im Vorfeld "gelöst" werden. In einem Brief vom 22.2. an den Innenausschuß-Vorsitzenden Penner (SPD) erläuterte der Bundesinnenminister: "Wichtiger als die Frage nach wenigen Tagen der Verlängerung (des Abschiebestopps, Anm. d. Verf.) ist die Grundfrage, daß bundeseinheitlich der Zusammenhang des Asylkompromisses zwischen Grenzsicherung, Aufenthaltsbedingungen und Rückführung von Ausländern ohne Bleiberecht gewahrt wird."

Sofern kurdische Flüchtlinge es schaffen sollten den türkischen Folterkammern zu entfliehen, in welche die Bundesrepublik sie hat ausfliegen lassen, und es dann wagen würden, noch einmal in die Bundesrepublik flüchten zu wollen, sollen künftig im Netz der militärischen Abschottung der EU hängen bleiben. Einmal außer Landes geschafft, möchte man sich so ein für allemal das "Kurden-Problem" vom Hals schaffen.

Bürokollektiv Ulla Jelpke MdB

Iranischer Gefangener nach

Abschiebung im Iran hingerichtet

Mosem Derbisch verbrachte sieben Jahre im Knast Fuhlsbüttel, er war wegen Drogenhandels u.a. zu insgesamt 14 Jahren Haft verurteilt worden. Seine Mitgefangenen kannten ihn als ruhigen, verläßlichen Menschen. Aber Mosem zog es in seine Heimat, er wollte zurück in den Iran. Obwohl Freunde ihn warnten, erklärte er sich daher mit der Abschiebung nach der Hälfte der Strafe einverstanden, nachdem ihm zuvor von der iranischen Botschaft mehrfach telefonisch versichert worden war, seiner Rückkehr stehe nichts im Wege und er habe nichts zu befürchten. Es mag eine Rolle gespielt haben, daß er nach dieser Regelung (Einverständnis mit der Abschiebung) nur die Hälfte seiner Strafe absitzen mußte.

Vor circa vier Wochen wurde er in den Iran abgeschoben. Jetzt entdeckten Freunde in einer iranischen Zeitung ein Foto seiner Hinrichtung - kurz nach der Ankunft im Iran wurde er gehenkt.

Mosem Derbisch wurde das Opfer des mörderischen Regimes im Iran - aber auch der Abschiebepraxis. Und gerade unter dem Eindruck der gegenwärtigen Diskussion um Abschiebungen wird deutlich, daß entsprechenden Versicherungen, den Abgeschobenen werde nichts geschehen, diese hätten "nichts zu befürchten", nichts wert sind. Hinrichtung, Folter und andere derartige Praktiken sind nicht nur im Iran an der Tagesordnung - hier zeigt sich eben der Unterschied zwischen Reden und Handeln, wenn es um die Frage der Menschenrechte geht. Auch in der BRD wird da nicht nur von Kanther und Co. schöngeredet, aber auf dem Rücken und über die Leichen der Betroffenen gehandelt. Daher: Schluß mit den Abschiebungen und der menschenrechtswidrigen Abschiebehaft!

jes

12. Hamburg: Nie mehr Polizeiskandal

Autor: jo. · Rubrik: Ausländerpolitik; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:26

Das scheint das Motto zu sein, nach dem der Polizei-, Justiz- und Behördenapparat eine schnelle und geräuscharme "Entsorgung" der bekanntgewordenen Mißhandlungen und Folterfälle auf Hamburger Polizeirevieren durchdrücken will. Unterstützt wird er dabei von einer Journaille, die nur zu gerne die Blumensträuße ablichtet, mit denen "Bürger von St. Georg" den Tätern an der "Folterwache" 11 gratulieren. Schon wenige Tage nach den neuen schweren Vorwürfen über Mißhandlungen geht es vorrangig um schlechte Arbeitsbedingungen der Polizei, die "im Regen stehengelassen" werde und sich nicht mehr traue, "Afro-Dealer" festzunehmen: "Ja, das Verbrechen hat's geschafft: Polizisten haben Angst, ihre Pflicht zu tun." (Bild, 6.3.95) Das frühere SPD-Blatt "Morgenpost" will da nicht nachstehen und initiiert in Zusammenarbeit mit "vier der erfolgreichsten Werbeagenturen Deutschlands" "Ideen für ein neues Image". Aggressiv gemachte PR soll mit großformatigen Fotos von vermummten Demonstranten den Slogan in die Köpfe hämmern: "Die Polizei - Dein Freund braucht Helfer". (Mopo, 28.3.95 ff.)

Unterdessen kommen wöchentlich neue Fakten an die Öffentlichkeit. Der bereits im letzten ak angeführte Zeuge aus der Wache 34 berichtete gegenüber dem "Spiegel" (27.3.95) von Prügelorgien. Die Sekretärin der gleichen Wache, die nach Übergriffen die Protokolle "rundschreiben" mußte: "Ich hörte und las in den Berichten, daß die Festgenommenen ständig über die Schwelle zur Wache stolperten. Die Kollegen ‚konnten sie leider nicht mehr festhalten`, sie schlugen dann auf dem im Raum stehenden Tisch auf und verletzten sich oft erheblich." Typisch für die weite Verbreitung solcher Methoden ist die Revierwache 34, weil sie eben nicht auf dem Kiez, sondern am nördlichen Stadtrand in Langenhorn liegt.

Symptomatisch auch ein Bericht über den Bereitschaftspolizei-Zug FD 913: In allen drei Fahrzeugen waren hinter der Frontscheibe Henkerschlingen angebracht. Immer wieder wurden damit Schwarze oder andere Ausländer auf offener Straße bedroht ("Dachpappe", "Kohlensack", "verpiß dich"). Über diese Vorfälle informierte bereits 1982 ein Polizeibeamter den damaligen Innensenator. Doch erst auf eine parlamentarische Anfrage der GAL hin verschwanden die Schlingen - während der Senat den Vorgang als "jugendliche Unbekümmertheit" verharmloste.

Der Verbreitungsgrad rechtsradikaler und offen ausländerfeindlicher Positionen im Apparat war intern sattsam bekannt. Die Politiklehrer an der Landespolizeischule hatten im Frühjahr 1994 "erhebliche Defizite in grundlegenden demokratischen Einstellungen und Verfahrensweisen" bei ihren Schülern registriert. In einem Vermerk über eine Besprechung auf höchster Ebene steht, "es werden ‚Stammtischparolen` mit ausländerfeindlichen und rechtsradikalen Tendenzen vertreten". Es sei "alarmierend, daß solchen Einstellungen aus dem Klassenverband immer seltener widersprochen" werde. Auch "abnehmende Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte" und "latenter Antisemitismus" wurden konstatiert. (zit. nach HA, 10.3.95) Nach außen hin wurde jedoch weiter konsequent gedeckelt.

Klappe zu?

Rasche Rückkehr zur Normalität - darauf konzentrieren sich heute alle Anstrengungen des "Ermittlungsapparats". Die Sonderkommission von Polizei und Staatsanwaltschaft soll bereits zum 1. April aufgelöst werden, bis Mai sollen noch Abschlußberichte geschrieben werden. Vorab verlautet schon mal, Scheinhinrichtungen ließen sich jedenfalls nicht nachweisen. Leider sei es ganz unmöglich gewesen, Opfer der Polizeiübergriffe ausfindig zu machen, bedauert Oberstaatsanwalt Martin Köhncke, und verschweigt dabei, was sowohl er wie die Betroffenen ganz genau wissen: Ein illegal in der BRD lebender Afrikaner beispielsweise kann sich sicher sein, nach einer Aussage in kürzester Zeit abgeschoben zu werden. (Das ist bei zur Prostitution gezwungenen Frauen -zig mal durchexerziert worden - womit dann Urteile gegen die Profiteure "leider" nicht mehr möglich waren.) Auch eine Entscheidung über Asyl oder Duldung kann - dank guter Kontakte zwischen Polizei und Ausländerbehörde - ganz unbürokratisch schnell fallen. Im Fall Dialle D. konnte eine Abschiebung des Betroffenen durch massiven öffentlichen Druck nur knapp verhindert werden. (vgl. ak 370)

Die "Kritischen Polizisten", die sich öffentlich zu den Vorgängen äußern, werden systematisch eingeschüchtert. Als der Konflikttrainer an der Landespolizeischule Holger Jähnicke-Petersen vor den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß geladen wurde, um über Mißhandlungsberichte auszusagen, eröffnete die Staatsanwaltschaft wenige Tage vor dem Termin ein Verfahren gegen ihn: Wegen "Verrat von Dienstgeheimnissen" und "Strafvereitelung im Amt" werde nun auch gegen ihn ermittelt. Jähnicke-Petersen zog es daraufhin vor, vor dem PUA zu schweigen.

Schwerer sind die Aussagen des Kronzeugen vom Tisch zu kriegen, der zehn Jahre an der Wache 11 Dienst tat. So probiert man's mit öffentlicher Demontage: "Wackelt der Kronzeuge", fragt Springers "Welt" (20.3.95) ohne erkennbaren Anlaß den Innensenator. Und der antwortet mit dem schier unglaublichen Satz: "Wir haben durch die Veröffentlichungen natürlich mit dem Problem zu kämpfen (!), daß dieser Kronzeugen zu seinen Aussagen steht."

Der beantragte Zeugenschutz für diesen unbequemen Zeugen wurde jedenfalls abgelehnt. Dabei ist aus früheren Hamburger Polizeiskandalen noch in Erinnerung, wie wichtige Zeugen plötzlich von der Bildfläche verschwanden: 1980 wurde der ehemalige V-Mann der Kripo, Peter K., von einer U-Bahn überfahren. Er hatte bei der Staatsanwaltschaft über Verfilzungen zwischen Unterwelt und Hamburger Polizei ausgesagt. Wenige Tage vor seinem gewaltsamen Tod hatten ihm Unbekannte einen Leichenwagen vors Haus geschickt. Dennoch folgte der Meldung seines Todes das sofortige polizeiliche Dementi: der Mann habe Selbstmord begangen, ein Fremdverschulden sei ausgeschlossen. (Mopo und dpa, 2.4.80) Und schon vorher, bei Ermittlungen zur Korruption an der Davidwache, fielen zwei Kronzeugen "Verkehrsunfällen" zum Opfer, ein dritter verschwand spurlos. Selbst die Bild-Zeitung (22.1.75) veranlaßte das damals zu der Schlagzeile: "Merkwürdig! Die Zeugen im Prozeß gegen 17 St.-Pauli-Polizisten sind tot". (Immer noch lesenswert ist die GAL-Dokumentation "Ist Hamburgs Polizei sauber?" von 1982, die manches Déjà-vu-Erlebnis bereitet ...)

jo.

13. Die Zeit wird knapp. Pennsylvanias neuer Gouverneur will die Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal anordnen

Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:30

Die lebensbedrohliche Situation für den zum Tode verurteilten afro-amerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal hat sich erneut zugespitzt. Wegen angeblichen Polizistenmordes sitzt der frühere Aktivist der Black Panther Party seit über dreizehn Jahren in Isolationshaft im Hinrichtungstrakt in Pennsylvania (siehe AK 375).

In diesem US-Bundesstaat ist seit 1961 kein Todesurteil mehr vollstreckt worden. Ende Februar 1995 hat nun jedoch der neugewählte republikanische Gouverneur Thomas Ridge, der sich als Law-and-Order-Politiker profilieren will, die ersten Exekutionsbefehle unterzeichnet (Abu-Jamal steht an fünfter Stelle der inoffiziellen Todesliste). Die erste Hinrichtung in Pennsylvania steht nun für Anfang Mai zu befürchten. Wenn sie ohne großen öffentlichen Protest durchgeführt werden kann, dürfte demnächst auch Abu-Jamal an der Reihe sein. Wenn Ridge den Hinrichtungsbefehl unterschreibt, gibt es für den Rechtsanwalt Abu-Jamals kaum noch juristische Möglichkeiten, eine Exekution zu verhindern.

Der Blutdurst der US-Öffentlichkeit wird immer rabiater. Vor kurzem hat nun auch der Bundesstaat New York die Todesstrafe wiedereingeführt. Damit sind Hinrichtungen in den USA nun in 38 von insgesamt 50 Bundesstaaten wieder legal.

In den vergangenen Jahren haben verschiedene Solidaritätskomitees in der BRD Unterstützung für Abu-Jamal organisiert: Kundgebungen, Protestunterschriften und Geldspenden, um die juristische Vorarbeit für eine mögliche Wiederaufnahme des Prozesses zu finanzieren. Am 23. März 1995 gab es in neun verschiedenen Städten Aktionen vor US-Botschaften und -Konsulaten, mit mehreren hundert TeilnehmerInnen.

Viele UnterstützerInnen kommen aus dem autonomen Spektrum. Aber auch im gewerkschaftlichen Bereich regt sich Solidarität: So hat die Fachgruppe Journalismus der Industriegewerkschaft IG Medien in Berlin-Brandenburg den US-Journalisten im Januar symbolisch als Ehren-Vorstandsmitglied berufen. Die DGB-Jugend macht eine Postkarten-Aktion zur Unterstützung von Abu-Jamal.

UnterstützerInnen in Wiesbaden haben eine Initiative gestartet, mit der sie Bundes- und Länder-Innenminister auffordern, Abu-Jamal in der BRD politisches Asyl zu gewähren (siehe Angehörigen-Info vom 27.3.1995). Kontaktadresse: USA AG, Infoladen, Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden, Tel. 0611/440664.

Ziel der verschiedenen Solidaritätsaktionen ist es, zu verhindern, daß der Gouverneur den Exekutionsbefehl unterschreibt. Damit soll Zeit gewonnen werden, um eine Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Abu-Jamal zu erreichen. Die Forderungen:

- Keine Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls von Mumia Abu-Jamal!

- Garantie eines neuen, fairen Prozesses!

- Freilassung von Mumia!

- Abschaffung der Todesstrafe!

Detaillierte Informationen gibt es bei: Archiv '92, Postfach 150323, 28093 Bremen, Tel. 0421/354029, Fax 0421/353918.

Spenden: Sonderkonto Abu-Jamal, Bank für Gemeinwirtschaft Bremen, Nr. 1005877601, BLZ 290 101 11.

Adresse für Protest-Faxe: Governor Thomas Ridge, Main Capitol Building, Room 225, Harrisburg, PA 16652, USA. Fax: 001-717-783-1396. (Möglicher Text: Mr. Ridge, We urge you not to sign Mumia Abu-Jamal's death warrant, but to ensure him a fair retrial and to release him immediately. We demand the abolition of the death penalty!).

Hinweis: Die Bremer AGIPA-Press wird voraussichtlich im Mai ein Buch mit Essays von Mumia Abu-Jamal veröffentlichen.

14. Metalltarifrunde 95: Unternehmer sichtlich unzufrieden

Autor: gg. · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:16

Der Tarifabschluß in der Metall- und Elektroindustrie ist unter Dach und Fach. Innerhalb weniger Tage folgten die Abschlüsse in der Chemiebranche, im Versicherungsgewerbe und bei den Banken. In diesen Bereichen wurde im wesentlichen die Vorgabe des Metall-Abschlusses nachvollzogen.

Man muß nicht in Jubel ausbrechen, sollte aber ehrlicherweise zugestehen, daß der nun vorliegende Abschluß auch nicht erwartet werden konnte. Immerhin war das Arbeitgeberlager mit dem festen Vorsatz angetreten, eine weitere Nullrunde durchzusetzen. Versteckt worden war das in der Formel: Lohnerhöhungen ja, dafür aber Kompensationsleistungen. Vor allem war dabei an die zeitliche Verschiebung bei der Einführung der 35-Stunden-Woche zum 1.10.95 gedacht worden. (siehe ak 376, S. 6) Die Erwartungen bei den Unternehmern waren offensichtlich so hoch gesteckt, daß nach dem Pilotabschluß auf die bayrischen Verhandlungsführer heftigste Kritik niederprasselt.

Hans Peter Stihl, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT): "Ich bin mir sicher, daß eine Tarifauseinandersetzung um den Pilotabschluß 1995 in Baden-Württemberg anders verlaufen wäre als in Bayern. Die bayrischen Arbeitgeber demonstrierten nur verbal Härte. In Baden-Württemberg hätten die Unternehmer nicht ohne jede Reaktion den Streik hingenommen, sie hätten unverzüglich ausgesperrt. Die Solidarität im Arbeitgeberlager hätte gehalten. In Bayern dagegen ist die Aussperrung am Widerstand der großen Unternehmen gescheitert. In Baden-Württemberg sind auch die Großunternehmen bereit, mit dem Mittelstand eine solche Auseinandersetzung zu wagen." (Handelsblatt, 10.3.95) Andere Unternehmer, die sich intern äußern, machen die Laumänner im Mittelstand aus. Diese Unstimmigkeiten im bayrischen Metallarbeitgeberverband - und nicht nur dort, sondern bei Gesamtmetall insgesamt - dürften die Verhandlungsposition der IG Metall erheblich verbessert haben.

Die unterschiedlichen Positionen im Arbeitgeberverband machten sich auch bei der Übernahme des bayrischen Pilotabschlusses in anderen Tarifbezirken bemerkbar. In der Regel akzeptierten die Unternehmer den Abschluß nur mit knapper Mehrheit, wohlwissend, daß eine Ablehnung zwangsläufig Kampfmaßnahmen der IGM nach sich gezogen hätte. Auf Gewerkschaftsseite war die Zustimmung eindeutig. Rund 92% der abstimmenden Metaller sprachen sich für die Annahme aus. Dies entspricht 73,5% aller zur Urabstimmung aufgerufenen Gewerkschaftsmitglieder.

Der Abschluß

* Vom 1.1.1995 wird für vier Monate eine Pauschale von 152,50 DM bezahlt. Dies entspricht einer durchschnittlichen Erhöhung von rund 3,5%.

* Vom 1.5.1995 an werden die Löhne und Gehälter um 3,4% erhöht.

* Ab 1.11.1995 steigen die Einkommen um weitere 3,6%.

* Die Ausbildungsvergütungen steigen rückwirkend zum 1.1.1995 um 3,4%, von November 1995 an um weitere 3,6%.

* Die Arbeitszeitverkürzung von 36 auf 35 Stunden pro Woche wird, wie 1990 vereinbart, zum 1.10.1995 in Kraft treten - bei vollem Lohnausgleich.

* Der von den Unternehmern gekündigte Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen wird um weitere fünf Jahre verlängert.

Für 1995 bedeutet dies für die Beschäftigten eine Bruttolohn-/Gehaltserhöhung von rund 4%, für 1996 von 3,6%. Zu berücksichtigen bleibt allerdings, daß die Bemessungsgrundlage für das Urlaubsgeld und die Jahressonderzahlung (Weihnachtsgeld) sowohl für 1995 als auch für 1996 der Tarif des Jahres 1993 bleibt.

Vor Beginn der Tarifrunde hätte trotz der Auftrags- und Gewinnentwicklung in diesem Industriezweig niemand einen Tarifabschluß in dieser Höhe erwartet. Man liegt mit Sicherheit nicht falsch mit der Aussage, daß ohne

das "tölpelhafte Verhalten" des Arbeitgeberlagers auf der einen Seite und der doch beeindruckenden Kampfbereitschaft der KollegInnen auf der anderen Seite dieser Abschluß nicht zustande gekommen wäre.

Als großer Nachteil kann sich die zweijährige Laufzeit des Tarifvertrages herausstellen. So kann bei einer Veränderung der tariflichen Rahmenbedingungen (z.B. Verbesserung der konjunkturellen Entwicklung, Anstieg der Produktivität, der Gewinne, der Inflation) im nächsten Jahr kein Lohnnachschlag geholt werden. Nicht umsonst wird dieser Aspekt in den unterschiedlichsten Unternehmerstellungnahmen als der einzig positive herausgehoben.

"Kompensationen" im Herbst?

Zu einem weiteren Negativaspekt für die Beschäftigten in der Metall- und Elektrobranche könnten sich die Gespräche über die Fortführung des 1995 auslaufenden Beschäftigungssicherungsvertrages entwickeln, die im Oktober dieses Jahres stattfinden sollen. Es deutet einiges darauf hin, daß die IGM-Spitze hier zu einigen Zugeständnissen im Bereich der Arbeitszeitflexibilisierung bereit ist. Auf entsprechende Vorschläge von IGM-Vize Walter Riester gingen die bayrischen Arbeitgeber bei den Tarifgesprächen überhaupt nicht ein, wohl, so Riester, weil sie unter "selbstverursachtem Streß" gestanden hätten. Riester weiter: "Die IG Metall hat eigentlich geglaubt, daß die Arbeitgeber spontan die Vorteile dieses Konzeptes auch für die Unternehmen erkennen und mit uns über die Gestaltungsmöglichkeiten diskutieren würden. Wir waren sehr überrascht, daß die Gegenseite dieses Angebot überhaupt nicht kapiert hat. Man hätte über alle Modalitäten sprechen können, aber wir sind gar nicht ins Gespräch gekommen, sondern auf die Verhandlung einer nackten Lohnzahl abgedrängt worden." (Handelsblatt, 14.3.95)

So ist es gut möglich, daß Ende des Jahres doch noch "Kompensationen" des Tarifabschlusses vereinbart werden. Die IGM wird sich Forderungen nach einem Entgegenkommen angesichts akuter "Standortnachteile" - aufgrund der Aufwertung der DM und der sich daraus ergebenden "nationalen Verantwortung" - kaum entziehen können. Die gewerkschaftliche Linke sollte sich den von Riester vorgelegten und von der großen Tarifkommission einstimmig gebilligten Flexibilisierungskatalog genau anschauen. Zur Zeit bestehen hierbei wohl noch einige Interventionsmöglichkeiten.

Vieles dürfte davon abhängen, ob die Auftragsbücher der Metallindustrie weiterhin gefüllt bleiben. Dies könnte wiederum von den Aufwertungstendenzen abhängen. Nach dem "übermäßigen" Tarifabschluß wird wieder heftig mit Standortverlagerungen gedroht. Steigende Lohnkosten müßten, so das Credo aus den Chefetagen, durch verstärkte Rationalisierungen ausgeglichen werden. Diese Drohung kann einen relativ ruhig lassen, denn Rationalisierungsversuche hätte es auch ohne diesen Tarifabschluß gegeben.

Für die Beschäftigten zählt, daß es dieses Jahr zumindest keinen allzu hohen Reallohnverluste geben wird. Wieviel netto auf dem Konto bleibt, wird von der weiteren Finanzpolitik des Bundes abhängen. Zumindest für das Jahr 1996 ist schon wieder eine Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge angekündigt. Die Inflation wird erwartungsgemäß auch nicht auf dem zur Zeit recht niedrigen Niveau verharren.

Es hätte schlimmer kommen können, aber einen Umkehrtrend in der Verteilungspolitik hat dieser Abschluß nicht gebracht. Die sogenannten "Kompensationsforderungen" werden spätestens im Herbst auf dem Tisch der IGM in Frankfurt liegen. Arbeitgeberpräsident Murmann hat schon vorsorglich angekündigt, daß er sich in nächster Zeit mit den "vernünftigen" Kräften in der IG Metall zusammen setzen möchte, um "einen intensiven Dialog über neue Wege in der Tarifpolitik zu führen." (Handelsblatt, 24.3.95) Die unvernünftigen Kräfte sollten sich in nächster Zeit ebenfalls bemerkbar machen.

gg., 28.3.95

P.S. Ein richtungsweisendes Tarifergebnis läßt sich auf betrieblicher Ebene vermelden. Die Tarifpartner des Tarifbezirkes Hamburger Satz- und Verlagskooperative (Herausgeberin der bekannten Zeitschrift ak/analyse & kritik) konnten nach zähen Verhandlungen folgendes Tarifergebnis erzielen: Nach der letztjährigen Nullrunde und dem Einfrieren der Jahressonderzahlung auf dem Niveau von 1991 werden nunmehr die Nettogehälter bei einer vollen Stelle um 80 DM erhöht. Gemach, gemach - wir verprassen keine Spendengelder. Das Nettogehalt beträgt ganze 2.000 DM im Monat. Die Erhöhung ist um so erfreulicher, als die ab 1. Januar wirksamen Abzüge durch Pflegeversicherung und Solidaritätsbeitrag voll von Verlagsseite aufgefangen

werden - ein richtungsweisendes Beispiel für den Umgang mit Pflegeversicherung und Solidaritätsbeitrag. Über einige Modalitäten (Jahressonderzahlung) muß noch nachverhandelt werden.

15. Unverbrüchliche Freundschaft. Iranisch-deutsche Geheimdienstverbindungen überdauern alle politischen Krisen

Autor: B. · Rubrik: Geheimdienste; Iran · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:14

Es sei vorausgeschickt: Die im Nachfolgenden beschriebene Kumpanei des deutschen Staates, und natürlich der deutschen Industrie, mit dem Staatsterror der totalitären "Islamischen Republik" wird auch im herrschenden Lager und in den herrschenden Medien vielfach kritisiert und angeprangert. Fernsehsendungen und Artikel der bürgerlichen Presse berichten nicht zu knapp über dieses Thema. Diese Kritik steht unter dem Vorzeichen der Verteidigung der "Inneren Sicherheit" der reichen Metropolenländer und der Abwehr "fremder Konflikte auf deutschem Boden". Wir meinen: wenn hier den Häschern des totalitären Regimes in Teheran weitgehend freie Hand gelassen wird, so geschieht dies nicht aus Nachlässigkeit oder wegen Unfähigkeit deutscher Behörden, sondern aus bewußter und systematischer Verfolgung eigener (politischer, ökonomischer) Interessen.

In den letzten Jahren sind bei Anschlägen im Ausland rund 70 Menschen (Oppositionelle, Intellektuelle, Rushdie-Übersetzer) getötet worden. Im Innern der "Islamischen Republik" muß nach vorsichtigen Schätzungen von 100.000 Opfern durch Folter und Hinrichtung ausgegangen werden. Dies ist jedoch in den Leitmedien viel weniger Thema als die bedrohlichen terroristischen Aktivitäten auf unserem Boden. Nicht die "Innere Sicherheit" der Metropolen ist jedoch das eigentliche Thema, sondern die Gefahr für die Untertanen der fundamentalistischen Staatsmacht - hier und dort.

Tradition der Kumpanei

Ende der 50er Jahre hatte der Bundesnachrichtendienst (BND) nur zwei Legalresidaturen, d.h. offizielle Sitze des bundesdeutschen Auslandsgeheimdiensts, im Ausland (Franco-Spanien und Türkei). Bis Ende der 60er Jahre erhöhte sich diese Anzahl auf 20, die meisten davon in NATO-Staaten. Der Iran unter dem Schah-Regime zählte zu den ersten Etappen der Expansion des BND "out of area": 1960 wurde eine BND-Residatur in Teheran eröffnet, 1961 in Pretoria, um dieselbe Zeit auch in Afghanistans Hauptstadt Kabul. Im arabischen Raum existierte die erste illegale BND-Residatur 1979 in Dubai (Vereinigte Arabische Emirate). Anfang der 80er Jahre operierten im nahöstlichen Raum legale BND-Sitze im Iran, Irak und in Saudi-Arabien, bis Ende der 80er Jahre dann in allen Staaten der Region, zuletzt 1989 in Syrien.

Der BND wurde im Jahr 1956 gegründet, die SAVAK (Sazman-e Ettelaat-e va Amnijat-e Keschwar/Organisation der Nachrichten und der Sicherheit des Landes) im Jahr 1957. Wie die Bundesregierung im Jahr 1977 einräumte, gab es seit 1959 eine enge Zusammenarbeit zwischen dem bundesdeutschen und dem iranischen Nachrichtendienst. (1) Auf Ersuchen der SAVAK verhinderten deutsche Behörden 1976 eine in der BRD geplante Menschenrechtskonferenz über Mißhandlungen im Iran; die Konferenz fand in den Niederlanden statt. Im Januar 1977 erklärte der damalige iranische Außenminister Ali Abbas Khalatbari stolz, die Zusammenarbeit sei so eng, "daß der iranische Geheimdienst sogar regelmäßig Informationen über hierzulande lebende persische Staatsbürger erhalte." Der bundesdeutsche Regierungssprecher Grünwald äußerte dazu: "Es geht um die gegenseitige Unterrichtung von Sicherheits-gefährdenden Bestrebungen ..." Ferner werde die Botschaft des Iran "über Bestrebungen informiert, die zu Gewaltakten iranischer Staatsbürger in der Bundesrepublik gegen iranische Einrichtungen führen könnten". (2)

Manche Details dieser intensiven Zusammenarbeit flogen im Zuge des Regimewechsels 1979 auf. Ende April 1979 durchsuchte Sadiq Tabatabai (3), der stellvertretende Premierminister und Regierungssprecher der neuen iranischen Regierung Bazargan (die bereits unter dem langen Schatten des Ayatollah Khomenei stand), im Auftrag der neuen Führung die Geheimdienstzentrale der SAVAK in Bonn. Er fand ein ganzes Arsenal von technisch perfekten Spionagewerkzeugen: beispielsweise Aktentaschen, durch deren Verschluß Spitzel unbemerkt Demonstrationen und Versammlungen filmen konnten; Spezialgeräte zur Herstellung von Schlüsselabdrücken (mit anschließend in Teheran hergestellten Nachschlüsseln wurde in Wohnungen

oppositioneller Iraner in der BRD eingebrochen); Fotoapparate mit Spezialobjektiven, die noch aus einer Entfernung von 1000 m scharfe Bilder liefern. (4)

Der SPD-Abgeordnete Klaus Thüsing, der zusammen mit seinen Abgeordneten-Kollegen Norbert Gansel und Manfred Coppik Anfang Juni 1979 eine - selbstfinanzierte - Reise in den nach-revolutionären Iran unternahm, erklärte in einem Interview: "... man kann ganz allgemein sagen, daß der Verfassungsschutz so getan hat, als sei der SAVAK eine Art Unterabteilung. So eng war die Zusammenarbeit. Zum Beispiel: Da reichte ein Anruf des SAVAK an den Verfassungsschutz, man möge doch eine Demonstration persischer Studenten fotografieren und die Teilnehmer feststellen, und schon war das gelaufen." (5) Die Ausmaße der Repression der damaligen iranischen Diktatur bezifferten die drei linken SPD-Abgeordneten damals: "Seit 1953 seien 300.000 namentlich bekannte Menschen von der Polizei und dem Geheimdienst des Schah ‚gefoltert und ermordet` worden; in den letzten Monaten des Schah-Regimes seien bei Massakern gegen Demonstranten 60.000 bis 70.000 Menschen umgekommen." (6) Wie intensiv die Zusammenarbeit tatsächlich war, zeigte sich wenig später erneut. In der "Monitor"-Sendung vom 31. Juli 1979 erklärte ein Agentenführer der SAVAK, der jahrelang im iranischen Konsulat in München tätig war: "Es gab Verbindungsmänner vom Verfassungsschutz, die mit den hauptamtlichen Agenten immer Kontakt hatten. Man hat diese Behörde ab und zu mal, wenn es nötig war, um die Adressen der Studenten gebeten, wo sie wohnen, oder um die Personalien, wenn wir die Personalien nicht von Teheran kriegen konnten, und solche Sachen natürlich."

Von der alten zur neuen Diktatur

So, wie der Geheimdienst der neuen Diktatur der "Islamischen Republik" SAVAMA oder VEVAK (Vezarat-e Ettelaat va Amnijat-e Keschwar / Ministerium für Information und Sicherheit des Landes) die direkte Fortsetzung der SAVAK darstellt, mit geringfügiger Namensänderung und nach Exekution der obersten Führungsspitzen, so änderte sich auch nichts an der glänzenden Zusammenarbeit mit den Staatsorganen der BRD. Als im August 1981 oppositionelle Iraner die Besetzung der iranischen Botschaft in Bonn versuchten und von der bundesdeutschen Polizei verhaftet wurden, eilte der damalige iranische Botschafter in Bonn, Navab-Motlaq, in die Gefängnisse. Dort konnte er, hinter einem Spiegel versteckt, die Verhafteten identifizieren; deren persönliche Daten wurden sofort nach Teheran übermittelt. (7)

Am 24. April 1982 überfielen rund 180-200 bewaffnete Regime-Anhänger ein Studentenwohnheim in Mainz. Der Überfall war genauestens geplant, die Schläger waren im Besitz von Zimmernummern der oppositionellen Iraner; 50 von ihnen sperrten die Eingänge ab, während die übrigen in dem Wohnheim wüteten. Das Resultat: 28 oppositionelle Iraner wurden teilweise schwer verletzt, die deutsche Studentin Stefanie Denster starb zwei Tage später infolge eines schweren Schocks, den sie bei dem Terrorüberfall erlitten hatte. Die Polizei nahm 86 der Schläger fest, jedoch erst, als diese im Anschluß an den Überfall in einem Demonstrationszug durch Mainz marschierten. Der mit den Untersuchungen und Ermittlungen betraute Generalstaatsanwalt Hempel sprach sehr rasch von "Beweisschwierigkeiten", die er u.a. mit der Angst der Opfer vor einer Aussage begründete; zu diesem Zeitpunkt jedoch hatte einer der Anwälte der Opfer bereits zwölf schriftlich niedergelegte Aussagen präsentiert und sprach den Verdacht der Strafvereitelung aus, da keine Gegenüberstellungen erfolgt seien. Die rheinland-pfälzische Landesregierung verhinderte eine Landtagsdebatte zu dem Überfall. Die Verfassungsschutzbehörden gaben zu, daß die Schläger teilweise mit iranischen Diplomatenpässen in die BRD eingereist waren, wiegelten jedoch dahingehend ab, daß "die Revolutionswächter lediglich iranische Einrichtungen schützen". Wenig später wurde bekannt, daß 60 der 86 Festgenommenen keine einzige Fremdsprache beherrschten, weder Deutsch noch Englisch; ein klarer Hinweis darauf, daß sie allein zu dem Zweck in die BRD geschickt worden waren, um Terroraktionen gegen oppositionelle Iraner durchzuführen. (8)

Die rheinland-pfälzische Landesregierung beschloß die Abschiebung der 86 festgenommenen Iraner, wohl um die Aufklärung der Hintergründe zu verhindern; Rechtsanwalt Schumacher, der die oppositionellen Iraner vertrat, warnte in einer Presseerklärung: im Fall einer Abschiebung "wäre die Aktion jederzeit wiederholbar. Die Schläger würden dort im Triumph empfangen, und die Asylberechtigten hier müßten in Angst und Schrecken verbleiben, daß sich daraus eine Art Überfalltourismus entwickelt ... " (9) Verhindert wurden die Abschiebungen jedoch von anderer Seite aus völlig anderen Gründen. Tabatabai (10) besprach mit dem bundesdeutschen Außenminister die Modalitäten der Ausweisung seiner regimetreuen Landsleute; Hans-Dietrich Genscher versprach, "differenziert und abgestuft vorzugehen". Botschafter Navab-Motlaq kündigte an, "die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Islamischen Republik würden bis auf weiteres ihre Tätigkeit einstellen", würden die Prügelperser ausgewiesen. Man schien ihre Dienste noch zu

benötigen. Bonn gab nach. Einige der Schläger wurden erst nach Monaten ausgewiesen, andere lebten auch Jahre später immer noch in der BRD. Sie waren zwar offiziell ausgewiesen, durften aber - nach außen hin - "weiterstudieren"; (11) im Jahr 1989 befanden sich 46 der 86 Regime-Schläger, die 1982 festgenommen worden waren, noch oder wieder in der BRD, darunter etwa Hamid Dafis Harsandi, der nunmehr in der iranischen Botschaft in Bonn Verantwortlicher für studentische Angelegenheiten war. (12) Nach dem Mainzer Überfall gab es eine Absprache zwischen der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, dem Auswärtigen Amt unter Genscher und der iranischen Botschaft in Bonn, wer von den Regime-Schlägern unter welchen Bedingungen in der BRD bleiben dürfe. Auch am Ende ihres - tatsächlichen oder vorgeblichen - Studiums wurden die entsprechenden Leute dann nicht abgeschoben. Die iranische Botschaft in Bonn meldete sich schon wieder mit dem Anliegen: die und die haben ihr Studium beendet, jetzt brauchen sie für Praktika einen anderen aufenthaltsrechtlichen Status usw. Diese Personen bekamen dann eine Duldung mit Wiedereinreiseerlaubnis, was in der bundesdeutschen Behördenpraxis höchst ungewöhnlich ist. Zu ihnen gehörte ein gewisser Kazem Darabi, bei dem in keiner Weise absehbar war, daß er überhaupt je ein planmäßiges Studium zu Ende bringen würde. (13) Darabi wurde wegen des Überfalls von Mainz zu einer Strafe von acht Monaten auf Bewährung verurteilt (14) und durfte anschließend nach Intervention der iranischen Botschaft in der BRD bleiben. Im Jahr 1990 stand Kazem Darabi erneut vor der Ausweisung. Der damalige Berliner Innensenator Erich Pätzold (SPD) ließ die Aufenthaltsgenehmigung jedoch verlängern. (15)

Die Mykonos-Morde

Kazem Darabi steht seit dem 28.10.1993 in Berlin-Moabit vor Gericht als Rädelsführer bei der Ermordung von vier iranisch-kurdischen Oppositionellen im Berliner Restaurant "Mykonos" am 17.9.1992 - zusammen mit vier Libanesen aus den Reihen der Hizbollah. Unter den Toten: Dr. Scharafkandi, Generalsekretär der Kurdischen Demokratischen Partei - Iran. Die Ermordeten wollten an einem Kongreß der Sozialistischen Internationale (SI) teilnehmen und trafen sich am Rande zu einer Besprechung.

Darabi war als Multi-Aktivist für das iranische Regime äußerst vielseitig verwendbar. In einem vom 22.4.1993 datierenden achtseitigen Dossier des Kölner Bundesamts für Verfassungsschutz für den Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof (BGH), das dem Autor vorliegt (16), heißt es über ihn: "(Darabi) ist Führungsfunktionär des Berliner Mitgliedervereins der ‚Union Islamischer Studentenvereine in Europa` (U.I.S.A.) und unterhält als solcher eine intensive Verbindung zu der libanesischen, unter iranischem Einfluß stehenden Hizb Alla ["Partei Gottes", auch Hizbollah; B.], vor allem zu deren Angehörigen in Berlin. Darabi steht in Verbindung zu einem iranischen Nachrichtendienst. (...) Zumindest seit Ende der 80er Jahre ist Kazem Darabi als Agent des iranischen Nachrichtendienstes VEVAK tätig. (...) Kazem Darabi stand u.a. zu dem iranischen Diplomaten Hassan Djavadi in Verbindung, der in der Zeit vom 27.2.1987 bis 16.10.1989 in der iranischen Botschaft in Bonn tätig war. Bei Djavadi handelt es sich um einen Mitarbeiter des iranischen Nachrichtendienstes MOIS [Ministery of Information and Security, identisch mit dem VEVAK; B.] der in der Bundesrepublik Deutschland u.a. für die Beobachtung und Ausforschung der iranischen Opposition zuständig war. (...) Ferner unterhält Darabi auch Kontakte zu Angehörigen des iranischen Nachrichtendienstes in Berlin. Im Rahmen seiner Tätigkeit für den iranischen Nachrichtendienst erhielt Kazem Darabi (...) Aufträge zur Ausforschung der im Exil lebenden iranischen Opposition, einschließlich kurdischer Gruppen." Ferner werden als Funktionen des Kazem Darabi genannt: "Darabi fungiert als Mittelsmann zwischen der (libanesischen) Hizb Allah und iranischen Einrichtungen im Bundesgebiet (...) Die Mittlerfunktion Darabis dient vor allem dem Bemühen, im Sinne des Iran Einfluß auf die Aktivitäten der Hizb Allah im Bundesgebiet zu nehmen." Nach anderen Quellen hat Darabi eine Demonstration im September 1991 in Düsseldorf polizeilich angemeldet. (17)

An seinem Wohnsitz Berlin wurde Kazem Darabi nach einer Plakataktion im Juli 1983 erstmals aktenkundig. (18) "Schon fünf Jahre vor dem Anschlag auf vier iranische Oppositionelle im Berliner Restaurant Mykonos hatte der Verfassungsschutz Informationen, daß der Drahtzieher der Morde, Kazem Darabi, als Hisbollah-Kämpfer aufgebaut wurde. Dies belegen geheime Unterlagen des Berliner LfV, die der Berliner Zeitung vorliegen. Der Iraner wurde sogar der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verdächtigt. (...) Unter diesem Decknamen (‚Operation Zunder`) hörte der britische Geheimdienst 1987 Telefongespräche von Führern der Hisbollah (...) in Westdeutschland ab. Was die Lauscher dabei erfuhren, führte sie nach Berlin. Mit Kazem Darabi (...) habe die Hisbollah ‚Großes vor`, hieß es in einem der Gespräche. Die abgehörten Informationen schreckten auch die deutschen Verfassungsschützer auf. Das Kölner Bundesamt empfahl, den Iraner abzuhören, da er in Aktionen der Hisbollah verstrickt sei. Eine Aufgabe, die wiederum der

britische Geheimdienst übernahm. Bis zum Ende des Jahres (1987) sammelte dieser weitreichende Informationen über Darabi. Nach diesen Erkenntnissen traf sich der Iraner in jenem Jahr im Libanon mit dem geistigen Führer der Hisbollah, Mohamed Hussein Fadlallah. Er reiste in den Südlibanon und nach Syrien, traf sich mit führenden Funktionären der Hisbollah in Westdeutschland, darunter dem Leiter der ‚Gottespartei` in der Bundesrepublik. Gleichzeitig baute er nach Informationen der Geheimdienste seine Kontakte in Deutschland aus. Die iranische Botschaft in Bonn gehörte ebenso zu seinen Anlaufstellen wie das Generalkonsulat in Hamburg." (19)

Kazem Darabi hatte in seinen Funktionen auch Kontakte zur Berliner Polizei. Der oberste Berliner Staatssschützer Piete bestätigte vor dem Berliner Mykonos-Untersuchungsausschuß, daß die Polizei im Juli 1988 ein persönliches "Gefährdungsgespräch" mit Darabi geführt habe. Im Februar 1990 und 1992 habe die Polizei mit ihm telefoniert. (20) Unterdessen wurde Kazem Darabi ein Dreivierteljahr vor dem Attentat im Mykonos nicht mehr telefonisch überwacht. Das Kölner BfV hatte ihn bis Ende 1991 abgehört, im Januar 1992 sollten die Berliner Verfassungsschützer die Aufgabe übernehmen. Diese ordneten eine Überwachung jedoch erst wieder nach dem Mykonos-Attentat an, am 6. Oktober 1992 - da saß Darabi bereits drei Tage in U-Haft. Was die Überwachungspause betrifft, hieß es, wegen einer Stellensperre hätten beim Berliner Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) keine personellen Kapazitäten dafür bestanden. Eckart Werthebach vom Kölner BfV wiederum sagt: "Meine Behörde hat Darabi nicht als potentiellen Terroristen eingeschätzt." (21) Die Bündnis 90/ Grüne-Abgeordnete Renate Künast, die ihre Fraktion im Mykonos-Untersuchungsausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses vertritt, "glaubt beispielsweise nicht mehr so recht an jene ‚Stellensperre`, die das LfV vor dem Attentat daran gehindert haben soll, Darabi telefonisch zu überwachen. Dem Ausschuß sei bekannt geworden, daß es - der Sperre zum Trotz - durchaus eine personelle Veränderung im LfV gegeben habe (...) : Ausgerechnet jener Sachbearbeiter, in dessen Zuständigkeit der ‚iranische Staatsterrorismus` fiel, sei vom LfV in die Innenverwaltung versetzt worden." (22) Man setzt eben seine Prioritäten.

Den Terror

organisiert der Staat

Die Verbindungen Darabis sind ein weiteres Steinchen in dem Mosaik, das bei seiner Zusammensetzung immer klarer das Bild ergibt: es ist die fundamentalistische Staatsmacht im Iran - und niemand sonst - die den Terror organisiert, dem im Ausland Oppositionelle, Schriftsteller, ja selbst Bürger westlicher Staaten (Salman Rushdie-Übersetzer) zum Opfer fallen. Der ehemalige iranische Staatspräsident (1979 - 81), der im Juli 81 ins französische Exil fliehen mußte, Abol-Hassan Bani Sadr: "Im Außenministerium gibt es eine Abteilung, die sich um die Terroristen kümmert, die man ins Ausland verschickt. Diese Abteilung kümmert sich um die Ausweise und um alles, was für diese Reisen gebraucht wird. Und wenn die Terroristen ihre Aufgabe erledigt und das Attentat ausgeführt haben, organisieren die Botschaften die Rückreise. Das Außenministerium kümmert sich auch um die Leute, die bei ihren Aktionen festgenommen werden. Sie kümmern sich darum, die Attentäter wieder freizubekommen. Die Botschaften sind die Zentren des Terrorismus. (...) Alle diese Attentate sind von den Botschaften organisiert. Es gibt ein Komitee, das sich in einem ehemaligen Palast, dem Palast Firuzei im Osten Teherans, eingerichtet hat. (...) Ein Vertreter Khameneis (religiöses Oberhaupt) ist darin vertreten, ein Repräsentant Rafsandjanis (Staatspräsident) für den Nationalen Sicherheitsrat, und ein Vertreter der Revolutionsgarden. Dieses Komitee bereitet Dossiers vor und schickt sie an Khamenei und Rafsandjani. Wenn beide das Dossier billigen, dann wird das Projekt realisiert." (23) Mensch sieht: Der Terror wird keineswegs an Rafsandjani, dem obersten "Pragmatiker" innerhalb des Regimes, vorbei organisiert. Unter den Killern, die mutmaßlich im August 1991 in Paris den letzten iranischen Premierminister des alten Regimes (Januar/Februar 79) Schahpur Bakhtiar ermordeten, ist auch ein Vetter von Präsident Rafsandjani persönlich (Zeyad Sahradschi) sowie ein Großneffe des verstorbenen Ayatollah Khomenei (Massoud Hendizadeh). (24)

"Westlichen Nachrichtendiensten zufolge werden Morde im Ausland von einem speziellen Zweig der Garde der Revolutionswächter vorbereitet, die als Qods (Jerusalem-)Streitkraft bekannt ist, geführt vom Brigadegeneral Ahmad Vahidi. Das Außenministerium (25) sorgt typischerweise für diplomatischen Schutz, materielle Unterstützung und logistische Hilfestellung. Die Qods-Truppe, die ihre Hauptquartiere in Teheran hat, soll Basen wie das Imam-Ali-Quartier im Norden Teherans benutzen, um iranische und ausländische Rekruten zu trainieren." (26) Ahmed Vahidi ging von 1982-85 als Oberbefehlshaber der im libanesischen Bürgerkrieg stationierten Revolutionswächter seinen mörderischen Aufgaben nach. Die Qods-Eliteeinheiten sind unterteilt in acht Abteilungen: 1. Irak, 2. Palästina, Libanon und Jordanien, 3. Türkei, 4. Afghanistan, Pakistan und

Indien, 5. USA und Europa, 6. Nordafrika, 7. Saudi-Arabien und Golfstaaten und 8. Mittelasien. Befehlshaber der Qods-Truppen bilden u.a. auch die Milizen des islamistischen Regimes im Sudan aus, das gegen die schwarze Bevölkerung im Süden einen brutalen Krieg führt. Einer der Sprecher der PLO, Said Kamal, gab am 19.9.1992 während eines Treffens der Informationsminister der Arabischen Liga in Kairo an, daß der Iran über 9.000 Söldner aus arabischen Ländern - v.a. aus dem Libanon - militärisch ausgebildet habe. (27) In einem 1994 erstellten Geständnis auf Videofilm beschreibt Mehmet Ali Bilici, ein militanter türkischer Fundamentalist, das Terroristen-Training in einem iranischen Camp in der Nähe der "Heiligen Stadt" Qom. Er erzählt, er und andere hätten dort militärische Grundausbildung erhalten, gefolgt von Kursen in nachrichtendienstlicher Tätigkeit, verschlüsselter Kommunikation, Sprengstoffen und verdeckten Operationen. Sie seien instruiert worden, daß sie "direkte Befehle" von den Iranern erhalten würden, die "militärische Operationen auf türkischem Boden" leiten. Bilici hatte es übernommen, zwei Köpfe der iranischen Opposition zu entführen, die an VEVAK-Agenten übergeben und später getötet wurden. (28) Diese Angaben korrespondieren mit tatsächlichen Ereignissen. 1988 verschleppten zwei Mitarbeiter der iranischen Botschaft in Ankara den Volksmojjahedin Abolhassan Mojtahesadeh und transportierten ihn, gefesselt und geknebelt im Kofferraum eines Autos, quer durch die Türkei bis an die iranische Grenze; als sie ihn über die Grenze zu bringen versuchten, entdeckten türkische Zöllner den "Inhalt" des Kofferraums. (FR, 12.2.1993)

Wo die Fäden zusammenlaufen

Die iranischen Botschaften bilden Schaltstellen der Organisierung des Terrors im Ausland. Die europäische Zentrale liegt in Bonn. Die "Arbeitsgruppe Iran" beim Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz kommt in einem Papier vom 29.6.1993 zu dem Schluß: "Die iranische Botschaft (in Bonn) dient dem iranischen Geheimdienst als Zentrale für Westeuropa. Die Agenten des MOIS sind in einer besonders gesicherten Etage untergebracht und verfügen über einen Funkraum. Die Zahl der Agenten liegt bei mindestens 20 Mann. Hier planten und organisierten iranische Agenten auch den ‚Mykonos`-Anschlag in Berlin. Das Codewort für die Morde: Bozorg-Alawi." (Bozorg-Alawi ist der Name eines Professors, der seit einem halben Jahrhundert in Berlin lebt und das bekannteste deutsch-persische Wörterbuch verfaßt hat.) Der Sitz des VEVAK/ MOIS "befindet sich im dritten Stock der Botschaft (...) Sie ist vom übrigen diplomatischen Getriebe streng abgeschirmt, und außer den Geheimdienstlern haben nur der iranische Botschafter Seyed Hossein Moussavian sowie dessen Stellvertreter Zugang." (29) Von hier aus werden islamistische Aktivisten aus anderen Ländern (etwa Algerien oder der Türkei) ebenso rekrutiert wie in Deutschland lebende Iraner und auch deutsche Staatsbürger. Für die diversen Zwecke gibt es verschiedene Frontorganisationen. Zu nennen wären der "Deutsch-Iranische Freundschaftsverein" (über den auch Deutsche rekrutiert werden), die Moschee Schöne Aussicht Nr. 36 (Hamburg), der Naschavaran-Verlag (Horner Landstr./ Hamburg), die Islamisch-Wissenschaftliche Akademie (Zülpicher Str./ Köln), die mit der Universität Köln in Verbindung steht, unter Leitung von Herrn Falatouri. (30) Von zentraler Bedeutung in diesem Netzwerk ist auch das Büro der "Iran Air" in Frankfurt, das u.a. auch eine erhebliche Rolle für die Waffenbeschaffung des Iran spielt, sowie das "Iran-Haus" in Köln-Marienburg (Parkstr. 5).

Die iranische Botschaft in Bonn hat auch deswegen so gute Möglichkeiten, der Opposition hierzulande schwere Schläge zu versetzen, weil bei nicht wenigen IranerInnen im Ausland die Rückkehrpropaganda des Regimes verfängt. Im Zuge angeblicher Öffnung und Liberalisierung unter dem "Pragmatiker" Rafsandjani wird intensiv dafür getrommelt, daß Ärzte und qualifizierte Fachkräfte in den Iran zurückkehren sollen; Gruppen von ÄrztInnen etwa wird angeboten, kostenlos und unverbindlich - auf Kosten des Regimes - das Land zu bereisen und sich die Veränderungen einmal anzusehen. (Bei solchen Gelegenheiten kam es auch bei der Ein- oder Ausreise zu Fällen von Verhaftungen und anschließender wochenlanger Inhaftierung und Mißhandlung, teilweise aufgrund von Verwechslungen.) Dabei knüpft die Diktatur auch geschickt an Frustration und Angst vor wachsendem Rassismus und Naziterror an. Um solche Gelegenheiten wahrzunehmen oder auch, weil sie sich ernsthaft mit dem Gedanken an Rückkehr tragen, beantragen nicht wenige Iraner bei der Botschaft einen iranischen Paß, und nicht wenige füllen denn auch brav die ihnen vorgelegten Fragebögen aus. ("Waren Sie Mitglied in einer gottlosen Organisation? Wen kennen Sie, der in einer solchen Organisation ist? Welche Deutschen haben Kontakt mit solchen gottlosen Organisationen...?") Gleichzeitig gibt es auch nicht wenige gescheiterte, auch linke, politische Gruppen, die vor diesem Hintergrund Kontakte zu Organen des Regimes knüpfen oder im Geheimen zu "vermitteln" suchen. So mußten vor dem Berliner Gericht in Sachen Mykonos-Morde so manche Mitglieder von Oppositionsgruppen Kontakte mit Beauftragten des Regimes eingestehen, und ein Zeuge äußerte: "Ich glaube, (...) diejenigen, die mit dem Regime Kontakt haben, haben

die Sitzung (im ‚Mykonos`, wo die Schüsse fielen) dem Regime weitergeleitet..." (31) Es ist anzunehmen, daß das Regime recht gut über das Innenleben einiger oppositionellen Gruppen Bescheid weiß. Auf Grundlage solcher Kenntnisse werden auch gezielt politische Flüchtlinge rekrutiert oder aber eigene Anhänger als angebliche Flüchtlinge eingeschleust.

Kumpanei ohne Ende

Nachdem am 13.7.1989 Abdurrahman Qassemlou, Vorgänger des im Berliner Mykonos erschossenen Dr. Scharafkandi, in Wien ermordet worden war, begleitete elf Tage nach der Tat die österreichische Polizei einen der zwei Hauptverdächtigen zum Wiener Flughafen: Mohammed Saharudi, Geheimdienstler und Offizier der Garde der Revolutionswächter, bestieg eine Maschine der Iran Air und flog ungehindert nach Hause. Nach seiner Rückkunft meldete Radio Teheran, daß "Kämpfer Saharudi wohlbehalten von einem Einsatz zurück" sei. Österreich war gegenüber dem Iran erpreßbar gewesen, nachdem die staatliche Waffenschmiede NORICUM im Iran-Irak-Krieg illegal an beide Kriegsparteien ihr "bestes" Stück verkauft hatte, eine Kanone mit 30 km Reichweite. (Der ehemalige Innenminister Karl Plecha wurde deshalb 1993 zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.) (32) Am 24.4.1990 wurde in Coppet in der Westschweiz Kazem Rajavi, Bruder des "Volksmojjahedin"-Chefs Massoud Rajavi und Lehrbeauftragter der Universität Genf, früher UN-Botschafter des Iran, mit Maschinengewehrsalven erschossen. Am 13.11.1992 wurde gegen 13 Angehörige eines Mordkommandos mit iranischen Dienstpässen internationaler Fahndungsbefehl erlassen. Zwei Tage später wurden die beiden Gesuchten Ahmad Taheri und Mohsen Scharif Esfahani in Paris verhaftet - "ein Zeichen dafür, wie sicher sich Staatsterroristen im westlichen Ausland fühlen". (33) Am 10.2.1993 stimmte die Pariser Justiz dem Auslieferungsbegehren des Justizministeriums in Bern zu. Insgesamt viermal ordnete Paris die Auslieferung an; doch am 29.12.1993 ließ die Regierung Balladur die Mordverdächtigen überraschend nach Teheran ausreisen. "Aus Gründen höherer Interessen des französischen Staates", hieß die lapidare Begründung. Die Schweiz beschloß daraufhin, mit einer Klage vor den Conseil d' Etat - das oberste französische Verwaltungsgericht - zu ziehen. (34)

Die wohl größte denkbare Kumpanei legt aber der deutsche Staat an den Tag. Im September 1993 trafen in Bonn Bundeskanzler Kohl und der Bruder von Präsident Rafsandjani zusammen; die iranische Nachrichtenagentur IRNA meldete im Anschluß daran, "daß dabei die Zusammenarbeit beider Länder bei der Bekämpfung des Terrorismus und der Drogensucht" vereinbart worden sei. (35) Am 6./7.10. 1993 besuchte der iranische VEVAK-Minister Ali Fallahian den Koordinator der Geheimdienste im Bundeskanzleramt, Bernd Schmidbauer, in Bonn sowie den Präsidenten des BfV, Eckart Werthebach, in Köln und BND-Präsident Konrad Porzner in Pullach bei München. Originalton einer Zeitungsmeldung: "Iran will mit BND kooperieren / Gemeinsame Bekämpfung des Terrorismus geplant (...) Nach Fallahians Angaben arbeiten die Sicherheitsbehörden beider Länder bereits seit zwei Jahren zusammen." (36) Im Jahr davor waren Werthebach und Porzner in Teheran gewesen. "Ob Informationen, gar Namenslisten oppositioneller Iraner ausgetauscht wurden - darüber schweigen sich beide Seiten aus." (37) "Pro Asyl" sprach von einer Gefährdung des Lebens oppositioneller Iraner. Die grüne Europaparlamentarierin Claudia Roth und das Magazin "Focus" zitierten eine Stimme aus dem Bundeskriminalamt (BKA), wonach Fallahian "sofort auf dem Flughafen hätte verhaftet werden" sollen, was man aber nicht durfte. Großbritannien, die USA, Israel und Saudi-Arabien kritisierten Bonn heftig wegen der Annäherung an das staatsterroristische Regime des Iran, wenngleich auch diese Regierungen ihre stillen Kontakte nach Teheran halten. Schmidbauer verteidigte sein Vorgehen eisern gegen in- und ausländische Kritik. Wie wichtig die Iran-Kontakte für sein Amt sind, zeigt die Geschichte seines Vorgängers Gerhard Ritzel: Dieser war zuerst BRD-Botschafter in Teheran und vermittelte 1979, zusammen mit Tabatabai, in der "Geiselaffäre" mit den USA; später wurde er Koordinator der Geheimdienste im Kanzleramt und traf sich in Bonn "privat" mit Tabatabai. (38) Auf dieser strategisch hochsensiblen Position in der Bundesregierung ist ein guter Draht nach Teheran offenbar wichtig.

Bernd Schmidbauer ging in dieser Hinsicht vor kurzem in die Offensive: er war es, der über die FAZ lancierte, der Iran und Israel führten - durch Deutsche vermittelt - in Bonn Geheimgespräche, u.a. über das Schicksal des im Libanon entführten israelischen Piloten Ron Arad. (39) Damit hat Bonn einen strategischen Coup erster Güte gelandet; der enge Draht nach Teheran bleibt, dies wurde überdeutlich demonstriert, Trumpfkarte der Deutschen: "Israel ist jedoch nicht der erste Staat, der Bonn als Schaltstelle zur Verfolgung seiner nationalen Interessen im Umgang mit Teheran in Anspruch genommen hat. Zu nennen wäre hier ebenso Washington ...". (40) Nachdem die FAZ sich in den letzten Tagen immer wieder öffentlich auf die Suche nach dem Verbleib Ron

Arads begeben hat, steht zu vermuten: Durch demonstrativen Erfolg in einem humanitären Einzelfall versucht Bonn denselben Trumpf gegen seine Verbündeten zu spielen, den Teheran gegenüber Bonn zu spielen sucht - die Option auf Durchführung oder Unterbindung iranischer staatsterroristischer Aktivitäten auf dem jeweiligen Territorium. Teheran winkte Bonn mit der Einstellung von Terrorakten auf deutschem Boden, sollten dem Iran seine Schulden gestundet werden, was dann auch geschah. (41) Bonn könnte als "Vermittler" mit Teheran dieselbe Karte gegen andere Staaten ausspielen.

Den Coup brauchte Schmidbauer auch als Ablenkung in Sachen Mykonos-Anschlag. In dem Berliner Prozeß kam es soeben zum Eklat: Bundesinnenminister Kanther weigert sich, dem Berliner Kammergericht in diesem Mordfall sämtliche Erkenntnisse des Bundesamts für Verfassungsschutz auszuhändigen; die Akten wurden bereits mit Sperrvermerk versehen. "Zum Schutze deutscher Interessen", hieß es aus dem Innenministerium. Der Verteidiger eines der libanesischen Hizbollah-Angeklagten will nun, um die Schuld von seinem Mandaten auf die politische Ebene umzuwälzen, vor dem Verwaltungsgericht Köln Klage gegen die Bundesregierung erheben. (42) Noch vor einem Jahr hatte Schmidbauer vor dem Berliner Mykonos-Untersuchungsausschuß behauptet, Fallahian habe bei seinem Besuch die Niederschlagung des Berliner Prozesses gefordert, man sei aber nicht darauf eingegangen. (43) Man reguliert den Umgang mit dem Terror eben, wie man es braucht.

B.

Anmerkungen:

1) Nach einem Vortrag von Erich Schmidt-Eenbohm, Autor des Buches "Schnüffler ohne Nase. Der BND - die unheimliche Macht im Staate" (Düsseldorf 1993), am 13.10.1993 in Köln

2) "taz", 9.11.1993

3) Tabatabai, der dann von November 1979 bis September 1980 kommissarisch die Regierung führte und mit Beginn des Iran-Irak-Krieges in den Obersten Verteidigungsrat aufrückte, knüpfte später selbst beste Kontakte zu westlichen Repressionsapparaten. Etwa ins US-State Department, auch die CIA "war ihm dankbar" wegen seiner Vermittlung in der Geiselaffäre von Teheran 1979, aber auch zu bundesdeutschen Politikern wie Hans-Dietrich Genscher und Hans-Jürgen Wischnewski. Als Anfang der 80er Jahre Beamte des Bundeskriminalamts (BKA) Tabatabai - der zu dieser Zeit überall auf der Welt Waffengeschäfte tätigte - wegen Verstößen gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz festnehmen wollten, legte sich das Bonner Außenamt unter Genscher quer. Am 8. Januar 1983 wurde Tabatabai mit gut 1,7 Kilogramm Opium im Gepäck auf dem Flughafen Düsseldorf festgenommen. Daraufhin bemühte sich Genscher, dem Iraner goldene Brücken zu bauen, indem man den als Privatmann Reisenden flugs zum "Sonderbotschafter" erklärte; CSU-Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hingegen wollte den Iraner vor Gericht stellen. Vgl. "Der Spiegel", 28.2.1983.

4) AK 159, 6.8.1979, S. 3

5) "Die Neue", 14.6.1979

6) AK 156, 25.6.1979, S. 50

7) "taz", 24.3.1982

8) AK 222, 14.6.1982, S. 39/40

9) s. Anm. 8

10) s. Anm. 4

11) "Der Spiegel", 28.2.1983

12) Fax des Bonner Büros der "Volksmojjahedin" - vgl. Fußnote 21 - vom 23.02.1989

13) Laut "Berliner Morgenpost", 26.10.1993 und mündlichen Informationen der Bündnis 90/Grünen-Abgeordneten Renate Künast vom Berliner "Mykonos"-Untersuchungsausschuß

14) "Berliner Zeitung", 26.10.1993

15) "Berliner Morgenpost", 26.10.1993

16) Aktenzeichen V C 11-247-S-350 070-/93

17) "Neue Zeit", 26.10.1993

18) s. Anm. 17

19) "Berliner Zeitung", 30.11.1993

20) wie 17

21) "Berliner Zeitung", "BZ", FR vom 11.11.1993

22) "Neue Zeit", 28.2.1994

23) Zitiert aus: "Staatsterror aus Teheran - Über Mörder und Mullahs" von Hubert Seipol, ausgestrahlt im ZDF, Juli 1994

24) FAZ, 18.1.1994

25) Das widerspricht frontal der - künstlichen - Differenzierung, welche die FAZ (1.3.1995) vornimmt: "Offiziell weist man im Teheraner Außenministerium Berichte über die Unterstützung von Terrorgruppen in aller Welt (...) von sich. Das ist, auf das Außenministerium beschränkt, glaubwürdig, denn es sind die ‚Falken` in der iranischen Regierung, die (...) politische Gegner im Ausland ermorden lassen. Außenminister Welajati, der (...) mit dem westlichen Denken vertraut ist, müht sich (...) , das Ansehen seines Landes zu verbessern." Hier spricht wohl eher der Wunsch zur Rechtfertigung von Zusammenarbeit mit Teilen dieses Regimes, denn es geht weiter: "Viele Regierungen - so Washington - trennen nicht zwischen radikalen und gemäßigten Iranern und lehnen direkte Gespräche mit Teheran - anders als die Bundesregierung - ab."

26) Magazin "Time", 21.3.1994

27) "Perspektiven - Internationale Studentenzeitung", Nr. 20, April 1994, S. 12-15: "Diplomatie und Staatsterrorismus - Terror als Bestandteil des islamischen Fundamentalismus"

28) s. Anm. 26

29) Die "Volksmojjahedin" sind eine Oppositionsgruppe, die vor allem den "Nationalen Widerstandsrat" unter Marijam Rajavi trägt. Nachdem sie früher versuchten, eine Synthese aus Islam und Sozialismus zu propagieren, vertreten sie heute i.W. islamische und extrem nationalistische Ziele. Bis zum Zweiten Golfkrieg 1991 wurden sie auch von den USA und prowestlichen Regimen wie denen Saudi-Arabiens und Pakistans unterstützt; eine Resolution des Europaparlaments forderte 1989 ihre Anerkennung als einzig legitime iranische Oppositionsvertretung. Ihre Militärbasen befinden sich jedoch im Irak; im Iran-Irak-Krieg 1980-88 kämpften die "Volksmojjahedin" als Teil der regulären irakischen Armee. Seit dem Zweiten Golfkrieg 1991 ist das Verhältnis zum Westen wegen der engen Brüderschaft mit dem Saddam-Hussein-Regime gebrochen. Im Nordirak (jetzt autonomes Kurdistan) unterhielt die Organisation auch ein eigenes Gefängnis, u.a. für abtrünnige Anhänger.

30) "Geheim", Nr. 3/1994 vom 12.10.1994, S. 16-18. Hier findet sich eine Auflistung der einzelnen VEVAK/MOIS-Mitarbeiter.

31) s. Anm. 30

32) s. Anm. 27

33) s. Anm. 23

34) FAZ, 18.1.1994

35) "taz", 18.2.1994

36) Leserbrief in FR, 28.9.1993

37) FR, 9./10.10.1993

38) "taz", 11.10.1993

39) vgl. 6; SPIEGEL, 28.2.1983

40) Erste Veröffentlichung: FAZ, 21.2.1995

41) FAZ, 24.2.1995

42) Bani Sadr in 23

43) "Tagesspiegel", 25.2.1995

44) "Berliner Kurier", "Berliner Morgenpost", "Neue Zeit" vom 18.3.1994

16. Militärische Lösung. Bundesregierung brennt auf ersten Kriegseinsatz der Bundeswehr

Autor: he., Hamburg · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:43

In den kommenden Wochen wird sich die Krise auf dem Balkan erneut zuspitzen. Am 31. März endete das UN-Mandat zur Stationierung der Blauhelmtruppen; einen Monat später läuft der Ende 1994 ausgehandelte Waffenstillstand für Bosnien-Herzegowina aus. Auf allen Seiten laufen Planungen und Vorbereitungen, noch einmal in einer militärischen Konfrontation die Entscheidung zu suchen. Die Bundesregierung bereitet dafür den ersten Militäreinsatz der Bundeswehr in einem Kampfgebiet vor. Damit wäre nicht nur gedanklich, sondern praktisch ein Tabu der deutschen Nachkriegsgeschichte gebrochen.

Am 31.3. ist das Mandat der UNO für die Stationierung der Blauhelmtruppen in Ex-Jugoslawien abgelaufen. Dieses Mandat geht zurück auf den Vance-Friedensplan von 1991, der 1992 in die Tat umgesetzt wurde. Danach wurden die Blauhelmtruppen an den jeweiligen Grenzen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppierungen stationiert, um eine weitere militärische Eskalation der Konflikte einzudämmen. Insgesamt handelt es sich um 40.000 Mann, davon 14.000 in Kroatien (an der Grenze der von den serbischen Kroaten beanspruchten Gebiete).

Anfang Februar überraschte der kroatische Staatspräsident Tudjman selbst seine westlichen Verbündeten mit der Ankündigung, er werde einer Verlängerung dieses Mandats für das Staatsgebiet Kroatiens in keinem Fall zustimmen. Die kroatische Regierung wirft der UNO vor, den im Vance-Plan festgehaltenen Aufgaben nicht nachgekommen zu sein. Danach sollten die Blauhelmtruppen die serbisch-kroatischen Milizen entwaffnen, die Voraussetzung dafür schaffen, daß das von den Serbokroaten für unabhängig erklärte Gebiet wieder in das kroatische Staatsgebiet eingegliedert wird, sowie dafür Sorge tragen, daß die etwa 250.000 kroatischen Flüchtlinge wieder ins Land kommen können.

Keiner dieser Inhalte des Vance-Plans ist in den vergangenen drei Jahren von der UNO angegangen worden. Auf Drängen seiner westlichen Verbündeten stimmte Kroatien schließlich doch noch einer Verlängerung des Mandats zu, erreichte dabei jedoch eine entscheidende Veränderung bei der Aufgabenbestimmung. Die Blauhelmtruppe in Kroatien wird auf 8.000 Mann verkleinert und nicht mehr wie bisher innerhalb des Landes (als Puffer zwischen den Truppen der kroatischen Regierung und denen der Serbokroaten) stationiert, sondern an der Grenze Kroatiens nach Serbien und Bosnien. Damit soll die Verbindung der Serbokroaten zu Serbien und den bosnischen Serben unterbrochen werden. Gleichzeitig wird damit von der UNO der kroatischen Regierung der Zugriff auf die Krajina ermöglicht.

Daß in dieser Entwicklung nicht nur die Gefahr eines militärischen Vorgehens der kroatischen Regierungstruppen gegen die Krajina liegt, sondern daß dies ausdrücklich das Ziel ist, erklärte Tudjman in aller Offenheit gegenüber dem "Spiegel". Auf die Frage, ob Kroatien die Krajina mit Gewalt zurückerobern wolle, antwortete er: "Wenn nötig, werden wir davor nicht zurückschrecken." Die militärische Situation sei günstig für Kroatien und bei der Durchsetzung der eigenen Ziele störe die UNO: "Sie beließ es beim Status quo, statt den Serben einen Frieden aufzuzwingen. Ihre Mission ist kontraproduktiv. Die paramilitärischen Verbände wurden nicht entwaffnet... Die Serben haben die UNO-Präsenz mißbraucht, um ihre Okkupation zu festigen. Und wir wurden an militärischen Aktionen gehindert."(4/95)

In gleicher Richtung äußerte sich der Oberkommandierende der bosnischen Truppen, Delic. Die UNO sei lediglich an einer Aufrechterhaltung des Status quo interessiert und nicht an der Herstellung der Souveränität Bosnien-Herzegowinas. Die Friedenstruppen und die UN seien ein "Mühlstein um den Hals der Armee". Er forderte, "die Armee müsse die Möglichkeit haben, eine Wende im Krieg herbeizuführen". An einer solchen militärischen Lösung würde die UNO die bosnische Regierung jedoch hindern. (FAZ, 18.3.)

Unterstützung erhalten beide Regierungen vor allem aus den USA und der BRD. Nach zwar nicht bestätigten, aber bisher auch nicht dementierten Berichten von UN-Beobachtern in Bosnien-Herzegowina konnten die bosnischen Regierungstruppen bei ihrer militärischen Offensive Ende 1994 auf Luftaufklärungsmaterial der USA zurückgreifen. Dies würde auch die überraschend erfolgreichen Vorstöße der Regierungstruppen gegen

die bosnischen Serben erklären. Dennoch endete dieser Versuch, militärisch eine Wende herbeizuführen, mit einer Niederlage.

Mitte März forderte der bosnische Präsident Izetbegovic in Bonn die Bundesregierung auf, noch mehr Druck auf Serbien auszuüben, um es zur Annahme des Friedensplans der Kontaktgruppe (USA, Rußland, England, Frankreich, Deutschland) zu zwingen. Auch in diesen Gesprächen ging es vor allem um die Rückeroberung der von den bosnischen Serben besetzten Gebiete (die ihnen nach dem "Friedensplan" nicht zustehen). Anfang März wurden in Bonn die Gespräche zwischen der bosnischen Regierung und Vertretern der bosnischen Kroaten über die "Föderation Bosnien-Herzegowina" fortgesetzt. Diese Föderation wurde vor einem Jahr auf Druck der USA geschlossen. Ein Grund hierfür liegt sicher in dem Bestreben, eine gemeinsame Front von Muslimen und Kroaten gegen Serbien aufzubauen. Einen anderen, vielleicht sogar entscheidenderen, erwähnte Tudjman in dem schon zitierten "Spiegel"-Gespräch. Danach liegt der Sinn dieser Koalition darin, "daß der Westen einen islamischen Staat im Herzen Europas verhindern wollte". Dabei habe der Westen Kroatien eine strategische Rolle zugewiesen.

Die NATO plant Krieg

Vor diesem Hintergrund muß die seit Ende vergangenen Jahres geführte Diskussion um den Einsatz der NATO beim möglichen Abzug der UN-Blauhelmtruppen gesehen werden. Alle Staaten, die in der Beibehaltung des Status quo die beste der vorhandenen Möglichkeiten sehen, setzen sich für eine weitere Stationierung der Blaumhelmtruppen ein. Die Debatte um einen möglichen Abzug und damit auch um einen möglichen Einsatz der NATO, begann in der NATO selbst. Und die Anfrage an die Bundesregierung von Ende 1994, ob sie bereit sei, für einen solchen NATO-Einsatz Truppen zur Verfügung zu stellen, ist auf Initiative des Oberkommandierenden der Bundeswehr, General Naumann, zustande gekommen. Dies behauptet jedenfalls der französische Vertreter im Brüsseler Hauptquartier der NATO.

Das Bundeskabinett hat entschieden, bei Anfrage Truppen zur Verfügung zu stellen. Mittlerweile sind diese schon bereitgestellt worden. Danach sollen insgesamt 2.000 Mann abkommandiert werden, wobei es sich um Einheiten aus dem Heer und der Luftwaffe handelt. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Am 8.3. unterrichtete die Bundesregierung den Auswärtigen Ausschuß des Bundestages, daß innerhalb der NATO die Arbeiten an einem Operationsplan laufen, der zunächst drei Stufen vorsieht. Stufe eins und zwei, die Einrichtung von Fernmeldeeinrichtungen in Kroatien einerseits, Belgien, Deutschland und Italien andererseits ist abgeschlossen. Stufe drei beinhaltet die Verlagerung von NATO-Einheiten; dieser Teil befindet sich in Planung. Ein neues Gesetz ist auf den Weg gebracht worden, in dem Besoldung und sozialer Status von Soldaten und Beamten in Auslandseinsätzen geregelt wird; für Reservisten soll die Möglichkeit geschaffen werden, sieben Monate an Auslandseinsätzen teilzunehmen.

Die Logik eines solchen Einsatzes entfernt sich dabei immer mehr vom vorgegebenen UN-Auftrag. Einen Auftrag der UN an die NATO wird es mit Sicherheit nicht geben, da Rußland dies mit seinem Vetorecht im Sicherheitsrat verhindern würde. Die Regierungen Englands und Frankreichs haben schon erklärt, daß sie wegen dieser Veto-Möglichkeit keinen UN-Auftrag beantragen werden. Sie wollen die Entscheidung allein innerhalb der NATO fällen. Kriegsminister Rühe hat diesen Ball sofort aufgenommen. Nach einer Tagung im engsten NATO-Kreis erklärte er, ein Einsatz der Bundeswehr käme auch ohne UN-Mandat in Frage, wenn ein Beschluß bzw. eine Anforderung der NATO bestünde.

Wer fällt der Regierung

in den Arm?

Zug um Zug wird somit die Schwelle herabgesetzt, ab der der erste Auslandseinsatz möglich sein wird. Die politischen Kräfte, die diesen ersten Militäreinsatz verhindern wollen, sind dünn gesät. Die SPD, die sich nach eigener Beschlußlage eigentlich verpflichtet hatte, nur Blauhelmeinsätze mitzutragen, weicht unter ihrem Vorsitzenden Scharping auch in dieser Frage zurück. Im Dezember 1994 erklärte er schon beim Beginn der Debatte, wenn die UNO einen NATO-Militäreinsatz fordere, müsse sich auch die BRD daran beteiligen. (SWF, 21.12.94) Unterstützung erhält er von seinem Generalsekretär Verheugen sowie den außenpolitischen Sprechern der Bundestagsfraktion, Vogt und Klose. Nur Oskar Lafontaine und Heidemarie Wieczorek-Zeul haben sich diesem Kurs bisher entgegengestellt. Lafontaine sprach sich in einem Beitrag für den "Spiegel" gegen jede Beteiligung an militärischen Interventionen aus und wirft der Regierung gleichermaßen wie Teilen

seiner Partei vor, sie wollten der NATO die neue Rolle zuweisen, "im Auftrag des UNO-Sicherheitsrates überall in der Welt zu intervenieren".(1/94)

Die PDS hatte für die Debatte am 9.2.95 einen Antrag in den Bundestag eingebracht. Darin heißt es: "Die Bundesregierung wird aufgefordert, jegliche vorbereitende Aktivitäten zur Beteiligung der Bundeswehr an Kampfeinsätzen im Rahmen der Vereinten Nationen im ehemaligen Jugoslawien einzustellen bzw. zu unterlassen." Diesem Antrag wurde in der Debatte (er stand noch nicht zur Abstimmung) nur von den Grünen zugestimmt.

Zu befürchten ist, daß diese Opposition nicht ausreichen wird, den von der Regierung geplanten Schritt noch zu verhindern. Dies liegt sicherlich aber auch darin begründet, daß sich die in Opposition zum Militäreinsatz befindlichen Kräfte zwar einig sind, daß Deutschland daran nicht beteiligt sein darf, nicht aber, daß er gar nicht stattfinden darf. Nicht wirklich thematisiert wird auch die Rolle der UNO-Friedenstruppen. Allem Anschein nach haben sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen lediglich die Funktion, die Atempausen zwischen Kriegsetappen zu organisieren. Dies kann für die Bevölkerung konkret viel bedeuten, eine Fortsetzung des Krieges wird damit nicht aufgehalten. Umso dringlicher stellt sich die Frage, welche Möglichkeiten es gibt, den Frieden ohne militärische Mittel zu "erzwingen". Denn sollte der Krieg auf dem Balkan erneut aufflammen, wird die politische Logik der NATO-Staaten einen Militäreinsatz erzwingen, dem sich die Regierung der eigenen Logik nach sofort anschließen wird und dem die vorhandene Opposition wirksam kaum etwas entgegensetzen kann.

he., Hamburg

"Einladung nach Europa"

Antrag von Bündnis90/Die Grünen im Bundestag

I. Der Deutsche Bundestag verurteilt die anhaltende Aggression bosnischer und kroatischer Serben, die mit Unterstützung von Regierung und Armee Rest-Jugoslawiens zur Errichtung eines "Groß-Serbiens" betrieben wird. Er fordert darüber hinaus die Regierung Kroatiens auf, einer Verlängerung des UNPROFOR-Mandats für ihr Staatsgebiet zuzustimmen und nicht statt dessen auf eine militärische Lösung zu setzen.

II. Die Bundesregierung wird aufgefordert, angesichts der explosiven Lage im ehemaligen Jugoslawien, besonders in Bosnien-Herzegowina und Kroatien, im Rahmen von Europäischer Union und Vereinten Nationen und in Abstimmung mit der OSZE folgende Initiative einzuleiten:

1. Die Europäische Union erklärt gegenüber allen Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien die grundsätzliche Bereitschaft zur Aufnahme in die EU und verpflichtet sich vertraglich zur Aufnahme von Verhandlungen über Assoziationsabkommen unter bestimmten Bedingungen. Die Beitrittsperspektive soll die Rückkehr zur Achtung und Einhaltung der Menschenrechte sowie zur Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eröffnen. Die Europäische Union wird ein Hilfsprogramm für den Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft und Infrastruktur in den vom Krieg betroffenen Staaten Bosnien-Herzegowina und Kroatien auflegen, um den Beitritt zu beschleunigen und sich im Rahmen der Vereinten Nationen für die Aufhebung der Sanktionen für alle nichtmilitärischen Güter und Dienstleistungen einsetzen.

2. Die Beitrittsperspektive und die damit einhergehende Aufhebung der Sanktionen sind an folgende Bedingungen geknüpft:

- unbefristeter Waffenstillstand durch alle Seiten

- Beendigung von Vertreibungen der Bevölkerung und Auflösung der Lager

- militärischer Rückzug der Serben aus den von ihnen außerhalb Rest-Jugoslawiens besetzten Gebieten

- Rückkehrgarantie für alle Flüchtlinge innerhalb und außerhalb der Nachfolgestaaten Jugoslawiens in ihre Heimatorte

- Einleitung eines Friedensprozesses durch Verhandlungen unter Aufsicht der Vereinten Nationen

- Aufrechterhaltung der Stationierung von UNPROFOR in allen vom Krieg betroffenen Staaten, speziell in Bosnien-Herzegowina, in der Krajna und in Slawonien zur Überwachung des Friedensprozesses

- (...)

- gegenseitige Anerkennung der Nachfolgestaaten in den Grenzen von 1990 und Garantie dieser Grenzen

- Amnestie für alle Deserteure und Kriegsdienstverweigerer

- unbehinderte Arbeitsmöglichkeit in den Nachfolgestaaten für eine internationale Kommission zur Aufklärung von Kriegsverbrechen und Auslieferung aller Beschuldigten an den Internationalen Strafgerichtshof

- nicht an besondere Territorien gebundene Garantie kultureller Autonomie für alle jeweiligen Nationalitäten und Religionsgemeinschaften bei besonderen Rechten für regionale Minderheiten und für Roma und Sinti

- politische und kulturelle Autonomie für regionale Minderheiten, besonders für die Albaner im Kosovo und in Mazedonien.

(Antrag der Abgeordneten Gerd Poppe, Helmut Lippelt, Angelika Beer u.a. von Bündnis 90/Die Grünen, Bonn, 16.3.)

Stimmen gegen Krieg

Auszüge aus der Bundestagsdebatte am 9.2.95

ANGELIKA BEER, sicherheitspolitische Sprecherin von Bündnis90/Die Grünen

"50 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs steht Deutschland heute kurz vor dem ersten Kampfeinsatz seiner Soldaten im ehemaligen Jugoslawien. Daß wir an dieser Stelle über den bevorstehenden Einsatz der Bundeswehr sprechen, ist keine Initiative der Bundesregierung, die ja alles tut, um diese Debatte wegzudrücken.

In der bewährten Salamitaktik werden immer mehr Truppenteile - wir erfahren das von Ausschußsitzung zu Ausschußsitzung tatsächlich nur scheibchenweise - für diesen Kampfeinsatz auf dem Balkan vorbereitet, ohne daß das Parlament entsprechend den Rechts- und demokratischen Grundsätzen an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden soll.

Tabubrüche - und dazu gehört der Einsatz in Jugoslawien durch deutsche Soldaten - diskutiert man nicht gern ... sondern stellt die Bevölkerung vor vollendete Tätsachen. Die bisherige Unterrichtung des Parlaments durch die Bundesregierung über die bereits im Dezember gemachten Zusagen gegenüber der NATO zur Unterstützung im Falle des UNPROFOR-Abzuges ist - absolut unzureichend. Wer Kampfflugzeuge, Eliteeinheiten, die verharmlosend "Verfügungstruppen"genannt werden, auf die Kriegsbeteiligung vorbereitet und ausbildet, schafft Fakten, die der Bundestag später allenfalls noch abnicken darf, und zwar mit einer äußerst knappen Mehrheit, einer Regierungsmehrheit, die dieser Entscheidung keinesfalls das angemessene Gewicht gibt. Die Planungs- und Entscheidungsmacht aber liegt bei den Militärs, wie z.B. bei General Peter Heinrich Carstens, der für die NATO-Planungen mitverantwortlich ist.

50 Jahre nach dem Sieg über den Nazismus wollen Sie die Bundeswehr vorbereiten oder vorbereiten lassen, damit sie in eine Region einmarschieren kann, über die deutsche Soldaten schon einmal unerträgliches Leid und Vernichtung gebracht haben."

ANDREA LEDERER, außenpolitische Sprecherin der PDS

"Die Beitrag (von General Naumann, die Red.) ... ist der ideologische und strategische Hintergrund für das, was die Bundeswehr an Aufgaben haben soll und wie sich die deutsche Außenpolitik offensichtlich gestalten soll... Da sagt Herr Naumann:

Gefordert ist eine neue strategische Aktion bis hin zur Prävention, um das politische Ziel der Konfliktverhinderung durch flexible Nutzung des gesamten Spektrums politischer, wirtschaftlicher und militärischer Mittel zu erreichen.

Das ist es. Militärische Mittel zur Prävention? Zur Prävention von Krieg? Krieg, um Prävention gegen einen Krieg zu erreichen? Erklären Sie das doch bitte einmal. Das ist nichts anderes als die Militarisierung der Außenpolitik, der Versuch, bestimmte Interessen u.a. mit militärischen Mitteln durchzusetzen.

Ich möchte noch einige Sätze zur Lage in Jugoslawien sagen. Das Schlimme ist wirklich: Alle sind sich einig, daß ein Abzug der UN-Truppen eine katastrophale Wirkung hätte. Es sind sich sehr viele darüber einig - u.a. gibt es dazu sogar Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers -, daß die Diskussion hierüber und die in der Öffentlichkeit gezielt zur Schau gestellte intensive und konkrete Vorbereitung auf einen solchen Abzug bereits die Wirkungen haben, die unter Umständen ein solcher Abzug noch in viel schlimmeren Ausmaß herbeiführt. Das ist ein ganz katastrophales Signal für diejenigen, die sich tatsächlich noch um eine friedliche Lösung dieses schrecklichen Krieges bemühen.

Natürlich ist auch die Entscheidung Tudjmans, das Mandat für die UNPROFOR-Truppen in Kroatien nicht zu verlängern, ein verheerendes Signal. Sollte es dabei bleiben, ist sicherlich eine Eskalation dieses Krieges vorprogrammiert. Deshalb kann es nur darum gehen, eine friedliche Lösung dieses Konflikts herbeizuführen, und das möglichst vor dem Auslaufen des kroatischen Mandats. Zu begrüßen ist daher die Initiative des französischen Außenministers Juppé zu einer Jugoslawien-Konferenz.

Zu fordern ist, daß die Bundesregierung ... nicht aufhört, ihre Beziehungen nach Kroatien wahrzunehmen und den Präsidenten Tudjman davon abzuhalten, das Mandat nicht zu verlängern. Sie haben in dieser Frage eine besondere Verantwortung, weil es nämlich die Bundesregierung war, die mit einer sehr schnellen und sehr problematischen Anerkennungspolitik zu einer sehr gefährlichen Situation beigetragen hat. Diese Verantwortung muß wahrgenommen werden.

Die diplomatischen Anstrengungen müssen auf innenpolitischer Seite ein Entsprechung erfahren: Anerkennung von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern als politische Flüchtlinge, keine Abschiebung von Flüchtlingen in das ehemalige Jugoslawien, Finanziele Stärkung der zivilen und humanitären Organisationen.

Militärisches Gerassel aber, wie es wieder einmal die bundesdeutsche Diskussion und auch die NATO-Planungen prägt, ist nicht nur gefährlich, sondern auch kontraproduktiv. Schluß mit dieser katastrophalen Diskussion über die NATO-Intervention zum Zweck des Abzugs, den angeblich keiner will! Schluß mit der Vorbereitung einer deutschen Beteiligung hieran. Belügen Sie nicht die deutsche Öffentlichkeit, indem Sie Fakten schaffen, die in ihrer militärischen Logik nicht mehr rückgängig zu machen sind."

(Auszug aus der Bundestagsdebatte am 9.2.1995, Protokoll S1254ff.)

17. Beischlaf-Pflicht für Ehefrauen. Wird Vergewaltigung in der Ehe endlich unter Strafe gestellt?

Autor: Gy. · Rubrik: Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:18

Nach fast zwanzig Jahren Diskussionen, Aktionen und Forderungen der Frauenbewegung, den antiquierten Vergewaltigungsparagraphen zu ändern und nach mehrfachen Anläufen und vielen Vorschlägen zur Gesetzesänderung sieht es derzeit tatsächlich so aus, als würde der alte § 177 StGB endlich reformiert. Im Februar wurden Gesetzentwürfe zur Änderung des Sexualstrafrechts in erster Lesung im Bundestag behandelt. Kündigt sich damit eine längst überfällige Reform an?

Mitte der 70er Jahre wurde Gewalt gegen Frauen zu einem zentralen Thema der Frauenbewegung. Nach der Forderung nach Frauenhäusern als Zufluchtsstätten für mißhandelte Frauen ging die Frauenbewegung das nächste Tabu an: sexuelle Gewalt gegen Frauen. Überall in der Republik entstanden Notrufgruppen, die es sich zur Aufgabe machten, endlich die massenhaften Vergewaltigungen von Frauen öffentlich anzuprangern und gegen die Diskriminierung von Vergewaltigungsopfern vorzugehen. Ein Schwerpunkt dieser Arbeit war und ist noch immer die Auseinandersetzung mit dem mittelalterlich anmutenden Sexualstrafrecht, nach dem ein Großteil aller Vergewaltiger gar nicht verurteilt werden kann.

Die ersten Gesetzentwürfe, die der Forderung nach Reform der Strafrechtsparagraphen zu Vergewaltigung (§ 177 StGB) und sexueller Nötigung (§ 178 StGB) Rechnung trugen, wurden bereits 1983 von einem Teil der SPD und von den Grünen in den Bundestag eingebracht. Sie blieben genauso folgenlos wie eine Reihe weiterer Gesetzentwürfe aus dem Jahr 1987. Sie führten lediglich zu einer Debatte im Rechtsausschuß. Letztlich wurden sie durch die Initiative von 70 männlichen CDU/CSU-Abgeordneten mit dem Argument gekippt, wenn Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe gestellt würde, könnten viele Frauen einen legalen Schwangerschaftsabbruch nach der kriminologischen Indikation verlangen. Der jüngste Versuch, den Vergewaltigungsparagraphen zu reformieren, war ein Gesetzentwurf von Christina Schenk, damals noch für Bündnis 90/die Grünen, im Jahre 1992, der ebenfalls in der Schublade verschwand.

Die einzige Gesetzesänderung, mit der auf massive Forderungen reagiert wurde, war 1986 ein halbherziges Opferschutzgesetz, in dem einige verfahrensrechtliche Veränderungen festgelegt wurden.

Das geltende Recht

schützt Vergewaltiger

Der derzeit geltende Paragraph hat nicht umsonst zahlreiche Feministinnen und andere zutiefst empört, denn ein großer Teil sexueller Gewalttaten sind nach diesem Gesetz legal. Der geltende Vergewaltigungsparagraph lautet:

§ 177 StGB (Vergewaltigung)

"(1) Wer eine Frau mit Gewalt oder durch Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib und Leben zum außerehelichen Beischlaf mit ihm oder einem Dritten nötigt, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren bestraft.

(2) In minder schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren.

(3) Verursacht der Täter leichtfertig durch die Tat den Tod des Opfers, so ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren."

Ähnlich gefaßt ist der § 178 StGB (sexuelle Nötigung), der einen Regelstrafrahmen von einem bis zu zehn Jahren Freiheitsstrafe vorsieht.

Als Vergewaltigung wird schon durch die gesetzliche Definition nur ein Bruchteil aller tatsächlichen Vergewaltigungen erfaßt: Vergewaltigung in der Ehe gibt es juristisch nicht, dies kann allenfalls als Körperverletzung (§ 223 StGB) oder Nötigung (§ 240 StGB) bestraft werden. Als Vergewaltigung gilt

ausschließlich die erzwungene vaginale Penetration, alle anderen Formen der Vergewaltigung werden höchstens als sexuelle Nötigung geahndet.

Eine Vielzahl von Strafgesetzen schreibt die Anwendung von Gewalt oder Drohung als Tatbestandsmerkmal vor. Es gibt jedoch keinen weiteren Straftatbestand, der einen so engen Gewaltbegriff vorsieht wie der § 177 StGB. Weder bei Nötigung, noch bei Raub oder Erpressung oder gar bei "Nötigung von Verfassungsorganen" oder "Angriff auf den Luftverkehr" wird unter Gewalt lediglich die Anwendung körperlicher Gewalt verstanden, mit der der Widerstand des Opfers gebrochen werden muß. Als Drohung genügt in diesen Fällen die Drohung mit einem empfindlichen Übel oder die Drohung mit Gewalt, um die so erzwungene Handlung als Straftat zu qualifizieren.

Der bestehende § 177 StGB soll eher gesellschaftlich unerwünschte Zeugungen verhindern und die "Besitzrechte" von Männern schützen als das sexuelle Selbstbestimmungsrecht der Frau.

Darüberhinaus ist auch die in vielen Vergewaltigungsprozessen praktizierte Strategie der Verteidigung, das Opfer zu beschuldigen, um den Täter zu entlasten, bereits im Strafgesetz angelegt: im sogenannten "minder schweren Fall".

Die Interpretation der Gesetze durch die relevanten Strafrechtskommentare und die Rechtsprechung der höchsten RichterInnen (Bundesgerichtshof = BGH) sind für das Geschehen in bundesdeutschen Gerichtssälen von entscheidender Bedeutung. So schreibt der BGH vor, aus jedem Urteil zu Vergewaltigung müsse deutlich werden, daß das Vorliegen eines minder schweren Falles geprüft wurde. Für die Frage, ob eine Vergewaltigung als "minder schwerer Fall" beurteilt wird oder nicht, ist nach Strafrechtskommentaren vor allem das Verhalten und der Lebenswandel der vergewaltigten Frau ausschlaggebend.

Dies ist geradezu eine Aufforderung an die Verteidigung des Vergewaltigers, die vergewaltigte Frau in den Mittelpunkt des Verfahrens zu rücken: Hat sie nicht vielleicht doch den Täter gereizt? oder war sie "aufreizend" gekleidet? Hat sie sich wirklich mit aller Kraft gewehrt? Hat sie viele Männerbekanntschaften? Trinkt sie manchmal Alkohol? Hier sind Spekulationen und diffamierenden Behauptungen keine Grenzen gesetzt. Selbst in Prozessen, in denen brutale Überfälle durch fremde Männer verhandelt werden, bietet das oben zitierte BGH-Urteil der Verteidigung die Möglichkeit, die absurdesten Behauptungen in dem Raum zu stellen und so die vergewaltigte Frau zu diffamieren.

Wenn sich an der viele Vergewaltigungsopfer demütigenden Gerichtspraxis etwas ändern soll, ist neben einer neuen Definition von Vergewaltigung auch die Abschaffung des "minder schweren Falles" dringend geboten. Eine Vergewaltigung zweiter Klasse gibt es nicht.

Eine Merkwürdigkeit am Rande: Unter Absatz (3) des § 177 ist als Mindeststrafe für Vergewaltigung mit Todesfolge fünf Jahre Freiheitsstrafe festlegt. Bei Raub mit Todesfolge liegt die Mindeststrafe bei zehn Jahren. Wie bei vielen anderen seltsamen Äußerungen in der Rechtsprechung zu Vergewaltigung liegt hier der Gedanke zugrunde, ein Vergewaltiger sei triebgesteuert und würde quasi aus Versehen die Frau umbringen. Mit der Realität hat dies nichts zu tun.

Neue Gesetzentwürfe

Zur Zeit gibt es Entwürfe zur Gesetzesänderung aus dem Justizministerium, vom Bundesrat, von der SPD und von der PDS. Die Grünen können sich wie in den vorangegangenen Jahren immer noch nicht einigen, welche Mindeststrafe sie für angemessen halten und haben noch keinen Entwurf eingebracht. Von den bürgerlichen Parteien ist der weitestgehende Entwurf der Referentenentwurf aus dem Justizministerium.

Referentenentwurf

aus dem Justizministerium

Die Paragraphen 177 und 178 StGB werden in diesem Entwurf zusammengezogen:

"§ 178 Sexuelle Nötigung; Vergewaltigung

(1) Wer eine andere Person mit Gewalt, durch Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib und Leben oder unter Ausnutzung einer hilflosen Lage nötigt, sexuelle Handlungen

1. des Täters oder

2. einer dritten Person an sich zu dulden oder an

3. dem Täter oder

4. einer dritten Person

vorzunehmen, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft.

(2) In minder schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren.

(3) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt vor, wenn

1. der Täter mit dem Opfer den Beischlaf vollzieht oder andere sexuelle Handlungen an dem Opfer vornimmt, die mit dem Eindringen in den Körper verbunden sind,

2. die Tat von mehreren gemeinschaftlich begangen wird, oder

3. der Täter das Opfer bei der Tat körperlich schwer mißhandelt oder es durch die Tat in die Gefahr des Todes oder einer schweren Gesundheitsschädigung bringt.

(4) Verursacht der Täter leichtfertig den Tod des Opfers, so ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren.

(5) In den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 oder 3, auch in Verbindung mit Absatz 2 oder 3, kann das Gericht die Strafe nach seinem Ermessen mildern (§ 49 Abs. 2) oder von der Strafe nach diesen Vorschriften absehen, wenn dies im Interesse der Aufrechterhaltung ehelicher oder eheähnlicher Bindungen zwischen dem Opfer und dem Täter geboten ist. Satz 1 gilt auch, soweit die Handlung des Täters § 223 (Körperverletzung, Anm.d.V), § 223a (gefährliche Körperverletzung, Anm.d.V.) oder § 240 (Nötigung, Anm.d.V.) verletzt."

Desweitern wird in dem Gesetzentwurf auch bei § 179 StGB (sexueller Mißbrauch Widerstandsunfähiger) das Wort außerehelich gestrichen, aber ebenfalls die Versöhnungsklausel eingefügt.

Gegenüber der bestehenden Regelung wird hier als Nötigungsmittel zusätzlich das Ausnutzen einer hilflosen Lage eingefügt. Dies stellt jedoch keine Erweiterung des Gewaltbegriffes dar, da diese Formulierung aus dem § 237 StGB (Entführung gegen den Willen der Entführten) entnommen wurde, der ersatzlos gestrichen werden soll. In der Begründung des Entwurfes wird zwar gesehen, daß der bisher angewandte Gewaltbegriff mit den realen Gewalterfahrungen von Frauen wenig zu tun hat, die Einbeziehung des derzeitigen § 237 StGB erscheint Leuthäusser-Schnarrenberger jedoch ausreichend!

Das gleiche gilt für die Begründung der sogenannten Versöhnungsklausel: Hier wird beschrieben, daß gerade Frauen, die ihren Ehemann angezeigt haben, unter massiven Druck des Mannes oder des sozialen Umfeldes geraten können, dies wird jedoch lediglich als Argument gegen die Einstufung von Verwaltigung in der Ehe als Antragsdelikt gewertet. Nicht gesehen wird, daß mit den gleichen Mechanismen Frauen dazu gezwungen werden können, sich vor Gericht "versöhnungsbereit" zu zeigen, um eine härtere Bestrafung des Täters zu vermeiden.

Selbst dieser Entwurf ging der Bundesregierung offensichtlich zu weit. Die Justizministerin wurde zurückgepfiffen und hat darauf verzichtet, den Entwurf in den Bundestag einzubringen. Eigene Entwürfe der Regierungsparteien gibt es bisher nicht.

Entwurf des Bundesrates

Der Bundesrat beschränkt sich in seinem Entwurf auf noch weniger Änderungen: Hier wird als Vergewaltigung auch erzwungener Anal- bzw. Oralverkehr bestraft, das Wort außerehelich wird gestrichen und eine Versöhnungsklausel kann die Bestrafung der Ehemänner mildern bzw. verhindern. In der knappen Begründung wird besonders hervorgehoben, daß nun auch Vergewaltigungen von Männern bestraft werden können. Dies scheint den Verfassern so wichtig gewesen zu sein, daß in ihren Entwurf Frauen als Opfer sexueller Gewalt sprachlich gar nicht mehr vorkommen. Dort heißt es nämlich: "Wer einen anderen (...) nötigt".

Auch in der weiteren Begründung wird nur gegen die Befürchtung argumentiert, Ehemänner könnten zu hart bestraft werden. So wird explizit auch darauf hingewiesen, daß bereits die Staatsanwaltschaft auf Klageerhebung gegen Ehemänner verzichten kann.

In einer angefügten Stellungnahme bemängelt selbst die Bundesregierung zum einen die Einschränkung bei den Formen der erzwungenen Handlungen, die unter die Definition von Vergewaltigung gefaßt werden und den zu engen Gewaltbegriff im dem Entwurf des mehrheitlich SPD-geführten Bundesrates!

Entwurf der SPD-Fraktion

Der SPD-Entwurf sieht für Vergewaltigung und sexuelle Nötigung wie bisher zwei Paragraphen (§ 177 und § 178) vor. Als Nötigungsmittel wird ebenfalls das Ausnutzen einer hilflosen Lage benannt. Unter Vergewaltigung wird erzwungener Vaginal-, Anal- und Oralverkehr auch in der Ehe verstanden, die Versöhnungsklausel gilt wie bei Leuthäusser-Schnarrenberger für die Ehe und eheähnliche Beziehungen. Hier zeigt sich die SPD mal wieder besonders "progressiv" an der falschen Stelle.

Allen drei Entwürfen gemeinsam ist das Beibehalten des "minder schweren Falles" und die Sonderstellung der ehelichen Vergewaltigung. Auch der Gewaltbegriff an sich und "Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib und Leben" wird nicht in Frage gestellt, sondern in zwei Entwürfen durch ein drittes Nötigungsmittel ergänzt. Nicht berücksichtigt werden die vielfältigen Formen psychischer Gewalt und alle Drohungen, die aus dem engen Definitionsrahmen herausfallen.

Dennoch sind diese Entwürfe ein Fortschritt gegenüber dem bestehenden Strafgesetz, da sie zum einen neben der erzwungenen vaginalen Penetration auch die erzwungenen orale oder anale Penetration als Vergewaltigung definieren und zum anderen Vergewaltigung in der Ehe in den Straftatbestand miteinbeziehen. Dies wird jedoch durch vorgesehene Strafmilderung bzw. Straffreiheit in der Versöhnungsklausel zumindest teilweise wieder aufgehoben.

Entwurf von

Christina Schenk und der PDS

Von diesen halbherzigen Entwürfen hebt sich wohltuend der Entwurf von Christina Schenk und der PDS ab.

"§ 177

(1) Wer eine Person gegen ihren Willen, mit Gewalt, durch Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib und Leben oder durch Drohung mit einem empfindlichen Übel zur Hinnahme analer, oraler oder vaginaler Penetration oder des Eindringens mit anderen Körperteilen oder mit Gegenständen nötigt, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren bestraft. Ebenso wird bestraft, wer in gleicher Weise eine Person nötigt, derartige Handlungen an sich selbst oder an einem/einer Dritten vorzunehmen.

(2) Wird die Tat von mehreren gemeinschaftlich begangen oder treten in ihrer Folge beim Opfer schwere psychische oder andere schwere gesundheitliche Beeinträchtigungen auf, so ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren.

(3) Verursacht der Täter durch die Tat leichtfertig den Tod des Opfers, so ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren."

In ähnlicher Weise sind die §§ 178 und 179 gefaßt.

Außerdem enthält der Entwurf Änderungen der Strafprozeßordnung. Danach sind Fragen nach dem sexuellen Vorleben des Opfers ebenso unzulässig wie die Beweisverwertung von Tatsachen, die das sexuelle Vorleben der Frau betreffen; der Angeklagte muß auf Antrag der Frau für die Dauer ihrer Vernehmung aus dem Gerichtssaal entfernt werden. Außerdem muß das Gericht der Frau, falls sie als Nebenklägerin auftritt, eine Rechtsanwältin/Rechtsanwalt ihrer Wahl bestellen. Die Kosten trägt die Staatskasse. Auf Antrag der Frau muß die Öffentlichkeit während ihrer Vernehmung ausgeschlossen werden.

Alles in allem sind in dem Entwurf von Christina Schenk die wesentlichen Forderungen der Frauenbewegung, vor allem der Notrufgruppen, berücksichtigt. Auch wenn dieser Entwurf keine Chancen hat, im Bundestag eine Mehrheit zu bekommen, so zeigt er doch auf, welche Voraussetzungen gegeben sein müßten, um

vergewaltigten Frauen ein faires Strafverfahren zu ermöglichen. Und hierin liegt auch der Wert, den die Debatte um die Gesetzesänderung des § 177 StGB hat bzw. haben kann. Denn kaum ein anderes Strafverfahren ist so geprägt vom öffentlichen Bewußtsein über Rollenbilder, von Vorstellungen über Rechte von Männern und Pflichten von Frauen und von Vorurteilen gegenüber den Opfern eines Verbrechens.

Die öffentliche Auseinandersetzung über Vergewaltigung und deren juristischer Einordnung kann unter Umständen mehr im Alltag an bundesdeutschen Gerichten ändern als jede Gesetzesänderung. Denn das gesellschaftliche Klima wird letztlich darüber entscheiden, wie die Strafvorschriften in (höchstrichterlichen) Urteilen interpretiert werden und wann sich die Verfasser von Strafrechtskommentaren endlich genötigt sehen, ihre so offensichtlich frauenfeindliche Gesetzesauslegung zu ändern.

Auch wenn Vergewaltigung in der Ehe nun unter Strafe gestellt werden sollte, so sind deshalb noch lange nicht massenhafte Anzeigen vergewaltigter Ehefrauen zu erwarten. Für Frauen, die sich von ihrem Ehemann getrennt haben oder scheiden lassen wollen, wird es allerdings von erheblicher Bedeutung sein, wenn sie das an ihnen begangene Verbrechen endlich auch anzeigen können. Fast noch wichtiger ist die Stärkung der Position der Frau. Die öffentliche Debatte verdeutlicht Frauen, daß es keine "eheliche Pflicht" gibt, sich den sexuellen Wünschen des Ehemannes zu beugen.

Ein Maßstab für das gesellschaftliche Klima wird sein, ob - wie in früheren Debatten - konservative Politiker sich trauen werden, in die Offensive zu gehen und generelle Straffreiheit für vergewaltigende Ehemänner zu fordern.

Es bleibt zu bedenken: Wenn jetzt eine vergleichsweise schlechte Reform verabschiedet wird, besteht die Gefahr, daß sie für lange Zeit Gültigkeit erhalten wird. Gründe gibt es genug, die Gelegenheit zu nutzen und die Debatte um sexuelle Gewalt gegen Frauen möglichst breit und in aller Öffentlichkeit zu führen.

Gy.

18. 50 Jahre später, 50 Meter weiter. Nürnberg: Monatlicher Nazi-Treff aufgedeckt - Demonstration geplant

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:11

Pünktlich zum Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus wurde in Nürnberg der bisher größte Nazi-Treff aufgedeckt. Auch die Örtlichkeit "paßt". Die Ewiggestrigen versammeln sich in der "Tiroler Höhe", einem Lokal, das nur einen Steinwurf von der ehemaligen SS-Kaserne entfernt ist. Das Reichparteitagsgelände ist mit dem Fahrrad in fünf Minuten zu erreichen. Für den 12. April ist eine breit angelegte antifaschistische Aktion geplant, mit der die regelmäßig stattfindende NPD-Kundgebung verhindert werden soll.

An den monatlichen Versammlungen, die von der örtlichen NPD organisiert werden, nehmen Personen aus dem Umkreis der "Nationaldemokraten", der "Jungen Nationaldemokraten" (JN), Nazi-Skins sowie junge Sympathisanten teil. NPD und JN sind die aktivsten braunen Organisationen in der Region. Zu ihren Mittwochstreffen kommen jeweils zwischen 30 und weit über 60 Leute. Zum Teil reisen sie aus dem Umland an. Führende NPD-Funktionäre treten als Referenten auf. Die Treffen in der "Tiroler Höhe" dienen nicht nur der Propaganda, Schulung und Mobilisierung der Anhänger, sondern auch ganz praktischen Dingen. So wurden PKW-Konvois für überregionale NPD-Aufmärsche organisiert, öffentliche Kundgebungen mit dem Parteivorsitzenden Günter Deckert abgehalten und der Wahlkampf im Großraum vorbereitet.

Weitere Aktivitäten: Im Süden Nürnbergs versuchte die NPD, eine Bürgerwehr zu gründen. Sie verteilte in Oberasbach und Zirndorf mehrfach Flugblätter, in denen für die Unterstützung ihres "motorisierten Greifkommandos" geworben wird. Der Taxifahrer und NPD-Aktivist Kurt Faulstich brüstete sich, daß die Bürgerwehr bis Mitte 1993 "im Kampf gegen die Kriminalität 50 Täter stellen und der Polizei übergeben" konnte. Daß die Nazis in Zirndorf "dabei ihr besonderes Augenmerk auf die Bewohner der ZAST" (Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber) richten, verwundert nicht. Auf dem Höhepunkt der Pogromstimmung versuchte die NPD 1992 zweimal, Kundgebungen vor der ZAST abzuhalten. Entschlossene Bündnisaktionen der Linken konnten beide Anläufe im Keim ersticken.

Braune Querverbindungen

In den letzten Monaten machten in Nürnberg zudem Skinhead-Banden von sich reden. Insbesondere in zwei Stadtteilen kam es zu Zwischenfällen auf der Straße. In beiden Fällen handelt es sich um Arbeitersiedlungen im Stile der 20er und 30er Jahre, in denen so gut wie keine Linksalternativen wohnen. Rechtsradikale Parolen und provozierendes Auftreten von bis zu 60 Skins schüchtern die Anwohner ein. Die Linke wurde sich des Problems in diesen beiden Stadtteilen erst richtig bewußt, nachdem die Polizei in den ersten Monaten diesen Jahres mehrfach Nazi-Skins festnahm, um sie kurz danach wieder freizulassen.

Im Zuge der NPD-Recherche stellte sich nun heraus, daß es zwischen der lokalen Skin-Szene und NPD/JN interessante Querverbindungen gibt. So mobilisierten Neonazis über Nationale Infotelefone bundesweit, als im vergangenen August 1500 Antifas gegen ein örtliches JN-Schulungszentrum demonstrierten. Die Neonazis führten entgegen ihrer ursprünglichen Absicht keine Gegendemonstration durch. Dennoch handelte es sich bei ihrer Ankündigung um keine "Finte", wie K.P. Murawski, grüner Realissimo und 3. Bürgermeister der Stadt nach der erfolgreichen Antifa-Aktion fehleinschätzte. Die angereisten Boneheads quartierten sich nämlich bei ihren lokalen Gesinnungsgenossen ein und zogen im Stadtteil Mögeldorf am Abend nach der linken Demonstration mit 40 bis 60 Teilnehmern das bis dahin größte Besäufnis ab - Gegröle und Bedrohung der Anwohner inbegriffen.

Einige Wochen später tauchten 10 Glatzen in einem Wahllokal desselben Stadtteils auf, brachten NPD- und DVU-Aufkleber an und schüchterten Abstimmungswillige ein bis sie von der herbeigerufenen Polizei festgenommen wurden. Ein weiteres Indiz für die Querverbindungen von NPD und JN zu den Nazi-Skins: Die NPD-Stammkneipe diente in der vergangenen Monaten auch den Boneheads mehrfach als Treffpunkt.

Die mittelfränkischen Nationaldemokraten unterhalten auch zu Nazi-Kaderorganisationen wie der im November '94 verbotenen Wiking-Jugend und der im Februar '95 verbotenen FAP Verbindungen. Sie sind zusammen mit diesen im "Deutschen Freundeskreis" aktiv, einer rechtsradikalen Sammlungsplattform in Franken. In deren Blättchen "Junges Franken" (4/94) erschien aus der Feder des lokalen NPD-Chefs Rainer Hatz eine Tirade über die Antifa-Aktivitäten in Nürnberg. Zwar war sein Artikel nicht unterzeichnet, aber da Hatz unter seinem Namen einen in weiten Passagen identischen Artikel im "NPD-Frankenspiegel" (Nr. 4/94) lancierte, gibt es an seiner Autorenschaft keinen Zweifel.

Die Kontakte reichen bis in die USA. Denn im "NS-Kampfruf" (Nr. 1/2, 1995), der von der NSDAP-AO herausgegeben wird, ist an herausgehobener Stelle die Nummer eines "Nationalen Infotelefons" aus der Region zu finden. Dieses Infotelefon wird auch in jeder Ausgabe der NPD-Postille wärmstens empfohlen. Soweit zu den aufgrund der langwierigen Antifa-Recherche nachvollziehbaren Querverbindungen.

Weitere Fakten zu den hiesigen Nazi-Umtrieben: In Nürnberg lebt mittlerweile Harald Hohe, ein ehemaliger Aktivist der ANS/NA aus dem Rhein-Main-Gebiet. Bei dem als gefährlichen Schläger bekannten Rüsselsheimer ist auch Norman W. Kempken gemeldet: Dieser wurde als Macher der Anti-Antifa-Hetzschrift "Der Einblick" im Januar 1995 zu zwei Jahren Gefängnis ohne Bewährung verurteilt (siehe ak 376). Zusätzlich tauchte in der Stadt am 18. März auch noch ein 80seitiges "Deutsches Manifest" auf. Die bislang unbekannten Traktatschreiber rufen darin zu einem "Volkskrieg" auf, der am 9. Mai beginnen soll und sich an allererster Stelle gegen "die Hebräer" richtet.

Eine Vergangenheit, die nicht vergeht

Die Stadt, die bis 1945 gerne "das Schatzkästlein des Reiches" genannt wurde, weckt bei rechtsradikalen Nostalgikern sehnsüchtige Erinnerungen. Reichsparteitage, Rassengesetze, NSDAP-Aufmärsche oder die antisemitischen Tiraden des "Stürmer" werden damit verbunden. Das ist gemeint, wenn der NPD-Bezirksvorsitzende Ralf Ollert im NPD-Frankenspiegel (Nr. 6/1994) schrieb, er wolle "Franken wieder zu einer nationalen Hochburg machen". Auf der anderen Seite steht Nürnberg aber auch für die "Nürnberger Prozesse" und damit für die schmachvolle Niederlage des Nationalsozialismus. Ein weiteres historisches Moment, das die Nazis dazu treibt, gerade auch in dieser Stadt "ein Fanal setzen" zu wollen, wie der NPD-Mann Ollert an anderer Stelle im oben zitierten Zirkular betont.

Im Jahre 50 nach der militärischen Niederlage des Nationalsozialismus sollte ein derartiges Ansinnen nicht einfach nur als das übliche breitbeinige Dahergerede einer Handvoll Unverbesserlicher abgetan werden. Denn erstens sind es mehr, zweitens haben sich mittlerweile zu den Nazi-Rentnern auch Banden jugendlicher Skins gesellt, drittens dienen NPD/JN als Durchlauferhitzer für Neulinge sowie als Auffanglinie für verbotene Neonazi-Gruppen, viertens unterhalten sie Beziehungen zu anderen Nazi-Kaderorganisationen und fünftens verfügen sie in der Region über ein teilweise konspiratives und sehr wohl funktionierendes Netzwerk von Verbindungen. Diese verdeckten Strukturen sind im Prinzip für jedwede Aktion einsetzbar. Ob sie für ausländerfeindliche und antisemitische Propaganda benutzt werden oder für Terroraktionen wie im "Deutschen Manifest" angedroht, wird derzeit allein von den Nazikadern festgelegt.

Um dem gefährlichen Treiben ein Ende zu machen und den Nazi-Treffpunkt aufzulösen, ist für den 12. April eine Verhinderungsaktion angekündigt. Dann wollen sich die NPDler in der "Tiroler Höhe" das nächste Mal treffen. Die Chancen stehen gut, daß ein relativ breites aber auch entschlossenes Bündnis geschmiedet werden kann, um dieses Ziel zu erreichen. Die Sache hat auch einigen politischen Reiz: Da es sich bei der NPD ja um eine legale Partei handelt, könnte sie auf die Idee kommen, mit Hilfe von Gerichten und Polizei ihre Versammlung durchzuziehen. Wie werden sich dann die rot-grüne Stadtregierung, die Polizei und die CSU-Landesregierung verhalten? Die Linke wird auf jeden Fall am Ort des Geschehens sein. Gerichtsurteile hin oder her.

Sollte die NPD einen Rückzieher machen, kann sie ihren regelmäßigen und wichtigsten Treff abschreiben. Kneift sie nicht, kommt es im Schatten des Reichsparteitagsgeländes zu einer politischen Konfrontation von Antifaschisten mit Leuten, die in der Kontinuität des Hitlerregimes stehen. Es deutet sich an, daß die verschiedenen Strömungen der Linken kapiert haben, welche Möglichkeiten diese Situation bei gemeinsamem, bündnisorientiertem, ge- und entschlossenem Handeln eröffnet. Was das politische

Establishment Nürnbergs betrifft, so bieten sich ihm bei dieser Gelegenheit einige schöne Möglichkeiten, sich kräftig zu blamieren.

Al., Nürnberg (28. März 95)

19. "Vergewaltigung vor Gericht" - eine Buchempfehlung

Autor: at. · Rubrik: Frauen; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:10

Die jährlich etwa 7.000 Anzeigen wegen Vergewaltigungsverbrechen in der BRD machen nach Schätzungen von ExpertInnen nicht einmal 10 Prozent aller außerehelichen Vergewaltigungen aus. Einer der Gründe für die hohe Dunkelziffer ist das Spießrutenlaufen, das eine Frau erwartet, wenn sie das an ihr begangene Verbrechen anzeigt. Ein Spießrutenlaufen zwischen Glaubwürdigkeit und demütigender Behandlung durch Polizisten, Richter, dem Angeklagten und vor allem deren Verteidigung in einer opferfeindlichen Justiz. Diese Situation und die Strategien der Prozeßbeteiligten hat Brigitte Schliermann eindringlich in dem im Konkret Literatur Verlag erschienen Buch "Vergewaltigung vor Gericht" dargestellt und analysiert.

In diesem Buch sind die Ergebnisse des ersten wissenschaftlichen Forschungsvorhabens, das sich mit Strafverfahren wegen Vergewaltigung beschäftigt, veröffentlicht. Die Autorin hat zusammen mit anderen Frauen der Notrufgruppe "Notruf für VerGEWALTigte Frauen und Mädchen" in Nürnberg ein Jahr lang (von März 1985 bis Januar 1986) 48 Vergewaltigungsprozeße beobachtet und alle zugänglichen Daten erhoben. Systematisch wurden bei dieser Untersuchung, die sich aus der Praxis der Notrufarbeit entwickelte, alle Prozesse verfolgt, die unter den Tatvorwürfen Vergewaltigung (§ 177 StGB), Beischlaf zwischen Verwandten (§ 173 StGB), sexueller Mißbrauch von Schutzbefohlenen (§ 174 StGB), sexueller Mißbrauch von Kindern (§ 176 StGB), sexuelle Nötigung (§ 178 StGB), sexueller Mißbrauch von Widerstandsunfähigen (§179 StGB) beim Landgericht Nürnberg-Fürth und beim Amtsgericht Nürnberg öffentlich stattgefunden haben.

Ziel der Beobachtungen war dabei neben der Erfassung des zentralen Geschehens des Vergewaltigungsprozesses, insbesondere die Mechanismen zu erkunden, die den Prozeß für viele vergewaltigte Frauen zur erneuten Traumatisierung, zur "zweiten Vergewaltigung", wie Brigitte Schliermann schreibt, werden lassen. Die Prozeßbeobachtung und ihr gesamter Forschungsansatz orientierte sich an den Prinzipien der Frauenforschung. Das heißt, daß der angeblichen Wertfreiheit und Neutralität des traditionellen Wissenschaftsbetriebes die bewußte Parteilichkeit für die von Gewalt betroffenen Frauen entgegengesetzt wurde. Nach wie vor ist in der traditionellen wissenschaftlichen Analyse die Argumentation aus der Täterperspektive, die eine Vorverurteilung, ein angebliches Fehlverhalten, des Vergewaltigungsopfers einschließt, gang und gäbe. Als Beispiel führt Brigitte Schliermann das Ergebnis einer "wissenschaftlichen Analyse" an, die zu folgendem Schluß führt: "Der Stimulus zur Tat geht immer - bewußt oder unbewußt - vom Opfer aus. Die Tat kann allein durch den plötzlichen Anblick eines weiblichen Wesens, durch seine Gestalt, die Kleidung, die Bewegung oder durch den Gang ausgelöst werden, ohne das sich das potentielle Opfer dessen bewußt ist." Ob "AutorInnen einer Analyse von Bankraub zu dem Schluß kommen können, ‚der Stimulus zur Tat geht immer von der Bank aus, der bloße Anblick einer Bank genügt, um die Tat auszulösen`, ohne sich lächerlich zu machen?" kommentiert die Autorin.

Der Vergewaltigungsprozeß ist ein Männerprozeß

Offensichtlichstes Ergebnis dieser Untersuchung ist, daß der Vergewaltigungsprozeß ein Männerprozeß ist. "Hier verhandeln Männer über ein Verbrechen, das Männer an Frauen begehen." Die statistische Analyse der beobachteten Prozesse ergab, daß "der vorsitzende Richter immer ein Mann ist. Die beisitzenden RichterInnen sind zu 90% Männer. Die Staatsanwaltschaft besteht zu ca. 90% aus Männern." Die Verhandlungsführung und das Urteil werden also im wesentlichen von Männern bestimmt.

Interessant wäre, ob der Vergewaltigungsprozeß, besonders die Haltung der VerteidigerInnen, nach dem selben Muster abliefe, wenn eine Richterin dem Prozeß vorstehen würde, wenn Frauen eine Mehrheit der Prozeßbeteiligten stellen würden. Ist doch in vielen Fällen (besonders wenn der Angeklagte kein Geständnis der Tat ablegt) die Strategie der Verteidigung die Glaubwürdigkeit des Opfers in Frage zu stellen, zu behaupten, die sexuelle Handlung sei einvernehmlich gewesen oder hätte überhaupt nicht stattgefunden, oder der Frau eine "Mitschuld" an dem Verbrechen nachzusagen, um nur einige Beispiele zu nennen.

Die vorliegende Untersuchung geht weit über eine rein statistische Analyse hinaus. In den einzelnen Kapiteln werden das Verhalten und die typischen Vorgehen der jeweiligen Prozeßbeteiligten, des Angeklagten, der

ZeugInnen, der Verteidigung, der Staatsanwaltschaft und der RichterInnen, differenziert dargestellt. Die einzelnen Verfahren sind dabei durch Nummern gekennzeichnet und werden so unter allen Aspekten behandelt.

Die Untersuchung ergab z.B., daß die Angeklagten häufig versuchten, einen übermäßigen Alkoholkonsum als Komponente heranzuziehen, zumeist kombiniert mit Aussagen über das Verhalten der Frau vor, während und nach der Tat. Dies diente einerseits einer Verschleierung der eigenen Rolle, andererseits sollte die Frau als aktiver Teil des Geschehens dargestellt werden. Auch die Verteidigung des Angeklagten benennt die Alkoholisierung zur Tatzeit oft nicht nur, um eine verminderte Schuldfähigkeit des Angeklagten zu begründen, sondern als Ursache für die Tat selbst. Ein Verteidiger: "Also Alkohol weg, und dann haben wir das für die Allgemeinheit erwünschte Ergebnis."

Wie abstrus die Praxis vor Gericht ist, zeigt sich vor allem in den aufgeführten Aussagen der VerteidigerInnen, die im Interesse einer erfolgreichen Verteidigung die Spätfolgen möglichst gering ansetzen, da Tatfolgen bei der Strafzumessung eine Rolle spielen.

"Wir können froh sein, daß sie die Tat positiv verarbeitet hat und keine psychischen und sexuellen Spätfolgen zu erwarten sind ..." oder aus dem Plädoyer einer Verteidigerin: "es sind auch ein paar Druckstellen vorhanden ... Sie hat ... jetzt geheiratet. Durch das Geständnis des Angeklagten sind ihr peinliche Fragen erspart geblieben. Aber eine junge Frau vergißt so was schnell in ihrem jungen Eheglück." In allen Plädoyers, in denen die Verteidigung behauptete, es gäbe nur geringe oder gar keine Spätfolgen für die Zeugin, stand dies entweder im krassen Widerspruch zu deren Aussage oder im Widerspruch zu Attesten, wie in der vorliegenden Untersuchung herausgearbeitet wurde.

Diese wenigen Beispiele sollen nur verdeutlichen, wie auf Kosten der vergewaltigten Frauen argumentiert wird, wie sehr die Täterperspektive das Verfahren bestimmt. Ebenso Haarsträubendes ist in den beispielhaft zitierten Urteilsbegründungen zu lesen. Das Gericht kommt in sehr vielen Fällen zu dem Ergebnis, es handele sich bei der Vergewaltigung um eine "minder schwere Tat", dies setzt das Strafmaß erheblich herab.

Immer wieder wird deutlich, wie wichtig es für die vergewaltigte Frau ist, eine Rechtsanwältin mit der Nebenklagevertretung zu beauftragen. Die vergewaltigte Frau tritt in dem Prozeß ansonsten nur als Zeugin auf. Die Nebenklagevertretung kann neben Widersprüchen und wichtigen Details auch etwas Realitätsnähe, die nicht einer reinen Männerperspektive folgt, in das Verfahren einbringen, sie kann zur Wahrung der Interessen der betroffenen Frau im Strafverfahren beitragen.

Besonders wichtig war es Brigitte Schliermann "zu dokumentieren, wie die betroffene Frau die Hauptverhandlung erlebt, mit welchen Behauptungen, Fragen und Unterstellungen sie rechnen muß, aber auch ihre Möglichkeiten, sich dagegen zu wehren".

Eine wirkliche Verbesserung der Situation der vergewaltigten Frau vor Gericht kann aber nicht nur durch eine Änderung des allgemeinen gesellschaftlichen Bewußtseins über Vergewaltigung, deren Hintergründe und Folgen bewirkt werden, sondern auch die Änderung des Strafrechts selbst ist nötig. "Denn die Strafvorschriften im Strafgesetzbuch leisten der Demütigung von Vergewaltigungsopfern vor Gericht Vorschub."

Obwohl die Datenerhebung nun schon einige Jahre zurückliegt (die Auswertung der Ergebnisse mußte weitgehend ohne Finanzierung vorgenommen werden und dauerte dementsprechend länger) hat das vorliegende Forschungsergebnis an Aktualität nicht verloren, das Verhalten der Prozeßbeteiligten ist heute noch genauso opferfeindlich.

Die Bemerkung eines vorsitzenden Richters an einen Angeklagten wird in den Gerichtssälen noch genauso zu vernehmen sein: "Es lief für Sie ganz gut, dann wollte sie (das Vergewaltigungsopfer, Anm. ak) nicht mehr, jetzt sagen Sie's halt, wir sind doch unter Männern."

at.

Brigitte Schliermann: Vergewaltigung vor Gericht, Konkret Literatur Verlag, 1993, 232 Seiten, 28 DM

20. Verfahren gegen die " Antifa-M" in Göttingen

Autor: A. List · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:33

"Man kann nicht davon ausgehen, daß so wenig übrigbleibt" (S. Nemetschek, Sprecherin des Oberlandesgerichtes Celle)

Seit Jahren wird Göttingen immer wieder mit Meldungen über großangelegte Staatsschutzaktionen gegen die "Antifa-M" in die Schlagzeilen gehievt. Horrormeldungen über "Privatarmeen" unter zentralem Kommando und serienweise organisiert begangene Anschläge waren die öffentliche Begleitmusik zu einer jahrelangen intensiven Ausspähung der politischen Szene einer ganzen Stadt, bei der bisher kein Instrument des Sonderrechtssystem §129/129a (siehe Artikel von Rolf Gössner) ausgelassen wurde.

Der folgende Artikel über Geschichte und Hintergründe der Ermittlungsverfahren und jetzt vorliegende Anklagen stützt sich im wesentlichen auf einen in Göttingen von einer "Gruppe Verfahren" veröffentlichten Bericht.

Für einen Teil der im Laufe der Jahre angefallenen Ermittlungsverfahren liegen jetzt die Anklageschriften vor. Das Oberlandesgericht in Celle hat jetzt über die Eröffnung eines Großteils der Verfahren zu entscheiden.

Gegen 17 Leute liegen jetzt Anklagen vor wegen §129 StGB (Bildung, bzw. Mitgliedschaft einer kriminellen Vereinigung, gemeint ist die "Antifa-M") und §129a, Abs.3 (Unterstützung, bzw. Werbung für eine terroristische Vereinigung), außerdem gegen drei MitarbeiterInnen des Buchladens Rote Strasse.

Hinzu kommt jetzt seit neuestem die Anklage gegen fünf weitere Leute wegen schweren Landfriedensbruchs, Brandstiftung und versuchten Totschlags (das sogenannte Mackenrode-Verfahren, das zunächst als eines der Ausgangsverfahren zur Eröffnung der §129a, Abs.1-Ermittlungen diente, s.u.).

Bisherige Basis für die Anklagen sind etwas mehr als 30 Aktenordner, die Ende letzten Jahres den AnwältInnen zugegangen sind. Vorhanden, aber nicht zugänglich sind etwa weitere sechzig Ordner, einschließlich sogenannter Sonderordner. Sie enthalten Beweismittel, Observationsergebnisse, ausgegliederte und/oder abgegebene, vorläufig eingestellte oder nicht zu Ende ermittelte Verfahren.

Der Gang der Ermittlungen

selbst zeigt, daß die Kombination operativer, d.h. nachrichtendienstlicher Polizeiarbeit auf Grundlage der Ermittlungsparagraphen §129, §129a StGB und eines deutschnationalen Staatsanwalts nichts anderes bringt als die Durchleuchtung und Kriminalisierung oppositioneller Betätigung und zusammengehauene Anklageschriften, die in den meisten Fällen mit Tatvorwürfen im herkömmlichen Sinne nichts mehr zu tun haben und nach politischen Opportunitätsgründen vor Gericht gebracht werden - oder eben auch nicht.

Das ist Gesinnungsjustiz in Reinkultur, weil nicht nur Aktivitäten erfaßt, sondern auch bloßes gedankliches Interesse oder Beschäftigung mit bestimmten Themen und Leuten via Telefonüberwachung, beschlagnahmte Adreßbücher, Kontaktlisten u.ä. Eingang in Akten und Anklagen finden. Die bloße Anwesenheit bei Veranstaltungen genügt, um über Videofilm oder Ermittlerbericht in die Akten zu gelangen.

Generalstaatsanwalt Dr. Manfred Endler, Herr der anstehenden Verfahren, der vor den Vereinigten Celler Schützengesellschaften das Aufgeben der Begriffe "Heimat und Vaterland" für die "erschreckende Zunahme der Kriminalität" verantwortlich macht (Cellesche Zeitung 20.7.93), verfügt schon über das richtige, an Carl Schmitt und der Notwendigkeit der "innerstaatlichen Feinderklärung" geschulte Weltbild, um sich selbst sicher zu sein, mit den jetzt Betroffenen "irgendwie" die richtigen vor Gericht bringen zu können.

Die Zulieferarbeit allerdings und ein paar für die Anklageerhebung praktikable Beweisführungen mußten Landeskriminalamt, Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz mit ihren Ermittlungsgruppen und Sonderkommissionen schon abliefern. Deren Dürftigkeit - gemessen am öffentlichen Getrommele - ist kaum zu beschreiben, und man fragt sich, was eigentlich den zuständigen Staatsanwalt treibt - außer nacktem Aburteilungswillen.

Diese Frage führt aber nur dann nicht in die Irre, wenn der ganze juristische und polizeiliche Hintergrund berücksichtigt wird. Erst die Frage danach, welches Instrumentarium solchen Leuten heute frei Haus und ganz

legal zur Verfügung steht, um über Jahre weg ihre Büttel eine ganz eigene Realität zusammenpusseln zu lassen, trifft den Kern des Problems.

Das sogenannte "M-Verfahren"

Gegen angebliche Mitglieder der "Antifa-M" laufe ein Ermittlungsverfahren wegen §129 und §129a, Abs.3, verkündete die Generalstaatsanwaltschaft Celle anläßlich der Hausdurchsuchungen in fünfzehn Wohnungen, dem AStA der Uni und dem Buchladen Rote Strasse am 5.7.94.

Es gebe daneben "zahlreiche deutliche Aussagen zur Gewaltbereitschaft und Militanz sowohl gegen Sachen als auch gegen Personen. Demzufolge (?) unterhalte die "Antifa-M" auf "mehreren Ebenen enge Kontakte" zur RAF. Daraus folgen die Vorwürfe wegen Werbung für die RAF.

Schließlich bestehe der "Verdacht weiterer Straftaten auf dem Gebiet des Versammlungsrechts". Schwarzer Block, Vermummung und Aufforderungen an die Polizei, sich zurückzuhalten, sollen diesen Verdacht begründen. Die "Ermittlungen haben den Verdacht erhärtet, daß es sich bei dieser Gruppierung um eine festgefügte Vereinigung handelt, deren Mitglieder entschlossen sind, ihre politischen Ziele auch durch Straftaten zu verwirklichen" (alle Zitate aus der Presseerklärung (PE) der Generalstaatsanwaltschaft Celle).

Diese Vorwürfe werden auf verschiedene Personen verteilt. Es reicht von Verunglimpfung des Staates bzw. seiner Symbole, über Nötigung, bis zur Werbung für die RAF. Allerdings liegt der Schwerpunkt ganz klar auf Verstößen gegen das Versammlungsrecht.

Zusammengehalten werden diese z.T. skurrilen Einzelvorwürfe ausschließlich durch das Organisationsdelikt §129 - Bildung, bzw. Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Die mit Hilfe von BKA, LKA Hessen und Nordrhein-Westfalen und natürlich Niedersachsen durchgeführten Hausdurchsuchungen vom Juni 1994 sollten genau für diese Delikte die Beweise erbringen.

Konsequenterweise ist in der Presseerklärung an keiner Stelle die Rede davon, daß die Hausdurchsuchungen Beweise zur Aufklärung von Straftaten bringen sollten: "Die Durchsuchungen sollen Beweismittel (Schriften, Aufzeichnungen, Unterlagen pp.) zur Gruppenstruktur, zu den Zielen, zur Strategie und zur Taktik dieser Gruppierung sowie zur Einbindung ihrer Mitglieder erbringen." (PE 5.7.94) Man stelle sich vor, mit dieser Begründung wären systematisch Wohnungen und Büros von SPD-Unterorganisationen, DGB-Gewerkschaftern, Grünen, Falken, BürgerInnen gegen Rechtsextremismus usw. durchsucht worden; Wohnungen und Büros von all denen, die an den jeweiligen Demo-Bündnissen zu diesem oder jenem Anlaß beteiligt waren.

Wenn Oberstaatsanwalt Pfleiderer nach den Hausdurchsuchungen erklärt, sie hätten "gefunden, was wir gesucht haben" (GT, 3.9.94), ist das kein Wunder.

Nach Auswertung der beschlagnahmten Materialien räumt die Staatsanwaltschaft am 10.1.95 ein: "Zu den rund fünfzig von verschiedenen autonomen Kommandos verübten Anschlägen, deretwegen die Generalstaatsanwaltschaft ihre Ermittlungen in Göttingen ursprünglich aufgenommen hatte, fanden sich in den Computern der ‚Antifa-M` allerdings keine Hinweise." (10.1.95 GT)

Kriterien für die Auswahl der Wohnungen und Räume, die durchsucht wurden, werden nicht angegeben. Sie verstecken sich jedoch in der

Geschichte des Verfahrens

"Das gegen verschiedene Mitglieder der ‚Autonomen Antifa (M)/AA (M)` geführte Verfahren war im Herbst 1991 vom Generalbundesanwalt eingeleitet und später an die Generalstaatsanwalt-schaft in Celle abgegeben worden" (PE). Das aber waren noch Verfahren wegen §129a, Abs.1, d.h. Gründung und Mitgliedschaft einer oder mehrerer terroristischer Vereinigungen. Sie richteten sich nicht gegen die "kriminelle Vereinigung, ‚Antifa-M`".

Dieses Verfahren war aber der Ausgangspunkt zu jahrelangen uferlosen Observationen, Telefonüberwachungen, polizeiinternen Fahndungen. Zum Hintergrund der Ermittlungen gehören auch die bundes- und landesweiten Lagebilder zur Inneren Sicherheit, speziell zum Terrorismus Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre. Lagebilder, die schließlich zur Einrichtung der "Koordinierungsgruppe

Terrorismusbekämpfung" geführt haben, in der bundesweit alle Erkenntnisse aller Justiz- und Sicherheitsbehörden zusammenfließen sollten über "Terrorismusrelevante Entwicklungen". Angesichts der politischen Verhältnisse ist es mehr als naheliegend, daß die Staatsschutzabteilung den auch militanten Widerstand gegen den explodierenden Rassismus und Neofaschismus auf der Straße, in diese Schublade packten.

Erst im Zuge der umfassenden Durchleuchtung, Ausspähung und Kriminalisierung der gesamten Szene wurde die "Antifa-M" in den Mittelpunkt der jetzt anstehenden Verfahren gerückt. In einer schwer durchschaubaren Mischung aus Spurenverwischung und Pragmatismus wollen LKA und Staatsanwaltschaft das ganze Ausmaß der Verfolgung und Kriminalisierung antifaschistischer und oppositioneller Politik verschwinden lassen. Gegenüber der Öffentlichkeit wird die Fiktion aufrechterhalten, das ganze habe mit systematischer, über Jahre weg betriebener Kriminalisierung von Überzeugungen und Gesinnungen nichts zu tun. Suggeriert wird, es habe tatsächlich einen Fortschritt bei den Ermittlungen gegeben.

Sesam-Öffne-Dich - SoKo organisiere Dich

Die jetzt teilweise zu Anklage gebrachten Ermittlungsverfahren gegen mutmaßliche und ehemalige "M"-Mitglieder, gegen den Buchladen Rote Straße, gegen "Kunst und Kampf" und möglicherweise weiteren Einzelpersonen, haben ihren Ursprung in bereits 1991 eingeleiteten §129a, Abs.1-Ermittlungsverfahren gegen unbekannte Personen aus der Antifa-Szene im allerweitesten Sinne. Das LKA ist seit Anfang 1991 wegen Anschlägen in Göttingen mit §129a, Abs.1-Ermittlungen beauftragt, weitete die Ermittlungen im Laufe des Jahres aus und bildete spätestens im November 1991 die jetzige SoKo 606.

Öffentlich betonter Anlaß waren die immer wieder ins Feld geführten über 50 Anschläge in Göttingen und im Süd-Harz. Hinzu kamen zwei Antifa-Aktionen in Bursfelde und Mackenrode. Wegen letzterer leitete der Generalbundesanwalt erneut ein §129a, Abs.1-Verfahren ein und gab es dann wegen minderer Bedeutung nach Celle ab.

Anläßlich einer Demonstration im März 1993 gegen Neonazi Fiedler in Adelebsen wurde erneut die "terroristische Vereinigung" aus der Tasche gezaubert.

Zur Aufklärung dieser "alten" Anschläge und vermuteter Straftaten wurde mit dem Mittel §129a - Mitgliedschaft und Gründung einer terroristischen Vereinigung und weiteren sogenannten Katalogtaten vom Generalbundesanwalt gearbeitet. Die Staatsanwaltschaft Göttingen erfuhr von diesem Verfahren überhaupt erst bei der Abgabe an die Generalstaatsanwaltschaft Celle. In der nächsten Runde wurde schließlich das sogenannte Mackenrode-Verfahren abgetrennt und als sogenanntes Einzelverfahren - ohne "terroristischen" oder "kriminellen" Organisationshintergrund - an die Staatsanwaltschaft Göttingen weitergegeben. Auf diese Weise wurde in Göttingen die Tür aufgestoßen zu dem ganzen Sonderrechtssystem der Paragraphen §129 und §129a. Aufgegriffen wurden vermutlich auch noch sogenannte Ermittlungsansätze von Mitte und Ende der achtziger Jahre gegen Antifa-Zusammenschlüsse und Aktionen in Norddeutschland. Dafür sprechen die Begründungen für die Hausdurchsuchungen im August 1992 in Göttingen und Umgebung und Berlin. Dafür spricht auch die Tatsache, daß mindestens drei zentrale Figuren der federführenden SoKo 606 schon in der länderübergreifenden (Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen) SoKo 697 tätig waren, die Ende der achtziger Jahre gegen dortige AntifaschistInnen ermittelte.

Unter der Regie des Generalbundesanwaltes, unter Nutzung der BKA-Infrastruktur und der Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz, sowie der Weiterentwicklung einer schon existierenden Ermittlungsgruppe beim LKA zur SoKo 606 (4 - 20 Personen), wurde die umfassende Observation und Durchleuchtung der Region und der Szene vorgenommen. Weit über hundert Menschen wurden alleine nach der Aktion 1991 in Mackenrode (s.o.) gegen Polacek unmittelbar erfaßt, behandelt und politisch "verortet".

Kaum waren die Ermittlungen über das Sonderrechts und -ermittlungssystem ermöglicht, spielten für die weiteren Ermittlungen konkrete Straftaten, Anschläge o.ä. keine Rolle mehr. Die oben zitierte Begründung für die Hausdurchsuchungen spricht da für sich und für das System. Eingesetzt wurde für die Durchleuchtung der Stadt aber auch das örtliche Sonderkommando "Ziviles Streifenkommando", MEK-Gruppen und natürlich das örtliche 7. Kommissariat. So konnte die SoKo auch die bei lokalen Einheiten über Jahre hinweg zusammengetragenen Intimkenntnisse über die Szene für ihre Arbeit flottmachen und gleichzeitig eine regelrechte Anleitungsfunktion gegenüber der örtlichen Polizei übernehmen. In Göttingen existieren z.B.

diverse Fotomappen, sogenannte Vergleichslichtbildmappen, die nach Demos und anderen Aktionen ZeugInnen, darunter auch Faschisten, vorgelegt werden. Sie werden durch eigene Observationen und durch Material aus dem Einwohnermeldeamt ständig aktualisiert, erweitert und geben so den Ermittlungen schon von vorneherein eine bestimmte Richtung.

Fallengelassen wurden die §129a, Abs.1-Vorwürfe, weil sie sich nicht konkretisieren ließen. Nach und nach wurde Aktion für Aktion durchgegangen und "insoweit" gegen Personen oder Gruppen eingestellt. Perfiderweise wird aber in allen Fällen ein Verdacht bis heute aufrechterhalten - wie gesagt, bei gleichzeitigem Bekenntnis zur Nichtbeweisbarkeit der ursprünglichen Vorwürfe.

In mehreren Schüben und gegen mehrere Leute wurden dann §129a, Abs.3-Verfahren (Werbung für eine terroristische Vereinigung) nachgeschoben. Auch sie wurden gleich wegen minderer Bedeutung nach Celle gegeben und schließlich mit der Klammer §129, "kriminelle Vereinigung" zum jetzigen Verfahren verbunden.

1993 gab es noch einmal einen Versuch der Generalstaatsanwaltschaft in Celle, das Verfahren wieder an den Generalbundesanwalt (GBA) abzugeben. Zu diesem Zwecke wurden beispielsweise zerstochene Reifen an einem Polizeiauto in der Ortschaft Bursfelde zu einer Katalogstraftat nach §129a hochgehievt. Der GBA lehnte ab.

Und so ging es mit §129 - kriminelle Vereinigung und §129a, Abs.3 - Werbung -weiter. Auch das ein Vorschlag der deutsch-nationalen Celle-Fraktion.

Überwachung im Minutentakt

Besonders Telefonüberwachungen wurden gezielt eingesetzt. Einerseits zur Differenzierung und Präzisierung der Erkenntnisse über einzelne AktivistInnen, andererseits zur immer kompletteren Durchleuchtung und Erfassung des Umfeldes.

Was hier zusammenkam, läßt sich erahnen, wenn mensch bedenkt, daß die Überwachung von vier Anschlüssen in knapp zwei Monaten über viertausend Gespräche aufs Band brachte. Oder in neun Monaten knappe 14.000 Gespräche.

Ähnlich flächendeckend wurden auch die Observationen gestartet und erst nach und nach dem jeweiligen Objekt der Begierde angepaßt.

Daß die Telefonüberwachung und die Observationen letzten Endes der bloßen Erforschung der ganzen politischen Szene dienen - Umfang, Strukturen, Abläufe einschließlich verwandtschaftlicher und freundschaftlicher Beziehungen - wird daran deutlich, daß sie z.B. ausdrücklich zum Zeitpunkt der Hausdurchsuchungen 1994 erneut für einige Monate genehmigt worden sind, getreu dem Motto "Stein ins Wasser und Wellen beobachten". Auch hier wurde der Vorwurf der "M-Mitgliedschaft", bzw. deren Unterstützung, als Einstiegsdroge benutzt.

Der Staatsschutz hat zwar schon vorgeführt, daß er auch ohne Vorhandensein einer Organisation gegen "kriminelle" oder "terroristische" Vereinigungen ermitteln und anklagen kann - der Phantasie sind da wenig Grenzen gesetzt. Dennoch ist das Vorhandensein einer Organisation für die öffentliche Präsentation der Staatsschutzarbeit von einem gewissen Vorteil. Zumal dann, wenn diese Organisation programmatisch und bei ihren Aktionen aus Militanz und Staatsfeindschaft in ihrem Verständnis wenig Hehl macht.

Als diese Organisation boten sich die "Antifa-M" und befreundete Organisationen an. Zumal sie weitestgehend öffentlich arbeiteten und die Entwicklung einer gewissen Bündnispolitik zu ihren Grundsätzen zählten, insofern leicht zu fassen waren und eine breite Streuung der Kontakte versprachen.

Und so wurden unter dem Vorwand der Ermittlung von "M-Mitgliedern" sämtliche Kontakte observiert, Demos und Veranstaltungen abgefilmt und beobachtet, Treffpunkte observiert und in Kneipen wurde geschnüffelt. Über öffentlich mit allen ReferentInnen angekündigte Veranstaltungen wurden beispielsweise seitenlange Berichte verfaßt und Spekulationen darüber angestellt, was das Verhalten dieser oder jener Person über ihre Funktion für das Konstrukt der Soko aussagen könnte. Grundrisse des AStA und des "Grünen Zentrums", abgerissene oder sonstwie besorgte Demoaufruf-Plakate liefern sozusagen die Illustrationen zu dem trockenen Stoff des Aktenberges.

Flankiert und künstlich aufgeblasen wurden diese Ermittlungen durch die §129a-Werbungsverfahren. U.a. auch deshalb wurde nach jahrelangem Vertrieb eine Broschüre mit RAF-Texten zur Werbung für die RAF hochgejubelt, die "Ausgewählten Dokumente der Zeitgeschichte; Bundesrepublik Deutschland/Rote Armee-Fraktion" (seit mehr als acht Jahren im Handel, jetzt in der 6. Auflage). Deshalb wurde ein Plakat, auf dem Insider den gesprengten Knastneubau von Weiterstadt erkennen können, behandelt, als seien konspirativ Beitrittserklärungen zur Kommandoebene verteilt worden. Eigens zur Klärung der Herstellungswege und -möglichkeiten dieses und anderer Plakate wurde ein Gutachter bestellt, wurden Druckerei und ein Belichtungsstudio im Sommer 1994 durchsucht, wurden die Plakatkleber observiert.

Flugs wurde nach der Staatsschutzaktion in Bad Kleinen herumposaunt, die bei Hogefeld und Grams gefundene Bahn-Card sei in Göttingen gekauft worden - um danach davon gar nicht mehr reden zu wollen. Eine breit öffentlich angekündigte Veranstaltung mit Gisela Dutzi und Günther Sonnenberg, ehemalige Gefangene aus der RAF und Matthias Meyers, Redakteur der zeitung clockwork 129a, wurde zu einer "konkreten Verbindung zur RAF" hochstilisiert.

Daß der Apparat dabei auch eine gewisse Flexibilität an den Tag legen kann, sofern der Wille zur Ausweitung der Durchleuchtung der Szene ihn treibt, zeigen die Verfahren gegen den Buchladen.

Ursprünglich als Teil der Infrastruktur der "M" in die Hausdurchsuchungen einbezogen (weil im Laden Postfächer für viele Initiativen und Gruppen existieren), wurde mit der Vielzweckwaffe "Zufallsfunde" - es geht um die Dokumentation einer RAF-Erklärung - ein eigenständiges Verfahren gegen den Buchladen hochgezogen. Ein schon angestrebtes Verfahren wegen Unterstützung der "kriminellen Vereinigung M" wurde gar nicht erst weiter verfolgt.

AStA und Grünes Zentrum dagegen blieben "lediglich" "Teil der Infrastruktur der ‚Antifa-M`". Ermittlungsverfahren wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung wurden sozusagen angedacht.

Erfaßt wurden auch da erheblich mehr Initiativen und Gruppen (Antirassistisches Telefon, Unigruppen etc.), beobachtet wurden Räumlichkeiten z.B. der Arbeiterwohlfahrt (AWO) und der Besuch von Schulklassen in den Ausstellungen dort.

Eine vorläufige Bilanz

Die jetzt anstehenden Verfahrenseröffnungen gegen den Buchladen Rote Straße und gegen Mitglieder und ehemalige oder mutmaßliche Mitglieder der "Antifa-M" wegen diverser Delikte, u.a. §129, §129a, Abs.3 (Werbung), Landfriedensbruch, Verstoß gegen das Versammlungsrecht, Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole, Nötigung etc., sind nur ein winziger Ausschnitt der beim LKA und BKA zusammengetragenen Ermittlungen über die Gesamtpolitik der Linken ‚im weitesten Sinne` in Göttingen und Umgebung und deren "Infrastruktur".

Bestimmte Stränge dieser Recherchen sind längst in anderen Bundesländern gelandet und werden mit Sicherheit dort als "Ermittlungsansätze" weiterverfolgt.

Im Sinne der ursprünglichen Ermittlungsaufträge und Tatvorwürfe müßte die Arbeit der SoKo 606 als gigantischer Flop bezeichnet, Leitung und politisch Verantwortliche wegen Verschwendung öffentlicher Gelder entlassen werden. Zu prüfen wäre darüberhinaus, ob nicht bei Observation und Telefonüberwachung Recht und Gesetze ununterbrochen gebrochen, weil im Sinne der ursprünglichen Ermittlungsaufträge reihenweise unbeteiligte Menschen überwacht und erfaßt, ihre Daten verarbeitet worden sind. Und weil diese Überwachung unter haarspalterischen Vorwänden und zumindest teilweise wider besseres Wissen über Jahre hinweg erneuert und fortgesetzt wurde.

Die haarsträubende Konstruktion der Vorwürfe in Sachen kriminelle Vereinigung, bzw. der in ihrem Rahmen begangenen Straftaten, macht Verurteilung oder Freispruch zu einer Frage der Willkür, bzw. der politischen Opportunität der Gerichte.

Abgesehen von der zerstörerischen Wirkung, die eine Verurteilung auf die einzelnen Genossinnen und die einzelnen Genossen haben würde, würde im Falle einer Verurteilung auch ein großer Teil politischer Ausdrucksformen der Opposition kriminalisiert, die ja nicht immer in ihrer "Antifa-M"-spezifischen Variante auftreten müssen. Die nachdrückliche Aufforderung an Saalvermieter, Faschisten die Verträge zu kündigen

beispielsweise, oder das Verbrennen der Deutschlandfahne im Rahmen von Protestaktionen. Dinge also, die zu besseren Zeiten als Formen zivilen Ungehorsams gehandelt wurden und zu denen jede BürgerInneninitiative gewisse Absprachen treffen muß. Auch massiver politischer Druck auf die Polizeiführung, für ein zurückhaltendes Auftreten ihrer Truppen zu sorgen, sollte eine demokratische Selbstverständlichkeit sein und wurde in Göttingen ja auch durchaus von breiten Bündnissen so verstanden.

Die lokale öffentliche Diskussion steht dabei den Anklagen, soweit sie die antifaschistische Aufklärung und einen Teil der Aktionen betreffen, durchaus kritisch gegenüber. Selbst ein Teil der Lokalprominenz schreckt nicht davor zurück, die Anklagen für zumindest unverständlich und übertrieben zu halten. Als beispielsweise ein offensichtlich von interessierter Seite mit Informationen aus den Ermittlungsakten gespeister Artikel über angeblichen Mißbrauch öffentlicher Gelder - der als "Tarnverein" der "M" bezeichnete "Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur e.V." erhielt für seine Arbeit städtische Unterstützung - in der Lokalzeitung erschien, wiesen die städtischen Vertreter diese Vorwürfe gleich selbst zurück.

Leider hat sich die "Antifa-M" in einen regelrechten Kleinkrieg mit dem LKA und der Staatsanwaltschaft begeben. Während die einen behaupten, sie verfolgen die "Antifa-M" weil sie die Nahtstelle zur RAF sind, brüsten sich die anderen damit, daß nahezu ausschließlich ihre erfolgreiche Politik Ziel und Anlaß der jahrelangen Ermittlungen sei und folgern daraus: "Die beste Antirepressionspolitik ist die Fortführung der kriminalisierten Politik. Hauptanklagepunkt ist in diesem Verfahren derzeit der Schwarze Block auf Demonstrationen." (Flugblatt vom 3.3.95)

Versteht man diese Geschichte ausschließlich als Verfahren gegen die "M", sitzt man exakt der Celler Propaganda und ihrer Konstruktion auf und verkennt zudem völlig Realität, Funktion und wirkliche Gefahren des §129/§129a. Aufgabe wäre es jetzt, nicht nur die Antifa-Politik in ihrer "M"-spezifischen Variante zu verteidigen, sondern gegen die uferlosen Ansprüche und Befugnisse des Sicherheitsapparates und seiner juristischen und politischen Unterstützer, bzw. Dirigenten zu mobilisieren. Es geht schlichtweg um die politischen Spielräume jeder Opposition; um demokratische Rechte gegen die Anmaßungen des Sicherheitsstaates. Die "M" ist dabei, den vorhandenen Kredit, der ihr für das Beharren auf Bündnissen gegen Faschismus gewährt wurde, zu verspielen.

Im Laufe der Jahre haben sich eine Vielzahl von "Ermittlungsansätzen" für weitere Verfahren ergeben. Akten wurden ausgegliedert, Sonderakten zum Hintergrund, d.h. auch über frühere Ermittlungen, werden in Reserve, Verfahren in der Schwebe gehalten.

Es ist das perverse Ergebnis dieser Art operativer Ermittlungsarbeit weit im Vorfeld eines konkreten Verdachtes, daß irgendwann einige über die Gerichtsklinge springen müssen, weil Erkenntnisdurst und Wille zur Verfolgung aller Ansätze zur Opposition unersättlich sind.

Für diese Art Staatsschutz gibt es nur latente und manifeste kriminelle Vereinigungen - das belegen die Ermittlungen in Göttingen und Umgebung.

A. List

Antifaschistische Aktionen und ihre staatliche Bewertung, +, +

Datum, Ort/Anlaß, Behauptetes Delikt

02.10.1990, Göttingen,

25.10.1991, Bursfelde: SBS-Fiedler

Veranstaltung gesprengt, Landfriedensbruch

26.10.1991, Mackenrode: Angriff auf FAP-Zentrum, schwerer Landfriedensbruch,, Körperverletzung,, versuchter Totschlag

04.04.1992, Illmenau: Veranstaltung,, Büchertisch, Werbung

10.06.1992, Göttingen: Verhinderung einer Pan-Europa-Veranstaltung, Nötigung des Hotelbetreibers

27.06.1992, Northeim: Verbrennung einer Deutschlandfahne, Verunglimpfung des Staates (Symbole etc.)

02.10.1992, Göttingen: Agit-Prop,, Demo, Verstoß gegen Versammlungsgesetz

20.03.1993, Adelebsen: Demo gegen Fiedler (NPD), Verstoß gegen Versammlungsgesetz

06.05.1993, Göttingen: Veranstaltung mit

politischen Gefangenen,, etc.

(Ballhaus), Werbung

20.05.1993, Hann.-Münden: Gegen FAP-

Aufmarsch (Heise), Verstoß gegen Versammlungsgesetz

12.06.1993, Göttingen,

24.07.1993, Northeim, Verstoß gegen Versammlungsgesetz

02.10.1993, Göttingen, Verstoß gegen Versammlungsgesetz

16.10.1993, Celle: Demo gegen

Ritterkreuzträger, Verstoß gegen Versammlungsgesetz; Ermittlungen wg. Landfriedensbruch,, Körperverletzung

09.11.1993, Göttingen,

16.11.1993, Göttingen, Verstoß gegen Versammlungsgesetz,, Verstoß gegen Waffengesetz

05.02.1994, Detmold-Pivitsheide: Demo

gegen NF-Zentrum, Verstoß gegen Versammlungsgesetz

12.05.1994, Hann.-Münden, Verstoß gegen Versammlungsgesetz

04.06.1994, Northeim: Demo gegen FAP

(Heise), Verstoß gegen Versammlungsgesetz,, Ermittlungen wg. Landfriedensbruch

05.07.1994, Göttingen: Demo gegen Ermordung eines kurdischen Jungen, Verstoß gegen Versammlungsgesetz,, Körperverletzung

16.07.1994, Göttingen: Demo gegen Razzien, Verstoß gegen Versammlungsgesetz

21. Vom " Anti-Terror-Kampf" zur Widerstandsbekämpfung

von Rolf Gössner

Autor: Rolf Gössner · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:15

Hauptreferat auf der Veranstaltung am 9. März 1995 in Göttingen anläßlich der 129/129a-Verfahren gegen die "Autonome Antifa (M)".

Rolf Gössner, Rechtsanwalt und Publizist, rechtspolitischer Berater der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im niedersächsischen Landtag. Neueste Publikation: Mythos Sicherheit - Der hilflose Schrei nach dem "starken Staat" (Nomos-Verlag Baden-Baden 1995, erscheint im Juni).

Die jahrelangen und flächendeckenden Ermittlungen gegen die Autonome Antifa (M) und ihre Mitglieder in Göttingen geben uns Anlaß, die verhängnisvolle Entwicklung der sogenannten Inneren Sicherheit in der Bundesrepublik wieder in Erinnerung zu rufen. Mit dem relativen Niedergang der links-oppositionellen Bewegungen spätestens seit der deutschen Vereinigung scheint auch immer mehr das Bewußtsein darüber abhanden gekommen zu sein, welches Repressions- und Präventionspotential in den vergangenen Jahrzehnten aufgetürmt worden ist, um widerständige Szenen zu durchdringen, zu kriminalisieren und aufzureiben. Nachdem in den 80er Jahren die Friedens-, Anti-AKW- und Anti-Gentechnologie- Bewegung bevorzugte Objekte staatlicher Kriminalisierungsstrategien waren, sind es in den neunziger Jahren bevorzugt antifaschistische Initiativen. Dabei spielen die Organisationsstrafnormen § 129 (kriminelle Vereinigung) und § 129a ("terroristische Vereinigung") eine ganz herausragende Rolle. Ohne diese Strafnormen wäre die Landschaft des Staatsschutzes und der Politischen Justiz in diesem Lande ein ganzes Stück ärmer.

Die frühe Angst

vor organisierter Opposition

Schon die junge Bundesrepublik wollte nicht auf Organisationsnormen verzichten: Bereits mit dem 1. Strafrechtsänderungsgesetz von 1951 fanden die sogenannte Geheimbündelei (§ 128) und die "Kriminelle Vereinigung" als § 129 Eingang ins Strafgesetzbuch. Die Notwendigkeit von Organsationsstrafnormen wird damit begründet, daß organisiertes strafbares Handeln erheblich gefährlicher sei als individuelles. Auch das Bundesverfassungsgericht ängstigte sich vor kollektiver Opposition und erklärte, das Handeln des einzelnen werde "gefährlich durch die von einer Organisation ausgehende Wirkung". Mit dieser Einschätzung konnte sich das Gericht auf die Gesetzesbegründung von 1951 stützen, wo es kurz und bündig heißt: "Die der staatlichen Ordnung drohenden Gefahren gehen von den Menschen als Mitgliedern eines Kollektivs, von Organisationen aus."

In den 50er und 60er Jahren fand § 129 insbesondere bei der Kommunistenverfolgung breite Anwendung, von der Hunderttausende betroffen waren: So wurden u.a. organisierte Gegner der Remilitarisierung Westdeutschlands sowie Mitglieder der verbotenen FDJ-West und der VVN, also ehemals Verfolgte des Naziregimes, mit Hilfe dieser Norm verfolgt; aber auch die organisierte Prozeßbetreuung von kommunistischen Angeklagten galt der Politischen Justiz bereits als Tätigkeit (in) einer kriminellen Vereinigung. (vgl.: Gössner, Die vergessenen Justizopfer des Kalten Krieges, Hamburg 1994)

In den 70er Jahren wurde der § 129 zunächst gegen Mitglieder der RAF angewandt - bis dann 1976 eine "maßgeschneiderte Anwort", wie es damals hieß, auf den sogenannten Terrorismus der bewaffneten Gruppen RAF und "Bewegung 2. Juni" gefunden wurde: der berühmt-berüchtigte § 129a StGB. Mit dieser vage formulierten Norm wird die Mitgliedschaft in einer sogenannten Terroristischen Vereinigung, deren Unterstützung und das (Sympathie-) Werben für eine solche unter Strafe gestellt. Was unter "terroristisch" zu verstehen ist, wird allerdings nirgendwo definiert. Eine konkrete Straftat aus dem Katalog des § 129a, der von Mord bis Sachbeschädigung reicht, muß auch nicht etwa begangen worden sein - es genügt die bloße Absicht.

Außerdem ermöglicht es diese Organisationsnorm, bestehende Beweislücken mit Hilfe der sogenannten Kollektivitätsthese zu überbrücken. Das heißt, der individuelle Tatnachweis gegen die Angeklagten wird

entbehrlich. Nach dieser Konstruktion haften prinzipiell alle, die einer als "terroristisch" eingestuften Vereinigung angehören, für alle Taten, die dieser Vereinigung zugerechnet werden - gleichgültig, ob ihnen die Einzeltat nachweisbar ist oder ob sie diese billigten oder nicht. Auf diese Weise sind etliche sogenannte Linksterroristen zu hohen, zum Teil zu lebenslänglichen Freiheitsstrafen verurteilt worden.

Die alte Bundesrepublik hat sich im Zeichen dieser sogenannten Terrorismusbekämpfung grundlegend geändert. Der "Terrorismus" wurde zwei Jahrzehnte lang zur populären Legitimation für einen drastischen Aus- und Umbau des Systems der "Inneren Sicherheit". Um den § 129a als Kristallisationskern hat sich ein kaum noch überschaubares Anti-Terror-Sonderrechtssystem herausgebildet, mit gravierenden Folgen für die entsprechenden Strafverfahren, aber auch für die politische Kultur in diesem Lande.

Gesinnungsstrafrecht

und Zensureffekte

Spätestens seit Beginn der achtziger Jahre läßt sich eine Ausweitung der 129a-Ermittlungen auf einen wachsenden Kreis von politisch aktiven Personen und Gruppierungen aus unterschiedlichen politischen Zusammenhängen beobachten. Kriminalisiert wurden Teile der linken Häuserkampf-, Tierschützer-, Anti-Atom- und Startbahn-Bewegung; auch Teile der Anti-Gentechnologie-Opposition sowie Frauen- und Ausländergruppen sind später in die Anti-Terror-Maschinerie geraten - eine wundersame "Terroristen"-Vermehrung per Gesetz und Rechtsprechung. Die staatliche Verfolgung zielte dabei immer weniger auf festgefügte Organisationen, sondern immer häufiger auf eine Vielzahl von politisch-ideologischen Wirkungs- und Diskussionszusammenhängen, denen festgefügte organisatorische Qualitäten unterstellt werden.

Das Nachdenken und Sich-Austauschen über radikale gesellschaftliche Veränderungen, ja linkes Denken und Meinungsaustausch schlechthin wurden in diesem "Dunstkreis des Terrorismus" bereits zum schwer kalkulierbaren Risiko. Mit seinen Auffangtatbeständen Unterstützung und Werben für eine "terroristische Vereinigung" entpuppte sich § 129a StGB als breit streuende Zensurwaffe gegen links(radikale) Meinungsäußerungen. Diese Norm befördert ein uferloses Gesinnungsstrafrecht, das mit rechtsstaatlichen Maßstäben nicht zu vereinbaren ist. Dementsprechend betrafen knapp 85 Prozent der in den 80er Jahren eingeleiteten Strafermittlungsverfahren nicht etwa die schwerwiegenderen Vorwürfe der Mitgliedschaft, sondern lediglich die der Unterstützung oder des Werbens, also auch rein verbale "Taten".

So wurde in den 80er Jahren eine Münchner Arzthelferin wegen Werbens für eine "terroristische Vereinigung" zu zwölf Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt, weil sie das Georg-Büchner- Zitat "Krieg den Palästen" und einen 5-zackigen Stern an die Plastikwand einer U-Bahn gesprüht hatte. Ihr Begleiter, der sie per Sichtdeckung bei ihrem Tun abgeschirmt haben soll, wurde mit sechs Monaten bedacht.

Oder: Die Zeitschrift "Radikal" hatte kommentarlos sogenannte Bekennerschreiben dokumentiert, die von Gruppen verfaßt worden waren, die als "linksterroristisch" eingestuft wurden. Die Mitherausgeber von "Radikal" wurden für diese Dokumentation wegen "Werbens für eine terroristische Vereinigung" zu je zweieinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt; außerdem wurden fast 200 Inhaber und Angestellte von alternativen Buchläden wegen des Vertriebs der Zeitschrift strafrechtlich verfolgt.

Die Vielzahl solcher Verfahren veranlaßte "Amnesty International" zu massiver Kritik an dieser staatlichen Zensurpraxis: Es sei besorgniserregend, "daß Personen wegen der gewaltlosen Äußerung ihrer politischen Überzeugungen strafrechtlich verfolgt und verhaftet werden können, ohne daß sie selbst Gewalt befürwortet haben". Diese Inhaftierungen und Anklagen seien ein "Angriff auf die freie Meinungsäußerung".

Die Gesamtzahl der Ermittlungsverfahren nach § 129a StGB bestätigt die breite Anwendung dieses "Anti-Terror-Systems" gegen links: Von 1980 bis 1989 wurden gegen fast zehntausend verdächtige Personen über 3.300 Verfahren eingeleitet.

Mit zweierlei Maß

Im Kontrast dazu: Im selben Zeitraum gab es gerademal 134 Ermittlungsverfahren nach § 129a gegen etwa 390 rechtsgerichtete Beschuldigte, obwohl es schon in den achtziger Jahren vielfältige rechte Gewaltaktivitäten gab, die immerhin zu 36 Toten und über tausend Verletzten geführt haben. Trotz einer immer

deutlicher werdenden organisatorischen Steuerung im rechten Spektrum und eines sprunghaften Anstiegs der Gewaltaten setzte sich diese Tendenz in den 90er Jahren fort: 1990 gab es ein Ermittlungsverfahren nach § 129a gegen rechts, aber 146 gegen links; 1991: fünf gegen rechts (inzwischen wieder eingestellt), 191 gegen links; 1992: vier gegen rechts.

Polizei und Generalbundesanwalt leugneten allzu lange Zeit jegliche Organisierung und gingen lediglich von rechtsorientierten Einzel- und Spontantätern aus. Auch der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof (BGH) hat wegen der angeblich fehlenden (auf Dauer angelegten) Organisationsstruktur die Anwendung der §§ 129, 129a StGB in diesem Spektrum abgelehnt. Vor allem die Ausrichtung von rechtsradikalen Gruppen auf einen Führer - so der BGH - passe nicht zum Tatbestand, heißt es in einer Entscheidung aus dem Jahre 1993. Da stellt sich die Frage, ob rechte kriminelle bzw. terroristische Vereinigungen künftig basis-demokratische Strukturen aufweisen müssen, um gerichtlich als solche "anerkannt" zu werden?

Die in diesem "Einzeltäter"-Konstrukt zum Ausdruck kommende Verharmlosung - die erst in jüngerer Zeit brüchig geworden ist - ist insbesondere im Kontrast zu sonstigen Gepflogenheiten bemerkenswert. Denn sobald es um das linksgerichtete Spektrum geht, da werden sehr rasch organisatorische Strukturen unterstellt, um das rechtsstaatlich höchst bedenkliche "Anti- Terror"-Sonderrecht nutzen zu können - auch wenn sich dann später herausstellt, daß es solche Strukturen gar nicht gab. Die Staatsschutz-Konstruktionen von linken "terroristischen Vereinigungen" sind Legion: Mehr oder weniger spontaneistische und temporäre Kleinstgruppierungen wie "Hau weg den Scheiß", "sehr enttäuschte Kunden - sek", "Revolutionäre Heimwerker", "Verband der Sägefische", "Progressive Gartenzwerge" oder "der Baggerführer Willibald und die Asphaltdschungelamazonen", "Wirtschaftswunderkinder", "Hungrige Herzen" sind allen Ernstes zu gefährlichen linken "terroristischen Vereinigungen" gekürt worden - mit all den Konsequenzen, die daraus für die so Verdächtigten folgen.

Die unterschiedliche Handhabung des § 129a (aber auch des § 129) könnte der Tatsache geschuldet sein, daß von Rechts weniger Gefahr für den Staat auszugehen scheint als von Links. Linksorientierte Gewalt richtet sich in erster Linie gegen staatliche und wirtschaftliche Einrichtungen und hohe Funktionsträger - gegen Institutionen und Personen also, die politisch (mit-)verantwortlich sind bzw. gemacht werden für vermeintliche oder tatsächliche Mißstände, Ungerechtigkeiten, Menschenrechtsverletzungen. Der rechte Terror dagegen richtet sich gegen mißliebige Bevölkerungsgruppen: gegen soziale Minderheiten, Außenseiter und Ausgegrenzte - Ausländer, Obdachlose, Juden, Homosexuelle und Behinderte - gegen Menschen also, die keine Lobby haben und denen weite Teile der Bevölkerung selbst mit Vorurteilen, ja latenter Gewaltbereitschaft begegnen. Für die Beurteilung der Taten scheint auch die Tatsache von entscheidender Bedeutung, daß rechte Gewalt - im Gegensatz zur linken - ideologisch aus der Mitte der Gesellschaft genährt wird.

Die Ausforschung

des politischen Umfelds

Zurück zur Funktion von §§ 129, 129a: Auffallend viele Verfahren bleiben bereits im Ermittlungsstadium hängen. Das hat Gründe: Denn bei 129a-, wie auch bei 129-Ermittlungen scheint generell weniger entscheidend, was im Einzelfall - frei nach Helmut Kohl - "hinten raus kommt". Wichtig ist die Möglichkeit zu ausufernden Ermittlungen. Und diese Möglichkeit liefert § 129a, der sich wie ein Schlüssel, ein Dietrich bedienen läßt, um in die anvisierten Szenen einbrechen zu können. Ein entsprechender Anfangsverdacht nach § 129a eröffnet den Strafermittlungsbehörden, anders als andere Strafnormen, ein ganzes Arsenal spezieller Eingriffsbefugnisse. Dazu gehören großangelegte Observationen, Kontrollstellen, Schleppnetz- und Rasterfahndung, Groß-Razzien, Telefonabhöraktionen und die "polizeiliche Beobachtung", Untersuchungshaft ohne die traditionellen Haftgründe Flucht- bzw. Verdunkelungsgefahr - Sonderermächtigungen also, in die zwangsläufig auch viele vollkommen Unverdächtige und sogenannte Kontaktpersonen einbezogen werden und die der großflächigen Ausforschung des politischen Umfeldes dienen. In den Ermittlungsakten verdichten sich dann die "Erkenntnisse" u.a. in sogenannte Kontaktbilder, auf denen sämtliche Kontakte einzelner Beschuldiger grafisch dargestellt und zu einer angeblich "terroristischen Vereinigung" verknüpft werden.

Dabei können auf elektronischem Wege auch regelrechte Bewegungs- und Kontaktbilder ganzer Protestpotentiale sowie detaillierte Persönlichkeitsprofile entstehen: So etwa mit Hilfe der Staatsschutz-Datei

APIS (Arbeitsdatei PIOS-Innere Sicherheit) im INPOL-System der Polizei. In diesen Dateien wurden Tausende (fast 50.000) als Staatsfeinde bzw. Terroristen verdächtigte Personen und mutmaßliche Kontaktpersonen mit unterschiedlichsten, höchst intimen Persönlichkeitsmerkmalen gespeichert. Ich habe die vertrauliche Erfassungsliste zur Personenbeschreibung - "Sicher aufbewahren! Weitergabe, Abdruck und Auswertung außerhalb des Bezieherkreises auch auszugsweise nicht gestattet" - erstmals in meinem Buch "Das Anti-Terror-System" (Hamburg 1991) umfassend dokumentiert; sie umfaßt über 400 kombinierbare Persönlichkeitsmerkmale: u.a. aalglatt, arrogant, lässig, besondere Eß-, Trink-, Rauch- und Sex-Gewohnheiten, Schürzenjäger, vollbusig ... Die Stasi läßt grüßen.

Der Kampf gegen die

"neue Unübersichtlichkeit"

Der § 129a ist also nicht lediglich Strafrechtsnorm, sondern in weit höherem Maße Ermittlungs- und Ausforschungsparagraph, der den Anti-Terror-Kampf zur Widerstandsbekämpfung mutieren läßt. Dies ist kein Zufallsprodukt der Strafrechtsentwicklung, sondern hat sicherheitspolitische Gründe. Dazu gehört die Tatsache, daß die Formen des politischen und sozialen Widerstands in der Bundesrepublik im Laufe der Jahrzehnte bunter und vielfältiger geworden sind. Die Palette reicht von gewaltfreien Protestformen über militante Widerstandsaktionen des "Zivilen Ungehorsams", wie Besetzungen von Häusern und AKW-Bauplätzen, Blockaden von Militärdepots und Munitionstransporten, bis hin zur Gewalt gegen Sachen und Ursachen, wie Anschlägen auf Bauträger und Zulieferfirmen, die den Ausbau gefährlicher Großtechnologien besorgten; mittlerweile kommen militante antifaschistische Aktionen hinzu.

Die Übergänge zwischen den verschiedenen Aktionsformen und Akteuren sind fließend geworden, und die wachsende Heterogenität der Protestpotentiale ließ das polizeiliche Feindbild vom "potentiellen Störer" allmählich immer unschärfer werden. Die "Störer" waren nicht mehr klar zu definieren und auszumachen; sie und ihre "Sympathisanten" reichten bis hinein ins gutbürgerliche Lager.

Diese neue politische Unübersichtlichkeit brachte Polizei und Sicherheitspolitiker fast um den Verstand, was sie jedoch rasch mit erweiterten präventiven Polizeibefugnissen sowie mit umfangreichen Verrechtlichungs-Orgien ("Sicherheitsgesetze") zu kompensieren versuchten. Allerdings konnte der Staat auch mit seinen gewachsenen Diagnose-, Planungs-, Kontroll- und Aktionsfähigkeiten jene nicht hierarchisch strukturierten, ideologisch wenig festgefügten Initiativen, Szenen und Bewegungen im großen und ganzen nicht in den Griff bekommen. Auch "Verfassungsschützer" waren frustriert: "Bei der Bearbeitung dieser Art Leute bleiben (...) wenig Möglichkeiten. Sie sind nicht so schön organisiert wie die DKP. Das ist der Grundfehler. Für uns ein Nachteil", meinte etwa ein Direktor des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz mit Blick auf die Autonomen (1988).

Die Entwicklung von der zentralistischen, hierarchisch-autoritär, dafür übersichtlich gegliederten Arbeiter- bzw. Kommunistischen Partei hin zu dezentralen, basisdemokratischen, aber "chaotischen" Bürgerinitiativen, Szenen und Bewegungen ist also in diesem Zusammenhang nicht zu unterschätzen; genausowenig übrigens wie die parallele, allerdings später einsetzende Entwicklung von der militärisch straff-gegliederten RAF zu den nicht-hierarchischen, nur lose organisierten sogenannten Feierabend-Terroristen der "Revolutionären Zellen" (RZ) und zur sogenannten guerilla diffusa.

Der Schwerpunkt der neuen sicherheitspolitischen Strukturentwicklung liegt also in der exekutiven Durchdringung der diffusen militanten Widerstandsszenen und ihrer legalen Vor- und Umfelder. Es geht in erster Linie um das Knacken von Kommunikationsstrukturen und um die Erstellung von "Soziogrammen des Widerstands" sowie um die Schaffung operativer Zugänge mit Hilfe geheimpolizeilicher bzw. nachrichtendienstlicher Mittel und Methoden.

Beispiel: Ausforschung

der Anti-AKW-Bewegung

Im Wendland, wo der Widerstand gegen den Bau eines Atommüllzwischenlagers stark verankert ist, sammelte eine 40köpfige Sonderkommission des niedersächsischen Landeskriminalamtes Mitte der 80er Jahre systematisch Daten über Bewohner des Landkreises Lüchow-Dannenberg - angeblich um eine kriminelle bzw. terroristische Vereinigung ausfindig zu machen. Mit Hilfe der über § 129a aktivierten Sonderbefugnisse wurden

mehr als 2.000 Einwohner erfaßt und in der eigens eingerichteten SPUDOK-Datei abgespeichert - das ist mehr als jeder 25. Einwohner des Landkreises. Später wurden lediglich etwa 30 Ermittlungsverfahren eingeleitet, nur in drei Fällen kam es überhaupt zu einer Anklage und nur gegen zwei Beschuldigte wurde das gerichtliche Hauptverfahren eröffnet - nach sechs Jahren allerdings wieder eingestellt.

Ende 1994 schlug die Bundesanwaltschaft wieder gegen Teile der linksorientierten Anti-AKW-Bewegung mit dem 129a-Knüppel zu: Die angebliche "terroristische Vereinigung" "K.Ollektiv Gorleben" wird für diverse Anschläge verantwortlich gemacht, mit denen der bevorstehende Castor-Transport von abgebrannten Atom-Brennelementen nach Gorleben verhindert werden soll. Hier ist der Generalbundesanwalt wieder schnell zur Stelle bei der Bildung einer neuen linken Terrorvereinigung, obwohl über den Organisierungsgrad der Gruppierung (falls sie überhaupt existiert) so gut wie nichts bekannt ist.

Auch von den jahrelangen Göttinger Ermittlungen gegen die "Autonome Antifa (M)" sind Hunderte, möglicherweise Tausende von Menschen betroffen. Das zeigen schon die knapp 14.000 abgehörten Telefonate, die unzähligen Observationen, Durchsuchungsaktionen usw. Nun wurde gegen 17 angebliche Mitglieder der Autonomen Antifa (M) und gegen die Geschäftsführung des Buchladens Rote Straße Anklage erhoben - gemessen am Aufwand wenig, gemessen an der Substanz der Ermittlungsergebnisse allerdings 17 plus X zuviel.

Das Verhältnis

von Aufwand und "Ertrag"

Meine These, daß es sich bei § 129a in Verbindung mit dem geschilderten Sonderrechtssystem in erster Linie um einen Ermittlungs- und Ausforschungsparagraphen handelt und erst in zweiter Linie um eine (klassische) Strafrechtsnorm, läßt sich auch statistisch belegen: Nur in knapp fünf Prozent der abgeschlossenen 129a-Ermittlungsfälle (1980-89) ist es überhaupt zu einem Gerichtsurteil (Freisprüche und Verurteilungen) gekommen. Dies bedeutet, daß in rund 95 Prozent der Fälle die Ermittlungsverfahren nach § 129a mangels hinreichender strafrechtlicher Substanz überhaupt zu keiner Anklage geführt haben bzw. eingestellt werden mußten. Zum Vergleich: Die sogenannte Anklagequote liegt bei der "allgemeinen Kriminalität" im Schnitt bei 45 Prozent; das heißt: In diesem Bereich führen also nur ca. 55 Prozent der Verfahren zu keiner Anklage oder werden eingestellt.

Der unverhältnismäßige Ermittlungsaufwand in 129a-Fällen steht also in den meisten Fällen in keinem Verhältnis zum Endergebnis. Diese "erfolglosen" Ermittlungsverfahren stellten sich letztlich als unberechtigt heraus. Das mag zwar einerseits beruhigend erscheinen, doch entscheidend dürfte der politische Flurschaden sein, der mit diesem "Anti-Terror"-Kampf angerichtet wird. Und nicht zu vergessen: Die oft existenzbedrohenden Auswirkungen dieser staatlichen Angriffe auf die Integrität einer Vielzahl von (zu Unrecht) Verdächtigter, auch von gänzlich Unbeteiligten - nämlich die traumatischen Folgen von Hausdurchsuchungen und Ermittlungen am Arbeitsplatz, monatelangen Lausch- und Spähangriffen gegen den ganzen Bekanntenkreis und nicht zuletzt auch die gravierenden Folgen der Untersuchungshaft, die in solchen Fällen regelmäßig unter Isolationshaftbedingungen vollzogen wird. Angst, Entsolidarisierung und Rückzug ins Private können die Folgen sein.

Sondergerichtsbarkeit

Ein Terrorismus-Vorwurf im Sinne des § 129a hat außerdem zur Folge, daß eine zentrale Sonderzuständigkeit begründet wird: In solchen Fällen sind nämlich das Bundeskriminalamt, der Generalbundesanwalt und die Oberlandesgerichte für die Ermittlungen, Anklageerhebung und Aburteilung zuständig. In den einschlägigen Gesetzeskommentaren heißt es, daß auf diese Weise die speziell "auserlesenen" und "zuverlässigen" Richter der Oberlandesgerichte "mit ihrer besonderen Sachkunde und breiter Erfahrung auf diesem Gebiet" zum Zuge kommen und für personelle Kontinuität sorgen - und nicht etwa irgendwelche politisch unzuverlässigen Amts- oder Landrichter, die ohne die "Terrorismus"-Sonderregelungen eigentlich zuständig wären. Böse Zungen sprechen in diesem Zusammenhang zurecht von Sondergerichtsbarkeit, die zur Folge hat, daß den betroffenen Angeklagten zumindest eine gerichtliche Instanz verloren geht und daß durch die justizpolitische Inzucht eine kaum noch kontrollierbare Machtkonzentration eintritt. Zum sonderjustitiellen Charakter gehört auch die Möglichkeit einer drastischen Einschränkung der Verteidigungsrechte der Angeklagten vor Gericht.

Die rechtsstaatlichen Kosten werden noch dadurch in die Höhe getrieben, daß sich in den vergangenen zwanzig Jahren eine im Vorfeld agierende Geheim-Polizei herausgebildet hat, die mittlerweile auch rechtlich abgesichert ist: Die Polizei hat in ihren Händen nicht nur vollziehende, sondern auch nachrichtendienstliche Mittel angehäuft. Damit ist das verfassungsmäßige Gebot der Trennung von Polizei und Geheimdiensten weitgehend über den Haufen geworfen worden - immerhin eine wesentliche Konsequenz aus den schlimmen Erfahrungen mit der Gestapo der NS-Zeit.

Fazit: Der Widerstand gegen neonazistische Aktivitäten und rechte Gewalt und der Widerstand gegen eine sie begünstigende Politik können letztlich nur dann erfolgreich geführt werden, wenn gleichzeitig der Kampf gegen die fortschreitende Zerstörung der Freiheitsrechte aufgenommen und der Entsolidarisierung entgegengewirkt wird. Die Forderung nach Abschaffung der §§ 129, 129a und des gesamten Anti-Terror-Sonderrechtssystems bleibt allein schon aus bürgerrechtlichen Gründen gerechtfertigt, auch wenn inzwischen - mit Blick auf den rechten Terror in diesem Land - der § 129a selbst unter Linken und Liberalen neue antifaschistische Akzeptanz erfährt.

22. Wandel durch Annäherung. CDU und Bündnisgrüne beim gemeinsamen Tanz ums goldene Kalb

Autor: mb., Berlin · Rubrik: CDU/CSU; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:17

Seit einigen Monaten wird allerorten über Normalisierung der parlamentarischen Zusammenarbeit, Gemeinsames und Trennendes zwischen CDU und Grünen und schwarz-grüne Koalitionen auf kommunaler, Länder-, ja sogar auf Bundesebene fabuliert.

Neu ist nicht die Debatte selbst, sondern die Intensität, mit der sie geführt wird. Nach der Kommunalwahl im sozialdemokratischen Stammland NRW im Oktober letzten Jahres wurden in einigen Kommunen zur Überraschung der interessierten Öffentlichkeit schwarz-grüne Bündnisse gebildet, um eine "verfilzte Beton-SPD", wie es bei den NRW-Grünen hieß, endlich von den Rathaussesseln zu vertreiben und einen Akt der kommunalen Erneuerung mit der CDU als Partner zu initiieren. In insgesamt 16 Gemeinden und Kreisen gingen CDU und Grüne nach der Kommunalwahl in NRW Koalitionen ein. Zwar waren die Bündnisgrünen vielerorts mit dem Slogan "Wer rot-grün will, muß grün wählen" angetreten, doch dort wo "Seit' an Seit'" mit der Union die Dominanz der SPD zu brechen war, nutzten die Grünen sie - natürlich nur im Interesse der BürgerInnen. Denn, so jedenfalls Roger Peltzer, Mitglied der Kerpener Grünen: "Aus lokaler Sicht ist (...) nicht einsichtig, warum es auf Dauer politisch sinnvoll sein soll, sich auf Rot-Grün festzulegen. Das macht weder politisch-taktisch Sinn, noch sind die inhaltlichen Bruchlinien (zwischen SPD und CDU; Anm. mb.) so festgezurrt, wie es die Anhänger des ‚Lagerdenkens` behaupten" (taz, 20.11.94).

Zur gleichen Zeit wurde in Bonn ein Coup zwischen den Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU und der Grünen, Schäuble und Fischer, vorbereitet, der dazu führte, daß Antje Vollmer mit der Unterstützung der CDU/CSU-Fraktion zur Vizepräsidentin des Bundestages gewählt wurde. Damit hatte die Union die Gunst der Stunde genutzt, der SPD eins auszuwischen und die bündnispolitische Farbenlehre um eine Möglichkeit zu erweitern. Spätestens seitdem scheint das alte Bild von der Melonenpartei, außen grün und innen rot, nicht mehr adäquat.

"Grüne sind heute keine linksradikale Partei mehr"

Mit dieser Feststellung brach Heiner Geißler, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in seinem neuen Buch "Gefährlicher Sieg" die Lanze für die Fischer-Partei, und heizte damit die Debatte um Schwarz-Grün im vergangenen Monat neu an. "Berührungspunkte zwischen CDU und Grünen ergeben sich bei der Grundlage der Politik", ist sich der ehemalige CDU-Generalsekretär sicher, "nämlich dem christlichen und humanistischen Menschenbild, das den Menschen und seine Würde nicht abhängig macht von seiner Zugehörigkeit zu einer Klasse oder zu einer Rasse, sondern die Unteilbarkeit der menschlichen Würde anerkennt." (Stern 9/95). In der Umweltpolitik hätten sich in der letzten Zeit die beiden Parteien auf einander zu bewegt. Nachdem die Bündnisgrünen auf "marktwirtschaftliche Lenkungsinstrumente wie die Ökosteuern" umgeschwenkt seien, ergebe sich eine frappierende Nähe zu den Unionsvorstellungen einer ökosozialen Marktwirtschaft. Zwar seien die Positionen zur Kernenergie und zur Immigration von Union und Grünen noch weit auseinander, doch Geißler ist optimistisch, daß sich auch hier die Grünen bewegen werden. Ist doch "der Reformbedarf vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels der eigentliche Motor der schwarz-grünen Debatte." (Stern 9/95) Antje Vollmer, die schon Ende der achtziger Jahre mit ihrer "Aufbruch"-Gruppe am Projekt einer ökologischen Bürgerrechtspartei gestrickt hatte, sekundierte Geißler freudig: "Diese Republik braucht nach ihrer langen, selbstbezogenen, friedlichen Provinzialität - für die im Guten wie im Schlechten die Regierung Helmut Kohl steht - eine Große Etappe von tiefgreifenden Reformen." Ob dies aber Ergebnis eines rot-grünen oder eines schwarz-grünen Modernisierungsprogramms wäre, sei die Frage. "Es ist noch nicht entschieden", ist Vollmer guter Hoffnung. (Stuttgarter Zeitung, 7.3.95)

"Alles reiner Unfug"

Nicht etwa Joschka Fischer oder Krista Sager kommentierten die politischen Avancen des Herrn Geißler mit diesen drastischen Worten. Sie stammen von Wolfgang Schäuble, der damit die schwarz-grünen Visionäre in

die Schranken wies. Die Wahl Vollmers zur Vizepräsidentin des Bundestages, ebenso wie die Wahl Manfred Suchs in die Parlamentarische Kontrollkommission, seien nur eine Normalisierung des parlamentarischen Verhältnisses gegenüber den Grünen gewesen, ließ er verlauten. Eine Koalition sei keine realistische Vorstellung. "Wenn sich die Grünen in den nächsten zehn Jahren so ändern sollten, wie sie sich in den letzten zehn Jahren geändert haben, können wir in zehn Jahren noch einmal darüber reden", versuchte er die Debatte abzuwürgen. (Der Spiegel 47/94) Damit reagiert Schäuble auf Verunsicherungen und Unmutsäußerungen des konservativen Stammilieus und der Schwesterpartei CSU. Erwin Huber, vormals CSU-Generalsekretär, heute Leiter der bayrischen Staatskanzlei, beharrt darauf: "Die Grünen sind keine wertkonservative, sondern eine linksradikale Partei." (Der Spiegel 51/1994) Schäuble sieht das anders: "Wenn sich die Grünen dauerhaft an den Wertkonservativen wie Fischer und Vollmer orientierten", glaubt er, "werden sie eines nicht zu fernen Tages zur Union passen." (Der Spiegel 7/1995)

Heiner Geißler meint zu wissen, daß er selbst, "Rita Süssmuth, Wolfgang Schäuble, Volker Rühe, Helmut Kohl und fast alle jungen Unionspolitiker" den Bündnisgrünen näher stünden als der "Seeheimer Kreis" der SPD (Stern 9/95). Während er die schwarz-grüne Diskussion als "ernsthafte" Debatte um ein öko-konservatives Modernisierungsprogramm versteht, geht es Wolfgang Schäuble, "diesem strategische Kopf" (Huber), dagegen wohl eher um den Machterhalt der CDU. Mit bemerkenswerter Offenheit macht Ludger Kühnhardt, Politologe aus Freiburg i. B. und Schäuble-Berater, in einem längeren Artikel für "Die Welt" (16.2.1995) deutlich, daß hinter dem wohlwollenden Abbau von "Berührungsängsten" (Schäuble) ganz andere Motive stehen. "Will die Union nicht sang- und klanglos das Land einer linken Mehrheit übergeben, muß sie schon kreativer denken und weitsichtiger," mahnt Kühnhardt "das bürgerliche, christdemokratisch-konservative Deutschland" und gibt gleich die Richtung an, die es einzuschlagen gelte: "Damit fällt der Blick unweigerlich auf die Grünen." Diese wollten zwar gegenwärtig noch nicht Mehrheitsbeschaffer der CDU sein, deshalb sei es notwendig, auf sie zu zugehen. "CDU/CSU wären gut beraten, die Grünen in ihrem wertkonservativen Anspruch zu stellen, diesen einzufordern und darüber in eine politisch-programmatische Debatte einzutreten." Was damit gewollt wird, ist klar: Die Grünen sollen sich restlos von ihren linken, emanzipatorischen Ambitionen lösen. Am Ende soll eine grüne Partei herauskommen, die sich für die Stärkung der Familie, als Ort der staatserhaltenden Wertevermittlung, ausspricht; für die Errichtung eines starken Staates gegen die "organisierte Kriminalität"; gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen. Was hier von den Grünen verlangt wird, weiß der Schäuble-Berater ganz genau, auch wenn er es noch dezent in Frageform verkleidet: "Wollen (sie) eine dauerlinke Partei sein, oder stehen sie - jedenfalls in ihrer Mehrheit - zu den wertkonservativen Ideen ihres Anfangs?" Und Kühnhardt ist sich bewußt, wo der Hebel anzusetzen ist, um eine schwarz-grüne Restauration Wirklichkeit werden zu lassen: "Auf der kommunalen Ebene beginnen schwarz-grüne Modelle zu wirken. Dort ist der Ort der politischen Erneuerung Deutschlands."

Noch ein anderer Aspekt wird von dem Freiburger Professor, wenn auch nur nebenbei, aber deswegen nicht weniger exponiert, in Betracht gezogen: eine mögliche Spaltung der Grünen. "Nicht auszuschließen aber wäre auch, daß es eines Tages vor diesem Hintergrund gelingen könnte, die Grünen unter die Fünf-Prozent-Schwelle zu drängen. Das hieße, die wertkonservativen Grünen für CDU/CSU zu öffnen und sie zugleich zu bewegen, sich von den eher radikalalternativen, hyperemanzipatorischen, basisdemokratiegläubigen und Anti-Establishment-Grünen zu trennen." Egal wie die Debatte um Schwarz-Grün weiter verläuft, Gewinner ist immer die CDU.

Der Schäuble-Flügel der Union ist augenscheinlich bemüht, sich in der sich verändernden Parteienlandschaft neu zu orientieren und nach allen Seiten Handlungsmöglichkeiten offen zu halten. Seitdem der Sinkflug der FDP begonnen hat, werden gegenüber den Bündnisgrünen Tabus abgebaut. Gleichzeitig wird aber auch mit nationalistischer Attitüde die Flanke gegenüber rechtskonservativen und rechtsradikalen Kreisen bündnispolitisch offen gehalten. Begreifen die Mannen um Schäuble die Debatte als einen möglichen Beitrag zur Sicherung der konservativen Hegemonie über die Amtszeit Kohls hinaus, geht es dem "Reformflügel" der CDU um ein schwarz-grünes Modernisierungsmodell. "Es gibt neue, globale Herausforderungen, mit denen die Menschen täglich konfrontiert sind: Armut, Bürgerkrieg, Umweltkatastrophen, Arbeitslosigkeit", weiß Heiner Geißler und ist sich gewiß, daß "die entsprechende Kompetenz eher der CDU oder den Grünen als den Liberalen oder der SPD (zugetraut wird)." (Der Spiegel 49/1994).

Wandel durch Annäherung

Ein nicht geringer Teil der Bündnisgrünen empfindet auffälliges Gefallen an den Umgarnungsbemühungen der Union. Kommunalos wie der schon zitierte Roger Peltzer feiern die schwarz-grünen Lokalbündnissen. So ist er sich beispielsweise sicher, daß "eine eindeutige Priorität für den öffentlichen Nah- und Fernverkehr (...) nur mit einer starken Fraktion in der CDU, und (...) gegen Teile des SPD-Betons insbesondere auf Stadt-, Kreis- und Landesebene durchsetzen läßt." (Kommune 1/1995). Den Grünen Realos nahestehende Publizisten wie Bernd Ulrich sind felsenfest davon überzeugt, daß "Schwarz-Grün (...) die glaubwürdigste Antwort auf die widersprüchlichen Bedürfnisse der Bevölkerung (wäre): Bewahren ist das Ziel - Veränderung der Weg." (Wochenpost, 24.11.94) Auch aus den Reihen der Gewerkschaften sind zustimmende Reaktionen zu vernehmen. Wolfgang Schröder, Mitarbeiter in der Grundsatzabteilung der IG Metall, durfte in der FAZ ausführlich die Chancen von Schwarz-Grün erörtern. Den Versuch Fischers, die Diskussion um Schwarz-Grün als "Geisterdiskussion" abzutun, qualifiziert er als Tagespolitik. Ebenso verweist er Erwartungen eines solchen Bündnisses als Zukunftsprojekt ins Reich der Utopie. "Dazwischen ist aber", stellt er die Prognose, "viel Raum für abgestufte Szenarien und Verbindungen - vor allem für Probeläufe für einen New Deal." (FAZ, 3.2.95)

Fritz Kuhn, der sich schon in den achtziger Jahren als grüner CDU-Freund zu erkennen gab und es mit diesem Bekenntnis bis zum Fraktionsvorsitzenden im Stuttgarter Landtag brachte, erklärte die Debatte, welch intellektuelle Leistung, zur "diskursiven Tatsache" (taz, 9.12.94). In einem vorsichtigen Plädoyer, bei dem er immer wieder versichert, er wolle keinen "Lagerwechsel", wird von ihm wieder einmal die alte These der Hinfälligkeit des Rechts-Links-Schemas in der Politik aufgetischt. Selbstverständlich, daß Kuhn seine ParteifreundInnen ausdrücklich vor eine Annäherung an die PDS warnt. Nicht radikale, linke Positionen, sondern allein die Durchsetzbarkeit müßte Meßlatte der Grünen sein. Konsequente Schlußfolgerung: "die Durchsetzbarkeit des Reformprojekts ‚Ökologische Marktwirtschaft`", da ist er sich mit Roger Peltzer einig, sei "mit der CDU größer als mit der SPD."

Auch Rezzo Schlauch, Kuhns langjähriger Weggefährte, freut sich über die mögliche Erfüllung seiner lang gehegten Träume. Nur etwas pikiert stellt er fest, daß die CDU "über Schwarz-Grün fast nur taktisch spricht." (Der Spiegel 49/1994)

Bei den Grünen bemüht sich Joschka Fischer eher zaghaft und ohne Elan, die ausufernde Debatte einzudämmen. Er, der nicht unwesentlich die Diskussion um Schwarz-Grün mit ausgelöst hat, betonte in den vergangenen Wochen des öfteren, daß er jede weitergehende Zusammenarbeit mit der Union kategorisch ablehne. Ihm wird augenscheinlich bewußt, daß er die Geister, die er rief, so einfach nicht mehr zügeln kann. Für Fischer, wie für viele andere in der Partei, dürfte das eigentliche Motiv für die schwarz-grünen Avancen gewesen zu sein, ihre eigene Position gegenüber der SPD zu stärken. Der Sozialdemokratie unter Scharping, die sich weder vor noch nach der Bundestagswahl für ein rot-grünes Bündnis stark gemacht hat, sollte wohl klar gemacht werden, daß die Bündnisgrünen nicht deren natürlicher und ausschließlicher Koalitionspartner sind. Was als taktischer Schachzug gegenüber der SPD gedacht war, ging im Laufe der Diskussion weit darüber hinaus.

Die Resonanz an der Parteibasis ist zwiespältig: Für die Bündnisgrünen in Rheinland-Pfalz ist Schwarz-Grün kein Thema, in Baden-Württemberg will sich die Partei, wen wundert's, die Option auf Landesebene offenhalten, und in Bayern kann sich der dortige Landesverband momentan bereits Kommunalbündnisse mit der CSU vorstellen.

Gefahr für die Partei

Die Parteilinke, so wenigstens der Eindruck für Außenstehende, überläßt den CDU-Freunden in der eigenen Partei bereitwillig das Feld. Hinter vorgehaltener Hand wird zwar von einer realen Gefahr für die Partei durch die Forcierung eines öko-konservativen Modernisierungsprojektes gesprochen und eine Parteirechte um die Bürgerrechtler Werner Schulz und Marianne Birthler, die Südwestrealos Kuhn und Schlauch sowie die Ex-Spontis Daniel Cohn-Bendit und Tom Königs geortet, die mit ihren Positionen heute schon Ansprechpartner für die Union seien. Aber parteiöffentlich, geschweige denn darüber hinaus, herrscht Funkstille. Der Parteilinken zugeordnete Grüne wie Ludger Volmer oder Kerstin Müller argumentieren rein defensiv und nicht viel anders als Fischer: Schwarz-Grün sei keine Option, die programmatischen Unterschiede zu groß, für beide Parteien spalterisch.

Öffentlich intervenierte bis jetzt allein Jürgen Trittin mit einem taz-Kommentar (20.12.94). Die schwarz-grüne Diskussion nutze anderen und ginge zu Lasten des politischen Profils von Bündnis 90/Die Grünen, stellt er fest. In direkter Konfrontation mit Kuhn, der die Debatte als "Anfrage an die Reformfähigkeit der CDU" (taz, 9.12.94) verstanden wissen will, weist er darauf hin, daß die Diskussion hauptsächlich von der CDU aus in Richtung Grüne betrieben wird. Die Debatte sei "eher Test auf die Bereitschaft der Grünen, ihre politischen Einzelziele gegeneinander ausspielen zu lassen." Trittin warnt vor Illusionen über den zukünftigen Charakter der CDU: "Die Reformation der alten Volkspartei zu einer rechtspopulistischen Massenpartei der oberen Zweidrittel ist die Zukunft der CDU nach Kohl. Die Geißler-Süssmuth-CDU ist ein Phantom der Vergangenheit, ihre Zukunft liegt zwischen Carl Schmitt und Jürgen Rüttgers." Und als solche vollziehe die CDU einen radikalen Wandel zur Partei des Wohlstandschauvinismus. "Sie entledigt sich ihrer letzten sozialstaatlichen Eierschalen zugunsten der radikalen Wandlung der alten Bundesrepublik zu einer ellenbogenorientierten Zwei-Drittel-Gesellschaft, welche, da sie mit Wohlstandsversprechen nicht mehr zusammenzuhalten ist, mit der Idee der ‚Nation als Schutzgemeinschaft' (Schäuble) zusammengekittet werden soll." Seiner Partei rät er, "dieser Entwicklung eine Zuspitzung von links entgegenzusetzen, anstatt die Entwicklung der CDU zu einer rechtspopulistischen Partei schönzureden". Trittin meint zwar, daß die Positionen der Grünen "am Standort Deutschland vielfach minoritär" seien, doch zieht mensch die Reaktionen der Parteilinken in Betracht, so erscheint es vielmehr als seien seine Positionen in der grünen Partei minoritär.

Schwarz-grün

für die "Berliner Republik"

Sibylle Tönnies hat in der taz auf ein zentrales gemeinsames Moment im Politikmodell von Grünen und Konservativen hingewiesen: die dezentrale Gemeinschaft, die sich ebenso bei den Alternativen wie in der katholischen Soziallehre wiederfindet (vgl. taz, 12.1.95). In der derzeitigen gesellschaftlichen und politischen Diskussion, wo mit Begriffen wie "schlanker Staat", "Entschlackung" oder "Deregulierung" ein Tanz ums goldene Kalb aufgeführt wird, ergeben sich scheinbar genügend Anknüpfungspunkte für ein öko-konservatives Modernisierungsprojekt. Rezzo Schlauch betonte diese Gemeinsamkeit in einem Spiegel-Gespräch mit Geißler besonders: "Grüne und CDU wollen beide die Stärkung kleiner Lebenskreise nach dem Prinzip der Subsidiarität. Was eine kleine Einheit leisten kann, soll ihr nicht von einer größeren Einheit abgenommen werden. Ein Netz von Dorfschulen funktioniert besser als eine zentrale Lehranstalt." (Der Spiegel 49/1994) Aber nicht nur auf der Ebene gemeinsam geteilter Grundüberzeugungen haben sich die Grünen im Lauf der Jahre zu einer Partei entwickelt, die sehr wohl dazu bereit ist, Austeritätsprogramme mitzutragen und umzusetzen. Erinnert sei hier nur an die Bremer Grünen, die sich an einer Ampelkoalition beteiligt hatten, deren Grundlage ein rigoroses Spar- und Entschuldungsprogramm war. Auch die jüngsten Koalitionsvereinbarungen in Hessen basieren auf umfangreichen Sparmaßnahmen in allen Bereichen. In Hessen wurde darüber hinaus schon letztes Jahr der Beweis angetreten, daß die Grünen, zumindest zum Teil, bemüht sind, ihren Teil zum Wohle des "Standorts Deutschland" beizutragen, wurde doch hier, entgegen den Koalitionsvereinbarungen von 1990, dem Transrapid-Projekt der Bundesregierung zugestimmt.

Alles in allem ist dies eine günstige Ausgangslage für diejenigen Kräfte in der grünen Partei, die für eine ökologische und liberale Bürgerrechtspartei eintreten. In der Diskussion um Schwarz-Grün haben sie bewiesen, daß sie auch für ein öko-konservatives Modernisierungsprojekt bereit ständen, das den ökologischen Umbau als Ausbau von High-Tech-(Umwelt-)Industrie definiert, den Bruch mit dem wohlfahrtstaatlichen Kompromiß der Nachkriegszeit organisiert und einen "humanitären Militarismus" predigt.

mb., Berlin

23. Nach der Ampel links?! In Bremen finden vorgezogene Bürgerschaftswahlen statt

Autor: he., Hamburg · Rubrik: Wahlen; SPD; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:37

Am 14. Mai wird es in Bremen vorgezogene Bürgerschaftswahlen geben. Anfang Februar zerbrach die 1991 gebildete Ampel-Koalition aus SPD, FDP und den Grünen. Die FDP nahm einen Verstoß des grünen Senators Ralf Fücks zum Anlaß, die Koalition aufzukündigen. Ralf Fücks hatte als Umweltsenator (in den Flächenstaaten heißt die Amtsbezeichnung Minister) eigenmächtig eine der Stadt gehörende Fläche unter Naturschutz gestellt. Für die FDP, die sich wie CDU und DVU auf den ungeliebten Grünen einschoß, ging es erkennbar weniger um die Sache als um einen taktischen Schachzug. Die FDP konnte sich in der Ampel-Koalition wenig profilieren und will nun bei den vorgezogenen Neuwahlen mit diesem Schritt ihrer Klientel deutlich machen, daß sie im Kampf gegen Grün gebraucht wird.

Diese Landtagswahlen werden drei Momente haben, die über gesellschaftliche Stimmungen Auskunft geben können.

Zunächst werden sie eine Meinungsumfrage zur bisher regierenden Ampel-Koalition sein. Die SPD, die in Bremen mehr als 20 Jahre allein regiert hatte, verlor 1991 deutlich ihre absolute Mehrheit. Selbst für Rot-Grün reichte es nicht. Diese Konstellation war der Bremer SPD durchaus recht. Die Grünen ihrerseits gingen mit der Ampel-Koalition ein hohes Risiko ein, da zusammen mit der FDP nicht einmal die Kernbereiche rot-grüner Reformpolitik in Angriff genommen werden konnten. Die Bremer Grünen gehören jedoch traditionell zum harten Realoflügel; der Hang zur Regierungsbeteiligung um jeden Preis war bei ihnen von jeher stark ausgebildet. Gleichzeitig ist Bremen immer eine Hochburg der Grünen gewesen; hier zogen sie erstmals in ein Landesparlament ein (1979), und hier erreichten sie schon zweistellige Ergebnisse, als in anderen Teilen der Republik noch das Überspringen der 5%-Hürde zu schaffen machte.

Anfang dieses Jahres spaltete sich von der Bremer SPD ein rechter Ableger ab, der sich "Arbeit für Bremen" (AfB) nennt. Kern der Programmatik ist die Reduzierung der gesellschaftlichen Probleme auf die Frage Arbeit/Arbeitslosigkeit. Der Vorwurf an die Koalition und die SPD ist, durch Rücksichten auf Umwelt und soziale Belange die Neuschaffung von Arbeitsplätzen zu verhindern. Die AfB besticht nicht so sehr durch ein umfassendes Landesprogramm, sondern durch die Personen, die sich in ihr zusammengeschlossen haben bzw. sie unterstützen. Angeführt wird der Kreis durch den Bremer Sparkassendirektor Rebers; Unterstützung findet er vor allem im Funktionärskreis des DGB. Neben dem rechtspopulistischen Aufgreifen des Themas "Arbeit" hat sich dieser Kreis vor allem durch einen extremen Wohlstandschauvinismus hervorgetan. Rebers selbst ist durch seine Haltung "Eure Armut kotzt mich an!" bekannt geworden, mit der er gegen Obdachlose, Bettler und Punks in der Bremer Innenstadt zu Felde zog. Interessant dürfe insofern werden, ob diese Wohlstandsvariante der rechtsextremen DVU Anklang findet.

Die DVU war 1991 bei den Bremer Bürgerschaftswahlen erstmals in ein Landesparlament eingezogen. Dies konnte sie erreichen, weil im Land Bremen zwei Wahlbereiche, die Stadt Bremen und die Stadt Bremerhaven, bestehen. Für den Einzug ins Landesparlament reicht das Überspringen der 5%-Hürde in nur einem von beiden aus. Auf dieses rechtsextreme Potential zielt auch die Kandidatur der AfB.

Zum zweiten Mal seit 1990 wird sich die PDS an einer Landtagswahl im Westen beteiligen. 1991 war der erste Versuch in Hamburg kraß gescheitert, denn die PDS erhielt bei den Bürgerschaftswahlen gerade die Hälfte der bei den Bundestagswahlen 1990 errungenen Stimmen. Dies soll nun in Bremen anders werden. Mit einer konzertierten Aktion von Landesverband und Bundesvorstand und der Unterstützung aus den östlichen Landesverbänden soll versucht werden, erstmals in ein westliches Landesparlament einzuziehen oder zumindest mit einem guten Ergebnis ein Signal zu setzen. Die Voraussetzungen hierfür sind sicher nirgends so gut wie in Bremen. Bei den Bundestagswahlen im Oktober 1994 erhielt die PDS landesweit (Bremen und Bremerhaven) 2,7%, in der Stadt Bremen 2,9%; im Stadtinneren lagen die Ergebnisse sogar bei über 10%. In Bremen erreichten linke und alternative Kandidaturen auch früher respektable Ergebnisse. 1971 stimmten 13.828 Menschen für die DKP (2,5%), womit diese auf Landesebene ihr bestes Ergebnis überhaupt erreichte. 1979 übersprangen die Grünen hier erstmals in einem Bundesland die 5%-Hürde; neben diesen bekamen aber auch eine links davon stehende Alternative Liste noch 1,36%, die DKP 0,82% und der KBW 0,13%. 1983

errangen die Grünen 5,43%, eine weitere grüne Liste (eine Abspaltung mit prominenten Grünen aus Bremen) 2,36% und eine Betriebliche Alternative Liste (BAL) 1,37%; dies war übrigens einer der letzten Versuche, aus dem grün-alternativen Spektrum eine Konkurrenzkandidatur zu den Grünen zu organisieren. 1991 schließlich fielen die linken Proteststimmen gänzlich auf die Grünen, die mit 10,3% ihr bis dahin bestes Ergebnis erzielten.

Die PDS hat in den drei Wahlen, an denen sie sich in Bremen beteiligte (Bundestag 1990, Europawahl 1994, Bundestag 1994) eine aufsteigende Linie zu verzeichnen (1,2%/2,2%/2,7%). Sie kann zusätzlich darauf setzen, daß die Grünen in der Ampel-Koalition viel Kredit bei dem linken und dem an sozialen Problemen orientierten Potential verspielt haben. Thematisch will sie vor allem mit folgenden Schwerpunkten auftreten: "1. Spielraum für ein neues Reformprojekt; 2. Sinnvolle Arbeit in einer sinnvollen Wirtschaft; 3. Kein Friede mit der Armut; 4. Energiesparen in Jugendpolitik verboten; 5. Wissenschaft, die Wissen schafft; 6. Holen wir uns die Stadt zurück; 7. Der Name des Fortschritts ist Demokratie" (aus dem Wahlprogramm). Auch wenn sich hierin viele der Linksalternativen Themen wiederfinden, wird die Kandidatur doch wesentlich stärker als bei den Grünen von den sozialen Fragen geprägt werden. Insofern wird die Wahl auch eine Antwort darauf geben, ob von links her ein erfolgreiches Aufnehmen der sozialen Frage möglich ist (oder ob in diesen Fragen die "Kompetenz" allein bei den Rechtspopulisten der AfB gesehen wird).

Interessant ist schon jetzt die Reaktion aus dem grünen Lager. Die TAZ, in Bremen mehr noch als anderswo ein Zentralorgan der Grünen, kann einer belebenden Konkurrenz nichts abgewinnen, obwohl die Grünen diesmal nicht einmal in Gefahr kommen, an der 5%-Hürde zu scheitern (was bei den Konkurrenzkandidaturen 1979 und 1983 durchaus noch im Bereich der Möglichkeit lag). Allein die Existenz einer Alternative zu ihrer Politik treibt sie zu ekliger Demagogie. Thomas Franke in der TAZ vom 24.3.: "Gysi und Rebers, PDS und AfB, Partner von morgen, mit gleichem Ziel im Bremer Wahlkampf, Schakale mit dem Ludergeruch vom politischen Aas in der Nase. Jeder will seinen Teil Beute von der SPD. Ob nach der Ampel links oder rechts abgebogen wird, das Ziel ist immer gleich: Rotgrün kann nicht regieren, wenn Rebers und Gysi zusammen deutlich mehr als 10 Prozent erbeuten... Wer links zur PDS hin abgebogen ist, dient ... Rebers. Nur Schwachköpfe leben in dem Wahne, die PDS im Parlament könne Rotgrün verstärken. (...) Das Frankfurter Schweinesyndrom sitzt auch in Bremer Köpfen. Drum wird es schwer genug sein, den rot-grünen Pakt zu schließen. Die SPD braucht Selbstbewußtsein, um ihn einzugehen, und das heißt Stimmen. Die PDS soll bleiben, was sie ist: Verteidiger der angeschissenen Ossis." So billig hat es seinerzeit die SPD auch mit den Grünen versucht. Warum muß sich nur alles als Karikatur wiederholen?

he., Hamburg

24. Frankfurter Verhältnisse

Autor: Georg Fülberth · Rubrik: Wahlen; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:06

Seit 1945 hat die Hauptstadt von Baden-Württemberg, Stuttgart, zwei gewählte Oberbürgermeister gehabt, und die Amtszeit des zweiten ist noch nicht um. Frankfurt am Main aber brachte es inzwischen auf neun.

Es liegt nahe, über diesen Verschleiß soziologisch und urbanistisch zu gründeln, etwa so: Frankfurt sei schon immer eine Stadt mit einer Doppelstruktur gewesen: Industrie plus Tertiärer Sektor, wobei letzterer in den vergangenen Jahrzehnten die Oberhand gewann. 1968 war es eines der Zentren der Studentenbewegung. Bauspekulation und Verkehrsprobleme sind hier nie ausschließlich rein kommunale Fachfragen gewesen, sondern sie wurden ideologisch und aktionsorientiert erhitzt: zum Beispiel durch Faßbinders Stadt-Müll-Tod-Drama und durch die Kämpfe an der Startbahn West.

Mag alles sein, doch in mehreren anderen Städten war es ähnlich, zum Beispiel in München. In Frankfurt kommt eine Besonderheit hinzu: die örtliche SPD. Seit Jahrzehnten führt sie einen Freiheitskampf gegen - häufig auch noch zugereiste - Oberbürgermeister, die sich zwar immer wieder auf einen überparteilichen Konsens stützen können, darüber aber das wichtigste Essential mainstädtischer Kommunalpolitik aus den Augen verlieren: die personalpolitischen Wünsche ihrer Genossinnen und Genossen in der Verwaltung und in den Ortsvereinen. Dieser Konflikt endete oft tödlich: Auffällig viele Frankfurter Stadtoberhäupter starben im Amt. Andere warfen das Handtuch.

Unangefochten war noch der erste: Walter Kolb, ein populärer Mann, der nicht nur Frankfurt regierte, sondern auch den Deutschen Turnerbund sowie den Deutschen Tierschutzbund. Er kam mit der örtlichen SPD gut zurecht. Nach seinem Tod, 1956, folgte ihm 1957 Werner Bockelmann: ein strenger Fachmann von schwacher Gesundheit, der den Fehler machte, die Sache über die Person zu stellen. Als die Reibungen mit der Partei zu stark wurden, organisierte er sich 1964 auf der Jahresversammlung des Deutschen Städtetags in Lübeck seine Wahl zum Hauptgeschäftsführer, erbat sich Bedenkfrist und reiste an Frankfurt vorbei auf die Insel Mainau, wo auf einer Tagung der Deutschen Gartenbaugesellschaft über die Zukunft der Städte diskutiert wurde. Die beleidigten Genossen bereiteten, ohne seine endgültige Entscheidung abzuwarten, die Kür seines bisherigen Stellvertreters, Menzer, zum Nachfolger vor. Daraufhin griff die Landes-SPD in Wiesbaden ein und befahl erfolgreich die Wahl des bisherigen Chefs der Staatskanzlei, Brundert. Nach der Studentenbewegung geriet er ausnahmsweise einmal unter Druck von links. So verlangten die Jusos zum Beispiel ein imperatives Mandat der Partei gegenüber dem Polizeipräsidenten, obwohl der gar nicht Kommunal-, sondern Landesbeamter ist. Brundert starb 1970, und ein Jahr darauf war auch sein Nachfolger, Möller, tot.

Wiesbaden schickte jetzt Rudi Arndt. Er war Frankfurter und beklagte sich bald darüber, daß ihm bei einem Polizeieinsatz hergelaufene Hausbesetzer ins Gesicht spuckten. Die Stadt galt nun als unregierbar. 1977 gewann die CDU die Kommunalwahl. Ihr Oberbürgermeister, Walter Wallmann, zeigte, wie man's macht: die Probleme nicht bearbeiten, sondern hinter Museumsufer, neuem Fachwerk am Römer und viel Show verstecken. Dadurch wurden die Schulden - ohnehin ein altes Frankfurter Problem - auch nicht kleiner, und Wallmann konnte froh sein, daß er sich rechtzeitig in höhere Ämter abzusetzen vermochte: 1986 Minister in Bonn, 1987 Regierungschef in Wiesbaden. Gegen seinen Nachfolger in Frankfurt, Brück, baute sich der ehemalige Minister Volker Hauff systematisch als Oppositionsführer auf, gewann 1989 die Wahl und etablierte eine rotgrüne Koalition. Wahrscheinlich hatte er geplant, von dort aus irgendwann einmal Ministerpräsident zu werden, sagen wir mal 1995. Doch ein anderer Oberbürgermeister, der Kasselaner Eichel, gewann schon 1991 überraschend die Landtagswahl, und Hauff war die Vorfahrt genommen. Da kam es ihm gerade recht, daß die Frankfurter SPD ihr altes Spiel - Personalabsprachen hinter dem Rücken des OB - nicht lassen konnte und ihm so einen prima Vorwand gab, um sich vom Axel-Springer-Verlag anwerben zu lassen. Andreas von Schöler, ein ehemaliger Staatssekretär, ging den umgekehrten Weg: von Sony in den Römer. Er führte sich als parteiferner Zuchtmeister auf, was ihm nicht schwer fiel, da er erst nach der Wende von 1982 aus der FDP aus- und in die SPD eingetreten war. Sein strenges Regiment wurde durch den grünen Kassenwart Koenigs bestätigt. Die Partei rächte sich mit ihrem klassischen Instrument, der Personalpolitik. Erst verweigerten vor eineinhalb Jahren in geheimer Abstimmung vier SPD-Stadtverordnete dem Grünen Sikorski die Wahl zum Umweltdezernenten, dann brach 1995 dessen Parteifreundin Nimsch ein. Im letzteren Fall gab den Ausschlag, daß der SPD-Stadtverordnete Berkemeier fehlte, weil er zur Kur nach Italien gefahren war. Er gilt als

Rot-Grün-Befürworter. Doch offensichtlich fand er, seine Gesundheit sei wichtiger, weil er seit 1968 Stadtverordneter ist, es sonst in der Kommunalpolitik aber nicht sehr weit gebracht hat. Dafür erhielt ein anderer SPD-Stadtrat, Wentz, mehr Stimmen als die gesamte Mandatszahl der Rathauskoalition. Die "Republikaner" gaben bekannt, sie hätten für ihn votiert. Andreas von Schöler läßt sich jetzt abwählen, um im Juni erneut zu kandidieren.

Zwischendurch bezweifelte der SPD-Fraktionsvorsitzende, Dürr, daß die Abweichler aus den Reihen seiner Partei gekommen seien. Denkbar sei, daß Grüne gegen ihre eigene Kandidatin gestimmt hätten, um eine Krise auslösen und mit einem neuen Koalitionsvertrag noch besser dazustehen als vorher. Spinnt man eine Runde weiter, kann man auch an eine Verschwörung von Koenigs und Schöler glauben: Kommt der OB im Juni gewaltig und plebiszitär wieder, könne er eine bonapartistische Stellung gegenüber der eigenen Partei gewinnen, und das wäre auch gut für die Sparpolitik des Kämmerers.

All das ist weder ausgeschlossen noch wahrscheinlich, aber vor allem ist es egal. Niemand wird nämlich die ewige Viererbande in der SPD daran hindern, auch einem neugewählten Oberbürgermeister bei der nächsten Personalentscheidung in geheimer Abstimmung eins reinzusemmeln. Und außerdem: selbst wenn die "Grünen" nicht bündnistreu wären - der Verdacht bliebe doch bei den Sozialdemokraten hängen. Diesen wird nämlich inzwischen Panik gegenüber dem ständigen Aufwuchs der Grünen nachgesagt, nicht nur in Frankfurt. Dreißig Kilometer südlich liegt Darmstadt. Dort hat der rechtssozialdemokratische Oberbürgermeister Metzger so lange an einer Koalition mit der CDU festgehalten, bis die Grünen mehr als zwanzig Prozent hatten. Erst sein Nachfolger hat sich mit ihnen verbündet. Noch ein paar Kilometer weiter, und wir befinden uns in Seeheim an der Bergstraße. Richtig: da gibt es diesen Kanalarbeiter-Zirkel, in dem Metzger das große Wort führte. Hier vertritt man die Ansicht, die SPD solle sich nicht soviel um Asyl, Frauen und Methadon kümmern, sondern um Arbeitsplätze. Nur: davon reden CDU und FDP ja auch, wenngleich sie teilweise andere Mittel anbieten. Oder gehen wir zur Abwechslung einmal von Frankfurt aus hundert Kilometer nach Norden, in die Universitätsstadt Marburg. Dort hat sich die SPD vor einiger Zeit in einer Urabstimmung für eine rot-grüne Zusammenarbeit entschieden. Es wurde nichts daraus, denn sechs Stadtverordnete erklärten öffentlich, sie würden sich nicht daran halten. Die Zahl reichte genau aus, um die geplante rot-grüne Mehrheit zu kippen. Von da aus ist es - politisch betrachtet - ja dann gar nicht mehr so weit bis Bremen, wo die SPD-Abtrünnigen sogar eine eigene Liste aufstellen.

Man sieht: Die Frankfurter Verhältnisse sind in Wirklichkeit allgemein-sozialdemokratische Zustände. Die SPD ist eben von jeher eine zweiflügelige Partei gewesen. Den Kern bildeten allemal die Friedrich Eberts, und daneben gibt es linkere Minderheiten mit zentrifugaler Tendenz. In Westdeutschland haben diese sich als Fluchtpunkt die Grünen ausgesucht. (Im Osten ist das vorerst noch die PDS.) Durch diesen Abmarsch werden einerseits die Rechten in der SPD noch stärker, andererseits müssen sie manchmal links aus der Wäsche gucken, denn zumindest für die Besetzung von Posten brauchen sie immer wieder einmal Koalitionen mit Fisherman's friends. Doch haben sie das Gefühl, sie würden von den Grünen nur so gestützt wie der Gehängte vom Strick. Deshalb bocken sie. Wenn sie es zu toll treiben, wird mit dem grün-schwarzen Zaunpfahl gewinkt. Vorerst ist das aber noch eine recht leere Drohung. Grün-Stimmen kommen nämlich zu großen Teilen von Rot-Grün-Wählern. Eine Koalition Schäuble-Vollmer-Fischer-Geißler würde sie in den SPD-Pferch treiben.

Wir haben es also nicht mit einer schrecklichen Umgruppierung im gesamten Parteiensystem mit Rechtstendenz zu tun, sondern nur mit Verschiebungen in einem Segment, wobei die Grünen besser abschneiden als die SPD.

25. Exorzismus bei der PDS. Der Kampf gegen Sektierer und Unterwanderungsversuche

Autor: KUK, Berlin · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:28

"In der PDS haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden."

(aus dem Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus)

"Die Strategie der PDS bis zum Jahr 1998 ist sowohl auf die weitere Ausprägung des parteipolitischen Profils der PDS zu richten als auch auf den Wiedereinzug in den Bundestag." Diese Forderung erheben Lothar Bisky und André Brie in einem Papier ("Deutschland braucht eine neosozialistische Alternative"), das am 24.2.1995 im Pressedienst PDS Nr.8 veröffentlicht wurde. Zu den politischen Schwerpunkten der zukünftigen Arbeit zählt die Entwicklung der PDS in Westdeutschland. Als besonderes Problem wird herausgestellt, daß bisher nicht gesichert sei, ob sich die PDS in allen westdeutschen Ländern als demokratisch-sozialistische, undogmatische, pluralistische und nichtsektiererische Partei entwickelt. Erwünscht sei der Zuwachs neuer, junger Mitglieder. Angekündigt wird die Bildung eines Korrespondenzbüros, mit dem der Diskurs zwischen Landesverbänden und Gesamtpartei gestärkt und die Verantwortung für die Westentwicklung in die Hände des Parteivorstandes (PV) gelegt wird.

Diese wenigen Passagen aus dem für die innerparteiliche Diskussion gedachten mehrseitigen Strategiepapier haben für Westlinke, die in der PDS mitarbeiten, eine große Bedeutung. Sichtbar wird das in der Parteiführung weitverbreitete Unbehagen über Mitglieder, die bei der Umwandlung der PDS zu einer modernen, sozialistischen Reformpartei als hinderlich angesehen werden. Das gilt insbesondere für die erhoffte Ausdehnung der westlichen Landesverbände. Mit vielen, die sich dort bisher für die PDS engagiert haben, will man in Zukunft anders als bisher oder gar nicht mehr zusammenarbeiten.

Einschätzungen aus dem Parteivorstand

Martin Harnack, PDS-Bundesgeschäftsführer, stellt nach dem Januar-Parteitag fest, daß die Zeiten vorbei sind, in denen die Delegierten vorgedachten Positionen einfach folgen. Dies deute zwar einerseits auf ein erfreuliches Demokratieverständnis hin, andererseits seien aber "offenbar die Kräfte stärker geworden, die gegenüber dem richtigen Reformkurs aus unterschiedlichen Interessenlagen heraus Bedenken und Vorbehalte haben." (ND, 13.2.1995) Der Pluralismus der Partei, der Reformsozialisten, Radikaldemokraten, Pragmatiker, Kommunisten, Ökosozialisten, antistalinistische Fundamentalisten u.a. aufnehme, könne nur dann pragmatisch gewendet werden, "wenn alle Beteiligten damit bewußt umgehen." Für Harnack darf die PDS nicht nur das Dach einer lockeren Vereinigung unterschiedlichster oder sich ausschließender Strömungen sein: "Als Massenpartei braucht sie ein unverwechselbares Profil, und sie braucht Berechenbarkeit." (ND, 13.2.1995)

André Brie - unter dem Eindruck der Niederlage bei der Wahl um das Amt des Bundesgeschäftsführers stehend - sieht in dem Parteitag ein Zeichen dafür, "daß die PDS rückwärts gegangen" sei. Er halte sie für "nostalgischer, politikunfähiger und auch kulturärmer als vor zwei Jahren." (ND, 31.1.1995) Delegiertenschelte betreibt auch die stellvertretende Parteivorsitzende Sylvia-Yvonne Kaufmann, wenn sie behauptet, daß viele überhaupt noch nicht verstanden hätten, "daß wir als PDS in eine völlig neue Phase unserer Entwicklung getreten sind." (lt. Wolfgang Dietrich im ND vom 13.2.1995.) Im Westen stellt das die Partei vor "große, schier unlösbare Probleme." (André Brie) Hier sei die PDS für Altlinke und Organisationen wie den Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) interessant geworden. Durch den Eintritt dieser Leute werde eben keine moderne, demokratische, pluralistische Linkspartei, sondern ein vergrößerter BWK geschaffen: "Es kommen Leute aus alten kommunistischen Gruppen. Mit bestem Willen, aber engem Weltbild. Im Osten gab es einen fünfjährigen Diskussionsprozeß, im Westen war jeder vereinzelt. Da verläuft eine zweite Schiene sehr orthodoxen, anachronistischen Denkens." Taz-Autor Christoph Seils (taz, 21.2.1995) glaubt die Auffassung der PDS-Führung wiederzugeben, wenn er die Westverbände weitgehend im Griff von Sektierern, wortradikalen Dauerdebattierern und K-Grüpplern mit orthodoxem und anachronistischem Denken sieht. (21.2.1995)

Die Probleme des Westaufbaus werden von Brigitte Fehrle in einem Artikel der Berliner Zeitung (22.2.1995) beleuchtet. Sie hat André Brie zu einer PDS-Veranstaltung nach Tübingen begleitet und offensichtlich mit PV-Frau Claudia Gohde gesprochen. Fehrle beruft sich bei ihrer Feststellung, daß etwa die Hälfte der 2.000 West-Mitglieder "Leute aus elitären Gruppen, Maoisten, Trotzkisten, Leninisten oder Stalinisten ... ehemalige aus der DKP" seien, auf die Berliner Parteizentrale. "Gysi-Sozialisten" wären nur in Bremen oder Hessen tonangebend. Für Claudia Gohde bedeute dies: "Die PDS im Westen muß sich neue Mitglieder suchen." Der Vorstand, so Brigitte Fehrle weiter, will verhindern, "daß aus Mangel an Ideen ‚einfach die alten Sachen weitergemacht werden' und Themen wie Kurdistan, die Unterstützung der RAF-Gefangenen oder die sogenannte ‚Antifa-Arbeit' die Politik der PDS bestimmen. Gohde: ‚Das schreckt ab.' Die BWKlerInnen schätzt sie als "unheimlich konservativ" ein, "an keiner Stelle ein Gewinn für die PDS." Von André Brie erfahren wir in der Berliner Zeitung, daß man für eine Erneuerung der Linken im Denken ganz offen sein solle. Dabei schlägt er den Bogen von Jutta Ditfurth bis Kurt Biedenkopf. Impulse für die Entwicklung der PDS im Westen könnten von Menschen aus der linksintellektuellen Szene, von Wissenschaftlern, Künstlern, prominenten Gewerkschaftsvertretern und linken Kirchenleuten ausgehen. "Diese Menschen sind nicht abstrakt, sie stehen für etwas und bringen ein hohes Maß an Kultur, an Gelassenheit ein." (ND, 6.2.1995) Gemeint sind Leute vom Schlage eines Pfarrer Kelp oder einer Uta Schulze-Lessel (heute PV, früher "Cosmopolitan"-Journalistin, FDP-Mitglied und Grünen-Geschäftsführerin im Europaparlament).

Mitarbeit unerwünscht - BWK soll außen vor bleiben

Seit gut zwei Jahren treten Mitglieder des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) einzeln in die westlichen Landesverbände PDS ein (siehe ak 353). Sie nehmen das ihnen laut Parteistatut zustehende Recht wahr, eine "Arbeitsgemeinschaft Bund Westdeutscher Kommunisten bei der PDS" zu gründen, legen sich per Satzung eine Finanzautonomie zu und rufen zu zweckgebundenen Spenden an die PDS auf. Nach diesem Muster sind in fast allen Westverbänden entsprechende AG's entstanden, die dann die Verschmelzung mit dem jeweiligen Landesverband des BWK betreiben. In Bremen, Hamburg, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen ist dies bereits geschehen, in Berlin, Baden-Württemberg und Bayern ist es geplant. Obwohl dem BWK kaum mehr als 300 Personen zugerechnet werden, sieht André Brie die Gefahr, daß die West-PDS mit ihren ca. 2.000 Mitgliedern zu einem vergrößerten BWK verkommen könnte.

Der Bundesvorstand befaßt sich in einer geschlossenen Sitzung am 20.2.1995 mit dem Vorgehen des BWK. Die Verschmelzung der AG's mit den verbliebenen BWK-Landesverbänden wird als eine Organisationsvereinigung bezeichnet, die vom Vorstand der PDS nicht gewollt sei. Es werden Fragen nach den finanziellen Implikationen der Verschmelzungen gestellt, da der BWK Verpflichtungen gegenüber Publikationsorganen und parteinahen Verlagen habe. Der Vorstand stellt fest, daß Fragen des Status und der Finanzordnung der PDS betroffen seien, die auf einer der nächsten Tagungen geklärt werden müßten. Abschließend heißt es - im Gegensatz zur Äußerung Claudia Gohdes in der Berliner Zeitung -, "daß die Mitarbeit zahlreicher Genossinnen und Genossen, die aus dem BWK zur PDS gekommen sind, die Arbeit bereichert hat und ein wertvoller Zugewinn ist." (PDS-Pressedienst 8/95, S.12)

Nichtsdestotrotz werden im Karl-Liebknecht-Haus Gegenmaßnahmen ergriffen. Westkoordinatorin Gohde schickt einen Brief an alle West-Landesverbände, in dem sie fordert, die Arbeitsgemeinschaften bis auf weiteres nicht anzuerkennen. Hinter dem Vorgehen des BWK glaubt sie handfeste finanzielle Interessen zu erkennen. In einem Bericht an den Vorstand weist sie auf die Möglichkeit hin, daß die BWKlerInnen "ihre sehr hohen Spenden und Beiträge über die PDS steuerbegünstigt abführen können." (taz, 20.3.1995) Schatzmeister Dieter Bartsch weist das Ansinnen der AG BWK zurück, im Namen der PDS Spendenquittungen auszustellen. Im Vorstand sollen laut taz (21.2.1995) von einigen Ostmitgliedern sogar Statutänderungen erwogen werden, um die Wessis wieder los zu werden. Der PV faßt am 6.3. den Beschluß, eine Feststellung durch die Bundesschiedskommission herbeizuführen, wonach "die Gründung von ‚Arbeitsgemeinschaften des Bundes Westdeutscher Kommunisten in und bei der PDS' und die geplanten Verschmelzungen mit den Landesverbänden des BWK dem Statut der PDS widersprechen." Weiterhin soll die Schiedskommission die Vermögensregelungen aufheben, die zwischen den AG's und den Landesverbänden getroffen wurden.

Den Vorwurf, der BWK betreibe eine Organisationsvereinigung, weist Christiane Schneider (AG-BWK Hamburg) zurück. Die AG's seien keine Gliederungen der Partei im Sinne des Statuts, folglich könne auch nicht von einer Vereinigung mit der PDS gesprochen werden. Sie vermutet, daß das Vorgehen des

Parteivorstands eine Reaktion auf Verfassungsschutzberichte sei, wonach die PDS vom BWK unterwandert werde. Der erhoffte Zulauf aus dem linksliberalen Lager sei nur dann zu erreichen, wenn die PDS glaubhaft die Anliegen vertrete, die die Menschen bewegten. Christiane Schneider betont, daß der PDS durch die BWK-Verschmelzung mit den AG's keinerlei finanzielle Verpflichtungen oder Nachteile entstehen könnten. Falls aus Verlagsgeschäften Verbindlichkeiten entständen, hafte dafür die Solidargemeinschaft BWK, bzw. die eingetragenen Einzelpersonen.

Sollte die Bundesschiedskommission die Verschmelzung für statutenwidrig erklären, dann würde die AG BWK Hamburg eine solche Entscheidung vor Gericht überprüfen lassen. Vom Hamburger Landesverband erwartet Christiane Schneider Unterstützung für ihre Position. Sie glaubt allerdings nicht, daß es soweit kommen wird und gibt sich konziliant: "Ich kann das in gewisser Weise verstehen, daß Mißtrauen und Bedenken bestehen, aber ich meine, daß man sie ausräumen kann." Entschieden wendet sich Christiane Schneider gegen Vorwürfe, BWKlerInnen würden in sektiererischer Weise irgendeine "Wahrheit" predigen. Davon habe man sich lange verabschiedet und vertrete nun die Ansicht, daß Politik vorrangig im Diskurs zu entwickeln sei. Es gebe eben nicht nur die eine Wahrheit und man sei weit entfernt davon, im Besitz derselben zu sein.

Nun auch gegen die VSP

Die BWKlerInnen sind nicht die einzigen, die mit dem Vorwurf des Sektierertums belegt werden. Schlimmer noch trifft es die VSP, konkret dessen Mitglied Winfried Wolf, Bundestagsabgeordneter der PDS in Bonn. Der VSP, und mit ihr Winfried Wolf, wird von André Brie in dem auszugsweise abgedruckten Interview des Schwäbischen Tagblatt (siehe Kasten) vorgeworfen, gegen die PDS zu intrigieren. Ob diese ausgesprochen wirre Attacke vom PV unterstützt wird, kann bisher noch nicht eingeschätzt werden. Brie bleibt auf Nachfrage jeden Beleg für die VSP/Alt-DKP-Intrige schuldig, spricht von einem unautorisierten Abdruck des Interviews, sieht aber für eine Richtigstellung beim Schwäbischen Tagblatt keinen Handlungsbedarf. Möglicherweise muß die Brie-Attacke vor dem Hintergrund einer heftigen Auseinandersetzung innerhalb der baden-württembergischen PDS gesehen werden. Dort streitet die "Plattform Demokratischer Sozialismus" (von der Brie zu der oben erwähnten Tübinger Veranstaltung eingeladen worden war), namentlich der Tübinger PDS-Sprecher Anton Brenner, gegen "Altkader der ML-Sekten, die Gysi am liebsten Gift geben würden ... ". (Landes-Info der PDS Baden-Württemberg, Februar 1995, S. 21) Weiter heißt es: "Wie in anderen westlichen Landesverbänden haben sich die Fundamentalisten (BWK, VSP, DKP-Konservative; KUK) in Baden-Württemberg zu einem Zweckbündnis zusammengeschlossen und ihre internen Kämpfe vorläufig zurückgestellt. ... Sie überließen es bei der Wahl Gregor Gysi, die Stimmen für die PDS aus dem Lager von SPD und Grünen zu holen und konzentrieren sich auf die innerparteiliche Kaderpolitik. Darin haben sie ja 30 Jahre Sektenerfahrung." Als sektiererische Postenjäger bezeichnet Brenner die Landessprecherin Ulrike Küster (BWK), den Bundestagsabgeordneten Winfried Wolf und den hauptamtlichen Sekretär Bernhard Strasdeit (VSP-KPD/ML). Im Landesinfo Nr. 1/ 1995 schreibt Landesschatzmeister Richard Pitterle: "In der DKP hoffen bereits einige auf eine Bündniskandidatur zur nächsten Landtagswahl. Dieser Ansatz wird auch von Winfried Wolf unterstützt." Wolf bezeichnet dies als glatte Unwahrheit und spricht sich sowohl gegen eine Wahlteilnahme als auch gegen eine Bündniskandidatur mit der DKP aus. Er erwartet nicht nur von André Brie sondern auch von der Parteiführung eine Klarstellung zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen.

Brie untermauert in dem Interview seinen Ruf als Vordenker. So darf man gespannt sein, nähere Einzelheiten über "die großartigen Erungenschaften des Kapitalismus" (Markt, Werbung) zu erfahren. Allzu viele Linke haben den Wert dieser Errungenschaften, die dann folgerichtig in einem modernen, sozialistischen (oder auch neosozialistischen) Gesellschaftsmodell Berücksichtigung finden müßten, noch nicht voll für sich erschlossen.

Das Vereinigungsdilemma

der PDS

Das BWK-Problem wird sich möglicherweise nicht auf die Schnelle erledigen lassen. Zwar wäre es eine Überraschung, wenn die Bundesschiedskommission dem Antrag des Vorstandes nicht folgen würde. Doch es läge dann bei den Landesverbänden, ein entsprechendes Votum umzusetzen. Einige sollen bereits ihre Solidarität mit dem BWK bekundet haben. Lange, quälende Streitereien mit unbotmäßigen oder mißliebigen Westverbänden darf es allerdings nicht geben, will man nicht den bürgerlichen Medien erneut das Vergnügen eines "Sarah-Wagenknecht-Spektakels" bieten. Die herbeigesehnte Westausdehnung könnte sich dann sehr

schnell als Rohrkrepierer erweisen. Denkbar ist, daß zukünftig Landesverbände mit zweierlei Maß gemessen werden. "Saubere" Gruppen wie die Bremer dürfen mit Vorstandsunterstützung z.B. bei Landtagswahlen rechnen, während "unterwanderte" Verbände mit materiellem und politischem "Liebesentzug" abgestraft werden.

Das Lamentieren über SektiererInnen der unterschiedlichsten Coloeur - jenseits der BWK-Debatte - verdeckt den Blick auf das eigentliche Problem der Westausdehnung. Die PDS steht vor demselben Dilemma wie alle anderen linken Parteien und Gruppen vor ihr. Sie verfügt über kein überzeugendes politisches Konzept, um im Westen mehr als die bekannten 0,8% harten, linken WählerInnen für sich zu gewinnen. Die konservative Hegemonie zu überwinden - daran arbeitet sich die bundesrepublikanische Linke seit Jahrzehnten ab. Sie ist weder an der eigenen Zerstrittenheit noch daran gescheitert, daß sie es weniger klug als die PDS angestellt hätte. Sie konnte weder ein theoretisches noch ein real existierendes Modell vorweisen, das in der politischen Auseinandersetzung hegemoniefähig gewesen wäre. Auch die PDS ist noch meilenweit davon entfernt, ein konsistentes Alternativkonzept zum Kapitalismus vorweisen zu können.

Das wird man ihr auch kaum vorwerfen dürfen, wohl aber, wenn sie nach der programmatischen Erneuerung nun eine personelle vorbereitet. Es wird sich herausstellen, daß Maoisten, Leninisten usw. nicht als Hindernis für den massenhaften Zustrom reputierlicher Linksliberaler gewirkt haben, sondern daß jene auf absehbare Zeit die einzigen sind, die überhaupt Bereitschaft zeigen, für die PDS im Westen kontinuierlich zu arbeiten. Zwar wird sich noch der eine oder die andere Linksliberale für eine Kandidatur auf offenen Listen finden lassen - eine explosionsartige Entwicklung der Mitgliederzahlen im Westen ist aber nur im Gefolge einer linksorientierten Massenbewegung denkbar, innerhalb der sich die PDS profilieren müßte. Die für die PDS Interesse zeigenden Jugendlichen, denen man eine Begegnung mit den Sektierern ersparen möchte, sind, falls sie in nennenswerter Zahl auftauchen, wohl am besten bei den Jungen GenossInnen aufgehoben. Sorgen muß sich die Parteiführung wohl eher um den "Gysi-Effekt" machen. Er wird im Westen in demselben Maß an Wirksamkeit verlieren, wie deutlich wird, daß sein Namensgeber nur noch für Parlamentsfixiertheit und Bündnispolitik hin zu Bündnisgrünen und gesprächsbereiten Teilen der SPD steht. So wie die politische Lage sich jetzt stellt, wird ein Kampf gegen "SektiererInnen" die West-PDS eher schwächen als stärken. Statt Ausgrenzung und Diffamierung wäre dem PV zu empfehlen, dort, wo es nicht völlig sinnlos ist, den gewiß nicht immer leichten Dialog und eine stärkere Integration zu versuchen.

KUK, Berlin

"Kapitalismus bähbäh"?

Interview mit André Brie

Brie: ... In einigen West-Landesverbänden haben wir regelrechte Zerreißproben.

Tagblatt: Wie man hört, auch in Baden-Württemberg, wo sich jetzt eine Plattform Demokratischer Sozialismus gegen "linkes Sektierertum" zu Wort gemeldet hat.

Ja, da gibt es heftige Auseinandersetzungen. Das kommt daher, daß frühere K-Gruppen und Maoisten geschlossen in die PDS gründen, die gehen dann zu jeder Versammlung, majorisieren den Verband und stoßen damit andere Mitglieder ab, die von der linken SPD oder den Grünen kommen. Das ist sektiererisches Verhalten; fatal für das sozialpsychologische Klima der Partei.

Zählen Sie auch den baden-württembergischen PDS-Bundestagsabgeordneten Winfried Wolf zu den Sektierern?

Es geht nicht um einzelne Personen wie Winfried Wolf, der von der VSP kommt. Ihn habe ich selbst für die Kandidatur bei der PDS gewonnen. Es gibt keinen besseren Verkehrskritiker in der Linken. Das Problem sind nicht die programmatischen Inhalte, sondern daß zum Beispiel die VSP gezielt auf die Alt-DKP zugeht, um gemeinsam mit ihr gegen die PDS Politik zu machen. Und in der PDS sind eben Doppelmitgliedschaften erlaubt.

Einerseits sagt die PDS, Kapitalismus ist bähbäh, und andererseits haben Sie als Bundestags-Wahlkampfleiter das Partei-Image von einer westlichen Top-Werbeagentur polieren lassen. Wie verträgt sich das denn?

"Kapitalismus bähbäh"- das ist nicht PDS-Position! Wir leugnen nicht die großartigen Errungenschaften des Kapitalismus, dazu gehören Markt und Werbung. Wir wollen eine moderne sozialistische Partei sein, und wir leben nun einmal in einer Mediengesellschaft. Der Widerspruch ist mir natürlich bewußt, aber wir haben immer Inhaltlichkeit gewahrt. Wir wollen ja aus dem eigenen Saft raus. Ein Wahlkampf in Theoriedebatten, das ist unproduktiv.

(Auszüge aus dem im Schwäbischen Tagblatt vom 10.2.1995 erschienen Interview)

26. Musterschüler der EU. Österreichs Abwehrpolitik gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen

Autor: gaf · Rubrik: Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:21

Am 26.3.1995 trat das Schengener Abkommen in Kraft: Die Grenzkontrollen im Binnenraum der Europäischen Union fielen, die Außengrenzen werden desto schärfer bewacht. Als Beweis für Zuverlässigkeit und Linientreue hat Österreich schon vor seinem Beitritt durch Einsatz des Bundesheeres die Abschottung der EU-Außengrenze nach Süden und Osten übernommen und die Abschreckung und Zurückweisung von Flüchtlingen vorexerziert. Angesichts des brutalen und fortdauernden Krieges im benachbarten Ex-Jugoslawien ist diese Haltung besonders menschenverachtend. Schon seit der Öffnung der Ostblockstaaten vor sechs Jahren dreht die große Koalition, angeführt von den Sozialdemokraten, ständig an der restriktiven Schraube und verhindert das Kommen und das Bleiben von Flüchtlingen und ImmigrantInnen. Geändert wurden das Melde-, Asyl-, Fremdenpolizei- und Aufenthaltsgesetz. Österreich sei "federführend in der Ausländergesetzgebung", rühmt sich Innenminister Löschnak dieser unrühmlichen Gesetze.

Das Asylgesetz vom 1.7.1992

Pierre Sané, Generalsekretär von Amnesty International, rügte anläßlich der in Wien versammelten Menschenrechtskonferenz Österreich als das Land, in dem der "Rassismus wachse; und das Parlament hat die restriktivsten Asylgesetze Europas beschlossen: Leute, die an den Grenzen zurückgewiesen werden, können in ihrer Heimat im Gefängnis oder in Folterkammern landen." (FAZ, 18.3.93) Fünf Jahre zuvor noch hatte der damalige Innenminister Blecha Österreich als ein Land gepriesen, das "die liberalste Asylpolitik der Welt" betreibe.

Die Zahl der AsylbewerberInnen ging schon im Laufe des Jahres 1992 um 41 Prozent zurück. 1991 wurden 27.306 Asylanträge gestellt, 1992 waren es 16.238. Im weltpolitisch besonders bewegten Jahr 1993 gelang es nur noch 4.744 Menschen, in Österreich um Asyl nachzusuchen; nur 1.193 von ihnen erhielten einen positiven Bescheid. Zum Vergleich: 1982, im letzten Jahr der Ära Kreisky, gab es noch 17.361 positive Asylbescheide. (vgl. news 20/94)

Nach dem neuen Asylgesetz werden Asylbegehren schneller beschieden, werden jene abgeschoben, die Verfolgung nicht glaubhaft machen können. Das aber ist nach dem neuen Gesetz fast unmöglich. Zuständig ist jetzt grundsätzlich das neu eingerichtete Asylamt mit seinen Außenstellen in Traiskirchen, Linz, Graz und am Flughafen Wien-Schwechat. Dort sitzen sogenannte Fachreferenten, die angeblich über die erforderlichen Rechtskenntnisse verfügen und über die politischen Verhältnisse der in Frage kommenden Regionen Bescheid wissen. Der zuständige Regionalreferent nimmt "unverzüglich die Erstvernehmung" vor und schätzt ein, ob der Asylantrag "offensichtlich unbegründet" ist. Geprüft werden dabei Identität und Staatsangehörigkeit.

m Die Drittstaatenfalle: Der bisherige Wohnsitz muß glaubhaft festzustellen sein. Schon vor der Gesetzesänderung in der BRD wurde in Österreich die Drittstaatenregelung eingeführt: "Kein Asyl wird einem Flüchtling gewährt, wenn er in einem anderen Staat vor Verfolgung sicher war." Der bloße Transit durch Länder wie Rußland, Algerien oder Iran führt zur Ablehnung des Asylantrags, denn der Flüchtling hätte ja dort Asyl beantragen können. "Um in Österreich problemlos Asyl zu erlangen, müßte der Flüchtling vom Himmel fallen", kritisieren Die Grünen. (Standard, 4.3.95)

Melita Sunjic, Mitarbeiterin von UNHCR, dem Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, ist empört: "Es wird in überhaupt keinem der europäischen Zielländer mehr geprüft, warum jemand flüchtet, warum er um Asyl ansucht. Sondern es wird nur mehr geprüft, aus welchem Land jemand einreiste und ob er dorthin wieder abgeschoben werden kann. Asylanten werden so lange in die Gegenrichtung geschoben, bis sie wieder dort sind, wo sie herkamen." (news 20/94)

m "Sicheres" Herkunftsland: Weiteres Prüfkriterium der Referenten ist das Herkunftsland. Die Herkunft aus einem Staat, von dem "nach allgemeiner Erfahrung, Rechtslage und Rechtsanwendung anzunehmen ist, daß ... in der Regel keine begründete Gefahr der Verfolgung ... besteht, führt zur Zurückweisung. Statt Prüfung des Einzelschicksals findet hier Ablehnung nach Länderlisten statt. Ist der Asylantrag "offensichtlich unbegründet", hat der Flüchtling unverzüglich Österreich zu verlassen. Kommt er/sie dem nicht nach, wird die Ausweisung

nach dem Fremdenpolizeigesetz verfügt; nach der Haft erfolgt die Abschiebung. Bei den im Asylgesetz festgelegten "kurzen Prozessen" ist Widerspruch fast unmöglich. Es gibt nur noch die erste Instanz und als zweite Instanz nicht etwa ein höheres Gericht, sondern das Innenministerium.

m Neuerungsverbot: Rechtsstaatlichkeit ist auch ausgehebelt im sogenannten Neuerungsverbot: AsylbewerberInnen, die ohne Rechtsbeistand in erster Instanz Asyl beantragen und - nach dem ablehnenden Bescheid - vor der zweiten Instanz einen Rechtsanwalt beauftragen, dürfen auch mit dessen Hilfe keine neuen Fakten mehr vorbringen, auch wenn sie für eine Asylgewährung entscheidend wären. Da das Innenministerium als zweite Instanz sorgfältig vermeidet, das Neuerungsverbot in Bescheiden als Begründung für eine Ablehnung des Antrags anzuführen, ist eine Anfechtung beim Verfassungsgerichtshof bisher unmöglich gewesen. (vgl. news 29/94)

m "Offensichtlich unbegründet": Die Ablehnungen erfolgen ausschließlich nach formalen, standardisierten Kriterien und nicht nach dem Fluchtgrund. Folter und Mißhandlungen, Vergewaltigung und die Ermordung von Angehörigen werden nicht als Asylgründe anerkannt, die Anträge zynisch als "offensichtlich unbegründet" abgelehnt. Nach Auffassung der Bundesasylämter handelt es sich dabei um "Kriegsfolgen" oder "kriminelle Handlungen einzelner", nicht um "politische Verfolgung". Deserteuren wird auch dann Asyl verweigert, wenn sie sich einem völkerrechtlich geächteten Krieg - wie auf dem Balkan - entzogen haben. (vgl. news 5/95) Sie können aber auch nicht abgeschoben werden, da ihnen Gefahr für Leib und Leben droht. Zugleich erhalten sie keine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Sie dürfen nicht bleiben, sie sind in illegalem Status, sie dürfen und können aber auch nicht fort.

m Grenze dicht nach Osten und Süden: Flüchtlinge, die über die grüne Grenze kommen, gelten als illegal und werden sofort wieder zurückgeschoben. Da liegt der Verdacht nahe, daß die einzelnen AsylbewerberInnen von den Grenzern generell am Zugang zum Aufnahmeverfahren vor den zuständigen Behörden und Gerichten gehindert werden.

Soldaten, Gendarmen und Zollwachebeamten des neutralen Österreich stehen seit September 1990 an den Grenzen nach Osten und Südosten. 61 Prozent der ÖsterreicherInnen finden es richtig, daß an der Ostgrenze Einheiten des Bundesheeres das "Einsickern" von Flüchtlingen vereiteln. (FAZ, 18.3.93) Ziel dieser Politik ist es, den 1.300 Kilometer langen Grenzabschnitt zur Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn und Ex-Jugoslawien, der gleichzeitig die westeuropäische Außengrenze ist, dichtzumachen. Österreich kommt bei diesem Abschottungsprozeß aufgrund seiner geographischen Lage eine besondere Funktion zu. Innenminister Löschnak möchte denn auch ein "einheitliches Gendarmerie-Korps für den Grenzschutz" und technische Aufrüstung. (news 32/93) Diese "Aufnahmeprüfung" zum EU-Beitritt machte Österreich zum Musterschüler der Abschreckung.

Das Aufenthaltsgesetz

vom 1.7.1993

Das Aufenthaltsgesetz wird in den Erläuterungen zum Gesetz als Instrument "der Strukturbereinigung des Gastarbeiterproblems" bezeichnet. (FR, 20.8.93) Damit werde, so verkündet Innenminister Franz Löschnak, der "Zuzug von Ausländern an den österreichischen Arbeits- und Wohnungsmarkt angepaßt." (Die Woche, 19.8.93) Willi Resetarits von SOS-Mitmensch kritisiert die Regierungskoalition: "Sie transportieren die Aussagen der Haider-Politik: Ausländer nehmen den Inländern Arbeitsplätze und Wohnungen weg. Das vergiftet das Klima". (news, 9.2.95) Die seit sechs Jahren regierende große Koalition aus SPÖ und ÖVP hat kaum eine Schikane ausgelassen. Rund 300.000 GastarbeiterInnen fürchten um ihre Zukunft.

m Wohnraum: AusländerInnen müssen zur Erlangung beziehungsweise Verlängerung ihrer Aufenthaltsgenehmigung eine "ortsübliche Unterkunft" nachweisen, die vom Verwaltungsgerichtshof mit 10 qm pro Person festgelegt wurde. Diese Regelung gefährdet vor allem das Bleiberecht von Gastarbeiterfamilien, die zum Teil schon seit Jahrzehnten in Österreich leben. 103.000 AusländerInnen verfügen nicht über eine entsprechend große Wohnung, 73.000 ÖsterreicherInnen ebensowenig. Allein in Wien sind 58.000 AusländerInnen betroffen; sie müssen mit Abschiebung rechnen, falls sie keine andere Wohnung finden. Das ist in Wien aussichtslos. "Die mit öffentlichen Geldern geförderten Gemeindewohnungen, die mit dem sozialen Wohnungsbau in Deutschland zu vergleichen sind, sind ausschließlich österreichischen Staatsbürgern

vorbehalten." (Die Welt, 13.8.93) Die Mieten auf dem freien Markt sind in der UNO-City so hoch wie in München.

m Fristen: AusländerInnen, die längeren Aufenthalt in Österreich begehren, brauchen außerdem: Reisepaß, Meldeschein, Arbeitsbewilligung, polizeiliches Führungszeugnis, eventuell Heiratsurkunde. Dies alles binnen vier Wochen vor Ablauf der gültigen Aufenthaltserlaubnis. Fristversäumnis führt dazu, daß der Antrag bei einer österreichischen Botschaft im Herkunftsland gestellt werden muß. Das bedeutet, daß Menschen, die seit Jahren im Land leben, ihre Kinder sowie EhepartnerInnen von ÖsterreicherInnen, bei Fristversäumnis in ihr Herkunftsland reisen müssen - egal ob Serbien, Somalia oder Uruguay - um von dort einen Antrag auf Einreise nach Austria zu stellen, der wie ein Erstantrag behandelt wird. Folgen sie dieser Regelung, können sie natürlich in der Zwischenzeit ihre Wohnung nicht halten, verlieren ihre Arbeit und damit ihre Arbeitserlaubnis, somit ihren Nachweis, daß sie finanziell niemandem auf der Tasche liegen: alles unabdingbare Erfordernisse für eine Aufenthaltserlaubnis. Die Spirale der Schikanen ist endlos und ausweglos.

Den Behörden hingegen ist keine Frist gesetzt, innerhalb derer sie über Aufenthaltsbewilligungen entscheiden müssen. Wenn sich die Beamten mehr als sechs Wochen über das Ablaufdatum hinaus Zeit lassen, hält sich die/der AntragstellerIn automatisch illegal in der Alpenrepublik auf. Dagegen können die Betroffenen keinerlei Rechtsmittel mehr einlegen, sie sind jeder Willkür schutz- und hilflos ausgeliefert. (vgl. Süddeutsche Zeitung, 21.8.93; Berliner Zeitung 31.8.93))

m Ausländerquoten: Bund, Länder und Sozialpartner haben eine jährlich neu zu bestimmenden Quote für Aufenthaltsbewilligungen vereinbart. Als Ausländer-Gesamtquote für 1995 sieht das Innenministerium 17.100 Aufenthaltsbewilligungen vor. Davon sind 10.900 für Familienzusammenführungen (Eltern und Kinder) reserviert, worunter auch die Zahl der in Österreich geborenen Kinder von ausländischen Eltern fällt. "Sollten mehr Kinder geboren werden, als die Quote vorsieht, werde man eben das Kontingent des folgenden Jahres heranziehen", erklärt Sektionschef Manfred Matzka aus dem Innenministerium. (vgl. news 25/93)

In die verbleibende Quote von 6.200 fallen: NeuzuwanderInnen, StudentInnen, abgelehnte AsylbewerberInnen, Familienzusammenführungen bei volljährigen Kindern oder Großeltern sowie AusländerInnen, die schon lange in Österreich leben, aber einmal die Frist versäumten. 14.900 Anträge gibt es noch aus 1994. Die Quote ist völlig irreal, die Wartelisten werden immer länger. (vgl. news, 15.12.94)

m Quote für Arbeitsgenehmigungen: Seit dem 1.1.1995 erteilt Österreich AusländerInnen keine Arbeitsgenehmigungen mehr, bis die Quote auf acht Prozent zurückgegangen ist. Damit werden 35.000 Beschäftigte zuerst aus dem Arbeitsmarkt und dann aus dem Land gedrängt, Schwarzarbeit wird zu einem weiteren behördlich produzierten Fall von Illegalität. Der Präsident der Wiener Wirtschaftskammer, Walter Nettig, jammert: "Das Berufsverbot ist völlig sinnlos" (news 5/95), denn etliche Branchen decken ihren Lehrlingsbedarf zu 70 Prozent aus ausländischen Jugendlichen. Aber heuer bekommen allein in Wien 1.300 ausländische SchulabgängerInnen keine Arbeitsgenehmigung, obwohl genügend Lehrstellen vorhanden sind.

Allerdings sieht das Gesetz auch Ausnahmen vor. Zitat aus dem Erlaß des Sozialministeriums: "In besonders extrem gelagerten Einzelfällen (insbesondere bei Managern in Zusammenhang mit größeren Investitionen aus dem Ausland oder auch bei außergewöhnlichen sozialen Härten) ist mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales Kontakt aufzunehmen." News (5/95) kommentiert: "Im Klartext: Wer genügend Geld hinter sich hat, dem wird geholfen. Und wo ‚soziale Härte` beginnt, steht jedenfalls nicht im Gesetz."

m Einkommen: Der Arbeitsmarkt für ImmigrantInnen und Flüchtlinge wird dichtgemacht, gleichzeitig verlangt der Staat zur Erlangung eines legalen Aufenthaltsstatus eine finanziell gesicherte Existenz. Für eine fünfköpfige Familie ist beispielsweise ein Netto(!)-Einkommen von 24.000 öS (3.500 DM) vorgeschrieben. Das ist höchstens dann der Durchschnittsverdienst einer österreichischen Familie, wenn beide Elternteile verdienen. Für viele ImmigrantInnen und vor allem für Flüchtlinge ist ein solches Einkommen nicht zu erzielen.

Die Gewährung von Sozialhilfe gilt nicht mehr als Nachweis eines geregelten Einkommens. Auch AsylbewerberInnen müssen belegen, daß sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können, treffen dabei aber auf ausweglose Situationen: "Kann einer Geld nachweisen, wird ihm Drogenhandel unterstellt, hat er keines, gelten die ‚fehlenden Barmittel` als Haftgrund." (news 25/93)

m Behördliche Produktion von Illegalität: Die Ausländer- und Asylgesetze lassen den Menschen keine Chance, legal im Land zu leben. Wohnung verloren - illegal. Frist versäumt - illegal. Arbeitsplatz gefunden - Quote der Arbeitsgenehmigungen erschöpft. Arbeit kann nicht angetreten werden - Familieneinkommen zu gering - illegal. Schwarzarbeit zur Existenzsicherung - illegal. Baby geboren - Wohnung hat nun keine 10 qm pro Person mehr - illegal.

Novellierung

des Aufenthaltsgesetzes

SOS-Mitmensch, die Grünen, VertreterInnen aller Parteien außer der FPÖ, die Kirchen sowie Verfassungsrechtler kritisieren das Gesetz seit Inkrafttreten als verfassungswidrig, schikanös und inhuman. Walter Schrammel verfaßte für die Rechtsanwaltskammer eine Studie über die "Rechtsstellung der Ausländer in Österreich" und kommt dabei zu dem Urteil: "Sogar Hitlers Ausländerpolizeiverordnung von 1938 hatte einen höheren rechtsstaatlichen Charakter als dieses Gesetz." (Standard, 28.2.95) Die anhaltenden Proteste führten dazu, daß sich eine Novellierung nicht mehr vermeiden läßt. Es steht trotz allem zu befürchten, daß nur die Peinlichkeiten retuschiert werden. Erschwernisse für EhepartnerInnen von ÖsterreicherInnen werden gemildert, die Frist für Verlängerungsanträge von vier Wochen vor Ablauf der Aufenthaltsbewilligung soll fallen, und in Österreich neugeborene Kinder von AusländerInnen sollen nicht mehr auf die Quote der Einwanderung angerechnet werden.

Dagegen stehen zwei massive Verschärfungen: Berufungsmöglichkeiten sollen drastisch eingeschränkt werden. Der Gang in die zweite Instanz soll ganz abgeschafft werden. Den Abgewiesenen bleibt dann nur noch der Verwaltungsgerichtshof.

Die unbefristete Aufenthaltsbewilligung, die bisher nach fünf Jahren in Österreich beantragt werden konnte, soll nur noch erhalten, wer "auf Dauer" gesicherte Wohnung und Arbeitsplatz nachweisen kann. "Das dürfte sogar einem Österreicher, wenn er nicht pragmatisierter Beamter (auf Lebenszeit; Anm. ak) mit Eigentumswohnung ist, kaum möglich sein", kritisieren die Grünen. (news, 15.12.94)

Weltbürger - Fremde

In den neun österreichischen Bundesländern zwischen Bodensee und Neusiedlersee leben 570.000 "legale" AusländerInnen, ihnen stehen 500.000 österreichische Wirtschaftsflüchtlinge in der BRD, der Schweiz und Übersee gegenüber. "Rotweißrot - Das Magazin für Auslandsösterreicher" hat eine stehende mehrseitige Rubrik "10. Bundesland", in denen die Taten der Auslandsösterreicher von A wie Arabische Welt und Arizona bis Z wie Zaire gefeiert werden. Das regierungsnahe Blatt warb exzessiv um Ja-Stimmen der AuslandsösterreicherInnen bei der Volksabstimmung zum EU-Beitritt, unter anderem mit den Argumenten: "Wollen Sie ... die EU-Bürgerschaft zusätzlich zu Ihrer österreichischen Staatsbürgerschaft erwerben und damit Ihre Heimat vergrößern? ...für sich selbst, Ihre Familie und Ihren persönlichen Besitz die Grenze zwischen Ihrer alten und neuen Heimat beseitigen? ...Ihre Rechtsstellung in Ihrem Gastland klargestellt wissen?" (III/94)

ÖsterreicherInnen im Ausland sind Weltbürger mit alter und neuer Heimat. Für AusländerInnen in der Republik der Seligen gilt das nicht. Das Innenministerium erläutert in Broschüren für die Bevölkerung, daß die "Ängste und Vorbehalte gegenüber Fremden" Ausdruck "realer Ängste und Befürchtungen" seien, und "nicht Ausdruck einer gottgegebenen Xenophobie der Österreicher". (Tagesspiegel, 7.9.93)

Vorauseilender Gehorsam gegenüber rechts

Im Januar 1993 hatte Jörg Haider sein Anti-Ausländer-Volksbegehren mit dem Titel "Österreich zuerst" inszeniert. In Wien war dagegen ein beeindruckendes Lichtermeer mit 300.000 TeilnehmerInnen organisiert worden. Nur 7,4 % der wahlberechtigten BürgerInnen hatten für das Volksbegehren gestimmt und Haider damit eine seiner schönsten Niederlagen beigebracht. Die Regierungskoalition goß seine Forderungen in schikanöse Gesetze, immer mit dem Argument, so der rechten Seite Schwung und WählerInnen zu entziehen.

"Die Multi-Kulti-Fanatiker dürfen die Entwicklung zu einer restriktiven Ausländerpolitik nicht zurückschrauben", frohlockt Haider. (Die Woche, 19.8.93) Bei Wahlen sahnt er ab, die beiden großen Volksparteien verlieren drastisch an Stimmen. Ihre Rechnung des vorauseilenden Gehorsams gegenüber Rechts geht also

keineswegs auf. Der legislative Druck heizt nur die Stimmung gegen ImmigrantInnen und Flüchtlinge immer mehr an, er schürt Ängste und vermindert Mitleid mit Kriegsopfern, Flüchtlingen und Verfolgten. Ein tolerantes Klima wird so unmöglich gemacht. Die Ausgrenzung der hauseigenen Minderheiten nimmt zu. Dadurch werden auch diejenigen ermuntert, die zu Mordtaten bereit sind - wie die Mörder von Oberwart, durch deren Bombenanschlag vier Roma starben.

gaf

Die Liste der Abschiebung, +, +, +

Maßnahme, 1991, 1992, 1993

Zurückweisung, 51.800, 112.000, 139.700

Zurückschiebung, 9.800, 6.200, 5.100

Schubhaft, 10.800, 11.900, 12.900

Aufenthaltsverbot, 9.800, 9.800, 9.500

Abschiebung, 9.600, 7.900, 8.800

Quelle: news 20/94, +, +, +

27. Nach dem Sieg des Nordens: Das Ende der Demokratie im Jemen

Autor: G.O. · Rubrik: Jemen · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:12

Zwei Monate brauchte das nordjemenitische Militär unter Führung von Ali Abdallah Salih, um die "separatistische" Jemenitische Sozialistische Partei (JSP) zu besiegen. Seit Juli vergangenen Jahres sind Nord- und Südjemen durch militärische Gewalt vereinigt. Die Führung der JSP hatte wegen fortlaufender Differenzen mit der Partei des Präsidenten über den politischen Kurs seit der 1990 vollzogenen Vereinigung zur Republik Jemen die Mitarbeit in der Regierung in Sanaa boykottiert und sich am 21. Mai 1994 für eigenständig erklärt. Die innenpolitische Krise verschärfte sich, die Armee war gespalten, bis die Nord-Führung sich zum Krieg entschloß (vgl. ak 367 und ak 368). Seitdem hat sich der Jemen deutlich gewandelt ...

"Versöhnung" ist ein häufiges Wort im derzeitigen politischen Diskurs des Jemen, und zweierlei kann damit gemeint sein: Nach innen, d.h. zwischen Nord und Süd, und nach außen, insbesondere mit Saudi-Arabien, das seit dem 2. Golfkrieg (1991) keine Chance ungenutzt läßt, den Jemen zu destabilisieren. Präsident Ali Abdallah Salih hatte seit Ende des jemenitischen Krieges, in dem Saudi-Arabien den "separatistischen" Süden unterstützt hatte, mehrfach versucht, die Beziehungen zum benachbarten Königreich wiederzubeleben, doch seit Anfang Dezember 1994 drohte die Situation zu eskalieren: Der Jemen behauptete, saudisches Militär sei an der Grenze bei Sa'da und al-Mahra auf jemenitisches Gebiet vorgedrungen und habe dort "Kontrollposten" errichtet. Mehrere Male kam es sogar zu schweren Kämpfen zwischen jemenitischen und saudischen Truppen. Vorerst konnte die Krise diplomatisch entschärft werden: Salih telefonierte mehrmals mit dem saudischen König Fahd und beide beteuerten, keine Feindseligkeiten im Sinn zu haben. Auch Ägypten und Syrien wurden als Vermittler zwischen den beiden Staaten eingeschaltet. Ende Februar wurde ein vorläufiges Abkommen unterzeichnet, das beide Seiten zu einem Truppenrückzug verpflichtet, doch die Festlegung der umstrittenen Grenze zwischen beiden Staaten steht bis heute aus.

Im Inneren ebbt die Hysterie der offiziellen jemenitischen Medien, alle abweichenden Meinungen als "separatistisch" zu beschimpfen, langsam ab. Gleichzeitig sorgt die Regierung aber mit allen Mitteln dafür, daß die JSP nicht mehr zu einer handlungsfähigen Organisation werden kann. Sie unterstützt regierungsfreundliche JSP-Abspaltungsgruppen, verteilt die Liegenschaften der Partei nach Belieben an Staatsinstitutionen, besetzt - wie am 10. Dezember geschehen - die erst seit kurzer Zeit angemietete neue Zentrale der Partei in Sanaa und nimmt willkürliche Verhaftungen von vermeintlichen Unterstützern der JSP vor.

Die wenigen im Parlament verbliebenen JSP-Abgeordneten waren zu eingeschüchtert, um sich den Verfassungsänderungen zu widersetzen, die nach Kriegsende eingeleitet wurden. Diese bedeuten vor allem eine Stärkung der Stellung des Präsidenten und des islamischen Rechts in der Justiz. Und der neue JSP-Parteivorsitzende, Ali Salih Ubbad, beteuerte kürzlich gegenüber einer in London erscheinenden arabischen Zeitschrift, er sei ganz bestimmt kein Marxist und werde demnächst die Wallfahrt nach Mekka antreten.

Demokratie?

Die öffentliche Opposition besteht im Jemen derzeit nur noch aus zwei oder drei Zeitungen, die von der Staatsanwaltschaft bei Bedarf angeklagt werden. Nach wochenlangem Prozeß wurden kürzlich Verantwortliche von ash-Shura, einer islamischen Zeitung, die eine Plattform für viele kritische Strömungen und Meinungen geworden ist, freigesprochen. Doch was den Eindruck eines Sieges der Meinungsfreiheit macht, sieht ein erfahrener jemenitischer Journalist so: "Die Regierung spielt Demokratie. Der Freispruch war von oben angeordnet, denn man wollte, vor allem dem Ausland, eine unabhängige Justiz vorführen." Tatsächlich hat man im Jemen ohne Beziehungen oder die Verwandtschaft mit den "richtigen" Leuten in aller Regel keinen fairen Prozeß zu erwarten, während einflußreiche Personen auch bei schweren Vergehen keine großen Strafen zu befürchten haben. Die Mehrheit im Jemen macht das verdrossen, aber sie fühlt sich machtlos. "Sagt ihr, was ihr wollt, und wir machen, was wir wollen, so sieht die jemenitische Regierung die Demokratie", erklärt mir der Journalist.

Wie sich das Demokratieverständnis des Staates praktisch äußert, zeigt folgender Vorfall: Anfang Januar kam Abu Bakr as-Saqqaf, seit über 20 Jahren Professor für Philosophie an der Universität Sanaa, mit einem Freund bei Dunkelheit nach Hause. Dort wartete der Geheimdienst auf ihn. Sein Freund und er wurden in ein Auto gezwungen und mit verbundenen Augen entführt. In einem abgelegenen Gebiet wurden beide zusammengeschlagen und dort hilflos liegengelassen. Alle Intellektuellen, die sich, wie as-Saqqaf, getraut hatten, auch nach dem Krieg noch öffentlich eine eigene Meinung zu vertreten, waren schockiert. Es war deutlich, daß der Anschlag nicht nur einer bestimmten Person gegolten hatte, sondern eine Warnung an alle sein sollte, sich mit Kritik zurückzuhalten. Doch die Reaktion von Parlamentspräsident Abdallah al-Ahmar setzte auf diesen Skandal noch eins drauf: "Wer schreibt, kriegt Prügel", meinte er ungerührt gegenüber einer Delegation von jemenitischen Journalisten und spielte damit darauf an, daß as-Saqqaf mit seiner in der Presse geäußerten Kritik an der Regierungspolitik in den südlichen Provinzen zu weit gegangen war. Zu all dem kommt, daß Ali Abdallah Salih seit einigen Monaten versucht, as-Saqqaf aus dem Universitätsdienst zu entlassen. Seit dem Ende des militärischen Gleichgewichts zwischen den zwei jemenitischen Machtblöcken ist die "Demokratie" im Jemen sehr bescheiden geworden.

Seit Anfang Oktober ist die neue Nachkriegsregierung des Jemen im Amt. Ihr gehören nur noch der Allgemeine Volkskongreß (AVK) des Präsidenten Salih und die ehemals oppositionelle islamistische Islah-Partei an, die etwa ein Drittel der Ministerposten übernommen hat. Verärgert nahmen viele AdenerInnen die Nachricht auf, daß Abdalwahhab ad-Dailami von der Islah zum Justizminister ernannt wurde, der während des Kriegs in einer fatwa, einem islamischen Rechtsgutachten, das Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung im jemenitischen Süden für legitim erklärt hatte. Dafür wurde er von anderen islamischen Geistlichen, auch im arabischen Ausland, teilweise sogar sehr heftig kritisiert.

Dem Ergebnis der Wahlen von 1993 entspricht die Regierungszusammensetzung nicht mehr, doch Neuwahlen werden von keiner Seite gefordert: Die Opposition weiß, daß das Ergebnis schon vorher feststünde. Die feierlichen Versprechungen des Präsidenten, die letzten Oktober neugebildete Regierung werde entschieden gegen die zwei Hauptübel Korruption und Preissteigerungen vorgehen, blieben seither folgenlos. Eine Leserin des JSP-Blattes ath-Thauri schrieb in einem Brief an die Zeitung, sie verlange rein gar nichts von der Regierung, außer daß sie endlich schweige: Sie könne die Versprechungen, alles werde bald besser, nicht mehr ertragen.

Die Regierung hat die wirtschaftliche Situation nicht im Griff: Außer dem wenig wirksamen Versuch, den Dollarkurs durch Vorschrift auf 84 Rial festzuschreiben (derzeitiger Schwarzmarktkurs liegt bei 120 Rial), ist kaum etwas geschehen, und höhere Funktionäre bereichern sich wie eh und je aus der Staatskasse. An immer häufiger werdenden Stromabschaltungen (im Volksmund: "Folter mit Elektroschocks") und zunehmendem Wassermangel wegen Trockenheit bei gleichzeitig steigendem Verbrauch zeigt sich die wirtschaftliche und ökologische Krise des Jemen. Die Weltbank knüpfte die Gewährung weiterer Hilfen an das Land an die Durchführung des bekannten Rezeptes einer Gesundschrumpfung: Aufhebung der Preisstützungen und Entlassung von zwei Dritteln aller Staatsbeamten. Mit letzterem hat die Regierung begonnen - und zwar in erster Linie bei JSP-Mitgliedern in Aden.

"Winterhauptstadt" Aden

Aden, die ehemalige Hauptstadt des Südens hat sich außer dem Titel "Wirtschaftshauptstadt" seit dem Einmarsch der "legitimen Streitkräfte" des Nordens zusätzlich die Bezeichnung "Winterhauptstadt" verdient, womit gemeint ist, daß die Regierung im Winter für einige Wochen vom kalten Sanaa ins sonnige Aden umzieht. Damit wird suggeriert, Aden werde nach all der Vernachlässigung seit der Vereinigung 1990, der Bombardierung während des Krieges von Mai bis Juli und der Plünderungen danach nun wieder aufgewertet.

Doch praktisch deutet nichts darauf hin. Der Hafen liegt verödet da, weil der ohnehin geringe Seeverkehr vor allem über den nördlichen Hafen Hudeida bedient wird. Die Kriegszerstörungen sind noch überall in Aden, besonders in den nördlichen Vororten, zu sehen, und die Privatisierungen im Wohnungsbereich schaffen neue Belastungen für die Mehrheit der EinwohnerInnen. Vor allem in bevorzugten Wohngebieten tauchen seit Kriegsende immer öfter dem Staat nahestehende Personen auf und weisen fragwürdige Besitzurkunden für die von ihnen begehrten Wohnobjekte vor. Meist haben sie die erforderlichen Schlägertrupps gleich bei sich, um die "Hausbesetzung" durchzuführen. Die Polizei verhält sich dabei merkwürdig zurückhaltend. Die "Rückübereignung" von Wohnraum nimmt im ex-sozialistischen Süden immer krassere Züge an.

Währenddessen wird ein neuer, im Vergleich zu früheren Zeiten deutlich rigiderer Lebensstil eingeführt: Straßenkontrolle, bei denen Paare aufgefordert werden, ein Ehedokument vorzuweisen, scheinen üblich zu werden ...

Rachenahme im Inland und Probleme mit Saudi-Arabien, die jederzeit eskalieren können: Bisher klappte die jemenitische Versöhnung weder nach innen noch nach außen. Und den Preis der zunehmend harten ökonomischen Krise hat die Bevölkerung zu zahlen.

G.O.

Die BRD und

der Krieg im Jemen

Am 11. Oktober 1994 beantwortete das Auswärtige Amt eine Kleine Anfrage von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die wie folgt lautete: "In welcher Weise hat die Bundesregierung ... die guten Beziehungen zur Republik Jemen genutzt, um auf die nördliche Führung des Jemen einzuwirken, die Kampfhandlungen gegen den Süden einzustellen?" Hintergrund dieser Anfrage waren fortgesetzte Verstöße des Nordjemen gegen von den UN vermittelte Waffenstillstände, die von den westlichen Staaten schweigend hingenommen worden waren. Die Antwort, die nachfolgend dokumentiert wird, kann als ein Lehrstück deutscher Realpolitik gelten: Ähnlich wie kürzlich im Fall Tschetschenien stand die Bundesregierung auch im jemenitischen Krieg im Namen von "Einheit und Demokratie" unverbrüchlich zur kriegsführenden Partei. Krieg ist eben manchmal "nicht zu verhindern". Hier die Stellungnahme der Bundesregierung:

"Die Bundesregierung hat sich in ihrer Politik der Konfliktvermeidung während der Jemenkrise stets von dem Ziel leiten lassen, die Einheit des Landes zu bewahren, die Verfestigung demokratischer Strukturen zu fördern und eine dauerhafte Aussöhnung beider Landesteile zu ermöglichen. (...)

Nach Ausbruch erster Kampfhandlungen war der deutsche Botschafter im Jemen, zusammen mit den übrigen in Sanaa akkreditierten Missionschefs der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, wiederholt an Vermittlungsversuchen beteiligt.

Als Mitglied der EU-Troika und beauftragt mit der Wahrnehmung der im Jemen nicht vertretenen griechischen Präsidentschaft kam Deutschland hier eine herausgehobene Funktion zu.

Die intensiven Bemühungen der Europäischen Union und anderer Staaten der Region (Oman, Jordanien), die Streitparteien an den Verhandlungstisch zu bringen, waren jedoch vergeblich. Trotz weitgehender Zugeständnisse des Vorsitzenden des jemenitischen Präsidialrates Saleh war Vizepräsident Al-Beidh nicht bereit, sich mit dem durch das Wahlergebnis deutlich gewordenen Machtverlust abzufinden und mit der Regierung konstruktiv zusammenzuarbeiten. Er hatte ... vielmehr schon vor Ausbruch der eigentlichen Krise maßgeblich zur Erosion der Staatsgewalt und zur Unregierbarkeit Jemens beigetragen. Die Folge waren Zusammenstöße der seit 1990 nicht integrierten Armeen der ehemals unabhängigen Staaten.

Durch seine offenen sezessionistischen Ambitionen hat Al-Beidh Staat und Regierung herausgefordert und eine friedliche Lösung unmöglich gemacht.

Legitimiert durch ein eindeutiges Referendum mit dem Bekenntnis der Bevölkerung zur Einheit und das Ergebnis der Parlamentswahlen, sah sich der Vorsitzende des Präsidialrates (Präsident Saleh) mit der Erwartung konfrontiert, alles zu tun, um eine erneute Teilung des Landes zu verhindern.

So konnte trotz unermüdlicher Bemühungen ..., insbesondere der Bundesregierung ... der Sezessionskrieg nicht verhindert werden. Während des eigentlichen Bürgerkrieges lehnte die jemenitische Regierung in Sanaa eine Einstellung der Kampfhandlungen mit Rücksicht auf die zu wahrende Einheit kategorisch ab und verbat sich jedwede Einmischung. (Hervorhebung durch ak)

Die Bundesregierung wird auch in Zukunft bestrebt sein, die Einheit der Republik Jemen zu erhalten und die Verfestigung demokratischer Strukturen zu fördern."

28. Die Bedeutung des 8. Mai 1945 für Polen

Von Ryszard Nazarewicz

Autor: Ryszard Nazarewicz, Warschau · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Polen · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:27

Den Vortrag über die Bedeutung des 8. Mai 1945 für Polen hielt Prof.Dr. Ryszard Nazarewicz aus Warschau am 4.2.95 auf der Konferenz "Kapitulation und Befreiung" der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung. Der vollständige Text des hier redaktionell gekürzten Vortrags erscheint voraussichtlich im September Verlag in dem Band "Kapitulation und Befreiung" (Hg. Fritz Petrick) beim Verlag Westfälisches Dampfboot.

Ryszard Nazarewicz nahm am bewaffneten Kampf gegen die deutschen Okkupanten teil, er war Mitglied der Volksgarde (Gwardia Ludowa) und der Volksarmee (Armia Ludowa). Funktionär der Polnischen Arbeiterpartei (PPR, später PZPR). Bis zu seiner Eremitierung Professor am Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der PZPR. Er hat eine Vielzahl historischer Arbeiten vorgelegt, die neben seinem Forschungsschwerpunkt - der Geschichte der Arbeiterbewegung - u.a. die Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion, die Oder-Neiße-Grenze, den Widerstand, politische Bewegungen im Untergrund und die Rolle Polens bei der Aufdeckung des Überfalls der Nazi-Armee auf die Sowjetunion behandeln. Zu seinen wichtigsten Werken gehören: Nad gorna Warta i Pielca (Warschau 1964); Drogi do wyzwolenia. Konzepcje walki z okkupantem w Polsce ich trsci polityczne 1939-45 (Warschau 1979).

Um die Bedeutung des 8. Mai 1945 für Polen richtig beurteilen zu können, müssen die damalige Lage und die verschiedenen Ansichten über sie erörtert werden. Es geht hierbei um militärische, außenpolitische, wirtschaftliche, kulturelle und politische Aspekte. Die Kapitulation des Dritten Reiches brachte den polnischen Soldaten ein Ende ihres über fünfjährigen Kampfes, der viele Opfer und Anstrengungen kostete, aber zum endgültigen Sieg führte. Polnische Truppen beendeten ihren langen und schwierigen Feldzug auf dem Gebiet und in der Hauptstadt jener Macht, die Polen sechs Jahre zuvor angegriffen und ungeheure Greueltaten in diesem Land verübte hatte.

Unter außenpolitischem Aspekt bedeutete die Niederlage des Hitlerstaates den Anfang eines langfristigen Friedens in Europa und für Polen. Die internationale Position Polens war damals noch nicht endgültig geregelt. Die Entscheidung der siegreichen Koalition, die die neuen Regierungskräfte in Polen und seine neuen Grenzen anerkannte und somit die friedliche Entwicklung Polens ermöglichte, näherte sich erst. Obwohl der Umfang der Souveränität Polens wegen seiner Lage als Transitstaat zwischen der Sowjetunion und ihrer Besatzungszone in Deutschland begrenzt war, strebte die Führung Polens in der Nachkriegszeit - teilweise mit Erfolg - an, die Souveränität auszuweiten.

Die ungeheuren Schwierigkeiten Polens in der Wirtschaft waren eine Folge der Zerstörung der Industrie, der Landwirtschaft, des Transportwesens und des Handels. Nach der Befreiung Polens, aber noch während in anderen Teilen Europas Krieg herrschte, wurden erste Schritte für den Aufbau unternommen, so daß auch viele Kriegsbedürfnisse der Armee erfüllt werden konnten. Es wurde eine Grundlage für die umfassende Rekonstruktion der Wirtschaft geschaffen, die trotz vieler Hindernisse die Realisierung des Dreijahresplanes 1946-1948 ermöglichte. Dies war die Basis für die Umgestaltung Polens vom Agrar- zum Industriestaat. Eine große Umwandlung fand auf dem Gebiet der Kultur und Bildung statt. Sie führte bald zur vollständigen Beseitigung des Analphabetismus und eröffnete den allgemeinen Zugang zu Bildung und Kultur.

Viel komplizierter und schwieriger war die innenpolitische Lage Polens. Der Kampf um die Macht zwischen den Kräften, die bis 1939 in Polen geherrscht hatten und den neuen gesellschaftlichen Kräften, welche die Macht übernahmen, führte zu blutigen bewaffneten Kämpfen, die nach der Befreiung drei bis vier Jahre andauerten und den Charakter eines Bürgerkrieges annahmen. Sie verlangten dem vom Krieg und von der Okkupation ausgebluteten Volke noch viele Opfer ab und erschwerten den Aufbau. Gleichzeitig intensivierte sich der Druck des Stalinismus in Theorie und Praxis, was zu großen Fehlern führte und neue Schwierigkeiten und Krisen schuf. Dessen ungeachtet entsprechen die demagogischen Äußerungen einiger Historiker und Politiker aus der "neuen Elite", die heute behaupten, daß der deutschen Okkupation eine neue, die sowjetische Okkupation,

gefolgt sei, und Polen bis 1989 kein unabhängiger Staat gewesen wäre, sondern so etwas wie ein versklavtes "Kolonialgebiet", nicht der Realität.

Aus diesem komplexen Problemfeld können hier nur einige ausgewählte Aspekte vorgestellt werden.

Die militärische Lage

Polens Übergang von einem okkupierten Land zu einem befreiten Staat begann, bevor der Krieg in Europa am 8./9. Mai 1945 endete. Als Anfang des Prozesses der Befreiung galt in der Volksrepublik Polen (VRP) der 22. Juli 1944 - die Befreiung Ostpolens zwischen Bug und Weichsel und die Bildung des Polnischen Komitees für Nationale Befreiung. Damals begann der Wiederaufbau der polnischen Verwaltungsorgane und der regulären polnischen Streitkräfte aus den in der Sowjetunion gebildeten polnischen Einheiten, aus der im okkupierten Lande wirkenden Volksarmee und den Bürgern der befreiten Gebiete.

Im Januar 1945 wurde der Wiederaufbau des polnischen Staatswesens auf den Raum westlich der Weichsel ausgedehnt; einbezogen wurden die Gebiete östlich von Oder und Neiße, die nach den Entscheidungen der siegreichen drei Mächte in Teheran und Jalta Polens Westgebiete bilden sollten. Bis zur Kapitulation des Dritten Reiches okkupierten deutsche Truppen nur noch einen Teil des südwestlichen Polens (in den Grenzen von vor 1939) - bei Cieszyn-Zywiec - sowie die Halbinsel Hel.

An der im April 1945 begonnenen Berliner Operation der Roten Armee nahmen zwei polnische Armeen sowie ein Panzer- und ein Fliegerkorps in einer Gesamtstärke von 200.000 Mann teil. Das war die Hälfte des ganzen damaligen polnischen Heeres. Zum Bereich der polnischen Streitkräfte gehörten 45 km Frontabschnitt, der 17 Prozent der ganzen Angriffsbreite von 250 km bildete. Sie stellten acht Prozent der Personalstärke sowie der Panzerkräfte der drei Fronten der Roten Armee, die in der Berliner Operation kämpften. In diesen Kämpfen hatte die 1. Polnische Armee in 21 Tagen einen Verlust von 10.385 Toten, Verwundeten und Vermißten zu tragen. Die 2. Polnische Armee verlor vom 16. April 1945 an 21.360 Mann.

Auch im Westen haben polnische Streitkräfte gekämpft, und zwar im Rahmen der britischen Armee. Sie wurden in Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Deutschland und in Italien eingesetzt. Am 8. Mai 1945 zählten die polnischen Streitkräfte im Westen 195.500 Mann.

Es ist wenig bekannt, daß noch vor dem Einmarsch der regulären Armeen in Deutschland - neben vielen sowjetischen - auch polnische Fallschirmspringer abgesetzt worden sind, die von der Abt. Aufklärung II des Hauptstabs der Polnischen Armee (Wojsko Polskie) organisiert und durch Funk geleitet wurden. Zwischen Dezember 1944 und April 1945 wurden 21 solcher Gruppen, insgesamt 81 polnische Soldaten, in Mitteldeutschland eingesetzt. Von dort haben sie ihrem Stab wichtige Nachrichten über Verteilung und Bewegung der feindlichen Truppen, ihre Stärke und Bezeichnungen, über Flugplätze und Lager, verminte Objekte, Eisenbahnlinien und Straßen sowie über die militärpolitische und wirtschaftliche Lage im Rücken des Gegners durch Funk übermittelt. Trotz der großen Gefahr und der ungeheuren Schwierigkeiten, die diese Tätigkeit im unbekannten Land mit sich brachte, haben 15 dieser Gruppen ihre Aufgabe erfüllt, sechs wurden vom Feind vernichtet. Von 81 abgesetzten polnischen Fallschirmspringern kehrten 54 zurück, die übrigen fanden den Tod.

Der Zeitraum der Tätigkeit der beiden polnischen Armeen in Deutschland war ziemlich kurz - einige Wochen. Jedoch schon bevor die alte Staatsgrenze überschritten wurde, sind polnische Soldaten mit der deutschen Bevölkerung in Berührung gekommen. Die Bewohner dieser Gebiete, meistens Deutsche, erlitten große Verluste, hauptsächlich wegen der Befehle der Machthaber des Dritten Reiches, nur "verbrannte Erde" zu hinterlassen und durch die Zwangsevakuierung der Bevölkerung. Das soll nicht bedeuten, daß die Truppen der Eroberer keine Missetaten oder Racheakte verübten. Diese Erscheinungen waren nicht zuletzt die Folge des angestauten, durch Massenverbrechen und Bestialität der deutschen Okkupanten hervorgerufenen Hasses, denn fast jeder Soldat hatte ermordete Familienmitglieder und Verwandte zu beklagen. Zum Teil waren sie aber auch die Folge der Kriegsdemoralisierung, die sich in Plünderung, Gewalttaten und Raub auswirkte. Um die Probleme des Verhaltens zur deutschen Bevölkerung zu regeln, wurden Sonderbefehle der Führung der Roten und der Polnischen Armee erteilt. So befahl der Oberbefehlshaber der Polnischen Armee, General Michal Rola-Zymierski, am 22. März 1945, die Truppen über würdiges Verhalten gegenüber der deutschen Bevölkerung aufzuklären, jeden Soldaten über drohende Strafen wegen Raub, Gewalt usw. zu informieren und jeden Missetäter vor das Kriegsgericht zu stellen. - Ähnliche Erscheinungen traten auch bei der Aussiedlung

der Deutschen aus Polen, wie sie von den drei Mächten in Potsdam angeordnet wurde, auf. In vielen Fällen wurden die Urheber solcher Verbrechen scharf bestraft.

Es darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, daß in das befreite Territorium Polens bis Mai 1945 nazistische Sabotage- und Spionagetrupps eindrangen. Diese wurden vom Reichssicherheitshauptamt (RSHA) und von Abwehrstellen geleitet. Allein zwischen Juli und September 1944 sind in die befreiten polnischen Gebiete 719 geschulte Agenten verschiedener Nationalität, im Oktober/November 1944 weitere 305 in sowjetischen und polnischen Uniformen eingeschleust worden. Das dauerte bis zur Kapitulation.

Sie wirkten auch zusammen mit den auf Hitlers Befehl vom 12. November 1944 über den Kampf in Rücken des Feindes von örtlichen Nazis organisierten Diversionsgruppen (manchmal "Werwolf" genannt). Sie verübten Morde, Brandstiftungen und Terrorakte - auch gegen die deutsche Bevölkerung - in befreiten Gebieten Polens. In den im März und April 1945 vom RSHA in Polen abgesetzten Fallschirmgruppen befanden sich auch einige Polen. Es handelte sich um Mitglieder der sog. Nationalen Streitkräfte (NSZ), welche früher an der Seite der Gestapo an der Vernichtung der linksorientierten Polen mitgewirkt hatten und im Januar 1945 mit den Okkupationstruppen aus Polen nach Westen abzogen.

Die wirtschaftliche Lage

Polen trat in die Friedenszeit mit größten Belastungen ein. Während der 68 Monate - 2.078 Tage! - dauernden nazistischen Okkupation hatte Polen in Europa relativ die größten Verluste. Die über sechs Millionen Toten bildeten 22 Prozent seiner Bevölkerung. Dazu muß man 590.000 unheilbare Invaliden hinzurechnen. Zu den demographischen Verlusten gehört auch der Rückgang der Geburtenzahlen - man rechnet mit einem Rückgang um 1.200.000 Geburten im Vergleich zur Vorkriegszeit für die ersten zwei Jahre. Gleichzeitig verdoppelte sich in dieser Zeit die Sterberate. Die unersetzlichen Verluste umfaßten 40 Prozent aller Ärzte, 30 Prozent der Lehrer, 27 Prozent der Geistlichen, die Mehrheit der Handwerker.

Die materiellen Verluste betrugen 39 Prozent des Nationalvermögens. 14.000 von 22.000 Fabriken, 35.000 Handwerksbetriebe, 33 Prozent der Eisenbahngleise, 63 Prozent der Brücken, 81 Prozent der Lokomotiven und 35 Prozent der Eisenbahnwagen wurden vernichtet oder von den Okkupanten geraubt. 1945 erreichte das gesamte Nationalvermögen nur noch 38 Prozent des Standes von 1938. Die landwirtschaftliche Produktivität fiel gegenüber 1938 um über 20 Prozent, der Rinderbestand um über 40 Prozent, der Schweinebestand um 83 Prozent.

Der Wiederaufbau erforderte enorme Mittel, die dem zerstörten Land und der ausgebluteten Bevölkerung größte Entbehrungen abverlangten. Die Rekonstruktion der Wirtschaft dauerte Jahre; man schätzt, daß Polens Entwicklung um mehr als zehn Jahre zurückgeworfen worden ist. Der Wiederaufbau der zerstörten Hauptstadt Warschau und der Städte Wroclaw (Breslau), Gdansk (Danzig) u.a. dauerte Jahrzehnte und verbrauchte einen Großteil des Nationaleinkommens. Die Kosten dieser Rekonstruktion drückten schwer auf das Lebensniveau der Volksmassen. Auch das muß zu den Ursachen der Protestbewegungen und Krisen, die sich in den Nachkriegsjahrzehnten wiederholten, hinzugerechnet werden. Sie hatten ihren Anteil an der Schwächung des sozialistischen Wirtschaftssystems.

Trotz der riesigen Verluste an Arbeitskräften und immenser wirtschaftlicher Schwierigkeiten vergrößerte Polen bald nach der Befreiung seinen Anteil an der Versorgung der kämpfenden Armeen mit Lebensmitteln, Ausstattung, Waffen und Munition. Polnische Eisenbahner bauten die Strecken wieder auf und bedienten den Transport durch Polen zu den in Deutschland kämpfenden sowjetischen und polnischen Armeen.

All das erschöpft nicht den Beitrag Polens an den entscheidenden Ereignissen der letzten Kriegsphase, ist aber wesentlich für das Verständnis der Lage Polens am 8. Mai 1945 und seines Anteils am Sieg über den Faschismus.

In einem so ungeheuer zerstörten Land forderte die Notwendigkeit des möglichst schnellen Wiederaufbaus eine Konzentration der materiellen Mittel und eine zentrale Verwaltung der Wirtschaft. Das bedeutet nicht, daß solche Verwaltungsmethoden auch in der Zukunft, auf höherer Entwicklungsetappe, beibehalten werden mußten. Das gilt auch für die Aufbauprobleme der neuangeschlossenen westlichen und nördlichen Territorien Polens.

Bald nach der Befreiung wurde eine grundlegende Agrarreform durchgesetzt, der Landbesitz von über 50 ha wurde an die Bauern verteilte. Später wurden auch Industrie, Banken und Transportwesen nationalisiert. Damit wurden langjährige Forderungen der benachteiligten sozialen Schichten befriedigt. Diese Forderungen waren so stark, daß sogar Parteien, die die Exilregierung unterstützten, sich für solche Reformen aussprachen. Auch heute, trotz der lauten Reprivatisierungsansprüche der früheren Großbesitzer, wagt niemand, den Bauern ihre damals erhaltenen Grundstücke wegzunehmen.

Polnisch-sowjetische Beziehungen und ihr Einfluß auf die innenpolitische Lage Polens

In den Teheraner Beschlüssen der Großmächte vom November 1943 wurde Polen zum Operationsgebiet der Sowjetarmee bestimmt. Da die Sowjetunion ihre Besatzungszone in Deutschland haben würde, zu der alle Wege durch polnisches Gebiet führen mußten, sollte auch Polen sich im Einflußbereich der UdSSR befinden. Im gemeinsamen Interesse sollten beide Staaten ihre Beziehungen freundschaftlich regeln. Die Last der Vergangenheit, besonders die russische Herrschaft von Ende des 18. Jahrhunderts bis 1918, erschwerte eine solche Regelung. Der Krieg 1919/1920 und besonders der Angriff der UdSSR auf Polen vom 17. September 1939 mit den darauffolgenden Repressalien und Deportationen vertieften die Feindseligkeit.

Ein Wendepunkt in diesen Beziehungen hätte der nach dem Überfall des Dritten Reiches auf die Sowjetunion abgeschlossene Beistandspakt zwischen der UdSSR und der polnischen Exilregierung des Generals Wladyslaw Sikorski vom 30. Juli 1941 werden können. Viele Tausende polnische Bürger wurden damals aus den Gefängnissen, Lagern und Verbannungsorten in der Sowjetunion entlassen, und eine polnische Armee unter General Wladyslaw Anders konnte entstehen. Der Pakt aber verlor an Gewicht durch den Streit über die polnische Ostgrenze und wegen scharfer Konflikte über den zukünftigen Einsatz der Anders-Armee, was schließlich zu deren Abzug und ihren Einsatz im Iran führte. Mit der Entdeckung des Massenmords im April 1943 in Katyn war der Pakt gescheitert. Stalin, der auf Berias Vorschlag die Erschießung von über 15.000 internierten polnischen Offizieren und Beamten befohlen hatte, gab sich über den Vorschlag der polnischen Exilregierung zur Klärung dieser Verbrechen entrüstet und brach die diplomatischen Beziehungen zu ihr ab. Stalins Leugnen wurde jedoch damals von vielen Polen geglaubt, hauptsächlich deshalb, weil sie alles, was von der nazistischen Propaganda stammte, als unglaubwürdig ablehnten.

Das ganze Ausmaß der grausamen Verbrechen an Tausenden von Polen, darunter polnischer Kommunisten, die Asyl in der UdSSR gesucht hatten und den Tod fanden, war damals noch nicht bekannt. Viele Polen sahen nach dem 22. Juni 1941 in der Sowjetunion die wichtigste Kraft, die das polnische Volk vor Hitlers Terrorherrschaft und vor drohender Vernichtung retten konnte. Deswegen entschlossen sie sich, die Rote Armee mit allen Mitteln zu unterstützen. Ein Ansporn dazu war die Entstehung der Antihitlerkoalition und der Bündnisvertrag Polen- UdSSR vom 30. Juli 1941.

Es kam auch zu einer Wendung in der Politik der Leitung der Kommunistischen Internationale, die - dem Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 zwischen der UdSSR und Hitlerdeutschland folgend - jede antifaschistische Tätigkeit eingestellt und den Wiederaufbau jederart kommunistischer Organisation in Polen verhindert hatte. Im Juli 1941 war sie nun bereit, die polnischen Kommunisten - nach der Auflösung der Kommunistischen Partei Polens (KPP) im Jahre 1938 - in ihrem Parteiaufbau zu unterstützen, was sie vorher streng verboten hatte. Anfang Januar 1942 wurde die Partei (unter dem Namen PPR) in Warschau gegründet und einige Wochen später ihre Kampforganisation Gwardia Ludowa (Volksgarde - GL). Sie begann mit Sabotageaktionen und dem Partisanenkampf und stellte sich Terrormaßnahmen der Okkupanten entgegen.

Das Schicksal der fast drei Millionen polnischer Juden war ein Schock für die Polen, obwohl damals noch niemand die Richtlinien der Wannseekonferenz und des 1942 im RSHA ausgearbeiteten "Generalplan Ost" kennen konnte. Es festigte sich allmählich die Überzeugung, daß das Endziel von Hitlers Polenpolitik die Ausrottung der ganzen Nation sei, daß die Nazis die Methode der industrialisierten Massentötung auch gegen die Polen anwenden können, die ebenso wie die Juden als "Untermenschen" behandelt wurden. Die Zahl der Massenmorde an Polen und die Massenaussiedlungen aus ihren Heimstätten wuchs.

Die polnische Linke hat das Wesen des Faschismus früh erkannt, ihre 6.000 Vertreter in Spanien kämpften als erste Polen gegen ihn. Sie nahm auch als erste den bewaffneten Kampf gegen den Okkupanten auf, der bald auch von anderen polnischen Kräften geführt wurde. Die PPR verstand auch die Notwendigkeit, das Volk im Angesicht einer tödlichen Bedrohung zu vereinigen und eine Nationale Front zum Kampf gegen die

Okkupanten zu bilden. Ihre Orientierung auf das gemeinsame Wirken aller Polen wurde aber von der Landesdelegatur der Londoner Exilregierung sowie von der dem Oberbefehlshaber in London unterstehenden Landesarmee (Armia Krajowa - AK) abgelehnt. Die Hauptursache dieser Spaltung war die Stellung zur Sowjetunion, die von den Parteien der Rechten als "zweiter Feind" betrachtet wurde, sowie zur polnisch-sowjetischen Grenze und auch zum Partisanenkampf, den die Exilregierung - bis 1943 - als vorzeitig auffaßte. Nach der Entdeckung des Massenmords in Katyn und der Suspendierung der sowjetisch-polnischen Beziehungen wurde von dieser Seite eine umfangreiche antikommunistische Aktion entfaltet, die bis zu politischen Morden führte.

Diese Realität zwang die PPR-Führung, ihr Programm bedeutend zu modifizieren und jetzt nicht nach gesamtnationaler Einheit, die sich trotz aller Anstrengungen als nicht erreichbar erwies, sondern nach einer Koalition der linken und demokratischen Kräfte zu streben. Ausdruck dessen war die Entstehung des Landesnationalrates (KRN) in der Nacht zum 1. Januar 1944 in Warschau, an dem die Vertreter der PPR, der linkssozialistischen Partei RPPS, des linken Flügels der Bauern-Partei und anderer demokratischer Gruppen teilnahmen.

Gleichzeitig wurde aus den Militärorganisationen dieser Richtungen die Volksarmee (Armia Ludowa - AL) gebildet. Hauptaufgabe des Landesnationalrates war der Befreiungskampf und die gleichzeitige Vorbereitung einer provisorischen Regierung und ihre Bildung im günstigen Moment. Diese werde die UdSSR als Bündnispartner betrachten und damit die gefährliche Krise in den gegenseitigen Beziehungen abwenden.

Diese Lösung wurde von sowjetischer Seite sehr reserviert aufgenommen. Das alte Mißtrauen Moskaus gegenüber den die PPR anführenden polnischen Kommunisten verstärkte sich mit der Wahl von Wladyslaw Gomulka zum Sekretär des ZK der PPR. Diese Wahl war nicht, wie es früher Brauch war, vorher mit Moskau abgestimmt worden. Ein weiterer Anlaß war die Gründung des KRN - ebenfalls ohne Moskaus Zustimmung. Churchill kritisierte in einem Schreiben an Stalin vom 1. Februar 1944 die Gründung des KRN.

Dies veranlaßte Stalin zu einen Reihe von Gegenmaßnahmen. U.a. wurde die Nichtanerkennung des KRN befohlen; das Gesuch des KRN um sowjetische Waffenabwürfe für die Volksarmee blieb unbeantwortet; KRN, AL und PPR sollten in die Pläne einer zukünftigen Verwaltung des befreiten Polen nicht einbezogen werden.

Dieser Krisenzustand dauerte einige Monate, bis sich aus den vertraulich in London geführten Besprechungen zwischen dem sowjetischen Botschafter und der polnischen Exilregierung ergab, daß eine Verständigung wegen der prinzipiellen Gegensätze über Polens Ostgrenze und über die Zusammensetzung einer polnischen Regierung nicht möglich war. Erst dann sah Stalin im KRN einen Faktor, der die Stagnation in der polnischen Frage überwinden könnte und entschied, den KRN als im okkupierten Polen wirkende Struktur, als Keimzelle der zukünftigen Staatsmacht in Polen anzuerkennen - im Gegensatz zu den Exilbildungen in London und in Moskau.

Eine KRN-Abordnung wurde am 22. Mai 1944 offiziell empfangen. Waffenabwürfe für die Volksarmee wurden, obwohl viel zu spät, eingeleitet. Die KRN-Abordnung wurde zu den Vorbereitungsarbeiten über die zukünftige Verwaltung im befreiten Polen hinzugezogen. Am 22. Juni 1944 wandte sich das provisorische Machtorgan, das Polnische Komitee für Nationale Befreiung (PKWN), mit einem Manifest an das polnische Volk. Ebenfalls wurden Vereinbarungen mit der Sowjetregierung über polnische Grenzen sowie über die Beziehungen zwischen dem PKWN und den Behörden der Roten Armee im befreiten Polen abgeschlossen.

Obwohl die Sowjetregierung mit dem PKWN diplomatische Beziehungen knüpfte und es als ein provisorisches Verwaltungsorgan betrachtete, erkannte sie das PKWN nicht als souveräne Regierung an. Erst nachdem mit Mikolajczyk (Chef der Londoner Exilregierung) keine Einigung zu erzielen war und nach dem Warschauer Aufstand entschied sich die Sowjetregierung, die am 31. Dezember in Lublin gebildete Provisorische Regierung offiziell anzuerkennen.

Noch im September 1944 hatte das PKWN mit den Regierungen der Ukrainischen, der Belorussischen und der Litauischen Sowjetrepubliken Verträge über beiderseitige Repatriierung der Bevölkerung abgeschlossen. Es wurden - hauptsächlich 1945 und 1946 - über 1,7 Millionen polnische Bürger nach Polen und mehrere Hunderttausend Ukrainer, Belorussen, Litauer und Russen in die UdSSR übersiedelt. Somit wurde Polen ein im nationalen Sinne fast homogener Staat, was für die Zukunft ethnischen Konflikten vorbeugte.

Der Kampf um die Macht und die Anfänge des Bürgerkrieges

Die Befreiung Polens durch die Rote Armee und die von den Linkskräften geschaffene Polnische Armee führte zu einem neuen politischen Kräfteverhältnis in Polen. Die PPR, die als Partei der revolutionären Arbeiterbewegung zum ersten Mal in der Geschichte dieser Bewegung die Möglichkeit zur legalen Tätigkeit und zur Teilnahme an der Staatsmacht erlangte, wuchs beachtlich. Sie übte diese Macht zusammen mit den verbündeten linksdemokratischen Parteien aus: der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), der Bauernpartei (SL) und der Demokratischen Partei (SD). Zu ihrem Einfluß unter den Volksmassen hat ihre aktive Teilnahme am Befreiungskampf beigetragen und besonders ihr Programm zur Durchführung tiefgehender sozialer Reformen.

Die verbündeten Parteien hatten jedoch zu wenige und vor allem zu wenig geschulte Kader. Sie hatten große Verluste erlitten: Bereits in den dreißiger Jahren wurden ungefähr elftausend Funktionäre und Mitglieder der KPP in der Sowjetunion ermordet. Im Kampf gegen den Okkupanten fielen Tausende linksgerichtete Patrioten; polnische Reaktionäre, vorwiegend des NSZ, hatten zudem 1943/44 über 700 dieser Patrioten ermordet. Die Repräsentanten der neuen Macht aber - meist Arbeiter und Bauern - hatten keine Erfahrung für die Ausübung von Staatsfunktionen.

In dem im Jahre 1944 befreiten Teil Polens, wo ungefähr acht Millionen Menschen lebten, waren damals über drei Millionen Sowjetsoldaten konzentriert. Sie wurden von der polnischen Bevölkerung herzlich aufgenommen. Die Sympathie für die Befreier wurde aber durch Enttäuschung und sogar Feindseligkeit getrübt. Die Ursache war vor allem die Tätigkeit der NKWD-Dienststellen, die der Armee folgten. Die Machtausübung der jungen Volksmacht wurde hierdurch in hohem Maße beeinträchtigt und in ihrer Souveränität eingeschränkt.

Gemäß dem Vertrag vom 26. Juli 1944 zwischen den PKWN und der Sowjetregierung über die Beziehungen zwischen dem Oberkommando der Roten Armee und der polnischen Verwaltung sollten die Gerichtsbarkeit und die Verfolgung der Verbrechen gegen die Rote Armee im Operationsgebiet den sowjetischen Justizorganen obliegen. Aber in der Praxis ignorierten die sowjetischen Sicherheitsorgane diese Beschlüsse. Laut Stalins Befehl vom 14. Juli 1944 über die Entwaffnung der Angehörigen der Armia Krajowa (AK) wurden Tausende, die keine Verbrechen verübt hatten, verhaftet und in die Lager der Sowjetunion deportiert. Selbst der größere Teil der AK-Soldaten, die im Warschauer Aufstand gekämpft und die Weichsel durchschwommen hatten, um nicht in die Hände der Hitlerfaschisten zu fallen, wurde am östlichen Ufer verhaftet.

Die Verhaftungen in Polen dauerten an. Laut Bericht des NKWD-Bevollmächtigten für Polen, General Iwan Serow, wurden in dem Zeitraum zwischen 15. Oktober 1944 und dem 11. Januar 1945 in Polen vom NKWD 13.142 Menschen, darunter 9101 AK-Mitglieder, verhaftet. Wie Beria an Stalin meldete, befanden sich am 17. Juni 1945 in Gefängnissen und Lagern der UdSSR 25.045 polnische Bürger. Hinzu kommen auch die aus Oberschlesien in die Kohlengruben der Ukraine deportierten Bergleute - 7202 - und die 32.731 Kriegsgefangenen der Wehrmacht, die sich als Polen erklärten. Nach vielen Interventionen der polnischen Regierung wurde die Mehrheit von ihnen in den Jahren 1946-1949 freigelassen und repatriiert, die verbliebenen Überlebenden erst in den Jahren 1956-1957.

Dieses Verfahren der sowjetischen Sicherheitsorgane gegen AK-Soldaten ließ die politische Differenzierung in den AK-Reihen außer Betracht sowie die Tatsache, daß viele von ihnen tapfer gegen den Okkupanten gekämpft hatten, daß sie in ihrer Mehrheit nicht gegen die Rote Armee und noch weniger gegen die Polnische Armee und die polnischen Behörden auftreten wollten.

Die sowjetischen Repressalien waren gegen die gesamte Armia Krajowa gerichtet. Damit erleichterten sie die politischen Pläne der Exilbehörden und der AK-Führung, die den Kampf um die Macht in Polen aufzunehmen beabsichtigten. Diese Pläne sahen ein bewaffnetes Auftreten gegen die linken Kräfte vor, welche die Anwesenheit der Sowjetarmee dazu benutzen könnten, die Macht zu übernehmen.

Wie aus der Funkmeldung des General Bór-Komorowski vom 14. Juli 1944 nach London ersichtlich ist, sollte eine Situation hervorgerufen werden, die "die Sowjets zwingen wird, unseren Willen mit Macht zu brechen. Dann wird offene Gewalt folgen, die einen Protest seitens der uns freundlich gesonnenen Verbündeten auslösen wird." Den AK-Partisanen, die bisher gegen die deutschen Okkupanten kämpften, wurde befohlen, als "Fremdkörper" im Rücken der Sowjetarmee in Bereitschaft zu verbleiben und ihre Anerkennung für die

Exilregierung zu demonstrieren. Ein Eintritt in die Polnische Armee wurde ihnen verboten, aber auch die Niederlegung der Waffen und die Demobilisierung untersagt. Somit wurden sie in eine Lage gedrängt, die die an der Front kämpfende Rote Armee in ihrem Rücken nicht tolerieren würde. Ihr Schicksal sollte die westliche öffentliche Meinung und die Regierungen veranlassen, sich für ihre Sache einzusetzen. Diese Politik führte zu zahlreichen persönlichen Tragödien und Opfern auf allen Seiten und hatte verhängnisvolle Folgen für das kriegszerstörte Land.

Nach formeller Auflösung der AK am 19. Januar 1945 ordnete der Kommandierende General der AK, Okulicki, den Übergang zu neuer, strengerer Konspiration an. Sie sollte vertrauenswürdige Kader, Stäbe, Funknetze und Kampfgruppen in Gestalt einer neuen Geheimorganisation umfassen, die sich nacheinander "NIE" (NEIN), "Delegatur der Streitkräfte" und "Wolnosc i Niedpodleglosc" (WiN - Freiheit und Unabhängigkeit) nannte. Verschiedene Kampfgruppen und -abteilungen, auch die der rechtsextremen NSZ und der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA - in Südostpolen) aktivierten im Frühling 1945, nach Abzug der Hauptkräfte der Roten Armee und eines Großteils der NKWD-Truppen nach Deutschland, ihre Anschläge auf Staatsbehörden, Polizeiposten, Gemeinden, Kassen usw., verübten Terrorakte gegen Staats- und Parteifunktionäre. Bis Ende April 1945 wurden von ihnen 5000 Menschen getötet, darunter auch Angehörige der Roten Armee.

Auf der Konferenz in Jalta erklärte Stalin während der Debatte über Polen, daß er keinesfalls die Londoner Exilregierung anerkennen werde, weil deren Agenten sowjetische Soldaten angreifen würden und bereits 212 von ihnen getötet hätten. Er folgerte daraus: "Ohne sicheres rückwärtiges Gebiet kann von weiteren Siegen der Roten Armee keine Rede sein." Churchill antwortete: "Jeder, der die Rote Armee angreift, soll bestraft werden."

Bevor noch der Weltkrieg in Europa zu Ende gegangen war, glitt Polen in einen neuen Krieg - diesmal war es Bürgerkrieg. Es war ein begrenzter Bürgerkrieg, territorial begrenzt auf einige Bezirke des Staates, und von Art und Umfang der Kampfhandlungen beschränkt auf Anschläge und Partisanentätigkeit; die zweite Phase - Ausbildung der Frontlinien - hat er nicht erreicht.

Die heutigen Verehrer der damaligen bewaffneten Opposition bestreiten, daß es sich um einen Bürgerkrieg gehandelt habe. Sie stellen den Kampf der Gegner der Regierung um die Staatsmacht als einen Kampf um die Unabhängigkeit Polens dar. Dasselbe wurde auch in der damaligen Propaganda der Opposition behauptet. In Wirklichkeit war es umgekehrt. Hätte die Tätigkeit der Opposition Erfolg gehabt und hätten die polnischen Behörden diese Opposition nicht überwinden können, so hätte die UdSSR darin eine wesentliche Bedrohung der Verbindungen mit ihrer Besatzungszone in Deutschland und des globalen Gleichgewichts gesehen. Eine Einmischung und damit eine größere Beschränkung der polnischen Souveränität wären die unvermeidliche Folge gewesen.

Die polnischen Sicherheitsorgane waren damals erst im Entstehen. Sie wurden von früheren Soldaten und Partisanen gebildet, waren noch schwach, und konnten nicht alle Probleme, deren Ursachen sie kaum beeinflussen konnten, lösen. Nach NKWD-Meldungen aus Polen waren sie überdies durch sogenannte fremde Elemente "mit falschen Richtlinien" desorientiert. In der Staats- und PPR-Führung gab es Meinungsverschiedenheiten über die Stellung zu den illegalen Mitgliedern der Organisationen. Es gab Funktionäre, die für ein scharfes Vorgehen mit Hilfe der Sowjettruppen votierten. Die Anhänger Gomulkas dagegen wollten diese Probleme ohne fremde Einmischung lösen und eine "Politik der ausgestreckten Hand" gegenüber jenen verfolgen, die nicht mehr gegen die Volksmacht auftreten würden. Repressive Maßnahmen, die viele Menschen in die Illegalität getrieben haben, wurden von Gomulka, besonders auf dem Mai-Plenum 1945, scharf verurteilt.

Trotz der Bemühungen der polnischen Staatsbehörden, die nicht nur Gewalt, sondern auch politische Methoden wie Amnestien und individuellen Straferlaß anwandten, wuchs die Zahl der Todesopfer. Bis Ende 1945 waren es 7400, darunter ganze Familien, sogar ganze Dörfer. Zu den schrecklichsten Mordtaten gehört der Fall Wierzchowiny (Bezirk Lublin), wo am 6. Juni 1945 eine NSZ-Gruppierung alle 196 Dorfeinwohner, darunter 65 Kinder, ermordete.

Die Lage wurde nach dem Beginn des "Kalten Krieges" noch schwieriger. Die Gegner der Regierung erwarteten das Herannahen des dritten Weltkrieges, der die Niederschlagung der UdSSR durch die USA, die damals als einziger Staat über die Atombombe verfügte, zum Ergebnis haben würde. Diese Pläne scheiterten,

aber die blutigen Kämpfe dauerten bis 1947/1948 an. In den östlichen Teilen Polens hatten sie einen besonders grausamen Charakter, wobei von beiden Seiten brutale Methoden angewendet wurden. Die Versuche der Gegner der Regierung, das Land in die Anarchie zu stürzen und das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben zu desorganisieren, kostete Polen ungefähr 30.000 Todesopfer, davon zwei Drittel auf der Seite der Volksmacht.

Hierbei ist auch die Rolle des äußeren Faktors nicht zu unterschätzen. Die Anwesenheit der Sowjetarmee östlich und westlich Polens, schloß eine eventuelle, von der bewaffneten Opposition erwartete Intervention der Westmächte, wie sie z.B. in Griechenland erfolgte, aus. Dieser Schirm ist aber nicht mit einem "Import der Revolution" gleichzusetzen. Keine äußere Hilfe hätte in diesem Bürgerkrieg die inneren polnischen Kräfte ersetzen können und hat sie auch nicht ersetzt. Für die Löschung der Herde des Bürgerkrieges haben sich über 200.000 junge Polen in den Reihen der Regierungskräfte und der Freiwilligen Reserve der Miliz (ORMO) eingesetzt. Auch die überwiegende Mehrheit des polnischen Volkes wollte endlich die Möglichkeit zum Leben in Frieden und zum Aufbau des Landes haben.

Die politischen und psychologischen Folgen des Bürgerkrieges belasteten durch die Jahrzehnte hinweg das polnische Leben. In der Gegenwart leben die Revanche-Tendenzen rechter Politiker wieder auf. Nach deren Ansicht war die Tätigkeit der bewaffneten Opposition, ihr Kampf um die Staatsmacht, ein Kampf um die Unabhängigkeit und Selbständigkeit Polens. Die Gegenmaßnahmen der Regierungsseite aber werden als Kampf gegen die Souveränität Polens, als Verrat zugunsten der "sowjetischen Okkupanten" dargestellt. Die Verbrechen der Gegner der Volksmacht hingegen werden fast gänzlich verschwiegen, die Verbrechen der Regierungsanhänger aber stark übertrieben oder einfach erfunden. Die Zeit der vollen Wahrheit über diesen Konflikt ist wohl noch nicht gekommen.

Die außenpolitische Lage

Bis zum 8. Mai 1945 hatte Polen diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion, die die polnische Regierung im internationalen Rahmen unterstützte, sowie mit der Tschechoslowakei und Jugoslawien; informell auch mit Frankreich. Die westlichen Alliierten unterstützten die Exilregierung auf diplomatischer Ebene, während ihre Geheimdienste den Anhängern der Exilregierung in Polen halfen. Die Stellung der Westmächte zu Polen brachte dem Lande viele Schwierigkeiten beim Wiederaufbau und führte zu seiner Isolierung, da viele Kriegsverbündete und neutrale Staaten der Politik der Westmächte folgten.

Polen sah in der Sowjetunion seinen nächsten und engsten Verbündeten - 600.000 Rotarmisten waren bei der Befreiung Polens gefallen -, wollte aber seine Politik selbständig bestimmen, auch im Zusammenwirken mit dem sowjetischen Verbündeten. Ausdruck dieser Politik ist der am 21. April 1945 geschlossene Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Republik Polen und der UdSSR. Tatsächlich aber waren diese Beziehungen nicht gleichberechtigt. Die von den drei Großmächten geschaffene Teilung Europas setzte Polen in den Einflußbereich der Sowjetunion, was sich auf Polens Außen-, aber auch Innenpolitik auswirken mußte. Das Ausmaß dieses Drucks wechselte, aber bis zu Stalins Tod war die Einschränkung der Souveränität des polnischen Staates abnorm groß. Bis zum Kriegsende war das Verhältnis durch die militärische Lage bestimmt. Außerdem hat die Tätigkeit der sowjetischen Sicherheitsorgane in Polen, die meist nicht mit den polnischen Behörden abgestimmt war und die polnischen Staatsinteressen kaum berücksichtigte, dem polnischen Staat große Schwierigkeiten bereitet. Ein wichtiger Fall solch eigenmächtiger Handlungsweise war die Verhaftung der 16 führenden Vertreter der Exilregierung, darunter der Vizepremier Stanislaw Jankowski und der AK-Hauptkommandant General Leopold Okulicki. Diese Maßnahme hat der NKWD-Bevollmächtigte General Serow ohne Kenntnis der polnischen Regierung mit heimtückischen Methoden durchgeführt.

Diese Personen wurden im Auftrage der Sowjetregierung zu Besprechungen über die in Jalta vereinbarte polnische Regierung der Nationalen Einheit eingeladen. Es wurde ihnen persönliche Sicherheit garantiert. Als sie diesen Vorschlag annahmen und am festgelegten Ort erschienen, wurden sie am 25. März 1945 per Flugzeug nach Moskau gebracht. Doch statt offizieller Besprechungen wurden sie in die Lubjanka gesperrt. Erst am 4. Mai äußerte Molotow, sie seien wegen sowjetfeindlicher Tätigkeit verhaftet worden. Von polnischer Regierungsseite wurde das als Verletzung der Souveränität Polens und des polnisch-sowjetischen Vertrages verurteilt. Als rechtlos und schädlich hat Wladyslaw Gomulka, damals 1. Sekretär der PPR und Vizepremier, diese Tat in einem Gespräch mit Stalin in Moskau vom 17.-21. April bezeichnet und verlangt, die 16

Verhafteten den polnischen Behörden auszuliefern. In seinen Memoiren urteilte Gomulka, daß Serows Tätigkeit in Polen mehr Schaden angerichtet hat als die von ihm verhafteten Personen. Serow wurde abberufen, der Prozeß gegen die 16 wurde dennoch vom 18.-25. Juni in Moskau durchgeführt. Alle bekamen verschiedene Gefängnisstrafen. In der Mehrheit kehrten sie nach Polen zurück. Die Hauptangeklagten aber, Jankowski und Okulicki, sind im Zuchthaus gestorben, was viele Jahre von den Sowjetbehörden geheimgehalten wurde.

Dieser Prozeß war so anberaumt, daß in derselben Zeit in Moskau die Verhandlungen über die Bildung der polnischen Regierung der Nationalen Einheit geführt wurden. Am 20. Juni 1945 wurde diese Regierung vorgestellt. Premier wurde Edward Osóbka-Morawski, der diesen Posten bereits im PKWN einnahm. Seine Stellvertreter wurden Gomulka und Stanislaw Mikolajczyk (bis Dezember 1944 Ministerpräsident der Exilregierung in London). Es wurden einige Minister aus der Exilregierung aufgenommen, aber die Mehrheit in der neuen Regierung und die wichtigsten Ministerien behielten die Mitglieder der Provisorischen Regierung. Die Regierungsteilnahme der Politiker aus London sollte Polen Stabilisierung und inneren Frieden bringen, was aber nicht gelang.

Die außenpolitische Lage Polens hatte sich jedoch wesentlich verbessert - alle drei westlichen Großmächte erkannten die neue polnische Regierung an und nahmen diplomatische Beziehungen auf. Gleichzeitig annullierten sie die bisherige Anerkennung der Exilregierung. Zu der Dreimächtekonferenz in Potsdam vom 17. Juli bis 2. August 1945 wurde eine polnische Delegation eingeladen. Sie konnte den Führern der Großen Koalition ihre Meinungen darlegen. Die Entscheidungen der Konferenz waren für Polen günstig. Es wurde endgültig über die polnische Westgrenze entschieden, die entlang der Westneiße, der Oder und westlich von Stettin verlaufen sollte. Die Aussiedlung der Deutschen aus Polen wurde festgelegt. Über die neue deutsch-polnische Grenze war bereits in Teheran und Jalta entschieden worden, aber ohne Einzelheiten. Der Potsdamer Beschluß über die Oder-Neiße-Grenze bestätigte vollendete Tatsachen, nämlich die Anwesenheit der dort angesiedelten polnischen Bevölkerung. Diese Ansiedlung war durch den Beschluß der UdSSR-Regierung vom 20. Februar 1945 möglich geworden, die auf Antrag der polnischen Provisorischen Regierung die Gebiete östlich der Oder und Neiße in polnische Verwaltung überwies, obwohl damals noch nicht alle hiermit zusammenhängenden Fragen geklärt waren.

Mit der Umsiedlung vieler Tausender Polen aus den östlichen Territorien, die der Ukraine, Belorußland und Litauen angeschlossen wurden, in die neuen westlichen Gebiete, wurden schwere und komplizierte Probleme gelöst. Diese Umsiedlung wurde durch die Haltung der polnischen Exilregierung in London besonders erschwert. Deren Ministerpräsident Tomasz Arciszewski hatte in einem Presseinterview am 13. Dezember 1944 erklärt: "Wir wollen kein Breslau und kein Stettin." Er forderte, dem polnischen Staat die Ostgebiete zurückzugeben, in denen aber die Mehrheit der Bevölkerung aus Ukrainern und Belorussen bestand. Diese Einstellung hatte Einfluß auf einen Teil der Polen, vorwiegend aus den Ostgebieten, die ihre Heimatorte verlassen mußten.

Das Ende der großen Massenumsiedlung sollte ein wichtiger Faktor der Stabilisierung Polens werden. Diese Bewegungen wurden aber erst nach dem Abkommen mit der UdSSR 1956 beendet, als viele Tausende polnische Bürger aus den Lagern und Verbannungsorten der Sowjetunion zurückkehren konnten. Die Frage der endgültigen Anerkennung der neuen deutsch-polnischen Grenze dauerte auf bundesdeutscher Seite noch einige Jahrzehnte, bis sie endlich gelöst wurde.

Hierdurch wurden die Folgen des zweiten Weltkrieges für Polen beseitigt und eine Grundlage für einen hoffentlich dauerhaften Frieden gelegt.

Redaktioneller Hinweis: Über den Warschauer Aufstand 1944 informiert umfassend Werner Röhr in seinem Beitrag "Gewittersturm über Warschau. Politische Akzente des Aufstandes 1944" in ak 369 (24.8.94).

29. ak-Serie: Kapitulation und Befreiung, Teil 4

Autor: Editorial · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:31

Fünfzig Jahre nach Kriegsende scheinen die Empfehlungen des deutschen Historikers Michael Stürmer allgemein akzeptiert zu sein. Der ehemalige Kanzlerberater, im "Historikerstreit" Parteigänger der Geschichtsrevisionisten Nolte und Hillgruber, hatte schon 1983 gefordert, Geschichtsbetrachtung offen für staatstragende Politik zu instrumentalisieren. Jeder moderne Staat, auch die BRD, bedürfe einer "höheren Sinnstiftung, die nach der Religion bisher allein Nation und Patriotismus zu leisten imstande waren", schrieb Stürmer damals. Seine von Jürgen Habermas sogenannte "funktionale Deutung des historischen Bewußtseins" gipfelte in dem Satz: "In einem geschichtslosen Land gewinnt derjenige die Zukunft, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet."

Bundespräsident Roman Herzog, als Hauptdarsteller identitätsstiftender Symbolpolitik im Gedenkjahr 1995 im Tourneestreß, erbringt die von ihm erwarteten Leistungen mit Bravour. Nach seinem "klugen Schweigen" (Der Spiegel) in Auschwitz und den "falschen leisen Tönen" (Frankfurter Rundschau) bei der Dresdner Trauerfeier ist er im Monat März in die Offensive gegangen. Er hat nicht mehr nur, wie in Dresden, "Erinnerung gefüllt" und "Vergangenheit gedeutet", sondern auch zukunftsträchtige "Begriffe geprägt". In seiner ersten außenpolitischen Rede plädierte er für eine "selbstbewußte" deutsche Außenpolitik "ohne Zähnefletschen und Tschingdarassabum, aber auch ohne Verkrampfungen". Eine "Globalisierung" der deutschen Politik sei "unvermeidlich": "Das Ende des Trittbrettfahrens ist erreicht." Das Modewort umschreibt in diesem Zusammenhang die feige Zurückhaltung der Deutschen, wenn es gilt, "militärische Macht einzusetzen". Das sei nun mal unumgänglich, "wenn alle anderen Mittel versagt haben" - nicht nur wegen der "ethnischen Säuberer" und "fundamentalistischen Prediger des Hasses", sondern auch wegen der "deutschen Interessen", die von Herzog präzise definiert werden: "Deutsche Interessen, das sind zunächst unsere unmittelbaren nationalen Interessen wie Sicherheit und Bewahrung von Wohlstand." Generell gelte: "Vorbeugung ist ... besser als Schadensbegrenzung", "risikoscheues Nichthandeln" dagegen auf Dauer "risikoreicher als risikobereites Handeln."

Die von Herzog auf einprägsame Begriffe gebrachten Anforderungen an "selbstbewußte" und "risikobereite" deutsche Außenpolitik wurden - ganz so weit sind wir noch nicht - keineswegs auf einer offiziellen Feier aus dem Zyklus 50 Jahre nach 1945 vorgetragen, sondern anläßlich des 40jährigen Bestehens der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Auch ein 100. Jahrestag war im vergangenen Monat zu begehen. Dem "Centenarius" Ernst Jünger, Kriegsverherrlicher, Nationalist und intellektueller Wegbereiter der Nazis, machten sowohl Herzog als auch Kohl ihre Aufwartung. Die medienwirksam inszenierte Würdigung galt natürlich nur dem Dichter - der selbst als Hundertjähriger nichts zurücknehmen will; auch nicht die 1930 geschriebene Vernichtungsdrohung gegen die deutschen Juden.

Wo die staatlichen Würdenträger mit absichtsvoller Ungenauigkeit von Verbrechen "im deutschen Namen" sprechen, rekonstruieren wir die historischen Fakten so präzise wie möglich. Im vierten Teil unserer Serie Kapitulation und Befreiung geht es um die Zahl der Opfer der Schoah und um die Bedeutung des 8. Mai 1945 für Polen - ein Thema, das durch die Weigerung der Bundesregierung, polnische Vertreter an der zentralen Feier zum Jahrestag der Befreiung teilnehmen zu lassen, besondere Brisanz bekommen hat.

Oben: Das Unerreichbare, Grafik von Henri Pieck, 1945

ak-Serie

Kapitulation

und Befreiung

Fünfzig Jahre nach Kriegsende scheinen die Empfehlungen des deutschen Historikers Michael Stürmer allgemein akzeptiert zu sein. Der ehemalige Kanzlerberater, im "Historikerstreit" Parteigänger der Geschichtsrevisionisten Nolte und Hillgruber, hatte schon 1983 gefordert, Geschichtsbetrachtung offen für staatstragende Politik zu instrumentalisieren. Jeder moderne Staat, auch die BRD, bedürfe einer "höheren Sinnstiftung, die nach der Religion bisher allein Nation und Patriotismus zu leisten imstande waren", schrieb

Stürmer damals. Seine von Jürgen Habermas sogenannte "funktionale Deutung des historischen Bewußtseins" gipfelte in dem Satz: "In einem geschichtslosen Land gewinnt derjenige die Zukunft, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet."

Bundespräsident Roman Herzog, als Hauptdarsteller identitätsstiftender Symbolpolitik im Gedenkjahr 1995 im Tourneestreß, erbringt die von ihm erwarteten Leistungen mit Bravour. Nach seinem "klugen Schweigen" (Der Spiegel) in Auschwitz und den "falschen leisen Tönen" (Frankfurter Rundschau) bei der Dresdner Trauerfeier ist er im Monat März in die Offensive gegangen. Er hat nicht mehr nur, wie in Dresden, "Erinnerung gefüllt" und "Vergangenheit gedeutet", sondern auch zukunftsträchtige "Begriffe geprägt". In seiner ersten außenpolitischen Rede plädierte er für eine "selbstbewußte" deutsche Außenpolitik "ohne Zähnefletschen und Tschingdarassabum, aber auch ohne Verkrampfungen". Eine "Globalisierung" der deutschen Politik sei "unvermeidlich": "Das Ende des Trittbrettfahrens ist erreicht." Das Modewort umschreibt in diesem Zusammenhang die feige Zurückhaltung der Deutschen, wenn es gilt, "militärische Macht einzusetzen". Das sei nun mal unumgänglich, "wenn alle anderen Mittel versagt haben" - nicht nur wegen der "ethnischen Säuberer" und "fundamentalistischen Prediger des Hasses", sondern auch wegen der "deutschen Interessen", die von Herzog präzise definiert werden: "Deutsche Interessen, das sind zunächst unsere unmittelbaren nationalen Interessen wie Sicherheit und Bewahrung von Wohlstand." Generell gelte: "Vorbeugung ist ... besser als Schadensbegrenzung", "risikoscheues Nichthandeln" dagegen auf Dauer "risikoreicher als risikobereites Handeln."

Die von Herzog auf einprägsame Begriffe gebrachten Anforderungen an "selbstbewußte" und "risikobereite" deutsche Außenpolitik wurden - ganz so weit sind wir noch nicht - keineswegs auf einer offiziellen Feier aus dem Zyklus 50 Jahre nach 1945 vorgetragen, sondern anläßlich des 40jährigen Bestehens der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Auch ein 100. Jahrestag war im vergangenen Monat zu begehen. Dem "Centenarius" Ernst Jünger, Kriegsverherrlicher, Nationalist und intellektueller Wegbereiter der Nazis, machten sowohl Herzog als auch Kohl ihre Aufwartung. Die medienwirksam inszenierte Würdigung galt natürlich nur dem Dichter - der selbst als Hundertjähriger nichts zurücknehmen will; auch nicht die 1930 geschriebene Vernichtungsdrohung gegen die deutschen Juden.

Wo die staatlichen Würdenträger mit absichtsvoller Ungenauigkeit von Verbrechen "im deutschen Namen" sprechen, rekonstruieren wir die historischen Fakten so präzise wie möglich. Im vierten Teil unserer Serie Kapitulation und Befreiung geht es um die Zahl der Opfer der Schoah und um die Bedeutung des 8. Mai 1945 für Polen - ein Thema, das durch die Weigerung der Bundesregierung, polnische Vertreter an der zentralen Feier zum Jahrestag der Befreiung teilnehmen zu lassen, besondere Brisanz bekommen hat.

Oben: Das Unerreichbare, Grafik von Henri Pieck, 1945

30. Vor 50 Jahren. Chronologie Teil 4: April 1945

Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:05

Diese Chronologie entstand durch die Auswertung verschiedener Quellen; darunter das Kalendarium der Geschehnisse im KZ Auschwitz von Danuta Czech, die Enzyklopädie des Holocaust, die Deutsche Chronik - Alltag im Faschismus von Heinz Bergschicker, der Endlösung-Atlas von Gilbert und verschiedene andere. Der Vergleich dieser Quellen ergab, daß manche Datumsangaben um Tage differieren. Dies liegt in einigen Fällen daran, daß Ereignisse ihrem Beginn bzw. - bei militärischen Operationen - ihrem Endpunkt zugeordnet werden. Teilweise sind die Abweichungen aber auch darin begründet, daß insbesondere in der Endphase des Krieges die Unterlagen über einige "Maßnahmen" gar nicht mehr geführt wurden und außer den Erinnerungen der wenigen Überlebenden keine anderen Quellen vorhanden sind.

April 1945

Während die Westalliierten ihren Vormarsch fortsetzen, rückt die Rote Armee auf Berlin vor, das Ende April erobert wird. Nahezu zeitgleich kommt es in Torgau an der Elbe zur historischen Begegnung zwischen amerikanischen und sowjetischen Truppen. Einige führende Nazis begehen Selbstmord. Während sich die deutschen Truppen im Westen nahezu kampflos ergeben, konzentrieren sich die militärischen Anstrengungen auf die Front gegen die Rote Armee, die auf Berlin vorrückt.

Im Verlauf des April gibt Himmler den Befehl, die weitere Vernichtung der Gefangenen einzustellen und statt dessen die Lager den Alliierten zu übergeben. Er gestattet einigen Tausend Gefangenen, ins Ausland (Schweden oder Schweiz) zu gehen. Hitler widerruft diesen Befehl Himmlers.

Bei Mauthausen wird noch ein weiteres Lager errichtet: Enns (2.000 Gefangene).

Tag für Tag -

Chronologie

des April 1945

1. April 1945: Auflösung des Lagers Dora-Mittelbau im Harz. Die meisten Gefangenen müssen nach Bergen-Belsen marschieren, was ca. zwei Wochen dauert. Eine Kolonne wird in der Nähe der Stadt Gardelegen in eine Scheune geleitet, die dann angesteckt wird. Die US-Armee findet dort hunderte verbrannter Leichen.

Amerikanische Truppen umzingeln das Ruhrgebiet.

Französische Truppen überschreiten den Rhein bei Karlsruhe.

Evakuierung der Halbinsel Hela (Danziger Bucht).

2. April 1945: Aufruf der faschistischen Führung zum "Werwolf", d.h. zur Bildung bewaffneter Banden in den von alliierten Truppen besetzten Gebieten.

Amerikanische Truppen in Kassel.

Himmler bietet über Graf Bernadotte dem amerikanischen Oberbefehlshaber Eisenhower eine Teilkapitulation an.

Bormann befiehlt allen NS-Funktionären, in ihren Gauen und Kreisen entweder "zu siegen oder zu sterben".

3. April 1945: Befehl Himmlers, rücksichtslos gegen alle vorzugehen, die die weiße Flagge an ihren Häusern hissen.

Im KZ Mauthausen werden die sechs Häftlinge, die im Januar als Geheimnisträger aus Auschwitz überstellt worden waren, im Krematoriumsgebäude erschossen.

Münster wird besetzt.

In Bratislava ermorden die Nazis alle 497 Mitglieder eines jüdischen Zwangsarbeitsbataillons.

3./4. April 1945: Eine Kolonne aus dem Lager Nordhausen wird gezwungen, nach Flintsbach am Inn aufzubrechen (885 km). Eine Kolonne aus Ohrdruf muß nach Dachau marschieren (395 km). Eine Kolonne aus Halberstadt bricht am 4. April nach Gießen auf (520 km).

Befreiung von Bratislava; Einmarsch der Roten Armee in Österreich. Ungarn wird restlos von deutschen Truppen geräumt.

Karlsruhe wird besetzt.

5. April 1945: Die Rote Armee beginnt den Angriff auf Wien.

Das Reichsamt für Volksgesundheit gibt Empfehlungen für "Ersatzlebensmittel" heraus: Klee und Luzerne (Schneckenklee), Frösche und Schnecken, Streckung des Mehls durch Sägespäne und Baumrinde sowie Vitaminversorgung durch Jungtriebe von Fichten und Kiefern.

6. April 1945: Eine Kolonne von 3.500 Juden aus dem KZ Buchenwald wird auf den Marsch geschickt. 1.400 werden unterwegs ermordet. Bis zum 10. April verlassen weitere Kolonnen Buchenwald. Etwa 21.000 Gefangene bleiben im Lager; von den 40.000 auf den Todesmärschen werden 13.500 ermordet.

Der Aufstand der Widerstandsorganisation in Wien scheitert.

Wien ist umschlossen.

Sturmangriff auf Königsberg.

Sarajevo wird von der jugoslawischen Volksarmee befreit.

Goebbels läßt in Berlin Plakate mit der Aufschrift "Durchhalten!" anbringen.

7. April 1945: Eine Kolonne Gefangener wird aus Halberstadt auf einen Todesmarsch nach Appendorf getrieben (527 km).

Dönitz befiehlt, sämtliche "Verräter aus niedriger Feigheit" mit einem entsprechenden Schild um den Hals aufzuhängen.

8. April 1945: Die dritte Kolonne wird aus Halberstadt nach Burstendorf in Marsch gesetzt (262 km).

Auf dem Präbichl, einem Berg nahe Eisenerz in Österreich, werden jüdische Gefangene, die den sogenannten Süd-Ost-Wall hatten bauen müssen und nun von Ungarn nach Österreich getrieben wurden, durch Maschinengewehrfeuer ermordet.

In Wien zieht sich die Wehrmacht hinter den Donau-Kanal zurück.

Die NSDAP-Parteikanzlei ordnet an, daß sämtliche NS-Funktionäre sich aus dem Staatsdienst zurückziehen und sich auf ihre Parteiämter beschränken.

9. April 1945: Im KZ Flossenbürg werden ermordet: Pfarrer Dietrich Bonhoeffer, Admiral Wilhelm Canaris, Generalmajor Hans Oster, Hauptmann Ludwig Gehre, Generalstabsrichter Karl Sack, Direktor Theodor Strünck.

Einnahme Königsbergs durch die Rote Armee.

Alliierte Offensive in Richtung Po-Ebene.

Die "Evakuierung" von Mauthausen beginnt.

10. April 1945: Amerikanische Truppen in Essen und Hannover. In Hannover wird ein "Wiederaufbau-Ausschuß" gebildet.

In Brettheim, Kreis Crailsheim, werden drei Antifaschisten für die versuchte Übergabe des Ortes an die Alliierten von einem Standgericht verurteilt und erhängt.

11. April 1945: Selbstbefreiung der Häftlinge im KZ Buchenwald.

In Braunschweig tritt die "Antifaschistische Aktion" in Erscheinung.

Beistandsvertrag der Sowjetunion mit Jugoslawien.

12. April 1945: Beginn der jugoslawischen Offensive zur Befreiung Syrmiens; Beginn des deutschen Rückzugs aus Ostkroatien.

Amerikanische Truppen überschreiten die Elbe und besetzen Weimar. Die Rote Armee besetzt Königsberg.

Keitel, Himmler und Bormann befehlen die Verteidigung aller deutschen Städte "bis zum äußersten".

Tod von US-Präsident Roosevelt. Unter seinem Nachfolger Truman setzt eine Verschärfung der amerikanischen Politik gegen die Sowjetunion ein.

13. April 1945: Als eines der letzten Nebenlager von Buchenwald wird Rehmsdorf geräumt. Von den 4.340 Juden, die das Lager verlassen, kommen nur 500 in Theresienstadt an. Die übrigen werden ermordet oder kommen auf andere Weise ums Leben.

Massenmord der Gestapo an antifaschistischen Häftlingen in der Wenzelnbergschlucht bei Solingen-Landwehr.

Wien wird von der Roten Armee eingenommen.

Sturm auf West-Samland (Ostpreußen).

14.-18. April 1945: Noch vor dem Eintreffen der US-Armee in Solingen bildet sich dort die "Antifaschistische Volksfront".

Himmler befiehlt, bei KZ-Räumungen Häftlinge lebend zurückzulassen.

In Leipzig ruft das "Nationalkomitee Freies Deutschland" die Bevölkerung auf, die Verteidigung zu verhindern.

In einem Tagesbefehl an die Soldaten der Ostfront verspricht Hitler: "Berlin bleibt deutsch. Wien wird wieder deutsch!".

15. April 1945: Die britische Armee befreit das Lager Bergen-Belsen und findet dort entsetzliche Verhältnisse vor. Etwa 60.000 Gefangene leben noch, inmitten von Tausenden von Leichen. In den nächsten fünf Tagen sterben 14.000 weitere Gefangene, in den darauffolgenden 14 Tagen noch einmal 14.000 Menschen. Bergen-Belsen war seit Mitte 1944 und verstärkt in den letzten Monaten des Krieges Ziel der Todesmärsche aus allen übrigen KZs gewesen. Von Januar bis Mitte April 1945 starben in Bergen-Belsen etwa 35.000 Menschen; allein im März starben 18.168 Gefangene, die meisten davon an einer Typhusepidemie, die sich aufgrund der katastrophalen sanitären Bedingungen und völligen Unterernährung der Gefangenen ausbreiten konnte.

Im Ruhrgebiet findet die erste Betriebsrätekonferenz statt und verabschiedet einen "Aufruf zur Gründung eines freien Deutschen Gewerkschaftsbundes".

Beginn der Offensive gegen Ostrava, das zehn Tage später befreit wird. St. Pölten in Österreich wird eingenommen.

Hitler verbietet Himmler die Übergabe von Konzentrationslagern mit lebenden Insassen. Himmler nimmt entsprechende Vollmachten an SS-Obersturmbannführer Becher zurück. Becher, ein Mitarbeiter Eichmanns, setzt seine Arbeit weiter fort und rettet vor der Übergabe des Lagers Mauthausen an die Alliierten die etwa 110.000 Insassen des KZ, darunter 22.000 Juden, vor der schon angeordneten Vernichtung.

Mit Hilfe des Roten Kreuzes werden 413 dänische Juden aus der CSR nach Schweden transportiert.

Von Ravensbrück aus werden 17.000 Frauen und von Sachsenhausen 40.000 Männer in Marsch gesetzt. Tausende sterben auf dem Marsch oder werden ermordet. Der Zug schleppt sich durch die mecklenburgische Seenplatte nach Wittstock und Pritzwalk. Am 30. April wird der Zug von der Roten Armee eingeholt. Mehrere tausend Menschen werden befreit.

16. April 1945: Beginn der Offensive der Roten Armee gegen Berlin von Oder und Neiße aus.

Seit Monatsbeginn haben sich im Westen über 750.000 Mann nahezu kampflos in Gefangenschaft begeben.

17. April 1945: 350.000 Soldaten werden bei der Liquidierung des Ruhrkessels gefangengenommen.

18. April 1945: Magdeburg und Düsseldorf werden eingenommen; Amerikaner überschreiten die Grenze der Tschechoslowakei.

19. April 1945: Die ehemaligen Häftlinge des KZ Buchenwald legen den "Schwur von Buchenwald" ab.

Leipzig wird besetzt.

Durchbruch der Alliierten auf Bologna.

Goebbels beschwört in einer Rundfunkrede mit Blick auf die Westmächte die "bolschewistische Gefahr": "Noch einmal stürmen die Heere der feindlichen Mächte gegen unsere Verteidigungsfronten an. Hinter ihnen geifert als Einpeitscher das internationale Judentum, das keinen Frieden will, bis es sein satanisches Ziel der Zerstörung der Welt erreicht hat. Aber es wird vergeblich sein! Gott wird Luzifer, wie so oft schon, wenn er vor den Toren der Macht über alle Völker stand, wieder in den Abgrund zurückschleudern, aus dem er gekommen ist."

20. April 1945: Britische Truppen bei Lauenburg an der Elbe.

In Hamburg werden die 20 "Kinder vom Bullenhuser Damm" ermordet.

Amerikanische Truppen in Nürnberg und Leipzig.

Beginn des Todesmarsches von 30.000 Häftlingen des KZ Sachsenhausen. 3.000 Häftlinge bleiben im Lager.

Das Berliner Stadtzentrum wird von sowjetischer Artillerie beschossen.

Letzte Zusammenkunft der NS-Führungsspitze an Hitlers 56. Geburtstag. Göring mit Stab geht nach Bayern, Himmler mit dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) und von Ribbentrop mit dem Außenministerium gehen nach Schleswig-Holstein; im Bunker unter der Reichskanzlei verbleiben u.a. Hitler, Bormann, Goebbels und Krebs (Generalstabschef). Hitler unterstellt den "Nordraum" Admiral Dönitz, den "Südraum" General Kesselring.

In Theresienstadt befinden sich 17.239 Menschen. In den folgenden Tagen werden 12.000 bis 14.000 weitere Gefangene nach Theresienstadt gebracht.

21. April 1945: Sowjetische Truppen erreichen den nordöstlichen Stadtrand von Berlin. Cottbus wird erobert.

Das Zellengefängnis Lehrter Straße in Berlin wird geräumt. Ein Teil der Gefangenen kommt frei, ein anderer Teil wird auf dem Ulapgelände (ein Berliner Vergnügungspark) von SS-Leuten ermordet.

Himmler verhandelt im Gut Hartzfelde mit einem Vertreter des Jüdischen Weltkongresses über die bedingte Freilassung jüdischer Häftlinge.

Zusammenbruch der deutschen Front in Italien.

Beistandsvertrag der Sowjetunion mit Polen.

Das KZ Ravensbrück ist fast vollständig geräumt; zurück bleiben nur die kranken Häftlinge und ihre Pfleger.

Letzte Vergasungen von zumeist kranken Häftlingen in Ravensbrück und Mauthausen (bis 28. April).

21.-25. April 1945: In den KZs Gusen und Mauthausen werden 2.125 Kranke vergast.

22. April 1945: Die Rote Armee befreit das KZ Sachsenhausen.

Franzosen rücken in Stuttgart ein.

Der Sicherheitsdienst (SD) der Nazis ermordet in Berlin am Lehrter Bahnhof 20 politische Gefangene, darunter: Claus Bonhoeffer, Albrecht Haushofer und Justus Perels.

Bei einer Konferenz in San Francisco kommt es zu einem Zusammenstoß zwischen US-Präsident Truman und dem sowjetischen Außenminister Molotow, insbesondere wegen Differenzen in der polnischen Frage: Welche Regierung wird von wem anerkannt?

Im KZ Jasenovac in Bosnien wagen 600 Gefangene einen Aufstand. 520 Gefangene werden getötet, 80 können fliehen, davon 20 Juden. In Jasenovac waren die letzten 1.000 der ursprünglich 14.000 Juden Bosniens gefangengehalten.

23. April 1945: Kranke Häftlinge in Ravensbrück werden vergast.

Amerikanische Truppen befreien das KZ Flossenbürg.

Mauthausen wird für das Rote Kreuz geöffnet.

Himmler bietet ohne Wissen Hitlers den Westalliierten über den schwedischen Grafen Bernadotte bei einem Treffen in Kiel eine Teilkapitulation an. Hitler befiehlt, alle verfügbaren Kräfte gegen den Bolschewismus einzusetzen. Generaloberst Jodl schlägt den Westalliierten vor, die Truppen im Westen nach Osten gegen die Rote Armee zu führen. Bormann entwickelt den Plan, tschechische Industrielle nach Frankreich zu schicken, um so die Westalliierten zu einem Eingreifen gegen die Rote Armee in der Tschechei zum Schutz von deren Eigentum zu bewegen.

Göring, der von Süddeutschland aus am 24. April in Eisenhowers Hauptquartier fliegen wollte, um einen Waffenstillstand an der Westfront zu vereinbaren, wird auf Befehl Hitlers festgenommen, nachdem er Hitler zum Rücktritt aufgefordert hatte.

Die britische Armee steht vor Hamburg-Harburg.

24. April 1945: Dr. Hans Bachmann, Generalsekretär des internationalen Komitees vom Roten Kreuz, trifft den Chef des RSHA, Kaltenbrunner, in Innsbruck; dieser ermuntert ihn, den Juden Lebensmittel zu schicken, und verspricht die Freilassung einiger Juden, die Staatsbürger der alliierten Länder sind.

Berlin ist von der Roten Armee eingeschlossen.

Ulm wird besetzt.

25. April 1945: Auflösung des Lagers Stutthof, wo noch etwa 4.500 Gefangene leben. 200 Jüdinnen werden am Ufer erschossen; von den 4.000 Gefangenen, die auf fünf Fähren abtransportiert werden, werden 2.000 ermordet. Insgesamt starben bei den "Evakuierungsmaßnahmen" in Stutthof seit Januar 1945 etwa 26.000 Menschen. Überlebende, die mit den Fähren am 3. Mai in der Nähe von Lübeck ankommen, werden dort von SS-Männern beschossen; Wehrmachtsoffiziere fotografieren diese Morde.

In Torgau an der Elbe treffen sowjetische und amerikanische Truppen zusammen.

Gründung der Vereinten Nationen in New York durch 51 Staaten.

Zusammenbruch der deutschen Front in der Po-Ebene: Mantova, Reggio und Parma werden besetzt; Partisanen befreien Mailand, später auch Genua, Turin u.a. Städte.

In Cuneo (Oberitalien) werden von der Gestapo sechs Juden festgenommen und erschossen.

Ein Kapitulationsangebot Himmlers erreicht die Alliierten und wird zurückgewiesen.

26. April 1945: Britische Truppen in Bremen.

Der innere Verteidigungsring in Berlin zerbricht. Stettin wird erobert.

Selbstbefreiung der Häftlinge des Zuchthauses Brandenburg-Görden.

Beginn des Abtransports von 9.600 Häftlingen aus dem KZ Neuengamme zur Lübecker Bucht.

Todesmarsch aus dem KZ Dachau mit 10.000 Gefangenen.

Die letzten Schiffe aus Stutthof erreichen Lübeck und Eckernförde.

Verona wird besetzt.

27. April 1945: Beginn des Todesmarsches von 20.000 weiblichen Häftlingen aus dem KZ Ravensbrück.

In Marienbad (CSR) werden 1.000 Häftlinge des Todesmarschs von Rehmsdorf nach Theresienstadt mit Maschinenpistolen und Granaten getötet. Weitere 500 werden bei der Ankunft in Theresienstadt ermordet. Von ursprünglich 2.775 Häftlingen auf diesem Marsch überleben nur 75.

In Bremen wird die "Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus" gegründet.

Die Wiederherstellung der Österreichischen Republik wird proklamiert.

In München unternimmt die Dolmetscher-Kompanie Gerngroß den Versuch eines Aufstands. In Dachau versuchen Häftlinge einen Ausbruch.

Straßenkämpfe in Berlin.

Himmlers Angebot wird von den Westmächten über Rundfunk bekanntgegeben.

28. April 1945: Letzte Vergasungen im KZ Mauthausen. Die Opfer sind österreichische Antifaschisten.

150 Juden erreichen Schweden, wohin sie als erste von insgesamt 3.500 Jüdinnen und 3.500 nichtjüdischen Frauen während der letzten zehn Kriegstage vom Roten Kreuz gebracht wurden. Fünf von ihnen kommen bei einem alliierten Luftangriff ums Leben.

In Penzberg/Oberbayern werden 17 Antifaschisten erschossen oder gehängt, weil sie die Zerstörung von Betrieben und die Ermordung von Kriegsgefangenen verhindern und die Stadtverwaltung absetzen wollten.

Italienische Partisanen nehmen Mussolini fest und erschießen ihn am folgenden Tag.

Augsburg wird besetzt.

Potsdam wird erobert; die Garnison ist gespalten; die Entsatzarmee Wenck wird bei Ferch abgewiesen. Hitler befiehlt die Verhaftung des "Verräters" Himmler.

Hitler hinterläßt sein "politisches Testament": "Es werden Jahrhunderte vergehen, aber aus den Ruinen unser Städte und Kunstdenkmäler wird sich der Haß gegen das letzten Endes verantwortliche Volk immer wieder erneuern, dem wir das alles zu verdanken haben: dem internationalen Judentum und seinen Helfern. (...) Vor allem verpflichte ich die Führung der Nation zur peinlichen Einhaltung der Rassegesetze und zum unbarmherzigen Widerstand gegen den Weltvergifter aller Völker, das internationale Judentum."

29. April 1945: Amerikanische Truppen befreien das KZ Dachau, die Rote Armee befreit das KZ Ravensbrück; 3.500 kranke Frauen werden vorgefunden.

Britische Truppen überschreiten bei Lauenburg die Elbe und befreien das KZ Neuengamme.

Im Ruhrgebiet findet eine Konferenz von Vertretern aus 46 Betrieben und Schachtanlagen für die Vorbereitung einheitlicher Gewerkschaften statt.

Greifswald wird vom Kampfkommandanten unversehrt an die Rote Armee übergeben.

Kapitulation Italiens.

30. April 1945: Amerikanische Truppen rücken in München ein.

Sowjetische Truppen hissen auf dem Reichstagsgebäude in Berlin die rote Fahne.

Befreiung des KZ Ravensbrück durch die Rote Armee. Die evakuierten Häftlinge werden ebenfalls befreit.

Hitler begeht Selbstmord, nachdem er Großadmiral von Dönitz zum Reichspräsidenten und Oberbefehlshaber der Wehrmacht, Goebbels zum Reichskanzler ernannt hat.

Ende April 1945: Todesmärsche auch in den Lagern des KZ-Komplexes Mauthausen. Allein auf den 60 km zwischen Gunskirchen und Mauthausen werden Tausende Gefangene begraben; in Eisenerz wurde nach dem Krieg ein Massengrab mit 3.500 Toten aufgefunden, die auf dem Marsch nach Mauthausen gestorben waren. Überlebende berichten, daß Kinogänger in Eisenerz die Marschkolonne mit Steinen beworfen haben.

Aus Ungarn werden aus verschiedenen Lagern Gefangene nach Mauthausen deportiert.

Alle jüdischen Gefangenen in Gunshausen werden in das erst im März errichtete Nebenlager Gunskirchen deportiert.

31. Berichte über den Tod in Auschwitz. Eine Sammelrezension

Autor: Katja Leyrer · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:03

Die Bücher, die im folgenden kurz skizziert werden, sind neu, 1994 oder 1995 erschienen (oder wieder aufgelegt). Einige sind hier erwähnt, obwohl sie bereits ein oder zwei Jahre länger im Buchhandel erhältlich sind, aber wichtig genug, um noch LeserInnen zu finden. Gemeinsam ist den Titeln das Thema: Es sind Biographien über oder Autobiographien von Menschen, die Auschwitz überlebt haben oder dort den Tod fanden.

Bereits 1992 erschienen ist Marianne Brentzels Biographie mit dem ziemlich unsäglichen Titel "Nesthäkchen kommt ins KZ". Das Buch handelt von der Lebensgeschichte Else Urys, einer deutschen Bestseller-Autorin von Kinder- und Jugendbüchern.

Else Ury hat zwischen 1905 und 1933 nicht nur die berühmt-berüchtigten Nesthäkchen-Bände geschrieben, sondern ca. 40 schrecklich erbauliche und der Tradition großbürgerlicher Familienerziehung verpflichtete Bücher, insbesondere "Mädchenbücher". Deren pädagogische Grundaussagen sind Tugend, Ordnung und Liebe zum Vaterland, und die erfolgreiche Autorin soll auch der Machtübergabe an die Nationalsozialisten nicht abgeneigt gewesen sein.

Doch Else Ury war Jüdin. Im März 1935 erhielt sie den Bescheid über ihren Ausschluß aus der Reichsschrifttumkammer; 1937 wurden ihre Bücher aus den Schulbibliotheken entfernt. Im Januar 1943 wurde die 66jährige nach Auschwitz deportiert. Ihr genaues Todesdatum ist nicht bekannt.

Noch einige Monate vorher hatte Else Ury sich mehrfach im Ausland aufgehalten; sie verfügte über Geld und Beziehungen und hätte relativ problemlos emigrieren können, doch sie glaubte nicht daran, daß sie in tödlicher Gefahr war.

Marianne Brentzels "Annäherung an Else Ury" ist ein Buch mit großen Schwächen. Neben Recherchen über das Leben der "Nesthäkchen"-Autorin und dokumentierten Briefen enthält es einen recht unüberschaubaren Mischmasch aus fiktiven Interviews mit der Ermordeten, sowie zahlreichen Vermutungen und ausgedachten Geschichten der Biographin. Das ist manchmal langweilig, manchmal auch ärgerlich. Dennoch ist das Buch ein Dokument, das eine erstaunliche Wissenslücke auffüllt: "Nesthäkchen"-Bücher gibt es immer noch, aber über die Lebensgeschichte und Ermordung der Autorin, der man mit Sicherheit keine linke oder fortschrittliche Einstellung nachsagen kann, ist kaum etwas bekannt. Zudem straft es die gern gehegte Vorstellung Lügen, daß privilegierte jüdische Bürger mit Beziehungen oder der "richtigen" Einstellung dem nationalsozialistischen Terror weniger stark ausgeliefert gewesen wären als andere.

Die drei nachfolgenden Bücher sind von Menschen geschrieben, die Auschwitz überlebt haben.

Jenny Spritzers Bericht über das Konzentrations- und Vernichtungslager - "Ich war Nr. 10291" - erschien erstmals bereits 1946 im Selbstverlag und fand keinen Verleger. 1994 wurde es nun wieder aufgelegt.

Der Text ist ein eindringliches Dokument dessen, was die Autorin in den zweieinhalb Jahren "als Sekretärin in Auschwitz" erlebt und gesehen hat: Erschießungen, Verhöre und die vielen, vielen Toten. Jenny Spritzer war, weil sie eine schöne Schrift hatte, als eine der "Schreiberinnen des Todes" in der Registratur der SS des "Stammlagers" Auschwitz I eingesetzt. Beim Frankfurter Auschwitz-Prozeß 1964 stand sie im Zeugenstand.

In ihrer Niederschrift erzählt sie auch vieles, was scheinbar zu den Nebensächlichkeiten des Lageralltags gehörte: von Freundschaften unter den Häftlingen, von den hygienischen Zuständen, heimlichen Geburtstagsfeiern und "Lese"stunden, während derer sich die Frauen Romane erzählten.

Sie berichtet auch von ihrer Deportation 1942 aus Frankreich und ihrer - lebensrettenden - Flucht auf dem Todesmarsch Ende Januar 1945. Als sie nach Auschwitz verschleppt wurde, war sie bereits 35, hatte einen kleinen Sohn und war mit einem Pelzhändler in Holland verheiratet. Daß der Sohn die Jahre bei Verwandten überlebt hatte, erfuhr sie erst 1945 in der Schweiz.

Dort lebt die Autorin noch heute in einem jüdischen Altersheim. Die betagte Dame geht immer noch in Schulklassen und erzählt von dem, was sie in Auschwitz erlebt hat.

In einem Anhang des Schweizer Buches wird sie interviewt und berichtet von dessen Entstehungsgeschichte und ihrem Leben nach 1945, aber auch von antisemitischen Ausschreitungen in Zürich - 1993!

Auch der Augenzeugenbericht von Miklós Nyiszli wurde bereits 1946 verfaßt. "Im Jenseits der Menschlichkeit" ist jedoch als deutschsprachige Erstausgabe erst 1992 erschienen, übersetzt aus dem Ungarischen.

Der Verfasser, ein ungarischer Jude rumänischer Staatsbürgerschaft, war Arzt und hat als solcher in einem "Sonderkommando" von Auschwitz überlebt.

Studiert hatte Nyiszli in Kiel und Breslau.

Der Allgemeinmediziner wurde 43jährig im Mai 1944 mit Frau und Kind nach Auschwitz deportiert und zur "Vernichtung durch Arbeit" ins Lager Auschwitz III (Monowitz) selektiert. Nach vier Wochen Einsatz auf der IG Farben-Baustelle wurde er mit anderen Ärzten nach Birkenau verlegt. Im "Sonderkommando" des Krematoriums II mußte er Selektionen vornehmen und Protokollberichte für Mengele schreiben. Er war einer der wenigen Häftlinge, die ein solches "Sonderkommando" überlebt haben und bezeugen konnten, was vor ihren Augen geschah.

Im Januar 1945 überstand Nyiszli einen Todesmarsch über Mauthausen in das KZ Eibensee in Oberösterreich und wurde dort am 5. Mai 1945 von amerikanischen Truppen befreit. Er war schwer krank und wurde nie wieder richtig gesund.

1947 meldete sich Miklós Nyiszli als einer der wichtigsten Belastungszeugen im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß gegen IG Farben. Knapp zehn Jahre später erlag er seinen Krankheiten.

Sein tagebuchartiger Bericht beginnt mit der Deportation und endet 1946 mit dem Wiedersehen von Frau und Tochter, die Auschwitz und Bergen-Belsen überlebt haben.

Den Aufzeichnungen ist ein umfangreicher Anmerkungsteil angefügt, in dem auch nicht besonders informierte Leserinnen und Leser ausführliche Erläuterungen über Auschwitz und die Situation der ungarischen Juden in jener Zeit finden. Im Anschluß folgen noch ein kommentiertes Namensregister und eine Literaturliste. Erwähnenswert ist darüberhinaus die liebevolle biographische Beschreibung des verstorbenen Autors durch den Leipziger Arzt Dr. Friedrich Herber, der das Buch auch herausgegeben und bearbeitet hat.

Die Autobiographie der Hamburger Auschwitz-Überlebenden Lucille Eichengreen (früher Cecilie Landau) erschien ebenfalls 1992 und ist viel zu wenig bekannt geworden. Ihr Buch "Von Asche zum Leben", entstanden unter Mitarbeit von Hariet Chamberlain, gehört wie die beiden vorgenannten in jede öffentliche Bibliothek.

Die Autorin lebt seit 1946 in den USA und verspürt, wie sie mehrfach schreibt, bis heute keinerlei Sehnsucht nach Deutschland. Am Schluß des Buches berichtet sie von ihrem einzigen Besuch in Polen und Deutschland nach Kriegsende im Jahr 1991, von ihrem Entsetzen über den erhalten gebliebenen und neuen Antisemitismus in beiden Ländern. Während ihres Aufenthaltes war sie - auf Einladung des Senats - übrigens auch in Hamburg, denn sie gehörte zu den ehemaligen Hamburger Juden, deren Biographie in der Ausstellung "Jüdisches Leben am Grindel" aufgezeigt wurde. Die Veranstaltung mit den Honoratioren der Stadt sei kalt gewesen, schreibt sie, "ohne würdiges Gedenken an die jüngste Geschichte der Juden noch der Deutschen".

Cecilie Landau wurde 1941 als junges Mädchen aus Hamburg über das Getto Lodz nach Auschwitz deportiert. Ihr Vater war bereits in Dachau gestorben, die Mutter verhungerte im Getto. Die Spur der kleinen Schwester Karin verliert sich nach Auschwitz. Cecilie Landau blieb dort nur ein paar Wochen und wurde dann zur Zwangsarbeit in ein Außenlager von Neuengamme selektiert, u.a. zur Beseitigung der Bombenschäden bei Blohm & Voss und der Hamburger Innenstadt.

Im April 1945 wurde sie in Bergen-Belsen befreit und einige Monate später zur wichtigen Belastungszeugin gegen die SS-Kriegsverbrecher des KZ Neuengamme, denn dort hatte sie im Lagerbüro gearbeitet. Gemeinsam mit britischen Militärs nahm sie an der Verhaftung von 40 Frauen und Männern teil, die Lageraufseher gewesen waren. Kurze Zeit später wurde sie bedroht und verließ unter schwierigen Umständen das Land. Sie hat in den USA auch ihren Namen geändert.

Eichengreens Aufzeichnungen, die vielen Stationen unterschiedlicher Konzentrationslager im Leben der jungen Frau, sind eine einzige Schreckensgeschichte. Vom Tod des Vaters erfuhr sie 16jährig - noch in Hamburg - als ein Gestapo-Mann eine Zigarrenkiste voller Asche auf den Küchentisch warf. Im Getto Lodz hat sie gemeinsam mit der zwölfjährigen kleinen Schwester die tote Mutter in die Erde gegraben. In Bergen-Belsen registrierte sie 20jährig das Entsetzen der britischen Soldaten beim Anblick der noch lebenden Häftlinge, zu denen sie selbst gehörte.

Der Anfang des Buches spielt in Hamburg 1933 bis 1938 zwischen Hohe Weide, Sternschanzenpark und Israelitischer Töchterschule; der Vater führt eine Weinhandlung in der Lindenallee. Der Schluß des Buches - die Reise 1991 u.a. nach Hamburg - ist bestimmt von enttäuschten Erwartungen über diese Stadt in diesem Land. "Anstelle von Reue trafen wir auf Schweigen. Anstelle von Erinnerung oder aufrichtiger Achtung oberflächliche Gesten. Anstelle von Toleranz fanden wir verhüllte Mißachtung."

Sarah Kofman war weder in Auschwitz noch in einem anderen KZ. Dennoch hat dieser Ort ihre Kindheit bestimmt, über die sie erst 1994, kurz bevor sie sich das Leben nahm, in ihren autobiographischen und psychoanalytisch gefärbten Notizen berichtete.

Die spätere französische Philosophie-Professorin war acht Jahre alt, als ihr Vater, Rabbiner einer kleinen Synagoge in Paris, 1942 in Paris verhaftet wurde. Erst nach Kriegsende erfuhr sie von seinem Tod in Auschwitz.

Sarah Kofman hatte wie ihre Mutter und fünf Geschwister die deutsche Besatzung in unterschiedlichen Verstecken und unter anderem Namen überlebt. In ihren Kindheits-Erinnerungen gibt es keine Toten, "nur" die dauernde Bedrohung durch die Deutschen. Und Sarah war ein Kind, daß sich den neuen Regeln des Versteckens nicht beugen mochte und andere in Gefahr brachte. Bis sie bei einer Witwe untergebracht wurde, die einerseits gut mit dem Kind umgehen konnte, andererseits eine christliche "Suzanne" aus ihr machte. Dort blieb die Kleine lange - bis zur Befreiung - und akzeptierte während dessen die fremde Frau als Mutter. Die beiden "Mütter" stritten nach Kriegsende um das Kind, und in der damals elfjährigen Sarah blieb dieses schmerzhafte Doppelleben auch innerlich bestehen.

Der Titel "Rue Ordener Rue Labat" benennt die Straßen, in denen die beiden Mütter gewohnt haben. Sarah Kofmans Buch ist ein trauriges Zeugnis der Narben, die vom Nationalsozialismus verfolgte Kinder auch dann davon getragen haben, wenn sie nicht im Konzentrationslager oder Elend überlebt, sondern sogar genug zu essen gehabt haben.

Von Kindern und deren Überleben handelt der Band von Alwin Meyer, einem Mitarbeiter von Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste. "Die Kinder von Auschwitz" versammelt 13 Lebensgeschichten von Menschen aus verschiedenen Ländern, die als Kinder oder Jugendliche nach Auschwitz verschleppt wurden. Einige von ihnen haben nach der Befreiung ihre Eltern oder andere Verwandte wiedergefunden, die meisten nicht.

Im Lager selbst überlebten sie entweder im "Familienlager" und anschließend versteckt, oder sie hatten sich als Jugendliche bei der Selektion als älter erklärt und wurden zur Zwangsarbeit herangezogen.

Alwin Meyer hat die Überlebens- und Lebensgeschichten dieser Menschen, sechs Frauen und sieben Männer, behutsam und ihnen gerecht werdend zusammengetragen und mit vielen Fotos versehen. Die Überlebenden werden interviewt, auch über ihr Leben vor und nach dem Lager. Einige von ihnen, die 1945 noch sehr klein waren, wurden direkt nach der Befreiung von Einwohnern aus der Gegend von Auschwitz aufgenommen, später adoptiert und sind aus diesem Grund in Oswiecim aufgewachsen. Heute leben die Interviewten in Israel, Polen, Ungarn und Prag, einer in Konstanz.

Vorgestellt ist den dokumentarisch belegten Berichten eine längere Einführung über die Situation der Kinder in Auschwitz, Mengeles Zwillingsversuchen und die "Familienlager". Das ist vor allem deshalb wichtig, weil in den Interviews aus verständlichen Gründen wenig von den Brutalitäten des Überlebens in Auschwitz die Rede ist.

Eine ausführliche Literaturliste zum Thema ist angefügt.

Das Buch ist ein wichtiges biographisches Dokument zu Auschwitz. Es ist konkret und auch für Jugendliche verständlich, die nicht viel Geschichtskenntnisse haben und auch deshalb für die Arbeit mit Schülern hervorragend geeignet.

Katja Leyrer

Marianne Brentzel: Nesthäkchen kommt ins KZ. Eine Annäherung an Else Ury 1877 - 1943, 253 Seiten, gebunden, edition ebersbach, Zürich-Dortmund, 1992, DM 38,-

Jenny Spritzer: Ich war Nr. 10291. Als Sekretärin in Auschwitz, 157 Seiten, Rothenhäusler Stäfa, Zürich 1994, DM 29,-

Miklos Nyiszli: Im Jenseits der Menschlichkeit. Ein Gerichtsmediziner in Auschwitz, 195 Seiten, Dietz, Berlin 1992, DM 22,-

Lucille Eichengreen: Von Asche zum Leben. Lebenserinnerungen. Aufgeschrieben unter Mitarbeit von Harriet Chamberlain, 248 Seiten, gebunden, Dölling und Galitz, Hamburg 1992, DM 34,-

Sarah Kofman: Rue Ordener Rue Labat. Autobiographisches Fragment, 109 Seiten, edition diskord, Tübingen 1995, DM 20,-

Alwin Meyer: Die Kinder von Auschwitz, 240 Seiten, Bildband, Lamuv, Göttingen 1995, DM 29,80

32. Die Zahl der Opfer der Schoah

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:13

Die Frage, wie viele Menschen insgesamt durch die Nazis umgebracht wurden, läßt sich abschließend kaum beantworten. Auch die engere Fragestellung, wieviel Menschen der Schoah zum Opfer fielen, also nicht im Rahmen von Kriegshandlungen ums Leben kamen (wie unscharf dieser Begriff auch immer ist), sondern dem systematischen Massenmord, ist immer wieder Gegenstand historischer Diskussionen. Daß dabei Rechtsradikale diese Diskussionen zum Anlaß nehmen, insgesamt die Naziverbrechen wenn nicht gleich völlig zu leugnen, so doch zumindest in ihrem Umfang stark zu relativieren, ist dabei eine - wenn auch unangenehme - Begleiterscheinung. Die wissenschaftliche Diskussion um die Zahl der Opfer, und soweit irgend möglich, die Rekonstruktion der Identität der Opfer und ihrer sozialen, politischen und kulturellen Zusammenhänge, ist eine Aufgabe, die keinesfalls anderen Interessen geopfert werden darf.

Welche Ungenauigkeiten aber hier noch zu Tage treten können, mag das Beispiel der sowjetischen Opfer im Zweiten Weltkrieg belegen: Während die westliche Geschichtsforschung die Zahl von etwa 26 Millionen im Zweiten Weltkrieg umgekommener Sowjetbürger (darunter etwa zwei Millionen Jüdinnen und Juden) schon seit langem als einigermaßen gesichert annimmt, ging die offizielle sowjetische Geschichtsschreibung lange Zeit (bis Ende der 80er Jahre) von 20 Millionen Toten aus. Als Grund für diese "Runterrechnung" der Opfer des "Großen Vaterländischen Krieges" wird heute beispielsweise im Museum Cäcilienhof in Potsdam angegeben, man habe den "großen Feldherrn Stalin" nicht mit so vielen Opfern der Roten Armee belasten wollen, denn diese wären dann ja Opfer eigener militärischer Fehler gewesen. Wenn heute die russische Forschung aber diese 26 Millionen Toten akzeptiert und die entsprechenden Dokumente zugänglich macht, so kann es durchaus sein, daß auf der Grundlage dieser bislang nicht zugänglichen Dokumente die bisherigen westlichen Schätzungen korrigiert werden müssen. Insbesondere die Zahl der jüdischen Opfer in den westlichen Teilen der Sowjetunion war bisher mit einer ziemlichen Unschärfe belastet, da hier ganze Landstriche von der faschistischen Wehrmacht vollständig dem Erdboden gleich gemacht worden sind und nur wenig gesicherte Daten über die Zusammensetzung der Bevölkerung vor dem Einmarsch der Nazis existieren. Auch die Zahl der ungarischen Jüdinnen und Juden, die der nazistischen Mordmaschine zum Opfer gefallen sind, ist noch einigermaßen ungenau.

Die vorliegende Zusammenstellung der Zahlen orientiert sich am Endpunkt der Vernichtung, d.h. an den Stätten der Gaskammern und der Massenerschießungen. Die Herkunft der Opfer bleibt dabei im Hintergrund. Mitunter befiel mich auch der Zweifel, ob eine solche summarische Zusammenstellung nicht unangemessen wäre, ob nicht das Thema viel mehr Aufklärung auch im Detail verlange. Dies aber sprengt den Rahmen dieser Zeitung. An welchen Fragen die LeserIn aber mehr ins Detail gehen will, bleibt ihr überlassen. Ich hoffe, daß dazu dieser Artikel eine Anregung sein kann.

Die Zahl der jüdischen Opfer

Die Zahl der jüdischen Opfer wird heute allgemein mit zwischen fünf und sechs Millionen Toten angenommen. Die in der Anklageschrift im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß genannte Zahl belief sich auf 5.721.800 Opfer. Die besondere Schwierigkeit in der Bestimmung der genauen Zahl liegt darin, daß für keine der anwendbaren Schätzmethoden und Forschungsansätze eine ausreichend genaue Grundlage mehr besteht. So lassen sich heute weder die Morde der Einsatzgruppen in den besetzten Gebieten Osteuropas exakt bestimmen, noch die Zahl der in die Vernichtungslager gebrachten Menschen. Auch ist die Zahl der in Europa lebenden Jüdinnen und Juden vor 1940 für weite Teile Osteuropas ebenfalls nicht mehr exakt festzustellen. Und schließlich gab es für die Auflösung der KZs den strikten Befehl, alle Akten zu vernichten, die einen Rückschluß auf die Verbrechen zuließen. In seinem Prozeß in Polen sagte der ehemalige Kommandant von Auschwitz, Höß, aus, daß diese Vernichtung der Akten sogar bei jedem Transport zu geschehen hatte. So bürokratisch, wie beispielsweise die Reichsbahn das Fahrgeld von den zu ihrer Ermordung fahrenden Menschen eintrieb (oder notfalls der SS in Rechnung stellte), so bürokratisch wurde nach vollbrachter Tat versucht, die Spuren zu verwischen.

Es hat in der historischen Forschung verschiedene Ansätze gegeben, die Gesamtzahl der jüdischen Opfer zu ermitteln. Eine Methode, diese Zahl zu ermitteln bestand in mehreren Untersuchungen aus dem Vergleich der

vor 1939 in Europa lebenden Jüdinnen und Juden mit der Zahl derer, die nach dem Krieg noch lebten. Das Institut of Jewish Affairs in New York kam dabei auf eine Zahl von 9,5 Millionen im Jahr 1939 gegenüber 3,1 Millionen im Jahr 1945, was eine Gesamtzahl von 5,8 Millionen Toten (600.000 EmigrantInnen sind berücksichtigt) ergibt. Der Bevölkerungswissenschaftler Jacob Lestschinsky publizierte 1951 eine Berechnung, die bei ebenfalls 9,5 Millionen im Jahr 1939 auf eine Gesamtopferzahl von über 6 Millionen kommt. Leon Poliakov errechnete in seiner Untersuchung mehr als 5,5 Millionen Tote. Interessant in diesem Zusammenhang ist, daß die Nazis selbst auf der sog. Wannsee-Konferenz von etwa elf Millionen in Europa lebenden Jüdinnen und Juden ausgegangen waren.

Die konservativste, d.h. in allen differierenden Angaben die jeweils niedrigste Zahl zugrundelegende Untersuchung stammt von Gerald Reitlinger, der eine minimale Gesamtzahl der jüdischen Opfer von 4.194.200 und eine maximale Gesamtzahl von 4.581.200 annimmt (veröffentlicht im Jahr 1955). Diese Zahlen entsprechen in etwa der Zahl, die das Gericht in Nürnberg in seiner Urteilsbegründung schließlich nannte. Die Differenz zwischen diesen Zahlen und der gängigen Vermutung der sechs Millionen Opfer erklärt Reitlinger selbst mit den bloßen Schätzungen der Zahl der Opfer auf dem Gebiet der Sowjetunion. 1978 folgte eine Untersuchung von Georges Wellers (Zahl der Opfer) und 1990 die Arbeiten von Raul Hilberg (USA) und des Instituts Yad Vashem in Jerusalem. Diese Untersuchungen wurden von Wolfgang Benz ("Die Dimension des Völkermords". 1991) vergleichend gegenüber gestellt (und vom Verfasser um die Zahlen von Gilbert ergänzt) und ergeben das in der Tabelle dargestellt Bild. (Tab. 1)

Teilweise decken sich die Grenzen der Gebiete nicht. Auch sind teilweise die Betrachtungen unterschiedlich. Gilbert vor allem faßt Transporte und Vernichtungsaktionen nach Ausgangsorten zusammen; andere zählen nach nationaler Zugehörigkeit. Bei Albanien nimmt Benz die 591 Deportierten als Zahl der Opfer; in Frankreich und Belgien werden alle in diesen Ländern unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit ermordeten Menschen gezählt (viele EmigrantInnen).

Doch während die Zahl der aus Westeuropa stammenden jüdischen Opfer relativ genau abzuschätzen ist, werden die Zahlen in Osteuropa immer ungenauer. Die Zahl der Opfer in der ehemaligen Sowjetunion ist die Zahl mit der größten Unsicherheit. Hier weisen die Berichte der Einsatzgruppen für den Zeitraum vom September 1941 bis Frühjahr 1942 den Mord an 535.000 Jüdinnen und Juden aus, wobei z.B. die Aktion von Babi Jar mit 33.771 ermordeten Menschen gar keine Berücksichtigung findet. Die Forschung geht heute davon aus, daß bis zum Befehl, die Erschießungen einzustellen, etwa 750.000 Jüdinnen und Juden von den vier Einsatzgruppen ermordet wurden. (Der Befehl datiert vom Februar 1942; Himmler selbst soll diesen Befehl erteilt haben, weil ihm selbst beim Zusehen schlecht geworden war; eher wahrscheinlich ist, daß die ausführende Truppe selbst trotz massiver Sonderrationen mit dieser Situation nicht fertig wurde; zudem war angesichts der ungeheuren Anzahl der geplanten Morde die Methode der Erschießung wenig "rationell".) Wie viele jüdische Opfer es dann während des Jahres 1942 gegeben hat, ist der Forschung durch die Öffnung der sowjetischen Archive erst seit wenigen Jahren zugänglich. Im Verlauf des Jahres 1943 (nach der Niederlage der Wehrmacht in Stalingrad) wurden dann auf dem deutschen Rückzug nahezu alle Ghettos "liquidiert", wurden die Erschießungen durch mobile Gaswagen ersetzt und es wurde insbesondere durch spezielle Kommandos für die Vernichtung der Spuren gesorgt. Die heute angenommenen Zahlen von etwa 2 Millionen jüdischer Opfer der Sowjetunion haben ihre Grundlage auch in besser zugänglichen Archiven der ehemaligen Sowjetunion. Speziell die Zahl der jüdischen Opfer auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion ist auch deshalb äußerst schwer zu bestimmen, weil es seit Ende der 30er Jahre und speziell nach dem Überfall auf Polen und der zwischenzeitlichen Grenzziehung im deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag eine Fluchtbewegung der jüdischen Bevölkerung in Richtung Osten gegeben hat. Schon die Frage, wie viele polnische Jüdinnen und Juden 1939 in den Einflußbereich der Roten Armee geraten sind, ist heute nicht mehr eindeutig zu beantworten.

In der Gesamtbilanz kommt Benz als die neueste Untersuchung auf ein Minimum von 5,29 Millionen und ein Maximum von knapp über 6 Millionen jüdischer Opfer.

Der Morde der Aktion T4

Das Ermorden von Menschen durch Giftgas ist von den Nazis in großem Stil ab Anfang 1942 beginnend mit der "Aktion Reinhard" betrieben worden. Zuvor allerdings hatte es in der Aktion T4 gegen vor allem geistig und körperlich behinderte Menschen umfangreiche Versuche mit Giftgas gegeben. In einem

Ermächtigungsschreiben vom 1.9.1939 hatte Hitler Ärzte benannt, die die systematische Ermordung von "nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken" vorbereiten sollten. Ein "Euthanasiegesetz" wurde trotz mehrerer Entwürfe von Hitler immer abgelehnt, da dies den "Widerstand der Feinde" mobilisieren würde. Insgesamt wurden in möglichster Tarnung vor der Bevölkerung und in der typischen Lingua Tertii Imperii sechs sogenannte "Euthanasieanstalten" eingerichtet, von denen jeweils vier gleichzeitig in Betrieb waren. Diese Tötungsanstalten hatten die Insassen der Pflegeheime umzubringen, die von den T4-Ärzten ausgesucht worden waren und mit den grauen Fahrzeugen der GEKRAT (Gemeinnützige Krankentransport GmbH) dorthin gebracht wurden. Anstalt A war Schloß Grafeneck im Kreis Münsingen und im Januar 1940 in Betrieb genommen und hatte als "Einzugsgebiet" den süddeutschen Raum bis - mit Einwilligung der italienischen Regierung - nach Südtirol. Anstalt B befand sich in Brandenburg/Havel (aufgelöst im November 1940) und wurde nach Bernburg/Saale verlegt. Anstalt C war Schloß Hartheim bei Linz in Österreich (ab Mai 1940), Anstalt D war Sonnenstein bei Pirna. Nach der Schließung von Grafeneck wurde im Januar 1941 die Anstalt Hadamar bei Limburg an der Lahn eingerichtet.

In diese Tötungsanstalten wurden die als "lebensunwert" eingestuften Menschen transportiert, oft auch zur Tarnung über sogenannte Zwischenanstalten und teilweise nicht ohne den Widerstand der PatientInnen selbst oder ihres Pflegepersonals.

Schon in der Planungsphase der Aktion T4 wurde das Reichskriminalpolizeiamt eingeschaltet, um die effektivste Tötungsart zu bestimmen. Es wurde beschlossen, die Opfer mit Kohlenmonoxid zu töten. Die ersten Vergasungen, eine Demonstration des neuen Verfahrens, fanden in Brandenburg/Havel statt.

Die jüdischen PatientInnen von derartigen Pflegeanstalten wurden in Buch bei Berlin zentralisiert und von dort - ohne daß irgendwelche Auswahlverfahren bekannt wären - im wesentlichen nach Brandenburg/Havel zur Ermordung verbracht.

Zur Vertuschung des organisierten Massenmords wurden ganze Ämter eingerichtet, die die Todesdaten der Ermordeten fälschten, falsche Sterbeurkunden ausfüllten, falsche Todesorte erfanden etc. und teilweise noch monatelang das Pflegegeld von den Kostenträgern eintrieben. Im berüchtigten Columbiahaus, später in der Kanonierstraße in Berlin beispielsweise befand sich das sogenannte Sonder-Standesamt "Irrenanstalt Chelm" (Chelm II), das den Tod von über 5.000 angeblich oder tatsächlich in das Generalgouvernement zur Ermordung gebrachter Jüdinnen und Juden "beurkundete".

Die Aktion T4 wurde nach vielfältigen Protesten seit ihrem Beginn und insbesondere nach der aufsehenerregenden Predigt (und Strafanzeige gegen Unbekannt) des Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen, in der Münsteraner Lamberti-Kirche offiziell eingestellt. Vergasungen fanden in der Folgezeit nur noch selten statt, wenn auch die planmäßige Vernichtung von Behinderten in geringerem Umfang weiterging. Meist aber wurden diese Menschen durch Giftinjektionen oder durch Verhungernlassen ermordet. Eine Ausdehnung der Aktion T4 auf alle Insassen von "Arbeitshäusern" - Bettler, Berber oder Prostituierte als "Asoziale" und "Antisoziale" - war geplant, eine planmäßige Umsetzung kann heute aber nicht nachgewiesen werden.

Im Rahmen der Aktion T4 wurden in den Jahren 1940 und 1941 in den Tötungsanstalten etwa 70.000 Menschen umgebracht, die meisten davon mit Kohlenmonoxid vergast. Diese Zahlen sind durch Akten nachgewiesen und in nebenstehender Tabelle zusammengefaßt. (Tab. 2)

Die 70.273 durch Akten nachgewiesenen Opfer der Aktion T4 (nach anderen Quellen und Gerichtsurteilen 71.088) müssen ergänzt werden um die im besetzten Polen umgebrachten Insassen von Pflegeheimen, die in Gaswagen ermordet wurden, die im Volksmund wegen ihrer Reklameaufschrift "Kaisers-Kaffee-Autos" genannt wurden. In den dortigen Anstalten wurden vergast: Aus Tiegenhof 1201 Menschen, aus der Gau-Heilanstalt Kosten 1.000 Deutsche und 600 Polen, aus Schrimm 126 Kranke, aus Warta 792 und aus dem Lager Soldau 1558 Geisteskranke.

Auch aus den KZs wurden Menschen zur Vergasung in die Tötungsanstalten der Aktion T4 gebracht, die nicht in den obigen Zahlen inbegriffen sind. Diese "Aktion" lief unter der Bezeichnung "14 f 13". So sind allein in Hartheim etwa weitere 8.000 Menschen aus KZs vergast worden. Auch aus Sachsenhausen, Ravensbrück, Buchenwald, Auschwitz, Groß-Rosen, Mauthausen und Dachau sind Selektionen zu Vergasungen in diesen

Tötungsanstalten bekannt. Wieviele auf diese Weise umgebracht wurden, läßt sich heute nicht mehr exakt ermitteln.

Insgesamt wird heute angenommen, daß in der sogenannten "wilden Euthanasie", also nach der Beendigung der Aktion T4, noch einmal etwa 50.000 Menschen umgebracht wurden.

Bei der Errichtung der großen Tötungszentren in Chelmno, Belzec, Sobibor, Treblinka und Auschwitz wurde ab 1941 auch ein Teil des Personals der "Aktion T4" wieder eingesetzt.

Neben den großen Gaskammern in den Vernichtungslagern gab es auch in einzelnen Konzentrationslagern noch Vergasungsanlagen:

- Mauthausen. Im Hauptlager wurden nach Gerichtsermittlungen mindestens 3455 Menschen vergast, im Nebenlager Gusen mindestens 164. In einer mobilen Anlage, die zwischen Mauthausen und Gusen pendelte, wurden noch einmal zwischen 900 und 2.800 Häftlinge vergast. Die ersten Morde mit Giftgas fanden 1941 statt.

- Sachsenhausen. Im März 1943 wurde hier eine Gaskammer in Betrieb genommen und nach Schätzungen etwa 4.000 Menschen vergast.

- Ravensbrück. Nach Aussage des SS-Hauptsturmführers Schwarzhuber wurden zwischen 2.300 und 2.400 Menschen in Ravensbrück vergast; nach anderen Aussagen etwa 3.000. Die Opfer wurden erst ins sogenannte Jugendlager Uckermark außerhalb des eigentlichen Komplexes Ravensbrück gebracht, von dort sollte der Transport in ein - nicht existierendes - Lager Mitwerda weitergehen. In Wirklichkeit wurden die Frauen im Krematorium von Ravensbrück vergast. (Januar 1945)

- Stutthof. Hier fand die erste Vergasung am 22. Juni 1944 statt. In Prozessen sind mehrere Vergasungen nachgewiesen und insgesamt dürften annähernd 2.000 Personen durch Vergasung umgebracht worden sein.

- Neuengamme: Hier wurden in mindestens zwei nachgewiesenen Vergasungsaktionen 444 sowjetische Kriegsgefangene im Bunker vergast, der für diesen Zweck sorgfältig abgedichtet und präpariert wurde. Eine ständige Gaskammer hat es hier nicht gegeben.

- Natzweiler: Die Gaskammer wurde im August 1943 gebaut und sofort in Betrieb genommen. Wieviele Menschen in Natzweiler durch Gas ermordet wurden, läßt sich nicht mehr feststellen. Die Leichen der so getöteten Opfer wurden u.a. dem anatomischen Institut der Universität Straßburg zur Verfügung gestellt (etwa 80 Personen). Die Gaskammern in Natzweiler dienten auch zu Menschenversuchen mit Phosgengas, bei denen mindestens drei Versuchspersonen (in diesem Fall Sinti) ums Leben kamen.

- Dachau: Ob es in Dachau Tötungen mit Giftgas gegeben hat, ist bis heute unklar. Fest steht nur, daß es Gaskammern gegeben hat. In allen Prozessen um das KZ Dachau hat es nur einen Zeugen gegeben, der Vergasungen von Menschen behauptet hat, den tschechischen Häftlingsarzt Dr. Frantisek Blaha. Er habe für Dr. Sigmund Rascher Autopsien machen müssen und habe bei dieser Gelegenheit in die Gaskammer blicken können, in der er mehrere Personen, teils tot, teils lebend, gesehen hätte. Ob diese Personen aber vergast wurden, oder auf andere Weise zu Tode kamen, ist ungeklärt.

In all diesen Lagern wurde Zyklon B zur Ermordung der Opfer benutzt.

Der Beschluß der "Endlösung"

Ein formeller Beschluß der Nazis zur Endlösung, d.h. der systematischen Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden, ein Befehl Hitlers oder ähnliches ist bis heute in dieser Form nicht gefunden worden. Es ist auch mehr als zweifelhaft, ob es einen solchen generellen Befehl je gegeben hat, da ein solcher angesichts der Selbstverständlichkeit des nationalsozialistischen Antisemitismus gar nicht nötig war. So hat beispielsweise Hitler noch am 30. Januar 1939 vor dem Reichstag für den Fall des Krieges angekündigt, die "jüdische Rasse in Europa auszurotten".

Einig ist sich die historische Forschung aber, daß die sogenannte Wannsee-Konferenz vom Januar 1942 keineswegs als Beginn der "Endlösung" zu sehen ist, sondern daß die konkreten Planungen weit früher angefangen haben und im wesentlichen als Teil der Vorbereitungen des Überfalls auf die Sowjetunion im Sommer 1941 oder zumindest parallel zu diesen Planungen anzusetzen sind. Dennoch ist die als

"Wannsee-Konferenz" bekanntgewordene Zusammenkunft hoher Nazi-Funktionäre vom 20.1.1942 insofern von Bedeutung, als das erhalten gebliebene Protokoll ein Dokument darstellt, das die Gesamtplanung des Vernichtungsprozesses zusammenfaßt. Von der "Endlösung" erfaßt werden sollten demnach insgesamt elf Millionen Jüdinnen und Juden. (Tab. 3)

Es kann kaum einen Zweifel daran geben, daß diese Aufstellung das geplante Ausmaß der Vernichtung beschreiben sollte. Wo die Nazi-Wehrmacht im Osten zu diesem Zeitpunkt vormarschierte, war der Vernichtungsprozeß durch die Einsatzgruppen schon in vollem Gange. Mehr als eine halbe Million Jüdinnen und Juden war bis zur Wannsee-Konferenz schon durch die Einsatzgruppen ermordet worden. Die großen Vernichtungslager waren schon seit November 1941 im Bau und nahezu einsatzbereit. Das Vernichtungszentrum Chelmno hatte schon im Dezember 1941 seinen Betrieb aufgenommen. Die "Wannsee-Konferenz" war in diesem Sinne weniger eine Zusammenkunft, auf der Beschlüsse gefaßt werden sollten, sondern die Teilnehmer wurden über den gerade angelaufenen Vernichtungsprozeß informiert. Diese Funktion der "Konferenz", die ja ursprünglich als "Herrenessen" im Dezember geplant war, erklärt auch den Charakter der Zusammenkunft mit Diner und Umtrunk. Ein Teil der Eingeladenen hatte nachweislich zu diesem Zeitpunkt schon Kenntnis von diesem Vernichtungsprozeß, wenn auch vielleicht nicht in der Gesamtheit. Heydrich vermerkte später, daß er sehr froh über den Verlauf der "Konferenz" gewesen sei, da er mehr Widerstand aus den Reihen der Ministerialbürokratie erwartet habe. Tatsächlich ging es beim "Widerstand" der Ministerialbürokratie um solche Fragen, wie die Ermordung von Jüdinnen und Juden, die im Ersten Weltkrieg u.a. mit Tapferkeitsmedaillen ausgezeichnet wurden. (Zu den Teilnehmern siehe Tab. 4)

Mit der Einladung zur "Wannsee-Konferenz" als Anlage verschickt wurde ein von Göring unterzeichnetes Schreiben an Heydrich, in dem dieser freie Hand für die Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden bekam. Dieses Schreiben, datiert vom 31. Juli 1941, bestand aus drei Sätzen und wurde angeblich von Eichmann verfaßt und Göring zur Unterschrift gegeben. Heydrich selbst war am 31. Juli bei Göring und hat wohl dann dieses Schreiben erhalten. Darin wurde Heydrich zum Koordinator der angestrebten "Endlösung der Judenfrage" ernannt. Zwei Wochen später erklärte Göring, "daß die Jüdinnen und Juden in den von Deutschland beherrschten Gebieten nichts mehr zu suchen hätten". Eichmann hat in seinem Prozeß bestätigt, daß Heydrich ihm spätestens im Herbst von der beabsichtigten Vernichtung aller Jüdinnen und Juden im NS-Machtbereich berichtet habe. Unstrittig ist aber, daß schon im Frühjahr 1941 Richtlinien zur Behandlung der sowjetischen Bevölkerung ausgearbeitet worden waren und spätestens mit dem Einmarsch der Nazi-Armee in die Sowjetunion (22. Juni 1941) die Anweisungen zur Ermordung der politischen Funktionsträger (der sogenannte "Kommissarbefehl" vom 6. Juni 1941) und der jüdischen Bevölkerung (Befehl des OKW vom 19. Mai 1941) den Kommandeuren vorgelegen haben. Es hat in den verschiedenen Prozessen gegen Mitglieder der Einsatzgruppen Aussagen gegeben, die diesen Befehl zur Ermordung aller Jüdinnen und Juden auf die wehrfähigen Männer reduzieren wollten. Die Beweislage aber ist eindeutig: Von Anfang an wurden systematisch alle Jüdinnen und Juden, deren die Einsatzgruppen habhaft werden konnten, ermordet.

Neben den Erschießungen durch SS und Wehrmacht wurden von den Einsatzgruppen auch die Gaswagen eingesetzt, bei denen die Opfer durch die Motorabgase in dem hermetisch verriegelten Kastenaufbau umkamen.

Die "Aktion Reinhard" -

die Vernichtung

der polnischen Juden

Wenn es überhaupt einen direkten Befehl Hitlers gegeben hat, so muß er spätestens im Frühsommer 1941 gegeben worden sein, denn seit dieser Zeit sind die systematischen Morde nachweisbar und der industrielle Prozeß des Tötens insbesondere der europäischen Jüdinnen und Juden begann. Himmler als Chef der SS und des RSHA übermittelte diesen Beschluß an Heydrich, den GeStaPo-Chef Müller, Eichmann und Odilo Globocnik, den SS- und Polizeiführer im Distrikt Lublin, der mit der Durchführung der "Aktion Reinhard" beauftragt wurde. Wesentlich im Verlauf des Jahres 1942 bis etwa Mitte 1943 wurden im Rahmen dieser Aktion nahezu alle in Polen lebenden Jüdinnen und Juden ermordet sowie eine große Zahl von Jüdinnen und Juden, die aus den besetzten westeuropäischen Gebieten deportiert wurden. Die größte Anzahl von ihnen wurde durch Giftgas (anfangs hauptsächlich Kohlenmonoxid, später Zyklon B) ermordet; weitere

Hunderttausende kam aber auch auf andere Art ums Leben - durch Erschießungen, durch Verhungern und Seuchen in den Ghettos etc. Teilweise blieben die Vernichtungslager auch noch 1943 in Betrieb.

Die Vernichtungszentren

Im Rahmen der "Aktion Reinhard", die die Vernichtung der Jüdinnen und Juden im Generalgouvernement zum Ziel hatte, wurden drei große Vernichtungslager errichtet, in der die industrielle Vernichtung von Jüdinnen und Juden durchgeführt wurde: Belzec, Sobibor und Treblinka. Diese drei Lager hatten keinen anderen Zweck als die Vernichtung von Menschen, waren also keine Konzentrationslager im bisherigen Sinne. Ergänzt wurden die drei Lager durch Chelmno (Kulmhof), das keine eigenen Gaskammern hatte, sondern in dem die Menschen in hermetisch abgedichteten Lkws durch Auspuffgase ermordet wurden. Auch wenn Chelmno nicht im engeren Sinn zur "Aktion Reinhard" gerechnet werden kann, weil seine Opfer überwiegend nicht aus dem Generalgouvernement, sondern aus dem Warthegau kamen, wird es hier kurz mit dargestellt. Insgesamt wurden in diesen vier Lagern etwa 1.800.000 Menschen ermordet. 90% der Ermordeten stammten aus Polen (dem Generalgouvernement), der Rest aus Deutschland, Bialystok, der Slowakei, den Niederlanden, Theresienstadt, Mazedonien, Thrakien, Frankreich, Wien und Minsk. Geplant war ebenfalls die Ermordung der rumänischen Jüdinnen und Juden in Belzec, was aber im Rahmen der "Aktion Reinhard" nicht realisiert wurde. Die "Aktion Reinhard" dauerte keine zwei Jahre. Vom November 1941 bis Oktober 1943 wurden zwischen 1,5 und zwei Millionen Jüdinnen und Juden deportiert und ermordet, wurden die Fabriken des Todes erbaut, die Leichen beseitigt und die Spuren nahezu vollständig verwischt. Nur ganz wenige entkamen der Vernichtung.

Chelmno

Schon Ende 1940 - so die Aussage des SS- und Polizeiführers Koppe - waren erste Überlegungen über die "Evakuierung" (nach seinem Verständnis: Vernichtung) der etwa 300.000 im "Warthegau" (d.h. den dem Deutschen Reich einverleibten polnischen Gebieten um Poznan (Posen) und Lodz) angestellt worden. Zur Ausführung kam dieser Plan dann ab Herbst 1941. Zur Ermordung der Opfer wurden meist zwei, mitunter aber auch drei Lkw eingesetzt, die hermetisch abgedichtet waren und in denen die Opfer durch die Einleitung von Auspuffgasen getötet wurden. Die Opfer wurden unmittelbar nach der Ankunft im "Schloß" in die Wagen getrieben, die ca. 60 Personen fassen konnten, dort durch Kohlenmonoxid (Autoabgase) ermordet und im sogenannten "Waldlager" in riesigen Massengräbern verscharrt. Ab Sommer 1942 wurden die Leichen in Feldkrematorien verbrannt und die bisherigen Massengräber wieder geöffnet und die Leichen ebenfalls verbrannt. Schon im Frühsommer 1942 gelang zwei Juden, die im Waldlager eingesetzt waren, die Flucht. Sie erreichten Warschau, wo sie über die Massentötungen berichteten. Diese Meldung lag der polnischen Exilregierung in London im Juni 1942 vor. Das Vernichtungslager wurde 1943 geschlossen, da mit Ausnahme des Ghettos von Lodz der Warthegau "judenfrei" war. Erst im Herbst 1944, bei der Vernichtung der letzten Einwohner des Ghettos, wurde Chelmno wieder in Betrieb genommen, bevor Anfang 1945 die letzten Spuren beseitigt wurden. Noch am 17. Januar, als die Rote Armee im Anmarsch war, tötete das Aufräumkommando vor dem Abmarsch die letzten 45 Gefangenen; drei konnten bei einem Ausbruchsversuch entkommen.

Nach polnischen Schätzungen kamen in diesem Vernichtungszentrum etwa 300.000 Menschen ums Leben. In den Prozessen gegen Verantwortliche des "Sonderkommando Lange" bzw. des "Sonderkommando Bormann" kam das Schwurgericht Bonn zu dem Ergebnis, daß in der ersten Phase - Dezember 1941 bis März 1943 - hier mindestens 145.000 Menschen ermordet wurden, in der zweiten Phase - April 1944 bis Januar 1945 - mindestens 7.176. Diese Zahlen stellten für das Gericht Mindestzahlen dar, für die ausreichend Beweise für eine justizförmige Verurteilung gegeben seien. In Chelmno wurden überwiegend polnische Jüdinnen und Juden aus dem sog. Warthegau, vernichtet, aber auch mindestens 5.000 Roma und Sinti.

Belzec

Hier bestand seit 1940 ein kleines Arbeitslager, von dem aus im Herbst 1941 die konkrete Bautätigkeit für das Vernichtungszentrum begann. Die Vergasungen mit Kohlenmonoxid wurden im März 1942 aufgenommen und im Dezember 1942 wurde Belzec wieder geschlossen. Nachdem sich nach drei Monaten die ersten Gaskammern als zu klein herausgestellt hatten, wurden im Juli 1942 Gaskammern in Betrieb genommen, die einen ganzen Transport, also 1.500 Menschen aufnehmen konnten. Über Belzec ist von allen Vernichtungslagern am wenigsten bekannt. Von den Opfern in Belzec überlebte nur ein Mensch, Rudolf Reder. Insgesamt wurden etwa 200.000 Jüdinnen und Juden umgebracht.

Sobibor

Etwa 30 SS-Männer aus der Aktion T4 und etwa 100 Trawniki-Männer (ukrainische Freiwillige, die im Lager Trawniki ausgebildet worden waren) organisierten hier den Massenmord. Etwa 1000 Juden (darunter 150 Frauen) waren als Arbeitskommando im Lager eingesetzt. In der ersten Phase der Vernichtung (Mai 1942 - Juli 1942) wurden annähernd 100.000 Menschen umgebracht, meist polnische Jüdinnen und Juden aus dem Bezirk Lublin, aber auch 10.000 aus Deutschland und Österreich, Tausende aus der Slowakei, 6.000 aus Theresienstadt. Im Juli 1942 war die Bahnlinie unterbrochen und außerdem wurden wie in den anderen Lagern, effektivere Gaskammern benötigt. Diese waren im August 1942 fertiggestellt und Sobibor hatte nun die doppelte Kapazität. Im Oktober und November waren es dann wiederum vor allem Jüdinnen und Juden aus dem Bezirk Lublin, nach der Schließung von Belzec dann auch ab dem Winter aus Ostgalizien. Im Verlauf des Jahres 1943 wurde Sobibor immer mehr auch zur Vernichtungsstätte von Jüdinnen und Juden aus anderen europäischen Ländern: Bis Ende Oktober 1942 waren es 25.000 Jüdinnen und Juden aus der Slowakei, im März 1943 kamen 4.000 aus Frankreich, in 19 Transporten zwischen März und Juli 1943 kamen insgesamt 35.000 Jüdinnen und Juden aus den Niederlanden zur Ermordung nach Sobibor und im September 1943 noch einmal 14.000 Menschen aus Wilna, Minsk und Lida im sog. Reichskommissariat Ostland (Weißrußland). Insgesamt kamen in Sobibor etwa 250.000 Menschen ums Leben.

Sobibor nimmt unter den Vernichtungslagern wegen der Geschichte seiner Auflösung eine Sonderstellung ein. Am 5. Juli 1943 erging nämlich der Befehl, Sobibor als Vernichtungslager zu schließen und zu einem "normalen" KZ umzuwandeln. Diese Maßnahme stand in Verbindung mit dem Himmler-Befehl, die Ghettos in den besetzten sowjetischen Gebieten aufzulösen und die Gefangenen nach Westen zu deportieren. Einige Zehntausend wurden in Sobibor ermordet. Zur Umwandlung in ein Arbeitslager kam es jedoch nicht, weil am 14. Oktober das Aufräumkommando - Juden und sowjetische Kriegsgefangene - einen Aufstand unternahm, bei dem elf SS-Männer und einige Trawniki-Männer getötet wurden. Daraufhin wurde Sobibor von der SS geschlossen. Von den insgesamt 300 Entflohenen überlebten etwa 50 den Krieg.

Treblinka

Das größte der polnischen Vernichtungslager der Aktion Reinhard war Treblinka, in dem trotz der unfaßbaren Zahl von bis zu 900.000 Ermordeten nie mehr als 20 SS-Männer und 80 ukrainische Mitglieder der Waffen-SS Dienst taten. Diese beaufsichtigten 500 bis 1000 sog. "Arbeitsjuden", die für jeweils wenige Wochen ihrer eigenen Vernichtung entgingen, sowie etwa 50-60 sog. "Todesjuden". Bis zu 10.000 Menschen wurden hier pro Tag ermordet.

Auch hier wurde im Sommer/Herbst 1943 der Bau leistungsfähiger Gaskammern (insgesamt 13, zehn neue und drei alte) betrieben.

Vom 23. Juli bis zum 21. September 1943 waren 254.000 Jüdinnen und Juden aus Warschau und 112.000 aus dem Distrikt Warschau ermordet worden, insgesamt 366.000 Menschen. Aus dem Distrikt Radom wurde 337.000 Menschen ermordet, aus Lublin 35.000. Aus Bialystok wurden insgesamt 107.000 Menschen hier ermordet. Von Ländern außerhalb Polens kamen nach Treblinka: 7000 Jüdinnen und Juden aus der Slowakei, aus Theresienstadt 8000, aus Griechenland 6800, aus Makedonien 7000 - insgesamt 29.000 Menschen, darunter 2000 Sinti und Roma. Die Gesamtzahl der in Treblinka ermordeten Menschen wird auf 870.000-900.000 Menschen geschätzt.

Der Bahnhofsvorsteher des Bahnhofs von Treblinka, auf dessen Gelände die ankommenden Transporte rangiert wurden, bevor ein Zug von 40-50 Waggons in zwei Teile geteilt und in einem Abstand von etwa drei Stunden zur Vernichtung gebracht wurde, hat die mit Kreide an die Waggons geschriebenen Zahlen der Insassen notiert und zusammengezählt. Er kam auf etwa 1.200.000 Opfer.

Majdanek

Anders als die reinen Vernichtungslager war Majdanek hauptsächlich ein Arbeitslager. Es war nicht Bestandteil der "Aktion Reinhard" und unterstand auch nicht dem SS- und Polizeiführer Lublin, sondern wurde mit Personal aus dem KZ Buchenwald errichtet. Es wurde ab Herbst 1941 erbaut und war hauptsächlich für sowjetische Kriegsgefangene, polnische Zwangsarbeiter, sog. "bandenverdächtige Elemente", und nicht überwiegend für Juden bestimmt. Es diente als Arbeitskräftereservoir für den Bezirk Lublin. Ursprünglich war

Majdanek für 50.000 Menschen geplant. Diese Planungen wurden später auf 100.000 und 125.000 erhöht. Gaskammern und Krematorium wurden erst im Sommer 1942 errichtet. Von den etwa 200.000 Opfern in Majdanek waren etwa 50-60.000 Jüdinnen und Juden; durch Vergasung kamen etwa 50.000 ums Leben, etwa 60.000 durch Krankheit und Verelendung, der Rest wurde erschossen oder auf andere Weise ermordet.

Aktion Erntefest

Am 3./4.11. 1943 wurden auf Befehl Himmlers alle jüdischen Lager im Bezirk Lublin "liquidiert". Im Verlauf dieser Aktion, die als das Ende der "Aktion Reinhard" angesehen werden kann, wurden etwa 43.000 Menschen umgebracht - mehrheitlich durch sogenannte Trawniki-Männer, also Personen, die im Ausbildungslager Trawniki für den Dienst in den KZs ausgebildet wurden und die sich mehrheitlich aus Menschen aus den besetzten Gebieten rekrutierten (Ukrainer, Litauer). Die Aktion hatte ihren Schwerpunkt im KZ Majdanek.

Diesen Zahlen der "Aktion Reinhard" (Tab. 5) hinzuzurechnen sind noch diejenigen Opfer der Schoah, die in den Ghettos verhungerten oder umgebracht wurden. Für das Warschauer Ghetto, mit etwa 450.000 Menschen das größte überhaupt, werden 15-20%, also etwa 75.000 Opfer durch Verhungern angenommen. Der Generalgouverneur des Generalgouvernements, Frank, nannte selbst eine Zahl von 1,2 Millionen, die durch die Ghettoisierung dem Hungertod preisgegeben würden (was wenig über die Zahl der tatsächlich Verhungerten aussagt, aber belegt, daß die ins Ghetto Gesperrten bewußt dem Hungertod preisgegeben wurden). Im Bericht des SS-Führers Stroop, der das Warschauer Ghetto im Mai 1943 "liquidierte", werden etwa 57.000 getötete Ghettobewohner verzeichnet.

Die Zahl der Auschwitzopfer

Unter den Konzentrationslagern nimmt der Auschwitzkomplex auch deshalb einen besonderen Platz ein, weil hier die unterschiedlichen Lagertypen in einem Komplex zusammengefaßt waren. Das Stammlager Auschwitz I war ein "klassisches" Konzentrationslager, von dem aus die Gefangenen in unzähligen Arbeitseinsätzen "verwertet" wurden. Auschwitz II - Birkenau - war ein reines Vernichtungslager wie Sobibor, Belzec, Treblinka oder Chelmno, und Auschwitz III - Monowitz - war die größte Anlage für Sklavenarbeit, die die SS gemeinsam mit der deutschen Industrie jemals aufgebaut hat. Im Gegensatz zu den reinen Vernichtungslagern war der Vernichtungsprozeß in Auschwitz nicht "anonym". Auch wenn die von der sofortigen Tötung "verschonten" Menschen kein anderes Schicksal als den Tod erwarten konnten, vollzog sich der Vernichtungsprozeß vor den Augen zigtausender Menschen.

Im ak 374 (Januar 1995) ist die Geschichte des KZ Auschwitz dargestellt worden, so daß hier auf eine Wiederholung verzichtet werden kann. Nach einem Test mit Zyklon B im Herbst 1941 mit 800 sowjetischen Kriegsgefangenen, die dort ermordet wurden, begannen die systematischen Vergasungen dort im Januar 1942 in einem ersten Bauernhaus; im Juni kam ein zweites hinzu. Im ersten Halbjahr 1943 wurden die Krematorien IV, V und III in Betrieb genommen. Im Oktober 1944 wurde bei einem Aufstand der Häftlinge des Sonderkommandos das Krematorium IV gesprengt, bevor ab November die SS selbst die Krematorien mit den darin eingebauten Gaskammern demontierte. Der Höhepunkt der Vergasungen fand in den Monaten Mai bis Juli 1944 statt, als ca. 400.000 Jüdinnen und Juden aus Ungarn zur Vernichtung nach Auschwitz transportiert und dort vergast und verbrannt wurden. Tatsächlich ist Auschwitz - anders als die Vernichtungslager der "Aktion Reinhard" - ein Lager, in dem sich der internationale Charakter der Schoah versinnbildlicht. Zwar waren auch in Sobibor, Belzec und Treblinka Transporte aus ganz Europa eingetroffen und ihre Insassen ermordet worden, doch war ihr Anteil relativ gering. In Auschwitz nun war der Anteil der polnischen Jüdinnen und Juden mit etwa 30% eher gering, dazu kamen 40% aus Ungarn und der Rest verteilte sich über eine Vielzahl anderer Länder. (Tab. 6 und 7)

Die Zahl der nach Auschwitz deportierten Opfer des NS-Regimes und die Zahl der in dieser größten Vernichtungsstätte der Nazis umgebrachten Menschen ist bis heute Gegenstand der historischen Forschung und kann nicht abschließend beantwortet werden. Tatsächlich sind für keine andere Vernichtungsstätte die Zahlenangaben im Verlauf der letzten 50 Jahre derart widersprüchlich angegeben worden wie für Auschwitz.

Franciszek Piper listet in einer Veröffentlichung von 1993 diese unterschiedlichen Angaben auf:

Am 24.12.1942 war bei der polnischen Exilregierung ein von Häftlingen des KZ Auschwitz verfaßtes Dokument bekannt, das für die Zeit seit Bestehen des Lagers bis zum 15.12.1942 640.000 Tote benennt.

Der im November 1943 geflohene Major Jerzy Tabeau (Wesolowski) schätzte in seinem Rapport die Zahl der Toten auf 1,5 Millionen.

Alfred Wetzler und Walter Rosenberg (Rudolf Vrba), die am 7. April 1944 fliehen konnten, schätzten in ihrem Bericht die vor den Transporten aus Ungarn umgebrachten Jüdinnen und Juden seit April 1942 auf 1.765.000.

Alter Feinsilber, der während der Evakuierung von Auschwitz im Januar 1945 entkommen konnte, schätzte, daß während des Bestehens seines Sonderkommandos (Arbeit im Krematorium) etwa zwei Millionen Menschen verbrannt wurden, und Salama Dragon, der vom 9. September 1942 bis Januar 1945 im Sonderkommando eingesetzt war, schätzte die Zahl auf mehr als vier Millionen. Diese Zahl von vier Millionen wird auch von Henryk Tauber, ebenfalls Häftling im Sonderkommando, für die gesamte Zeit des Bestehens von Auschwitz geschätzt.

Diese Schätzung von vier Millionen wurde auch von einem Hauptschreiber im Büro des Lagerführers bestätigt; ein weiterer Häftling, der im Lager "Kanada", der Sammelstelle des Eigentums der Ermordeten eingesetzt war, schätzt die Zahl sogar auf 5 bis 5,5 Millionen aufgrund der dort sortierten und aufbereiteten Gegenstände.

Die Täter selbst schätzten die Zahl der Opfer ebenfalls recht unterschiedlich. Der Lagerarzt Entress ging von 2 bis 2,5 Millionen aus; Lagerkommandant Höß sprach bei seiner Vernehmung in Nürnberg von 2,5 Millionen Vergasungsopfern und weiteren 500.000 anders zu Tode gekommenen. Insgesamt, so Höß damals, seien etwa 3,5 bis 4 Millionen Menschen durch Auschwitz gegangen.

Diese Maximalzahl revidierte Höß in seinem Prozeß in Polen. Er habe die Zahl von 2,5 Millionen für die Vernichtung eingelieferten Menschen von Eichmann und halte sie für entschieden zu hoch. Vielmehr sei von etwa 1,15 Millionen ermordeter in den großen Aktionen auszugehen; alle anderen Akionen seien dagegen eher unbedeutend. (Tab. 8) Kurz vor seiner Hinrichtung schätzte Höß allerdings die Gesamtzahl erneut auf "mehrere Millionen".

Im Februar 1945 kam die Außerordentliche sowjetische Staatskommission zusammen, um die Verbrechen in Auschwitz zur erforschen. Aufgrund von Analysen vor Ort, der Berechnungen der technischen Kommission über die Kapazität der Krematorien, aufgrund von Zeugenaussagen etc. kam sie zu dem Schluß: "Im Laufe des Bestehens des Lagers Auschwitz haben die deutschen Henker dort nicht weniger als 4.000.000 Staatsangehörige der UdSSR, Polens, Frankreichs, Jugoslawiens, der Tschechoslowakei, Rumäniens, Ungarns, Bulgariens, Hollands, Belgiens und anderer Länder umgebracht."

Ab März führte in Polen die Hauptkommission zur Untersuchung der deutschen Verbrechen in Polen Ermittlungen durch, die am 26. September 1946 abgeschlossen wurden und zu einer Zahl von mindestens 4.000.000 führten. Im Urteil gegen Höß nahm das Gericht dann die Zahl von 2,5 Millionen als erwiesen an, hielt die Zahl von 4 Millionen aber für wahrscheinlich. Aufgrund dieser amtlichen Feststellungen wurde dann Ende der 40er Jahre in der Gedenkstätte Auschwitz die Gedenktafel angebracht, die die Zahl von 4 Millionen Auschwitz-Opfern nannte und dort bis 1990 verblieb.

Der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg stellte in seinem Urteil die Zahl von etwa 3 Millionen in Auschwitz umgekommener Menschen fest, davon 2,5 Millionen zielstrebig Vernichteter (d.h. durch Vergasung umgebrachter).

Im nachhinein erscheinen alle diese Zahlen als wesentlich zu hoch. Immerhin aber sollte folgendes dabei bedacht werden: Die Wahrheit über die Vernichtungslager Treblinka, Belzec, Chelmno und Sobibor war damals in ihrer ganzen Größe noch nicht bekannt; auch der Umfang der Morde der Einsatzgruppen stand erst am Beginn der Aufklärung. Das IMT in Nürnberg hat die Gesamtzahl der ermordeten Jüdinnen und Juden auf etwas über 5 Millionen beziffert. Angesichts der Tatsache, daß ein Teil der Verbrechen außerhalb Auschwitz noch gar nicht zahlenmäßig gewürdigt war, ist eine Konzentration der Opfer auf Auschwitz durchaus erklärlich und stand damals nicht im Widerspruch zur übrigen Forschung.

Die moderne Forschung über die Zahl der in Auschwitz umgebrachten Menschen wurde dann im wesentlichen von Lucy Davidowicz (Frankreich 1979), Raul Hilberg (USA, erste Auflage 1961), Edward Crankshoaw (1958)

und Gerald Reitlinger (London 1971), Martin Gilbert (Ende der 70er Jahre, deutsch 1982), George Wellers (Paris 1983) sowie Yehuda Bauer (Stuttgart, 1985) vorangetrieben. Die Zahlen der Auschwitzopfer schwanken bei diesen Autoren erheblich. (Tab. 9)

Die besondere Schwierigkeit der Abschätzung der in Auschwitz ermordeten Menschen ergibt sich daraus, daß mit Ausnahme von etwa 400.000 "registrierten" Häftlingen die für die sofortige Vernichtung bestimmten Transporte gar nicht registriert wurden bzw. die Akten auf Anordnung Eichmanns sofort nach erfolgter Tötung vernichtet werden mußten. Tatsächlich muß die Forschung heute von den wenigen erhaltengebliebenen Akten in Auschwitz ausgehen, einer Analyse des Bahnverkehrs nach Auschwitz, der Informationen über abgehende Transporte nach Auschwitz usw. usf. Trotz all dieser Schwierigkeiten, die eine letztliche Sicherheit über die Zahl der Opfer nicht zuläßt, hat sich die internationale Auschwitzforschung heute auf eine Zahl von etwas über einer Million verständigt. Die Abweichungen bei den einzelnen Autoren reichen dabei von 750.000, wie sie als unterstes Maß der ehemalige Auschwitzleugner Pessac in seinem Buch über die Durchführbarkeit des Massenmords nennt, bis hin zu 1,5 Millionen, die aufgrund bisher unklarer Einzelkomplexe noch wahrscheinlich sein könnte.

Der Mord an

den sowjetischen Juden

Es wurde oben schon angeführt, daß mit dem Überfall auf die Sowjetunion im Juli 1941 die systematische Ermordung der in der Sowjetunion und den von der Roten Armee besetzten Ländern Osteuropas durch die Einsatzgruppen (und die Wehrmacht) begann. Dieser Mord war durch entsprechende Befehle (auch durch das Oberkommando der Wehrmacht!) angeordnet und wurde in der Anfangsphase (bis Februar 1942) im wesentlichen durch Massenerschießungen ausgeführt. Hinter den vorrückenden deutschen Truppen waren es die vier Einsatzgruppen, die systematisch diesen Vernichtungsprozeß durchführten. Versuche, die ukrainische und weißrussische Bevölkerung zu antijüdischen Pogromen anzustacheln, hatten nur begrenzten Erfolg.

Die Anzahl der Opfer ist dabei im einzelnen relativ schwierig abzuschätzen. Die erhaltengebliebenen Nazi-Dokumente sind nachweislich lückenhaft und die in ihnen enthaltenen Zahlen können allenfalls als geringste gesicherte Angaben gelten.

In den "Meldungen aus den besetzten Ostgebieten" werden bis zum 15.10.1941 eine Zahl von 45.430 insgesamt Erschossenen genannt (Juden, Kommunisten, Partisanen, Saboteure). Der Stahlecker-Bericht, eine weitere Nazi-Quelle, weist für denselben Zeitraum aber allein 128.432 jüdische Opfer aus. Die Addition der "Ereignismeldungen" der Einsatzgruppen (22.6.41 bis Mitte April 42) gibt für die einzelnen Einsatzgruppen insgesamt 270.763 Ermordete; die Sammelmeldungen für denselben Zeitraum weisen aber sehr viel mehr Opfer aus, nämlich 518.388. (Tab. 10)

Diese Zahlen sind Mindestzahlen, die noch um die Zahlen der Einsatzgruppe z.b.V. (zur besonderen Verwendung) ergänzt werden müssen, über die es Meldungen nur bis September 1941 in vergleichbarer Form gibt. Nach dem Frühjahr 1942 gingen die Massenmorde weiter; in den zivil verwalteten Gebieten wurden die Morde zunehmend von einheimischen Polizeieinheiten unter dem Befehl deutscher Offiziere durchgeführt und nicht mehr allein durch die Einsatzgruppen. Allein etwa 250.000 Menschen wurden in mobilen Gaswagen ermordet, von denen es etwa ein Dutzend gab. Im Rahmen der sogenannten "Bandenbekämpfung" nennt Himmler in einem Bericht vom 29.12.1942 die Zahl von 363.211 getöteter Jüdinnen und Juden aus den letzten vier Monaten. Die "Enzyklopädie des Holocaust" nennt die Zahl von 1,25 Millionen getöter sowjetischer Jüdinnen und Juden bis zum Beginn des Rückzugs aus der Sowjetunion. Vom Juni 1943 schließlich datiert ein Befehl Himmlers, alle Ghettos im sog. "Reichskommissariat Ostland" (wie die besetzten Teile der Sowjetunion genannt wurden) aufzulösen und alle Einwohner zu ermorden. Einige zehntausend sowjetischer Jüdinnen und Juden wurden im Verlauf des Sommers 1943 bis zu dessen Schließung in das Vernichtungslager Sobibor deportiert und dort ermordet.

Insgesamt kamen durch das "Unternehmen Barbarossa" etwa 2,8 Millionen Jüdinnen und Juden unter die Gewalt der Nazis und wurden ermordet. Teilweise waren dies Menschen, die schon vorher in der Sowjetunion gelebt hatten, teilweise aber auch Jüdinnen und Juden aus den von der Roten Armee besetzten Teilen Polens oder Menschen, die 1939/40 vor den Nazis nach Osten geflohen waren bzw. fliehen mußten.

Bei keiner anderen Opfergruppe sind die Unterschiede der einzelnen Forschungen derart unterschiedlich wie in der Frage der sowjetischen Jüdinnen und Juden. Robel faßt in seinem Aufsatz (in dem von Benz hg. Werk "Dimension des Völkermords") folgendermaßen zusammen: Schwarz geht von drei Millionen Opfern bei fünf Millionen jüdischer Bevölkerung in den Grenzen von 1941 (also einschließlich Ostpolens und des Baltikums) aus. Tennenbaum beziffert die Opfer auf 1,5 Millionen (in den Grenzen von 1939). Hilberg und Reitlinger nennen etwa 750.000 jüdische Opfer, Yad Vashem benennt die Opferzahl mit 1-1,1 Millionen zuzüglich einer etwa genauso hohen Zahl polnischer Jüdinnen und Juden, die sich seit 1941 auf von der Roten Armee besetzten Gebieten aufhielten. Wellers, der mit demographischen Daten arbeitet, vergleicht die Bevölkerungsstatistiken vor 1940 und Mitte der 50er Jahre und kommt auf etwa 2,3 Millionen Überlebende in den Grenzen von 1941, was nach seinen Berechnungen etwa 1,843 Millionen Toten auf "altsowjetischem Gebiet" entspricht. Robel kommt auf insgesamt 2,8 Millionen ermordete Jüdinnen und Juden in den Gebieten, die 1941 unter dem Einfluß der Roten Armee waren und etwa 2,1 Millionen ermordeter Jüdinnen und Juden in den Grenzen der alten Sowjetunion.

ES, Hamburg

Quellen: Enzyklopädie des Holocausts, deutsche Ausgabe 1993; Eugen Kogon, Hermann Langbein, Adalbert Rückerl u.a.: Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas, Frankfurt 1983; Wolfgang Benz (Hg.): Legenden, Lügen, Vorurteile, München 1990; Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, englisch 1961 und 1981, deutsche Ausgabe Berlin, 1982; Eberhard Jäckel und Jürgen Rohwer (Hg.): Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1985; Wolfgang Benz (Hg.): Dimension des Völkermords, München 1991; darin u.a. Gert Robel: Sowjetunion; Franciszek Piper: Die Zahl der Opfer von Auschwitz, Oswiecim 1993.

Daten zur Schoah

30.1.1939: Vor dem Reichstag prophezeit Hitler für den Fall eines Krieges die "Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa"

1.9.1939: Einmarsch der Wehrmacht in Polen. Offizieller Beginn des 2. Weltkriegs

1.9.1939: Ermächtigungsschreiben Hitlers für die Aktion T4

2.9.1939: Errichtung des KZ Stutthof

Januar 1940: Die Vernichtungsanstalt Grafeneck wird in Betrieb genommen; es folgen Brandenburg, Hartheim, Sonnenstein und Bernburg

27.4.1940: Himmler ordnet die Errichtung des KZ Auschwitz an. Anfang Juni werden die ersten Häftlinge, zumeist Polen, dorthin verschleppt

Januar 1941: Die Vernichtungsanstalt Grafeneck wird durch Hadamar abgelöst

22. Juni 1941: Beginn des "Unternehmen Barbarossa"; Überfall auf die Sowjetunion

Wenige Tage später beginnen die Einsatzgruppen mit der systematischen Ermordung der Jüdinnen und Juden in den neu eroberten Gebieten. Diese Morde umfassen ca. 2,5-2,8 Millionen Menschen, von denen der größte Teil in den eroberten Gebieten umgebracht wird; einige zehntausend werden nach Westen in die dortigen Lager transportiert und dort umgebracht.

1. September 1941: Ende der Aktion T4

September 1941: Beginn der Planungen für Majdanek und Birkenau

3. September 1941: Erster Vergasungsversuch in Auschwitz an sowjetischen Kriegsgefangenen

Mitte Oktober 1941: Beginn der Deportationen aus Deutschland; Heydrich verspricht, bis Jahresende das "Altreich" "judenfrei" zu machen

November 1941: Baubeginn der Vernichtungslager Chelmno und Belzec

Ende November 1941: Die Einladung für die "Wannsee-Konferenz" wird verschickt (ursprünglich für den 9.12. geplant, dann auf den 20.1.42 verschoben)

Dezember 1941: Das Lager Chelmno/Kulmhof nimmt seinen Betrieb auf

20. Januar 1942: Wannsee-Konferenz

März 1942: Beginn der Bauarbeiten zum Vernichtungslager Sobibor. Fertiggestellt im April. In Belzec beginnen die Vergasungen

10. Juni 1942: Als "Vergeltung" für das Attentat auf Heydrich wird das tschechoslowakische Dorf Lidice dem Erdboden gleichgemacht.

22. Juli 1942: Das Vernichtungslager Treblinka ist fertiggestellt

Die ersten Transporte aus Warschau (insgesamt 300.000 Menschen, davon 265.000 nach Treblinka) werden zusammengestellt.

23. Juli 1942: Adam Czerniakow, Vorsitzender des Judenrats in Warschau, begeht Selbstmord

Sept./Okt. 1942: In Majdanek werden Gaskammer und ein kleines Krematorium in Betrieb genommen

18.-22. Januar 1943: Erster Warschauer Ghettoaufstand

März 1943: Die Vergasungen in Chelmno werden vorübergehend eingestellt. Mindestens 150.000 Menschen wurden hier ermordet.

19. April - 27. Mai 1943: Zweiter Warschauer Ghettoaufstand. Mindestens 57.000 Menschen werden ermordet.

Januar 1943: Der Sieg der Roten Armee bei Stalingrad leitet die Wende im 2. Weltkrieg ein

5. Juli 1943: Himmler befiehlt den Umbau von Sobibor in ein Konzentrationslager (der Plan scheitert im Herbst wegen des Aufstands)

3./4.11.1943: Aktion "Erntefest" im Bezirk Lublin; in der damit abgeschlossenen "Aktion Reinhard" sind in den Vernichtungszentren mehr als 2 Millionen Menschen seit dem Frühjahr 1942 im "Warthegau" und im "Generalgouvernement", d.h. auf polnischem Gebiet umgebracht worden.

April 1944: In Chelmno beginnt die zweite Phase der Vernichtung. Mehr als 7.000 Menschen aus dem Ghetto Lodz werden ermordet.

2. Mai 1944: Der erste Transport ungarischer Juden erreicht Auschwitz. Bis Juli 1944 werden mehr als 400.000 Juden aus Ungarn nach Auschwitz deportiert. Die meisten werden unmittelbar ermordet.

27. Januar 1945: Das KZ Auschwitz wird befreit. In ihm wurden seit seiner Eröffnung mehr als 1 Million Menschen, die überwiegende Mehrheit Jüdinnen und Juden, umgebracht.

Tabelle 1:

Zahl der jüdischen Opfer der "Endlösung" nach unterschiedlichen Autoren

, +, +, +, +, +, +

Land, Wellers, Reitlinger, Hilberg, Gilbert, Yad

Vashem, Benz

Deutsches

Reich, , 160.000

-180.000, über 120.000, 160.000, 134.500

-141.500, 160.000

Österreich, , 65.000, über 50.000, 65.000, 50.000, 65.459

Luxemburg, , 3.000, unter 1000, , 1.950, 1.200

Frankreich , 75.721, 60.000

-65.000, 75.000, 83.000, 77.320, 76.134

Belgien, 25.437, 25.000

-28.000, 24.000, 24.387, 28.900, 28.518

Niederlande, 105.000, 104.000, über 100.000, 106.000, 100.000, 102.000

Dänemark, , unter 100, , , 60, 116

Norwegen, , , unter 1.000, , 762, 758

Italien, , 8.500

-9.500, 9.000, 8.000, 7.680, 6.513

Albanien, , , , , , 591

Griechenland, , 57.200, 60.000, 65.000, 60.000

-67.000, 59.185

Bulgarien, , , , , 11.343, 11.393

Jugoslawien, , maximal 58.000, 60.000, 60.000, 56.200

-63.300, 60.000

-65.000

Ungarn, 429.028, 180.000

-200.000, über 180.000, 305.000, 550.000

-569.000, 550.000

Tschecho-

slowakei, , 233.000

-243.000, 260.000, 277.000, 146.150

-149.150, 143.000

Rumänien, , 200.000

-220.000, 270.000, 364.632, 271.000

-287.000, 211.214

Polen, , 2.350.000

-2.600.000, bis zu 3.000.000, 3.000.000, 2.900.000

-3.000.000, 2.700.000

Sowjetunion, 1.939.940, 700.000

-750.000, 900.000, 1.000.000, 1.211.500 -1.316.500, 2.100.000

Tabelle 10:

Einsatzgruppen

, +, +

Einsatzgruppe, Ereignismeldungen 22.6.1941 - Mitte April 42, Sammelberichte

bis Mitte April 1942

Einsatzgruppe A:, 46.135 , 248.468

Einsatzgruppe B:, 55.661 , 71.455

Einsatzgruppe C:, 108.239 , 106.737

Einsatzgruppe D:, 60.728 , 91.728

Insgesamt, 270.763 , 518.388

Tabelle 2:

Zahl der in den Tötungsanstalten der Aktion T4 (sogenannte "Euthanasie") umgebrachten Menschen

, +, +, +

Anstalt, 1940, 1941, insgesamt

Grafeneck (A), 9839, , 9839

Brandenburg (B), 9772, , 9772

Bernburg (Be), , 8601, 8601

Hartheim (C), 9670, 8599, 18269

Sonnenstein (D), 5943, 7777, 13720

Hadamar (E), , 10072, 10072

Insgesamt, 35224, 35049, 70273

Tabelle 3:

Zahl der europäischen Juden,, wie sie von den Nazis selbst auf der Wannsee-konferenz zu Protokoll gegeben wur-den und für die "Endlösung" vorgesehen waren.

, +

Land, Anzahl

Altreich, 131.800

Ostmark, 43.700

Ostgebiete, 420.000

Generalgouvernement, 2.284.000

Bialystok, 400.000

Protektorat

Böhmen und Mähren, 74.200

Estland (judenfrei), -

Lettland, 3.500

Litauen, 34.000

Belgien, 43.000

Dänemark, 5.600

Frankreich

(besetztes Gebiet), 165.000

Frankreich

(unbesetztes Gebiet), 700.000

Griechenland, 69.600

Niederlande, 160.800

Norwegen, 1.300

Bulgarien, 48.000

England, 330.000

Finnland, 2.300

Irland, 4.000

Italien incl. Sardinien, 58.000

Albanien, 200

Kroatien, 40.000

Portugal, 3.000

Rumänien

einschl. Bessarabien, 342.000

Schweden, 8.000

Schweiz, 18.000

Serbien, 10.000

Slowakei, 88.000

Spanien, 6.000

Türkei (europ. Teil), 55.500

Ungarn, 742.800

UdSSR, 5.000.000

- Ukraine, 2.994.684

- Weißrußland

(ohne Bialystok), 446.484

Insgesamt, 11.000.000

Tabelle 4:

Teilnehmer der "Wannsee-Konferenz" vom 20. Januar 1942

, +

Name, Funktion

Reinhard Heydrich, Leiter des Reichssicherheitshauptamtes

und Vertreter des Reichsführer SS,, Heinrich Himmler

Adolf Eichmann, "Judensachverständiger" im RSHA

Wilhelm Stuckart, Staatssekretär im Innenministerium

Josef Bühler, Staatssekretär im "Generalgouvernement"

Martin Luther, Unterstaatssekreätr im Auswärtigen Amt

Alfred Meyer, Gauleiter und Staatssekretär im Reichsministerium

für die besetzten Ostgebiete

Georg Leibbrandt, Leiter der Politischen Abteilung im Ostministerium

Roland Freisler, Reichsjustizministerium

Wilhelm Kritzinger, Vertreter der Reichskanzlei

Erich Neumann, Staatssekretär beim Beauftragten für den Vierjahresplan

Heinrich Müller, Chef der Gestapo

Otto Hofmann, Rasse- und Siedlungshauptamt

Eberhard Schöngarth, Befehlshaber der SiPo und des SD im Generalgouvernement

Rudolf Lange, Einsatzgruppe A im Baltikum

Gerhard Klopfer, SS-Oberführer und Staatssekretär in Martin Bormanns

Reichskanzlei

Tabelle 5:

Summe der in der Aktion Reinhard,, der Aktion Erntefest und in Chelmno in Vernichtungslagern und gezielten Vernichtungsaktionen ermordeten Menschen (ohne Erschießungen,, Verhungern oder sonstige Todesarten in den Ghettos,, auf dem Transport o.ä.)

, +, +

Lager, Zeitraum, Zahl der Opfer

Chelmno, Dez. 1941 - März 1943

April 1945 - Januar 1945, 145.500

mindestens 7.176

Belcez, März 1942 - Dez. 1942, 500.000 - 600.000

Sobibor, Mai 1942 - Juli 1942

Sept. 1942 - 14.10 1943, 90.000 - 100.000

150.00 - 160.000

Treblinka, 23.7.1942 - 28.8.1942

Herbst 1942 bis Aug. 1943, 268.000

632.000

Maidanek, Winter 41/42 - 1944, 200.000

Aktion Erntefest, 3./4.11.1943, 43.000

, Insgesamt, ca. 2.100.000

Tabelle 6:

Die Nationalitäten der nach Auschwitz deportierten Juden nach Piper

, +

Land, Anzahl

Ungarn, 438.000

Polen, 300.000

Frankreich, 69.000

Holland, 60.000

Griechenland, 55.000

Protektorat Böhmen und

Mähren (Theresienstadt), 46.000

Slowakei, 27.000

Belgien, 25.000

Deutschland

und Österreich, 23.000

Jugoslawien, 10.000

Italien, 7.500

Norwegen, 690

Konzentrationslager,

Nebenlager und andere Orte, 34.000

Insgesamt, 1.095.190

Nichtjüdische Opfergruppen

in Auschwitz nach Piper, +

, Anzahl

Polen, ca.145.000

"Zigeuner", 23.000

Sowjetische

Kriegsgefangene, 15.000

Insgesamt, 25.000

(Tschechen,, Russen,, Belorussen,, Jugo-slawen,, Franzosen,, Ukrainer,, Deutsche,, Österreicher und andere), +

Tabelle 7:

Die Zahl der von 1940 bis 1945 in Auschwitz Getöteten und Gestorbenen

nach Piper,, 1993

, +, +

Insgesamt, 1.100.000 (1.082.000), 900.000 (880.000) Nichtregistrierte

200.000 (202.000) Registrierte

Juden, 1.000.000 (960.000), 865.000 Nichtregistrierte

100.000 (95.000) Registrierte

Polen, 70 - 75.000 (74.000), 10.000 Nichtregistrierte

60-65.000 (64.000) Registrierte

"Zigeuner", 21.000, 2.000 Nichtregistrierte

19.000 Registrierte

Sowjetische

Kriegsgefangene, 15.000, 3.000 Nichtregistrierte

12.000 Registrierte

Andere, 10 - 15.000 (12.000), keine Angaben für Nichtregistrierte

10-15.000 (12.000) registrierte Tschechen,,

Russen,, Belorussen,, Ukrainer,, Jugoslawen,,

Franzosen,, Deutsche,, Österreicher und andere

Tabelle 8:

Die Zahlen der in Auschwitz ermordeten Menschen aufgrund der Aussage des KZ-Kommandanten Rudolf Höß bei seinem Prozeß in Polen, +

Herkunft, Anzahl

Deutschland

und Theresienstadt,

250.000

Holland, 100.000

Belgien, 20.000

Frankreich, 110.000

Griechenland, 65.000

Ungarn, 400.000

Slowakei, 90.000

Insgesamt, 1.130.000

Tabelle 9:

Zahl der Opfer im KZ Auschwitz

nach unterschiedlichen Autoren

, +, +

Autor, Jahr, Opfer

Hilberg, 1961, 1.000.000

Crankshaw, 1958, 1.000.000

Poliakow, 1951, 2.000.000

Davidowicz, 1979, 2.000.000

Gilbert, 1979, 2.000.000

Reitlinger, 1971, ca. 900.000

Wellers, 1983, 1.471.595

Bauer, 1985, 2.500.000

33. "Hast du ein kämpferisches Verhältnis zur Gesellschaft?" Autonome suchen neue Wege ... (Autonomie-Kongreß Ostern 95)

Autonome suchen neue Wege für den erfolgreichen Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung, für Emanzipation und Befreiung

Autor: KUK · Rubrik: Autonome; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:32

Autonome suchen neue Wege für den erfolgreichen Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung,

für Emanzipation und Befreiung

Die Frage nach dem Kampfverhältnis gegenüber der Gesellschaft leitet die Mehrzahl der Interviews ein, in denen Autonome über ihre Ansichten zu linksradikaler Politik Auskunft geben. (1) Die Interviewsammlung dient der Einstimmung und Vorbereitung des Autonomie-Kongresses 1995, der über Ostern in Berlin stattfinden soll. Gesucht werden emanzipative, perspektivische Ansätze linksradikaler Politik, Utopien oder einfach nur neue Aktionsformen.

Die hohe Zeit autonomer Bewegungen ist Vergangenheit. Zwar hat es in den letzten Jahren eine Vielzahl von Kampagnen, Arbeitsgruppen, Treffen, Aktionen und Demonstrationen zu allem gegeben, "was aktuell und empörend ist" - die Hoffnung, daß sich daraus eine neue Bewegung ergeben möge, wurde jedoch vielfach enttäuscht: " ... die Wahrheit ist hart, die Menschen lassen sich nicht anschieben. Sie reagieren mißtrauisch und gleichgültig." (2) Dieser Einschätzung aus dem VeranstalterInnenkreis folgt die selbstkritische Feststellung, daß eine Neubesinnung auf die "politische Kraft von Bewegungen" mit den Hypotheken der Vergangenheit, mit Entgleisungen autonomer Bewegungen belastet sei. Es dürfte niemanden überraschen, daß es in der autonomen Szene keine gemeinsame, einheitliche Weiterentwicklung gegeben hat. Die Verarbeitung der eigenen Geschichte, das Reagieren auf politische Umwälzungen (Verschwinden des realsozialistischen Lagers) hat zur Ausprägung mehrerer Ansätze geführt, die sich z.T. gegeneinander abschotten oder gar feindlich gegenüber stehen: Der praktische Ansatz zieht praktisches Eingreifen quälerischen Grundsatzdiskussionen vor. Der analytische Ansatz will die neuen gesellschaftlichen Realitäten zunächst besser erschließen, um daraus neue Ansätze für praktisches Handeln zu gewinnen. Der Organisationsansatz schließt nicht aus, daß für eine hohe Schlagkraft und Handlungsfähigkeit auf Organisationsformen zurückgegriffen werden muß. Die Aufzählung ist gewiß nicht vollständig und wird nicht überall auf Zustimmung stoßen. Die KongreßorganisatorInnen hegen jedoch die "Hoffnung auf offene Kritik und produktiven Streit zwischen den verschiedenen Ansätzen linksradikaler undogmatischer Politik". (3)

Die Kongreßidee entwickelte sich nach den Auseinandersetzungen, die 1993 im Vorfeld der traditionellen, autonomen 1. Mai-Demonstration in Berlin stattfanden. (siehe ak 355) Ein Teil der Szene zog sich damals aus den Vorbereitungen zurück, weil dogmatische, teilweise stalinistische Organisationen dominierenden Einfluß gewonnen hatten. Das autonome Zerwürfnis hatte insofern sein Gutes, daß daraus die Bereitschaft zu einem Diskussionsprozeß erwuchs. Dabei ging es nicht nur um ein gemeinsames Vorgehen bei der nächsten 1. Mai-Demonstration (die im wesentlichen ohne autonome Beteiligung stattfand), sondern es wurden grundsätzliche Fragen zur Internationalen Solidarität, zur unkritischen Bewunderung der weltweiten "riots", zu eigenen "dörflichen Klatsch- und Tratschstrukturen" usw. aufgeworfen. Der Vorschlag, diese Themen auf einer überregionalen Zusammenkunft zu diskutieren, traf auf Zustimmung. Terminansetzungen (1.5. und 3.10.1994) wurden verworfen, schließlich einigte man sich auf Ostern 1995.

Die Kongreßvorbereitungen erfolgten mit autonomer Gründlichkeit, wiesen aber auch einige hinlänglich bekannte Inkonsistenzen auf: "Bisher haben in Halle/Saale, Kassel und Erfurt drei überregionale Vorbereitungstreffen stattgefunden. Die Diskussionen haben sich von den ursprünglichen Fragen immer mehr zu Problemen des Ablaufs und der formalen Gestaltung verschoben. Sehr viele Menschen haben im Verlauf des letzten Jahres ihr Interesse bekundet, sind aber nach einiger Zeit wieder weggeblieben, teils enttäuscht, weil sie sich mit ihrer Meinung nicht durchsetzen konnten, teils von der Verantwortung überfordert, die andere

auf sie geladen hatten, teils aber auch, weil sie gar nicht damit gerechnet hatten, daß hier richtige Arbeit von ihnen erwartet wurde." (4)

Nicht nur Einzelpersonen ziehen sich zurück, ganze Gruppen stellen den Sinn des Autonomie-Kongresses in Frage: "Gerade die Gruppen, die kontinuierlich an Themen arbeiten, haben sich bisher sehr wenig in den Kongreß eingebracht, weil die bereits beschäftigt sind mit ihrer praktischen Arbeit." (5) Dies führt zu der Kritik, daß wichtige Themen wie Rassismus oder Faschisierung des Staates und der Gesellschaft bisher keinen herausgehobenen Platz in der Kongreßplanung finden. (6) Ost-West-Dissonanzen kommen hinzu: "Von Anfang an kam die Idee von Westlern. Leute aus dem Osten, die sich dafür interessiert haben, waren automatisch in der Minderheit. Statt dann ihre Leute zu mobilisieren und einfach die Power ihrerseits zu verstärken, haben sich viele zurückgezogen." (7)

Der vorliegende Aufruf zum Kongreß versucht einerseits eine Festlegung auf ein undogmatisches Politikverständnis, mit etwas gutem Willen läßt sich andererseits die Bereitschaft herauslesen, auch auf Gruppen zuzugehen, die in der Vergangenheit wenig Freundlichkeiten seitens der autonomen Szene erwarten durften: "Es hat keinen Zweck, uns gegenseitig wieder auf den ‚objektiv richtigen` Ansatzpunkt für revolutionäre Politik einschwören zu wollen. Die Suche nach einem revolutionären Subjekt war bisher vergebens, hat uns gelähmt und war sowieso falsch. Auch die kommunistische Idee, soweit sie für die Beherrschten zur Zwangsmaßnahme wurde, war eher ein Schreckgespenst. Damit wollen wir uns nicht von vornherein von allen absetzen, die für ihre Vorstellung von Befreiung unter den Begriffen ‚Kommunismus` oder auch ‚Anarchismus`, ‚Basisdemokratie` oder anderen Kategorien kämpfen. ... Der Autonomie-Kongreß soll zum Treffpunkt der links-radikalen und undogmatischen Bewegungen werden. Dort wollen wir ohne formale Abgrenzungen auf der einen Seite und falsche Rücksichtnahmen auf der anderen Seite die schwelenden und verschütteten Konflikte austragen."

Die Durchführung des Autonomiekongresses ist zwei Wochen vor Ostern immer noch mit einem gewissen Fragezeichen versehen. Zwar gibt es keinen Zweifel daran, daß die etwa 1.000 erwarteten TeilnehmerInnen nach Berlin kommen - ob sie geeignete Räume für Arbeitsgruppen und Plena finden, ist jedoch noch ungewiß. Die Präsidentin der Humboldt-Uni nahm ihre mündlich erteilte Zusage zurück, den Kongreß unter dem Dach der Ostberliner Hochschule stattfinden zu lassen. Ob, wie behauptet, aus Angst vor den gefährlichen Staatsfeinden und wegen Etatkürzungen oder ob auf politischen Druck des Berliner Senats hin, ist im Ergebnis letztlich egal. Die VeranstalterInnen wollen sich am Karfreitag universitäre Räume im Zentrum der Stadt nehmen. Wenn aufgrund dieser Ankündigung nicht noch eine einvernehmliche Lösung erzielt wird, könnte der Kongreß durch eine Bullenprovokation verhindert werden. In diesem Fall müßte auf alternative Veranstaltungsorte zurückgegriffen werden, die eine Realisierung des geplanten Kongreßverlaufs nicht erlauben würden.

KUK.

Anmerkungen:

1) Der Stand der Bewegung, Berlin: Selbstverlag 1995.

2) A.a.O., S. 13.

3) A.a.O., S. 16.

4) A.a.O., S. 20.

5) "Hans-Peter" in einem Gespräch mit der Jungen Welt, 11.3.1995.

6) Kritik von Oliver Tolmein, a.a.O.

7) "Hans-Peter", a.a.O.

34. Wolfgang Harich - ein Abschied. Der streit- bare Philosoph und Kommunist starb mit 72 Jahren

Autor: Gerd Bedszent · Rubrik: Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:25

Wolfgang Harich wurde 1923 in Königsberg geboren. Schon in früher Jugend beschäftigte er sich mit Philosophie, die zeitlebens sein Hauptarbeitsgebiet bleiben sollte. Der junge Harich geriet schnell in Widerspruch zum faschistischen Regime. 1942 in die Wehrmacht gezogen, entfernte er sich 1943 unerlaubt von der Truppe, was ihm einen Gefängnisaufenthalt einbrachte. 1944 desertierte er endgültig und schloß sich in Berlin einer kommunistischen Widerstandsgruppe an. Kommunist ist Harich sein Lebtag geblieben.

1945 entdeckte ihn Wolfgang Leonhard von der "Gruppe Ulbricht" im zerstörten Berlin und verschaffte ihm seine erste Arbeit an der damaligen "Kammer der Kunstschaffenden". Wolfgang Harich trat der KPD bei und wurde dann Mitglied der SED. Nach zeitweiliger Tätigkeit für mehrere Zeitungen und Zeitschriften wurde er Lektor beim Aufbau-Verlag. Nebenher studierte er von 1946-51 an der Humboldt-Universität Philosophie und Literaturwissenschaft, promovierte und wurde 1951 zum Professor für Geschichte und Philosophie berufen.

Aus dieser Zeit resultieren Harichs erste Konflikte mit der stalinistischen Parteibürokratie. Die ausschließliche Orientierung am "großen Mann im Kreml" konnte er für sich und seine Vorlesungen nicht akzeptieren. Vorwürfe wegen "Mißachtung Stalins" und "antisowjetischer Einstellung" sowie ein Parteiverfahren waren das Ergebnis.

Harich arbeitete danach hauptsächlich im Aufbau-Verlag und bei der "Deutschen Zeitschrift für Philosophie". Den XX. Parteitag der KPdSU begrüßte er als eine Chance zur Aufhebung der Blockkonfrontation und Wiederannäherung der beiden deutschen Staaten - mit dem Ziel eines geeinten sozialistischen Deutschlands. In einem Entwurf für eine Plattform innerhalb der SED trat er 1956 für grundlegende Demokratisierung der DDR, Auflösung der Staatssicherheit und einen Annäherungsprozeß zwischen SED und SPD ein. Die Rolle dieser "Plattform" und Harichs Anteil daran sind bis heute umstritten - 35 Jahre später führte dies zu einem häßlichen Konflikt zwischen Harich und seinem damaligen Mitstreiter Walter Janka. Fakt ist jedoch, daß Harich am 29. November 1956 verhaftet und wegen "Bildung einer konspirativen staatsfeindlichen Gruppe" zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Acht Jahre davon saß er im Zuchthaus Bautzen ab.

Verurteilung und Haft Harichs sind zusammen mit der Isolierung und Vertreibung Ernst Blochs und Hans Mayers eines der trübsten Kapitel in der Geschichte von Geist und Macht in der DDR - und wurden von ZeitgenossInnen wohl auch so verstanden.

Nach der Haftentlassung arbeitete Harich überwiegend an philosophischen Themen und veröffentlichte mehrere Bücher - als letztes 1994 eine Auseinandersetzung mit der Philosophie Friedrich Nietzsches.

Sehr früh wandte sich Harich ökologischen Themen zu. Bei mehreren Aufenthalten in Westeuropa 1979 und 1981 engagierte er sich in der Friedens- und Ökologiebewegung, weigerte sich jedoch entschieden, sich für antikommunistische Ausfälle gegen die DDR instrumentalisieren zu lassen. Ungeachtet dessen durfte sein Buch "Kommunismus ohne Wachstum" in der DDR nicht erscheinen und wurde in der Bundesrepublik vom Rowohlt-Verlag herausgegeben.

Die nach dem Zusammenbruch der DDR sich anbahnende deutsche Einheit begrüßte Harich anfangs. Bedeutete sie aus seiner Sicht doch die Möglichkeit, die besten Eigenschaften der beiden deutschen Staaten - sozialistische Sicherheit plus ein höheres Maß an Demokratie - zu vereinen und so einen Schritt hin zu einem sozialistischen Gesamtdeutschland zu gehen. Entsetzt war er dann über die Art und Weise, wie der Anschluß durch die stärkere Bundesrepublik praktiziert wurde.

Während die meisten DDR-DissidentInnen sich relativ schnell nach dem Wind drehten und nicht mehr an ihre ursprünglich demokratisch-sozialistischen Zielsetzungen erinnert werden wollen, blieb Harich, dem tatsächlich ein schlimmes Unrecht geschehen ist, seinen kommunistischen Prinzipien treu. Er war nicht bereit, die Diskriminierung der Ostdeutschen und die einseitig-verordnete "Aufarbeitung" der DDR-Geschichte durch die Eppelmann-Kommission widerstandslos hinzunehmen. Auf seinen Vorschlag hin gründete sich im Oktober 1992 eine "Alternative Enquetekommission" mit dem Ziel einer kritischen sozialhistorischen Analyse des

zweiten deutschen Staates. Harich wurde Vorsitzender dieser Kommission, bis er diese Tätigkeit wegen rapider Verschlechterung seines Gesundheitszustands abgeben mußte.

Harich sprach der bundesdeutschen Justiz generell das Recht ab, über DDR-Geschichte zu urteilen. Konsequenterweise war er aus diesem Grunde auch nicht bereit, gegen den Richter auszusagen, der ihn 1957 verurteilt hatte. Dies brachte ihm eine Zwangsvorführung und Verurteilung durch die Berliner Justiz und eine Schlammschlacht in den bürgerlichen Medien ein.

Nach wie vor verstand sich Harich als Kommunist und trat daher zunächst der 1990 in der DDR gegründeten KPD bei. Diese verließ er jedoch bald wieder - angewidert von dem Dogmatismus und der Intellektuellenfeindlichkeit der Parteispitze. Danach längere Zeit parteilos, erklärte er angesichts der jüngsten Verfolgung der PDS durch die Berliner Finanzbehörden im Herbst 1994 spontan seinen Eintritt in diese Partei. Dort engagierte er sich in der Kommunistischen Plattform - in ständiger Auseinandersetzung mit dem prostalinistischen Flügel dieser Gruppierung.

Harichs letzte Veröffentlichung erschien im Dezember 1994 in den "Weißenseer Blättern". Im Rahmen einer durch einen Artikel des DDR-Historikers Kurt Gossweiler ausgelösten Stalinismus-Debatte charakterisierte er die Stalinsche Repression und insbesondere die Moskauer Prozesse als "Klassenverrat". Mit der Ausschaltung und Ermordung aller führenden KommunistInnen in der Sowjetunion habe Stalin sich eine politische Annäherung an die westeuropäischen Staaten erkaufen wollen.

Harich wußte um sein schweres Herzleiden. Dennoch war er aktiv bis zum letzten Tag, wobei er - wie Zeit seines Lebens - philosophisches Denken mit politischer Aktion verband. Beeindruckend waren vor allem seine Kontakte zu jüngeren GenossInnen und sein Bestreben, sie zu ernsthafter theoretischer Arbeit anzuregen. Es hatte etwas von Stafettenübergabe, so z.B. im Falle des (viel jüngeren) Nürnberger Publizisten Robert Kurz, in dem Harich den bedeutendsten Theoretiker der gegenwärtigen deutschen Linken sah und mit dem ihn in seinem letzten Lebensjahr eine aufrichtige Freundschaft verband.

Die Trauerfeier für Wolfgang Harich fand am 28. März auf dem Friedhof Berlin-Wilmersdorf statt. Weit über hundert Menschen waren gekommen. FreundInnen, GenossInnen und KollegInnen würdigten ihn sowohl als aufrechten Kommunisten und antifaschistischen Widerstandskämpfer als auch als bedeutenden Philosoph und Lukács-Schüler. Ein Redner hob Harichs Verdienste bei der Verbreitung der Werke Leo Trotzkis in der DDR hervor, ein anderer sah in ihm in erster Linie den Begründer eines "ökologischen Marxismus". Alle jedoch waren sich darin einig, daß Wolfgang Harich ein bedeutender Denker war, zu dessen herausragenden Eigenschaften unbedingte Wahrheitsliebe und stetige Suche nach der Wahrheit gehörten. Der Wind trieb Schnee- und Hagelschauer gegen die Fenster, als wir von Wolfgang Harich Abschied nahmen.

Gerd Bedszent

35. Die Juden und die russsische Revolution (1917 -1937). Vorabdruck aus "Die Marxisten und die jüdische Frage" von Enzo Traverso

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte der Kommunisten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:04

In der Reihe Jüdische Studien des Decaton-Verlags erscheint im April die von dem italienischen Historiker verfaßte Untersuchung Die Marxisten und die jüdische Frage. Geschichte einer Debatte (1843-1943). Der Ausgangspunkt seiner Arbeit, schreibt Traverso in der Einleitung, sei die Lücke in der Geschichtsschreibung zu dem Thema und dessen gegenwärtige Verdrängung im marxistischen Denken gewesen: "Wir haben versucht, diese Lücke zu füllen. Es handelt sich unserer Meinung nach um eine notwendige Arbeit, wenn es stimmt, daß die Arbeiterbewegung nicht wird fortschreiten können, wenn sie von ihrer Geschichte und ihrem Gedächtnis getrennt ist, wenn es stimmt, daß der Marxismus sich nicht entwickeln und bereichern wird können, ohne seine Waffen der Kritik dazu zu benutzen, über den eigenen Weg nachzudenken. Die Jiddischkeit und der jüdische Sozialismus wurden von der Karte Europas gestrichen; es muß verhindert werden, daß sie aus der Geschichte gestrichen werden, denn jede Bemühung, die Welt zu verändern muß sich, wie Walter Benjamin sagt, von ‚dem Bild der geknechteten Ahnen, nicht vom Bild der befreiten Enkel` nähren."

Traverso behandelt in seiner Untersuchung die Position von Marx und Engels zum Judentum; die jüdisch-marxistische Intelligenz in Zentral- und Osteuropa; die deutschen und österreichischen Marxisten; die russischen und polnischen Marxisten; die Juden und die russische Revolution; Gramsci und die jüdische Frage; der messianische Materialismus Walter Benjamins; die Entwicklung von Weimar nach Auschwitz und die Haltung der KPD zum Judentum; die Klassentheorie am Beispiel der Schriften Abraham Léons.

Der Sturz des Zarismus im März 1917 wurde von den russischen Juden als großes Ereignis begrüßt, das das Ende ihrer Leiden und den Anfang einer neuen Ära der Befreiung kennzeichnete. Eine der ersten von der Übergangsregierung unternommenen Maßnahmen war die Abschaffung der unter dem ehemaligen Regime geltenden antisemitischen Gesetzgebung: Insgesamt sechshundertfünfzig Gesetze, die die Bürgerrechte der jüdischen Bevölkerung einschränkten, wurden aufgehoben, woran Trotzki in seiner Geschichte der russischen Revolution erinnert. (1) Dagegen blieben die Juden zunächst gegenüber der Oktoberrevolution, die sich weit entfernt vom Ansiedlungsgebiet (2) in Petrograd abspielte und die das Ergebnis eines "historischen Blocks" des Industrieproletariats mit den russischen Bauern war, demgegenüber die jüdische Gemeinschaft weitestgehend fremd blieb, recht mißtrauisch. Der sowjetische Erlaß, demzufolge der Boden unter den Bauern verteilt wurde, konnte die weitgehend urbanisierten und den landwirtschaftlichen Aktivitäten traditionsgemäß entfremdeten Juden nicht interessieren. Andererseits konnten sich jüdische Arbeiter und Handwerker aus Vilnius und Bialystok die Anliegen der sowjetischen Arbeiter von Petrograd und Moskau nicht vorstellen.

Im Juni 1918 bestätigten die Wahlen zu den jüdischen Gemeinschaftsorganisationen (kehilloth) (3) Rußlands die Hegemonie des Zionismus inmitten der israelitischen Bevölkerung und auf der Linken die Vorherrschaft des Bund, (4) dessen VIII. nationale Konferenz (Dezember 1917) die Oktoberrevolution verurteilte. Dieses Mißtrauen hinsichtlich der sowjetischen Macht fand eine weitere Erklärung in dem fast gänzlichen Fehlen politischer Kontakte seitens der Bolschewiki zur jüdischen Arbeiterbewegung. Wie Henri Sloves hervorhob, war "das, was man in Rußland seltsamerweise die ‚Judengasse` nannte (eine unbestimmte Erinnerung an ein ehemaliges Ghetto) für die bolschewistische Partei eine terra incognita". (5)

Jewsektzija

1918 schuf das Volkskommissariat für nationale Angelegenheiten, dem Stalin (6) vorstand, eine jüdische Sektion. Simon Dimanstein, ein alter Bolschewik, der Jiddisch beherrschte, aber noch nie am politischen Leben des jüdischen Proletariats teilgenommen hatte, übernahm ihre Leitung. Um diesem Mangel an politischen Aktivisten aus der jüdischen Arbeiterbewegung abzuhelfen, forderte er Samuel Agurskij zur Mitarbeit auf, einen nach seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten zum Bolschewismus übergegangenen Sozialisten. Die erste Veröffentlichung der kommunistischen Partei in jiddischer Sprache, die Wochenschrift Wahrheit, erschien im März 1918, sechs Monate nach der Revolution, und wurde sehr bald zu einer Tageszeitung, wobei sie den Titel änderte, um Der Emes zu werden (Die Wahrheit, der jiddische Begriff nun

nicht mehr germanischen, sondern hebräischen Ursprungs). Die Herausgabe einer jiddischen Tageszeitung brachte eine Vielzahl von Schwierigkeiten mit sich aufgrund des innerhalb der Partei herrschenden großen Mangels an Journalisten, die in der Lage waren, in dieser Sprache zu schreiben; folglich wurden die meisten Artikel aus dem Russischen übersetzt. (7) Im Oktober 1918 wurde noch immer unter der Leitung Dimansteins die jüdische Sektion der kommunistischen Partei gegründet, die unter dem Namen Jewsektzija berühmt wurde und deren Aufgabe es war, die jüdische Welt für die Diktatur des Proletariats zu gewinnen. Sehr schnell sollte die Jewsektzija die politische Leitung der sowjetischen Regierung in Sachen Judenfrage übernehmen.

Während des Bürgerkrieges zwischen 1918 und 1921 gelangte die jüdische Gemeinde schrittweise von einer Haltung des Mißtrauens, gar der Feindseligkeit, zur substantiellen Teilnahme am sowjetischen Regime. Zu Beginn dieser Entwicklung lassen sich vier Elemente unterscheiden:

a) Der Antisemitismus der Konterrevolution. Die Ukraine, die 1917 das Experimentierfeld national-kultureller jüdischer Autonomie war (der Territorialsozialist Zilbelfarb leitete das Ministerium für jüdische Angelegenheiten in der Regierung Petljura, (8) wurde während des Bürgerkrieges von einer Welle von Pogromen (9) von bislang ungeahnter Gewalt durchzogen. Denikins und Wrangels Armeen hatten versucht, sich des Antisemitismus als Waffe im Kampf gegen die Sowjetmacht zu bedienen. Man vermutet, daß die Ukraine die Bühne für zweitausend Pogrome bot, die ungefähr eine Million Juden betrafen und zwischen 75.000 und 150.000 Opfer forderten. (10) In dieser verzweifelten Lage sah die jüdische Bevölkerung in der Roten Armee die einzige Rettungsmöglichkeit. Einige dieser Einheiten nahmen übrigens auch an Pogromen teil, wie es Isaak Babel in seiner Roten Reiterarmee bezeugt, dennoch handelte es sich in den meisten der Fälle um Truppen, die zunächst unter Denikin gekämpft und die danach die Seite gewechselt hatten. Trotzki (11) bestrafte drei der Organisation von Pogromen angeklagten Regimenter und versuchte mit allen Mitteln zu verhindern, daß sich solche Vorkommnisse wiederholten. (12) Eine Anzahl junger Juden verpflichtete sich in der Roten Armee, die nunmehr von allen Juden, selbst von den feindseligsten gegenüber der Revolution und den Bolschewiki, als Retter begriffen wurde.

b) Die Verteidigung der Juden durch die Sowjets. Die Revolution legte von Anfang an einen unerschütterlichen Willen zum Kampf gegen den Antisemitismus an den Tag. Die Wahl des bolschewistischen Führers jüdischer Herkunft, Jakow Swerdlow, zum Präsidenten der Republik war eine mutige Tat, deren Bedeutung niemand unterschätzte: Es war eine Kriegserklärung an den Antisemitismus und dessen Identifikation mit der Konterrevolution. Der Zarismus war durch ein revolutionäres Regime ersetzt worden, das einen Juden als seinen obersten Repräsentanten wählte: Kein Jude konnte einer solchen Umwälzung gegenüber gleichgültig bleiben. Im Juli 1918 verurteilte ein von Lenin (13) unterzeichneter Erlaß des Rates der Volkskommissare den Antisemitismus und die Pogrome "als tödliche Gefahr für die gesamte Revolution, als eine Bedrohung für die Interessen der Arbeiter und Bauern", und rief "die arbeitende Masse und das sozialistische Rußland (dazu auf), sie mit aller Kraft zu bekämpfen". Der Erlaß befahl allen Sowjets in den Provinzen "die unerbittlichsten Maßnahmen zu ergreifen, um die antisemitische Bewegung auszurotten" und fügte hinzu, daß "die Teilnehmer an Pogromen und all die, die Pogrome anstiften" für vogelfrei zu erklären seien. (14) Der Antisemitismus wurde nicht mehr als ein spezifisch jüdisches Problem bekämpft, sondern als ein allgemeineres Problem, als ein mit dem Überleben der Revolution selbst verknüpftes Staatsproblem. Auf der einen Seite die Konterrevolution, die die Juden niedermetzelte; auf der anderen die Sowjets, die die Emanzipation der Juden auf ihre Fahne schrieben und sich eine Gesetzgebung gegen den Antisemitismus zu eigen machten: Gegenüber einer solchen Alternative hatten die russischen Juden keine schwierige Wahl.

c) Die "Eroberung" der Intelligenz. Der Aufbau eines neuen Staatsapparates war mit Hindernissen übersät, denn der politisierteste Sektor der Arbeiterklasse war von militärischen Bemühungen in Anspruch genommen und die alten Verwaltungsbeamten boykottierten die neuen Behörden. Blieben noch die Juden: ein gewaltiges Reservoir intellektueller Energien, das der Zarismus immer unterdrückt und diskriminiert hatte. Die Revolution verwandelte die jüdische Intelligenz, eine durch das ehemalige Regime gedemütigte und verfolgte Schicht von Parias, in eine Elite, die dazu berufen war, eine vorherrschende Rolle beim Aufbau des Sozialismus zu spielen. Die Juden gelangten massiv in den Staatsapparat, in die Universitäten und in die freien Berufe. 1927, zehn Jahre nach der Revolution machten sie 1,8% der gesamten Bevölkerung der UdSSR aus, stellten aber 10,3% der Verwaltungsbeamten in Moskau, 22,6% in der Ukraine und 30% in Bjelorußland. (15) Der Soziologe Victor Zaslavsky definierte die Lage der Juden im revolutionären Rußland als das "erste historische Beispiel einer kohärenten Anwendung des Prinzips der umgekehrten Diskriminierung, begründet auf einer ethnischen

Abstammung". (16) Die Gewinnung der Intelligenz war ein entscheidendes Element, um die jüdische Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit zu einer die Sowjetmacht unterstützenden Haltung zu veranlassen.

d) Die Mutation des jüdischen Sozialismus. Die Oktoberrevolution löste innerhalb der jüdischen Arbeiterbewegung (17), in der bedeutende mit dem Bolschewismus sympathisierende Strömungen aufkamen, eine tiefe Krise aus. 1919 polarisierte die Gründung der Kommunistischen Internationale die am radikalsten Gesonnenen innerhalb des jüdischen Proletariats und leitete einen Prozeß von Brüchen und Vereinigungen ein, der 1921 durch die Integration der meisten Organisationen der jüdischen Linken in die Jewsektzija der kommunistischen Partei zum Abschluß gebracht wurde. Der Bund war zerrissen zwischen einer sozialdemokratischen Strömung (W. Medem, (18) R. Abramowitsch) und den Anhängern der bolschewistischen Revolution, die 1919 einen ukrainischen "Kommunistischen Bund" gegründet hatten (Kombund). Im Jahr darauf fand in Moskau die zwölfte nationale Konferenz des Bund statt: Die von Moische Rafes und Alexander Tschemeriskij geführte Mehrheit verkündete ihre Unterstützung der sowjetischen Macht und rief alle jüdischen Arbeiter dazu auf, sich für die Rote Armee anwerben zu lassen. Sie verlangte als autonome und nationale Organisation des jüdischen Proletariats die Aufnahme in die Komintern. Im Grunde verlangte der Bund die Integration in die Internationale, ohne jedoch auf sein Programm jüdischer nationaler Autonomie zu verzichten. Noch einmal geriet der bundistische Föderalismus mit dem bolschewistischen Zentralismus in Konflikt: Die Anhänger des Bund traten schließlich individuell in die kommunistische Partei ein. (19) Die sozialistischen Zionisten und die Sozialistische Jüdische Arbeiterpartei (SERP) schlugen den gleichen Weg ein: 1917 schlossen sie sich zu einer vereinten jüdischen sozialistischen Partei zusammen, bekannt unter dem Namen Faraynikte; 1919 gründeten sie mit dem Bund eine kommunistische Allianz (Komunistischer Farband) in der Ukraine und in Bjelorußland; schließlich kamen sie 1921 in der Jewsektzija zusammen. Auch die Poale Zion erlebte 1920 einen Bruch zwischen einer sozialdemokratischen Rechten, die bereit war, den offiziellen zionistischen Institutionen beizutreten, und einer kommunistischen Linken, die vergeblich für die Integration in die Komintern kämpfte, ohne ihre zionistische Ausrichtung zu revidieren. Die Anhänger der Poale Zion stellten ein Regiment innerhalb der Roten Armee auf, das den Namen Borochows (20) trug, dennoch konnten sie sich nicht als Zionisten der kommunistischen Partei anschließen. (21) In die Fänge ideologischer Konflikte und auf der organisatorischen Ebene ins Wanken geraten, erlitt die jüdische Arbeiterbewegung eine ernsthafte Schwächung - zum Beispiel sank die Zahl der bundistischen Anhänger von 33.000 (1917) auf 11.000 (1921) -, jedoch traten seine bedeutendsten Mitglieder (außerhalb Polens) letztlich der Kommunistischen Internationale bei: Die Anziehungskraft der Oktoberrevolution war so groß, daß sie die theoretischen und politischen Divergenzen überwand. Darüber hinaus kommt man heutzutage nicht umhin festzustellen, daß, indem sie der kommunistischen Partei einzeln beitraten, die jüdischen Revolutionäre auf einen Großteil ihrer eigenen Individualität verzichten mußten.

Pro-jiddisch, anti-hebräisch

Während der ersten zehn Jahre der Sowjetmacht übernahmen die Bolschewiki zu einem großen Teil die Vorhaben zur Herstellung einer nationalen Autonomie für die Juden, die die Austromarxisten und der Bund zu Beginn des Jahrhunderts ausgearbeitet hatten. (22) Paradoxerweise leitete Stalin, der in seiner berühmten Studie von 1913 Marxismus und nationale Frage erbarmungslos den "Nationalismus" von Otto Bauer (23) und die "zionistische" Idee einer jüdischen Nationalkultur verdammt hatte, das Volkskommissariat für nationale Angelegenheiten. Die Jewsektzija war das notwendige Instrument dieser empirischen Orientierung der Regierung der Sowjets hin zu einer national-kulturellen jüdischen Autonomie. Die Anerkennung der russischen Juden als nationale Minderheit kam alsbald in dem beachtlichen Bemühen um die Aufwertung des Jiddischen zum Ausdruck, das 1926 für 70,4% der Juden in der UdSSR die Muttersprache war. Gleich nach der Revolution erhielt das Jiddische in der Ukraine und in Bjelorußland den Status einer offiziellen Sprache. Die jiddische Literatur wurde unterstützt und ermutigt: Die jiddischen Bibliotheken, Zeitungen, Zeitschriften, Verlage, Theater vervielfachten sich. Zu Beginn der dreißiger Jahre gab es 339 jiddische Schulen in Bjelorußland und in der Ukraine 831 (in Kiew wurde sogar ein Universitätsinstitut geschaffen, das mit dem YIVO in Vilnius wetteifern konnte). Die Werke von Schriftstellern wie I.L. Peretz, S. Alejchem und M. M. Sforim wurden in die Schulbücher aufgenommen. Die literarische Produktion zeugte von einer wahren kulturellen Blüte des Jiddischen: Von 238 Titeln 1928, kam man 1933 zu 668, mit einer Gesamtauflage von 2,5 Millionen Exemplaren (für eine jüdische Bevölkerung in der Sowjetunion von ungefähr drei Millionen). (24)

Gleichwohl übernahm die Jewsektzija die Verantwortung für die Schließung der hebräischen Schulen und die Einstellung hebräischer Publikationen, indem sie vielleicht eine in der Theorie des Bund schon implizierte Verständnislosigkeit auf die Spitze trieb. Es ging darum, die Religion zu unterdrücken, und eine moderne jüdische, von ihrer Tradition und sogar von ihrer Geschichte abgeschnittene Nation aufzubauen. Das Verbot des Hebräischen traf sowohl die Zionisten als auch die orthodoxen Juden. Diese Tatsache wirft ein Licht auf den bedeutendsten Widerspruch, der die gesamte Erfahrung der Jewsektzija kennzeichnete: Sie leitete das kulturelle Leben der Juden aufgrund von Methoden, die eher auf einem aufgeklärten Despotismus beruhten, als auf dem ursprünglichen Demokratieverständnis der Sowjets. Die Jewsektzija besaß eine große moralische Kraft - sie stellte innerhalb der jüdischen Welt die siegreiche Revolution dar -, aber ihre Macht bestand nicht in der unmittelbaren Ausstrahlung auf die jüdische Gemeinschaft, die nie die reale Möglichkeit erhielt, sich selbst zu verwalten. Aus der Asche des politischen Pluralismus entstanden, der die gesamte Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung in Europa geprägt hatte, gelang es der Jewsektzija nicht, eine substitutive Praxis zu vermeiden (in bezug auf eine nationale Autonomie, die nie vollständig umgesetzt wurde), und eine bürokratische Praxis dazu (durch die Repression, die sie auf die zionistischen Organisationen und die religiösen Institutionen ausübte). (25)

Auch wenn er die Bemühungen der Sowjets um die Befreiung der Juden von ihrer Unterdrückung lobte, erfaßte Joseph Roth schon 1927 die Grenzen der durch die russische Revolution in der jüdischen Welt eingeleiteten Vorgänge. Er fragte sich, ob die Bolschewiki tatsächlich das Wesen der jüdischen Frage begriffen hätten, als sie eine moderne jüdische Nation schaffen wollten, indem sie sie vollständig von ihrer Vergangenheit und ihrer historischen Identität trennten, innerhalb derer die Religion ein unersetzliches Element ist. Seiner Meinung nach stellte sich die Revolution die alte und wichtigste Frage überhaupt nicht: "Ob die Juden eine Nation sind, wie jede andere; ob sie nicht weniger oder mehr sind; ob sie eine Religionsgemeinschaft, eine Stammesgemeinschaft oder nur eine geistige Einheit sind; ob es möglich ist, ein Volk, das sich durch die Jahrtausende nur durch seine Religion und die Ausnahmestellung in Europa erhalten hat, unabhängig von seiner Religion als Volk zu betrachten; ob in diesem besonderen Fall eine Trennung von Kirche und Nationalität möglich ist; ob es möglich ist, aus Menschen mit ererbten geistigen Interessen, Bauern zu machen; aus stark geprägten Individualitäten Individuen mit Massenpsychologie?" (26)

Die jüdische Kultur zu "enthebraisieren" bedeutete letztendlich, sie zu "enthistorisieren": (27) Der Prozeß der Jiddischisierung hatte so zu der Entstehung einer um ihre Seele und ihre geschichtliche Identität gebrachten modernen jüdischen Nation beigetragen. Dennoch war das Problem komplexer; und es wäre falsch, es auf die Widersprüche und die Zweideutigkeiten der sowjetischen Politik zu reduzieren. Tatsächlich bestand im postrevolutionären Rußland der soziale Kontext - das Schtetl (28) -, in dem die Jiddischkeit entstanden war, nicht mehr. Während des Bürgerkrieges hatten die Pogrome aus Hunderttausenden von Juden zwangsverschleppte Menschen und Verbannte gemacht, der Kriegskommunismus hatte den jüdischen Handel unterbunden, und die Intelligenz hatte sich in den Staatsapparat integriert; schließlich wurde ein Großteil der jüdischen Bevölkerung durch die 1928 einsetzenden Fünfjahrespläne proletarisiert. Die Revolution hatte die sozioökonomische Basis des jüdischen Lebens grundlegend modifiziert, und seine kulturellen Äußerungen konnten daraus nur verändert hervortreten. Es gab kein Schtetl mehr, die "Judengasse", in der das Jiddische als eine Volkssprache (bevor sie zu einer literarischen Sprache wurde) lebte und täglich reicher wurde. Im neuen Rußland war das Jiddisch zu einer Kultursprache geworden, aber die Jiddischkeit, seine Urquelle, war verschwunden. Die jüdische Kultur sollte "jiddisch in der Form und sozialistisch im Inhalt sein", aber im Laufe der dreißiger Jahre liefen diese Prinzipien, der Definition Zvi Gitelmans zufolge, auf eine Reduktion "der jüdischen Nationalität auf die entnationalisierte jiddische Sprache" (29) hinaus.

Erneute Judenfeindschaft

In den dreißiger Jahren wurde dieser Versuch einer Aufwertung der jüdischen Kultur durch die Bürokratisierung der UdSSR unterbrochen. Der sowjetische "Thermidor" erstickte die Debatte innerhalb der kommunistischen Partei und unterdrückte jeglichen Ausdruck sowjetischer Demokratie, dennoch brachte er auch eine Restauration des großrussischen Nationalismus hervor. Die Juden waren seine Opfer, ebenso wie all die anderen nichtrussischen Nationen der UdSSR. Ende der dreißiger Jahre wurden die jiddischen Schulen, Theater, Zeitungen und Verlage geschlossen. Wie Alain Brossat und Sylvia Klingberg schrieben, "wurde die Gesamtheit der nationalen und demokratischen Errungenschaften der jüdischen Bevölkerung zerstört". (30) 1930 wurde die Jewsektzija abgeschafft; und während der blutigen Verfolgungen, die den Moskauer

Prozessen folgten, wurden fast alle Führer als "Trotzkisten" oder "bundistische Trotzkisten" hingerichtet. Schon Ende der zwanziger Jahre hatte Stalin antisemitische Argumente im Kampf gegen die linke Opposition benutzt (zu der viele Juden zählten und die in der Jewsektzija stark vertreten war). Der Aufbau "des Sozialismus in einem Land" brauchte den Beitrag jüdischer Revolutionäre nicht, der Internationalisten und zwangsläufig "wurzellosen Kosmopoliten". 1937 beschuldigte Trotzki Stalin öffentlich der Anstiftung einer neuen Welle von Antisemitismus in der UdSSR, indem er unterstrich, daß die Restauration des großrussischen Chauvinismus nur die latent gebliebenen antisemitischen Vorurteile fördern konnte. Er schrieb: "Wenn Stalin in Moskau Prozesse inszeniert, die die Trotzkisten anschuldigen, daß sie planten, die Arbeiter zu vergiften, dann ist es nicht schwer, sich vorzustellen, in welch trübe Tiefen sich die Bürokratie in einigen ukrainischen oder zentralasiatischen Hütten bewegen kann." (31)

Mit der Erfahrung von Birobidschan wurde endgültig ein Strich unter die national-jüdische Autonomie in der UdSSR gezogen. Das Vorhaben, eine jüdische Kolonie in dieser Region Sibiriens anzusiedeln, die größer als Belgien war, einer Wüste ähnlich und fast unbewohnt, wurde nicht von der Jewsektzija erarbeitet, die die Ansiedlung einiger Kolonien auf der Krim vorzog, sondern war allgemeiner an eine exterritoriale Auffassung der jüdischen Nationalität gebunden. Die Entscheidung, Birobidschan zu kolonisieren, wurde 1928 von der sowjetischen Regierung getroffen (vom Kommissariat für Verteidigung und der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften), ohne daß man sich vorab mit der jüdischen Bevölkerung beraten hatte. Diese Wahl hatte einen strategischen Grund - es mußte ein Vorposten errichtet werden, der in der Lage war, dem japanischen Expansionismus in Fernost Einhalt zu gebieten -, der keinerlei Kriterien sozioökonomischer oder nationaler Art berücksichtigte. Nach der japanischen Besetzung der Mandschurei 1931 wurde der Aufbauprozeß von Birobidschan verstärkt. Die Bedeutung des Aufbaus einer nationalen jüdischen Heimat wurde von Kalinin, dem Präsidenten der UdSSR, in einer Ansprache unterstrichen, deren zionistische Inspiration offensichtlich war. Er machte aus der territorialen Konzentration der Juden eine für den nationalen Schutz des jüdischen Volkes unersetzliche Bedingung: "Wir haben viele Juden bei uns, aber sie besitzen keinerlei staatliche Identität. Es ist sogar die einzige Nationalität in der UdSSR, sie umfaßt drei Millionen Seelen, ohne eigenen Staat. Ich bin der Ansicht, daß die Schaffung autonomer Regionen, was unsere Bedingungen angeht, das einzige Mittel für eine normale staatliche Entwicklung dieser Nationalität darstellt. Ich schätze, daß Birobidschan in einem Jahrzehnt der wichtigste, wenn nicht einzige Wächter der nationalen und sozialistischen jüdischen Kultur sein wird." (32) Die Wirklichkeit sah allerdings anders aus: Zwischen 1928 und 1933 beschlossen von den 20.000 Juden, die nach Birobidschan gegangen waren, nur etwas mehr als 8000, auch dort zu bleiben; als 1934 das Autonome Jüdische Gebiet, eine nach der sowjetischen Verfassung staatliche Verwaltungseinheit, ausgerufen wurde, stellten die Juden nicht einmal 20% der Bevölkerung. (33) 1937 war erneut das Russische die einzige Sprache der regionalen Verwaltung; und M. Koteles, der neue Präsident, der den als "Trotzkisten" hingerichteten Liberberg ersetzen sollte, beherrschte das Jiddische nicht. Der jüdische Staat der Sowjetunion war nur noch eine Fiktion.

Anmerkungen

(1) Siehe Leo Trotzki, Die Geschichte der russischen Revolution, Frankfurt/M. 1973, Bd. 2, S. 723.

(2) Ansiedlungsgebiet: Von Katharina II. gegründet, bezeichnet das Ansiedlungsgebiet die Gesamtheit der Regionen, in denen der Aufenthalt der Juden gestattet war: das russische Polen, Litauen, Weißrußland, Bessarabien und die Ukraine.

(3) Kehilla: (Mehrzahl kehilloth) Führungsinstanz der traditionellen jüdischen Gemeinschaft auf kommunaler Ebene. Zu ihren Funktionen zählten die Sozialfürsorge, die Steuereintreibung und die Erziehung.

(4) Bund: Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund von Rußland, Polen und Litauen; wichtigste Kraft der jüdischen Arbeiterbewegung, marxistisch und antizionistisch.

(5) Henri Sloves, l'Etat juif de l'Union soviétique, Paris 1982, S. 24.

(6) Zu Stalin siehe Enzo Traverso, Die Marxisten und die jüdische Frage. Geschichte einer Debatte (1843-1943), Mainz 1995, S. 139 f.

(7) Siehe Nathan Weinstock, Le pain de la misère. Histoire du mouvement ouvrier juif en Europe, Bd. 3, Paris 1986, S. 32.

(8) Henri Sloves, l' Etat juif de l'Union soviétique, a.a.O., S. 37.

(9) Pogrom: (russisches Wort aus po, ganz, und gromit', zerstören) Antisemitischer Aufstand, der oft mit einem Massaker an den Juden endete.

(10) Zvi Gitelman, Jewish Nationality and Soviet Politics. The Jewish Sections of the CPSU (1917-1930), Princeton, NJ 1972, S. 160-163.

(11) Zu Trotzki siehe Enzo Traverso, Die Marxisten und die jüdische Frage, a.a.O., S. 140-144.

(12) Zvi Gitelman, Jewish Nationality and Soviet Politics, a.a.O., S. 164-167.

(13) Zu Lenin siehe Enzo Traverso, Die Marxisten und die jüdische Frage, a.a.O., S. 133-138; vgl. auch Mario Keßler, "Parteiorganisation und nationale Frage. Lenin und der jüdische Arbeiterbund 1903-1914" in: Th. Bergmann/W. Hedeler/M. Keßler/G. Schäfer (Hg.), Lenin. Theorie und Praxis in historischer Perspektive, Mainz 1994, S. 219-231.

(14) "Beschluß des Rates der Volkskommissare über den entschiedenen Kampf gegen den Antisemitismus", wiederabgedruckt als Anhang zu Henri Sloves, l' Etat juif de l'Union soviétique, a.a.O., S. 294.

(15) Ebda., S. 45.

(16) Victor Zaslavsky, "Origini e limiti di una diaspora. Gli ebrei sovietici dall'Ottobre alla morte di Stalin", in: M. Brunazzi/A.A. Fubini (Hg.), Gli ebrei orientali dall' utopia alla rivolta, Mailand 1985, S. 66.

(17) Zur jüdischen Arbeiterbewegung siehe Ezra Mendelsohn, Klassenkampf im Ansiedlungsgebiet. Die Gründerjahre der jüdischen Arbeiterbewegung im zaristischen Rußland, Mainz 1995; Jack Jacobs, Sozialisten und die "jüdische Frage" nach Marx, Mainz 1994, S. 111-131.

(18) Zu Wladimir Medem siehe Enzo Traverso, Die Marxisten und die jüdische Frage, a.a.O., S. 111-120.

(19) Siehe John Bunzl, Klassenkampf in der Diaspora. Zur Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung, Wien 1975, S. 136-138.

(20) Zu Ber Borochow siehe Enzo Traverso, Die Marxisten und die jüdische Frage, a.a.O., 120-132.

(21) Zur Auflösung der Linken der Poale Zion in der kommunistischen Partei siehe Nathan Weinstock, Le pain de la misère, Bd. 3, a.a.O., S. 58-67. Für die von der Poale Zion durchgeführte Bildung jüdischer Regimenter innerhalb der Roten Armee siehe Joseph Nedava, Trotsky and the Jews, Philadelphia 1972, S. 112.

(22) Siehe Maxime Rodinson, "Le marxisme et la nation", in: l'Homme et la société, 1968, Nr. 7, S. 139.

(23) Zu Otto Bauer siehe Enzo Traverso, Die Marxisten und die jüdische Frage, a.a.O., S. 90-97; vgl. auch Jack Jacobs, Sozialisten und die "jüdische Frage" nach Marx, a.a.O., S. 84-110.

(24) Régine Robin, l'Amour du yiddish. Ecriture juive et sentiment de la langue (1830-1930), Paris 1984, S. 190.

(25) Nathan Weinstock, Le pain de la misère, Bd. 3, a.a.O., S. 37.

(26) Joseph Roth, Juden auf Wanderschaft, Köln 1984, S. 70.

(27) Siehe Henri Sloves, l' Etat juif d'Union soviétique, a.a.O., S. 197. Zur Unterdrückung der hebräischen Literatur in der Sowjetunion siehe auch Yehoshua A. Gilboa, "Hebrew Literature in the USSR", in: Lionel Kochan (Hg.), The Jews in the Soviet Union since 1917, Oxford 1978, S. 226-241.

(28) Schtetl (Jiddisch für kleine Ortschaft): der jüdische Marktflecken in Osteuropa.

(29) Zvi Gitelman, Jewish Nationality and Soviet Politics, a.a.O., S. 501.

(30) Alain Brossat/Sylvia Klingberg, Le Yiddishland révolutionnaire, Paris 1983, S. 263. Siehe hierzu auch Mario Keßler, "Der Stalinsche Terror gegen jüdische Kommunisten 1937/1938", in: ders., Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus, Mainz 1994, 2. Aufl., S. 116-132.

(31) Leo Trotzki, "Thermidor und Antisemitismus" (1937), in: Iring Fetscher (Hg.), Marxisten gegen Antisemitismus, Hamburg 1974, S. 182.

(32) Zitiert in Régine Robin, l' Amour du yiddish, a.a.O., S. 225.

(33) Siehe Salomon Schwarz, The Jews in the Soviet Union, New York 1951, S. 178.

36. Im Netz der neuen Medien. Die "digitale Revolution" und ihre Folgen

Autor: Js. · Rubrik: Medien; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:07

"Information Highways werden einen größeren Einfluß auf die künftige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft haben, als es physikalische Infrastrukturen wie Bahn, Elektrizität und Telefon jemals hatten." Der sich so uneingeschränkt überzeugt vom Siegeszug der "digitalen Revolution" zeigt, ist kein geringerer als Carlo De Benedetti. Der Olivetti-Chef möchte natürlich an der neuen Technologie verdienen und fordert deshalb - in völliger Übereinstimmung mit seinem Erzfeind Silvio Berlusconi - staatliche Unterstützung bei der Konkurrenz mit den Computer- und Medienkonzernen der USA und Japans. Das deutsche Computermagazin CHIP, technischen Neuerungen schon aus Eigeninteresse aufgeschlossen, zitiert den Ausspruch des italienischen Topmanagers eher kritisch distanziert: "Keiner weiß, ob sich die gigantischen Investitionen jemals lohnen werden."

Wenige Tage vor der Bundestagswahl mußte "die deutsche Politik" einen Rüffel hinnehmen. Auf der Jahrestagung des Fachverbandes Informationstechnik beklagte dessen stellvertretender Vorsitzender die Defizite beim Aufbau der Informations-Infrastruktur: "Während in den USA der Bau der Daten-Highways zu einem zentralen Wahlkampfthema wurde, spielt er in Deutschland trotz der Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt keine Rolle." (FR, 14.10.1994)

Gemessen an den Parteiprogrammen erscheinen die Beiträge der Politiker zur Förderung der Informationstechnik in der Tat minimal. Die einschlägigen Aussagen des erst Anfang 1994 verabschiedeten neuen und sehr detaillierten CDU-Programms sind merkwürdig allgemein und zurückhaltend. "Wir treten für die Freiheit und Vielfalt der Medien ein", steht da, und schon kommt das Aber. Die Medien trügen "ein hohes Maß an Verantwortung für unser Gemeinwesen"; einer "auf den Dienst am Menschen bezogenen Medienethik" sei "ein erhöhter Stellenwert beizumessen"; "Chancen, aber auch Gefahren" von Medienkonzentration und internationalem Wettbewerb werden beschworen. Konkretes über die Sicherung des "Standort Deutschland", sonst Leitmotiv der Wirtschaftspolitik, kommt in dem immerhin drei Seiten langen Programmteil "Medien - Freiheit in Verantwortung wahrnehmen" nicht vor.

Im "Regierungsprogramm" der SPD sieht es nicht viel anders aus. Allerdings wird dort ganz auf "Medienethik" und ähnlichen Schnickschnack verzichtet. Die Sozialdemokraten versuchen vielmehr, die propagierte "Technologie-, Innovations- und Bildungsoffensive" als Mittel zur Arbeitsplatzsicherung zu verkaufen. Ein "großangelegtes Konzept zum Ausbau einer leistungsfähigen Kommunikationsinfrastruktur" wird angekündigt, die allgemeine Zugänglichkeit der "modernen Datenautobahnen" versprochen und die Entwicklung der Telekom zu einem "international konkurrenzfähigen Unternehmen" gefordert.

Verglichen mit den unermüdlichen Anstrengungen der US-Regierung, die neuen Techniken als Gewinn an Freiheit und Abenteuer zu verkaufen, ist das wenig. US-Vizepräsident Al Gore, Medienbeauftragter der Clinton-Regierung, meint in den "Information Super-Highways" den "wichtigsten und lukrativsten Markt des 21. Jahrhunderts" ausgemacht zu haben. Mit entsprechendem Nachdruck wurden gesetzliche Hindernisse beseitigt und öffentliche Gelder bereit gestellt. Der "Information Highway" wurde zum vorrangigen Regierungsprojekt erklärt, das bis etwa 2017 verwirklicht sein soll. Der Mehrheit der Bevölkerung soll der Zugang zu den Netzwerken ermöglicht werden - den Politikern fällt es nicht schwer, dieses Vorhaben als gigantisches Bildungsprogramm zu verkaufen, an dem auch die Ärmeren teilnehmen könnten. Wer sich Telefon, Fernseher nebst Zubehör und ggf. einen PC leisten könne, werde damit auch Zugang zur Kongreßbibliothek und anderen Informationsspeichern der geistigen und politischen Eliten haben.

Die massenhaften Möglichkeiten zur Heimarbeit wird ebenfalls als Erweiterung persönlicher Freiheit gepriesen: Es gibt keine starren Arbeitszeiten mehr, Kinder können nebenbei betreut werden, die klassische Arbeitsteilung von Mann und Frau gehört der Vergangenheit an. Auch die Gesellschaft profitiert, behauptet die deutsche Telekom in ganzseitigen Anzeigen: "Es ist im Prinzip ganz einfach. Wenn wir Informationen bewegen, müssen wir uns nicht mehr so oft selbst fortbewegen - und vor allem nicht zu ungünstigen Zeiten." Verkehrschaos, Staus und Parkplatzsuche entfallen, wenn Millionen sich nicht mehr täglich auf den Weg in die überfüllten Innenstädte machen müssen. Schon heute arbeiten in den USA 7,6 Mio. Menschen als

Vollzeit-"Teleworker", weitere 9,2 Mio. verdienen auf diese Weise nach Feierabend hinzu. "Sie besitzen nichts als ihre Arbeitskraft, ihre Wohnung, PC, Fax und spezielle Telefonanschlüsse." (isw-report)

Um den vermeintlichen Rückstand deutscher Technologiepolitik zu belegen, werden die euphorischen Aussprüche Gores und Clintons in den Medien gern mit den zögerlichen bis hinterwäldlerischen Aussagen deutscher Politiker kontrastiert. So berichtete Der Spiegel (22/1994) von einem blamablen RTL-Auftritt Helmut Kohls. Befragt nach seinem Programm zum Ausbau der Datenautobahn, wußte er mit dem Begriff nichts anzufangen und schwadronierte munter über Staus auf deutschen Straßen.

Inzwischen scheint der Kanzler allerdings Nachhilfe genommen zu haben. Der baden-württembergische Wirtschaftsminister Dieter Spöri (SPD), der sich als besonders technologiefreundlicher Politiker zu profilieren versucht, attestiert der Bundesregieung mittlerweile "eine positive Einstellung zur Realisierung dieses Quantensprungs". (Interview in CHIP 11/94) Deutschland sei vor allem "technisch in einer hervorragenden Ausgangssituation". In der Tat verfügt die Telekom über das größte Glasfaserkabelnetz der Welt (mehr als 80.000 km), während es in den USA lediglich "12.000 regionale und lokale Kabelnetze, lauter Inseln" (Spöri) gebe. Die Telekom begann auch als erste Telefongesellschaft damit, Glasfaserkabel bis ins Haus zu verlegen.

Allerdings sieht Spöri auch weiterhin Defizite: "Die Amerikaner sind uns in einem Punkt weit voraus, und zwar in der politischen Willensbildung. (...) Während man bei uns gewisse Fragestellungen noch nicht einmal erkannt hat, werden sie dort schon beantwortet, zum Beispiel in Form der gesetzlichen Änderung von Anti-Trust-Gesetzen." Auf der "Information Society Conference" der G7-Staaten, die Ende Februar in Brüssel stattfand, forderte Al Gore seinerseits die europäischen Staaten auf, die Deregulierung des Kommunikationssektors nach US-Vorbild schleunigst nachzuvollziehen. Anderenfalls hätten die auf den US-Markt drängenden europäischen Unternehmen der Branche mit Restriktionen zu rechnen. Immer häufiger ist denn auch davon die Rede, daß das bis 1998 befristete Netzmonopol der Telekom schon vorher fallen könnte.

Das "Akzeptanz"-Problem

Eine unbekannte Größe ist weiterhin das zu erwartende Benutzerverhalten. Um die voraussichtliche "Akzeptanz" der interaktiven Medien beim Publikum zu testen, werden in verschiedenen Ländern Modellversuche durchgeführt oder sind in Vorbereitung.

Im Februar startete die Telekom in Berlin das erste von sechs Pilotprojekten. Ein Jahr lang dürfen sich 50 ausgewählte Haushalte gratis mit der neuen Technik vertraut machen. Die taz erinnerte aus gegebenem Anlaß an den Start von "Hitlers Prestigeobjekt", dem ersten Versuch mit Fernsehen in Deutschland, an dem vor genau sechs Jahrzehnten am selben Ort eben so viele Empfänger beteiligt waren: "Mit 50 Empfängern startete das Deutsche Fernsehen, das am 22. März 1935 erstmals ein Programm ausstrahlte." (taz, 17.2.1995)

Heute hat Berlin mit 1,1 Millionen Anschlüssen eines der dichtesten Kabelnetze der Welt. In dem aktuellen Versuch ist das Angebot noch ziemlich übersichtlich. Neue Kinofilme sind - wegen lizenzrechtlicher Probleme und hoher Kosten - nicht darunter. Geboten werden einstweilen Streifen minderer Qualität und Konserven mit den Einschaltquoten-Stars Hans Meiser und Ilona Christen (RTL). Beim Otto-Versand darf per Knopfdruck Ramsch bestellt werden.

Im September soll in Baden-Württemberg das "größte Multimedia-Projekt auf einer glasfasergestützten Datenautobahn in Europa" folgen. In Stuttgart sowie in mehreren kleineren Städten werden 4.000 Haushalte und Betriebe an dem Pilotprojekt teilnehmen. "Die Teilnehmer erhalten eine sogenannte Set-Top-Box, die am handelsüblichen Fernseher angeschlossen wird. Sie verwandelt die digitalen komprimierten Signale in analoge Signale und öffnet zugleich den Rückkanal für den Dialog zwischen Teilnehmer und Sender. Zu den Anbietern zählen Süddeutscher Rundfunk, Südwestfunk, ZDF, RTL; Bertelsmann, Kirch, Otto-Versand, Stuttgarter Presse, Motorpresse Stuttgart, Brockhaus Verlag, Bild der Wissenschaft, Daimler Benz, Ravensburger Spiele, Burda und andere. Das System selbst wurde von Alcatel-SEL, Bosch-ANT, IBM und Hewlett-Packard sowie der Telekom entwickelt." (CHIP 11/94) Dementiert wurden Gerüchte, der japanische Telespiel-Gigant Nintendo habe ebenfalls sein Interesse angemeldet.

Innerhalb von drei Jahren werden die Teilnehmer nach und nach mit verschiedenen Angeboten bekannt gemacht: Neben Video-on-demand gibt es Lernprogramme (Telelearning) und Infodienste, Videospiele, Teleshopping und andere Formen der Datenkommunikation mit den anbietenden Firmen und Einrichtungen.

Der mehrfach verschobene und im Dezember letzten Jahres dann endlich begonnene Multimedia-Versuch in Orlando (Florida) läßt Zweifel aufkommen, ob die Konsumenten im Handumdrehen zur Änderung ihrer Gewohnheiten zu bewegen sein werden. Time Warner, der größte Medienkonzern der Welt, hatte für das Projekt mit 4.000 Kunden gerechnet. Tatsächlich begann es mit sage und schreibe fünf Haushalten. (Der Spiegel 50/1994) Sony-Präsident Olafsson befürchtet hartnäckigen Widerstand der Konsumenten: "Die meisten Leute, die zu Hause in ihren Fernsehsessel fallen, wollen mit nichts interagieren - es sei denn, mit ihrem Kühlschrank." (isw-report Nr.22) Die baden-württembergischen Multimedia-Pioniere wissen, daß die trägen Konsumenten am ehesten mit einer "nicht kinder- sondern greisenleicht" zu handhabenden Technik zu gewinnen sein werden. (FR, 9.3.1995)

Mega-Unternehmen machen das Programm

Die Testprojekte laufen noch nach der Devise: "Das Geld spielt hier keine Rolle." (Telekom-Manager Stekle laut FR, 12.2.1995) Mittelfristig gilt natürlich das Gegenteil, hängt alles von der erfolgreichen Vermarktung ab. Die Entwicklung der neuen Programme und Dienstleistungen ist teuer und muß durch Gebühren wieder eingespielt werden. Aber derzeit kosten die von SEL-Alcatel gebauten Decoder zur Entschlüsselung der digitalen Sendesignale noch 6.000 DM pro Stück - ein entscheidendes Hindernis für ihre massenhafte Verbreitung. Nach einer Studie der Basler Prognos AG werden die jährlichen "Kommunikationsausgaben" der bundesdeutschen Haushalte von 94,4 Mrd. (1992) zwar auf 146 Mrd. DM im Jahre 2010 steigen. Aber noch im Jahre 2000 werden die drei bis vier Millionen Haushalte, die dann voraussichtlich Zugang zu den interaktiven Medien haben werden, monatlich jeweils nur 90 DM für TV-Dienstleistungen aufwenden.

Die angebotenen Geräte, Programme und Dienstleistungen müssen also - wenn sie sich rentieren sollen - extrem viel billiger produziert werden. Zu diesem Zweck müssen Netzbetreiber, Gerätehersteller und Programmanbieter erst einmal enorme Kapitalmengen investieren. Die von Prognos empfohlenen "strategischen Allianzen" von Unternehmen aus den Bereichen Medien, Unterhaltungselektronik, Telekommunikation, Computer-Hardware und Software gibt es bereits seit längerem. In den USA rüsten sich die Konzerne der Kommunikationsindustrie mittels immer größerer Fusionen. Der Medienwissenschaftler Horst Röper: "Die über die neue Fusionswelle entstehenden Konglomerate sind insgesamt noch nicht abzusehen. Klar scheint derzeit nur, daß sich jeweils Kabelunternehmen mit Software-Firmen (Film- und Fernsehproduktion) und möglicherweise auch mit Hardware-Produzenten vereinen." (Monkenbusch:71) Nicht mehr die Medienunternehmen seien "Schrittmacher" dieser Entwicklung, schreibt Röper, "denn selbst der weltweit größte Medienkonzern, Time Warner, verblaßt gegen ökonomische Riesen wie AT&T, US West, Matsushita, IBM, Apple oder Microsoft. Nur Konzerne dieser Größe verfügen über die liquiden Mittel, die heute im Kampf um die Märkte von morgen eingesetzt werden." (Z Nr.19)

Dabei kommt es auch zu internationalen Bündnissen. So kooperiert z.B. die deutsche Telekom mit dem US-Software-Riesen Microsoft, während Siemens sich mit den US-Unternehmen Scientific Atlanta (Georgia) und Sun Microsystems (Kalifornien) zusammengetan hat.

Was von seinen Apologeten als "Demokratisierung" verkauft wird, dürfte tatsächlich zu einer Abhängigkeit der Konsumenten von einigen wenigen internationalen Mega-Unternehmen führen. In der BRD haben auch branchenfremde Industriekonzerne den vermeintlichen Zukunftsmarkt entdeckt. Einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil vor völligen Medien-Neulingen wie Daimler Benz haben dabei die großen Energie-Unternehmen Veba, RWE oder Viag. Sie durften schon in der Vergangenheit, ebenso wie die Bundesbahn und kommunale Energieversorger (Stadtwerke), unternehmenseigene Telefonnetze betreiben. Alle drei haben sich mit potenten ausländischen Partnern zusammengetan: die Veba mit dem britischen Konzern Cable & Wireless, der vor allem in Asien gut im Geschäft ist; RWE mit dem ehemaligen Telekommunikationsmonopolisten der USA, AT & T; Viag mit der British Telecom.

Unternehmens-Konglomerate mit unüberschaubaren Verflechtungen und unklaren Eigentumsverhältnissen sind per se so gut wie unkontrollierbar. Im Bereich der Medien, wo nicht einfach nur Waren von zweifelhaftem Nutzen, sondern direkt Meinungen, Einstellungen, Ideologien produziert oder zumindest massiv beeinflußt

werden, ist die weitgehende Unmöglichkeit demokratischer Kontrolle besonders gefährlich. Längst kaufen die Medienmultis nicht mehr nur die Filme und Programme auf, die "nach den Gesetzen des Marktes" in Hollywood und anderswo produziert werden. Über direkte Fusionen haben sich z.B. die japanischen Elektronikkonzerne Sony und Matsushita in die Filmproduktion von Columbia-Pictures und MCA eingekauft. Vorrangig geht es dabei um Profite: Spätestens seit "Jurassic Park" sind Produktionskosten und Gewinne (im Erfolgsfall) ins Astronomische gestiegen. Logischerweise entscheiden die jeweiligen Geldgeber aber auch, was mit welchem Aufwand gedreht wird. Kapitalismuskritisches dürfte damit endgültig in den Bereich der Low-Budget-Produktionen abgedrängt sein.

Die Kapitulation der Kontrolleure

Die bisherige Ohnmacht der Kontrolleure gegenüber den marktbeherrschenden Medienunternehmen läßt nichts Gutes erwarten. Schon seit Jahren funktioniert die Kooperation der europäischen Mediengiganten zum gegenseitigen Vorteil. So sind z.B. Leo Kirch und Silvio Berlusconi (deren Konzerne in zehn Jahren vielleicht nur noch zu den "mittelständischen" Unternehmen der Branche zählen werden) sowohl beim Deutschen Sportfernsehen (DSF) als auch beim italienischen Pay-TV-Sender Telepiù verbunden. Berlusconis Eintritt beim DSF diente vor allem dazu, Kirch aus der Schußlinie zu ziehen. Das war einerseits völlig legal, führte aber auch den deutschen Kontrollgremien ihre ganze Hilflosigkeit vor Augen. Hans Hege, bis vor kurzem Vorsitzender der Konferenz der Landesmedienanstalten, zu diesem Trick: "Wir haben ja schon beim Fall Deutsches Sportfernsehen die Tendenz beobachtet, daß man sich international über Konzentrationsgrenzen hinweghilft, indem der eine Anteile hält, die der andere nicht halten darf." (Interview in taz, 20.8.1994)

Die Konzentration von Medienmacht wird aber nicht erst dann zur Gefahr, wenn sich diese in den Händen dezidiert rechter Figuren befindet, die sie entweder persönlich nutzen (wie Berlusconi) oder politischen Freunden zur Verfügung stellen (wie Kirch). Die Kirch-Gruppe sei "ein an wirtschaftlichem Erfolg interessiertes Unternehmen, das keine politischen Ziele verfolgt" (FR, 22.8.1994), antwortete ein Sprecher auf Kritiken an der unentgeltlichen Kohl-Werbung auf Sat 1. Das ist eine dreiste Lüge, sicherlich. Das Beispiel von Kirchs australischem Kollegen mit US-Paß, Rupert Murdoch, zeigt aber, daß die parteipolitischen Präferenzen der Medien-Mogule durchaus wechseln können, wenn es dem Wohle des Unternehmens nützt. Murdoch kann sich für die Zukunft sogar vorstellen, "den britischen Labour-Führer Tony Blair zu unterstützen" (Interview in Der Spiegel 32/1994) - ganz ohne Austausch der politischen Eliten verliert das System seine Innovationsfähigkeit, wie das italienische Beispiel zeigt.

Ob Murdoch selbst es mit dieser vergleichsweise flexiblen Politik schafft, "die Welt zu beherrschen" - dieses Ziel unterstellen seine Kritiker - ist dabei unerheblich. Das von ihm und anderen weltweit propagierte westliche Zivilisationsmodell wird durch keine globale Alternative mehr in Frage gestellt. Einzelne nationale Kulturen werden sich eine Zeitlang widersetzen; Regierungen werden versuchen, die kapitalistische "Medienvielfalt" zu verbieten. Auf Dauer ist beides aussichtslos. Über Satellit dringt die Botschaft bis in den fernsten Winkel: Kapitalismus ist schön, und Konsum ist Freiheit. Rupert Murdoch kennt die Wirkung seiner Programme nur zu gut: "Viele Arme wollen doch nur deshalb in die Vereinigten Staaten immigrieren, weil sie die amerikanischen Filme und Serien gesehen haben." Daß die von Murdoch hochgeschätzte "wunderbar offene Gesellschaft" der USA - wie auch Europas - die Einwanderung aus ärmeren Ländern gewaltsam verhindert, ist nicht mehr sein Problem. Er hat seinen Beitrag geleistet und darf stolz darauf sein, "daß die meisten Chinesen verrückt nach Nike-Schuhen, Levis-Jeans, McDonald's-Hamburgern und Coca-Cola sind."

Angesichts dieses globalen TV-Kulturimperialismus lenkt die Konzentration auf den jeweils einen dominierenden Bösewicht - Berlusconi in Italien, Kirch in Deutschland - von der eigentlichen Aufgabenstellung ab: Durch Konzentrationsverbote und nicht nur formale Entflechtung Medienmacht zu beschränken. Die von Helmut Thoma (RTL) gegen Kirch betriebene Kampagne mag auf den ersten Blick unterstützenswert erscheinen. Thoma vergleicht seinen mächtigen Konkurrenten gern mit Hugenberg, dem pro-nazistischen Pressezaren der Weimarer Republik, und meint "schon wieder SA und SS marschieren zu sehen ‚bei dem, was die Deutschen in Sachen Medienkonzentration aufführen`." (SZ, 5.8.1992) Der falsche Eindruck, die Konkurrenz zwischen RTL und Sat 1 wäre ein Kampf links gegen rechts, wird allerdings schon durch einen Blick auf die jeweiligen Programme widerlegt. Natürlich arbeitet der an RTL beteiligte Bertelsmann-Konzern auch mit Kirch zusammen, u.a. in der Media Service GmbH, an deren Gründung auch die Telekom und das ZDF beteiligt waren. Von der EU-Kommission in Brüssel wurde die marktbeherrschende Gesellschaft zunächst einmal gestoppt.

Bertelsmann war bis vor kurzem hinter Time Warner (USA) der zweitgrößte Medienkonzern der Welt und belegt jetzt immer noch Platz drei. Der Konzern hat ebenso wenig wie Kirch ein Interesse an wirksamer staatlicher Medienkontrolle. Diese Kontrolle wird zwar immer wieder gefordert, faktisch gibt es sie nicht. Für die Erteilung von Sendelizenzen ist die Landesmedienanstalt zuständig, auf deren Gebiet die beantragende Firma ihren Sitz hat. Länderübergreifende Absprachen etwa zwischen Bayern und Nordrhein-Westfalen laufen nach dem Motto: "Wenn ihr Kirch nichts tut, tun wir Bertelsmann nichts", so der schon zitierte Medienrechtler Hege. Der Wille, die Entdemokratisierung durch effektive Gegenmaßnahmen zu stoppen, ist in keiner der großen Parteien erkennbar. Der ohnmächtige Medienkontrolleur Hege, selbst FDP-Mitglied, hat denn auch "die Hoffnung auf die Politiker ... aufgegeben". Als die Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten (DLM) dem Deutschen Sportfernsehen (DSF) - trotz des "beherrschenden Einflusses der Gesellschafter Kirch und Springer" - eine neue Sendelizenz erteilte, trat Hege demonstrativ als DLM-Vorsitzender zurück.

Ausschlaggebend für das gleichermaßen wohlwollende Verhalten der CDU- wie auch der SPD-geführten Bundesländer ist das Standort-Argument - Arbeitsplätze und Steuereinnahmen. Das Argument gilt auch im internationalen Maßstab: Die staatstragenden Parteien tun alles, um den "Standort Deutschland" zu sichern. Auflagen, gar Entflechtungen wären da äußerst hinderlich - von einer Politik des Laissez-faire dagegen würden "wir alle" profitieren, behauptet Bertelsmann-Chef Mark Wössner: "Die Informations- und Entertainmentindustrie hat die Antriebsfunktion übernommen, die früher der Rüstungsindustrie zugeschrieben wurde." (FR, 13.5.1994)

Profiteure und Verlierer

Nun könnten einige Linksradikale auf die Idee kommen, den Herrn Wössner beim Wort zu nehmen und entsprechend zurückzuschlagen: Immer drauf auf die neuen Produktivkräfte mit "Antriebsfunktion", so wie in besseren Zeiten AKW-Baustellen und Rüstungsschmieden zur Zielscheibe von Agitation und militanten Angriffen gemacht wurden. Daß "Schwerter zu Pflugscharen" und die Standorte von Atomkraftwerken "zur Wiese" werden müssen, ist nach wie vor richtig. Im Unterschied zu diesen Destruktivkräften haben Computer, Netzwerke, Fernsehsender und Satelliten zumindest potentiell gesellschaftlich nützliche Funktionen. Wer sie als "Teufelswerk" abtut, hat gegenüber den Maschinenstürmern zu Beginn der industriellen Revolution nichts dazugelernt. Dies prinzipiell festzuhalten, kann nun keineswegs heißen, in den Chor der Apologeten einzustimmen und die "Chancen" für eine gerechtere und demokratischere Gesellschaft zu besingen, die durch die neuen Techniken angeblich greifbar nahe wäre.

Nach wie vor gilt die simple Weisheit: "Wer das Geld hat, hat die Macht, und wer die Macht hat, hat das Recht" (Ton, Steine Scherben). Darüber können auch die Streiche einiger gewitzter Computerfreaks nicht hinwegtäuschen, die vor mehr als 20 Jahren mit der Parole "power to the peole" in Berkeley und San Francisco eines der ersten kommunalen Netzwerke (community networks) installierten. Der bislang kaum beschränkte Wildwuchs im Netzwerk-Dschungel eröffnet im Prinzip auch Linken die Möglichkeit, ihre Informationen und Botschaften weltweit verfügbar zu machen - so wie es immer mal wieder auch Nazis gelingt, ihre braune Soße im Stil der neuen Zeit anzubieten. Beides ist nicht wirklich sensationell. Der Zugang zum globalen Netz bringt erst einmal nicht mehr politischen Einfluß als die Verteilung von ein paar Flugblättern.

Um den gewünschten massenhaften Zugriff auf die Informations- bzw. Indoktrinationsquelle, die aus einer unüberschaubaren Flut von konkurrierenden Angeboten ausgewählt werden muß, zu gewährleisten, sind erhebliche Anstrengungen erforderlich: Werbung in anderen Medien, offen oder verdeckt durch das "Lancieren" von Themen in Tageszeitungen, Zeitschriften, TV- und Hörfunk-Programmen, "Merchandising": Letzteres meint die Schaffung eines speziellen Warenangebots im Gefolge eines Medienereignisses (allgegenwärtig z.B. bei den Hollywood-Filmen "Batman" und "Jurassic Park"). Erst durch solche "Synergie"-Effekte werden die märchenhaften Gewinne erzielt, an die keine kommunale Freak-Initiative und kein noch so gut kalkuliertes linkes Projekt jemals heranreichen kann. Für beide gilt: Mehr als Dabeisein ist nicht drin. Linke Zeitungen und Zeitschriften, die in den seltensten Fällen wirklich Gegenöffentlichkeit schaffen, könnten mittels sekundenschnellem Zugriff auf bisher unzugängliche Datenbanken möglicherweise ihre Qualität verbessern. Kommerzieller Erfolg ist damit keineswegs garantiert; auch nicht, wenn die Texte des Druckwerks gleichzeitig ins Netz eingespielt werden. Die Versuche des Spiegel, der Süddeutschen Zeitung und anderer Printmedien, die "elektronische Zeitung" zu etablieren, werden von Fachleuten mit Skepsis beobachtet. Zumindest das Massenpublikum erwartet auf dem Bildschirm keine Zeitung, sondern action.

So berechtigt der unter intellektuell halbwegs anspruchsvollen Menschen verbreitete "Kulturpessimismus" sein mag: Der mit der Etablierung des privaten Fernsehens beschleunigte Niveauverlust auf allen Kanälen wird sich - schon aus wirtschaftlichen Erwägungen - nicht bis in den letzten Winkel ausbreiten. Die von immer mehr Dumpfsinn, Klamauk und Gewalt gekennzeichneten privaten und öffentlich-rechtlichen Vollprogramme werden in Teilbereichen Konkurrenz bekommen: Spartenprogramme nicht nur für die breite Masse (Kinderkanal, Sport, Popmusik etc.), sondern auch für den besonderen Geschmack der Gebildeten: Kunst, Geschichte, Politik, Literatur, "anspruchsvolle" Musik und Avantgardistisches.

Konsumenten bleiben allerdings auch die Nutzer solcher Minderheitenprogramme. Der Politikwissenschaftler Hans Jürgen Kleinsteuber sieht die Nutzung der interaktiven Möglichkeiten auf "ganz kleine Führungseliten" beschränkt. "Für den Rest der Bevölkerung werde es weitgehend bei der in eine Richtung gehenden Kommunikation - mit mehr Kanälen und Programmen als bisher - bleiben. Für Kleinsteuber bildet sich deshalb ‚eine Informations-Klassengesellschaft in neuer Art` heraus." (Z Nr.19) Der Medienkritiker Hans Jörg Hämmerling befürchtet eine "neue Klassenstruktur", einen Gegensatz zwischen "Informationsreichen" und "Informationsarmen". (Brinkemper: 85) Selbst Peter Glotz, Medienexperte der SPD, greift zur Beschreibung des Sachverhalts auf klassenkämpferisches Vokabular zurück: "Wir werden eine Minderheit in Form einer hochqualifizierten Wissenselite bekommen, sowie andererseits ein sogenanntes Wissensproletariat, das - in einer Art Kommunikationsmulde sitzend - noch abhängiger von niveauarmen und fragwürdigen Programmangeboten werden wird, entsprechende soziale Probleme inbegriffen." (isw-report Nr. 22)

Weltweit 10 Millionen neue Arbeitsplätze haben die in Brüssel versammelten Spitzenmanager der Kommunikationsindustrien in Aussicht gestellt. Von dem schon jetzt stattfindenden massenhaften Arbeitsplatzabbau, selbst bei florierenden Unternehmen der Branche, war dort nicht die Rede. Die begonnene Einsparung von 30.000 Stellen bei der Telekom sorgte allein deshalb für Aufsehen und scheinheilige Empörung, weil einigen Mitarbeitern der Abschied mit außergewöhnlich hohen Abfindungen schmackhaft gemacht wurde.

Die durch die neue Technik mögliche "Auslagerung" von Mitarbeitern auch in andere Erdteile wird bereits angewandt. Horst Teltschik, ehedem Kohls Kanzleramtsminister und heute Vorstandsmitglied bei BMW, hat für den rückständigen Standort-Nationalismus der staatstragenden Parteien nur ein mildes Lächeln übrig. BMW, verkündete der Manager stolz auf einem von der Süddeutschen Zeitung und dem Sender Freies Berlin veranstalteten Experten-Forum, lasse seine Entwicklungsabteilung rund um die Uhr arbeiten, in drei Schichten und auf drei verschiedenen Kontinenten: So nutzt das Unternehmen die Zeitverschiebung und umgeht die "starren Arbeitszeitregelungen am Standort Deutschland". (SZ, 28.11.1994) Zusätzlich lassen sich aus dem "global sourcing", der Verschiebung von Produktionsbereichen in Niedriglohnländer, satte Extraprofite ziehen. Die indischen EDV-Fachleute etwa, die für ein Zehntel des in Deutschland üblichen Gehalts arbeiten, sind noch erheblich besser gestellt als jene asiatischen "Fußsoldaten der Informationswirtschaft" (US-Arbeitsminister Robert Reich), "die über ihre PC-Terminals in Hinterhofbüros mit Datenbanken in den USA oder in Europa verbunden sind". (Spiegel special 3/1995)

Bundeswirtschaftsminister Rexrodt (FDP), Propagandist der schönen neuen Medienwelt, verstieg sich auf der Brüsseler G7-Konferenz zu der Aussage: "Die Menschen können zu jedem Zeitpunkt überall in der Welt miteinander kommunizieren." (FR, 27.2.1995) Das ist blanker Zynismus: Zum einen wird der globale Gegensatz zwischen Armen (Uninformierten) und Reichen (Wissenden) durch die gerade beschriebene Art der "Kommunikation" nicht gemildert, sondern verschärft. Zum anderen wird die große Masse der Weltbevölkerung in der "globalen Informationsgesellschaft" noch nicht einmal den Status von Zuarbeitern erreichen. Der stellvertretende Präsident Südafrikas, Thabo Mbeki (ANC), entlarvte in Brüssel Rexrodt und seinesgleichen als Lügner, indem er auf die Tatsache hinwies, "daß die Hälfte der Menschheit noch nie auch nur einen Telefonhörer in die Hand bekommen hat".

Js.

Quellen:

Peter V. Brinkemper, Bernhard von Dadelsen, Thomas Seng (Hrsg.): World Media Park. Globale Kulturvermarktung heute, Berlin (Aufbau) 1994

Helmut Monkenbusch (Hrsg.): Fernsehen. Medien, Macht und Märkte, Reinbek (Rowohlt) 1994

Klaus Pickshaus: Medienbranche im Umbruch - verschlafen die Gewerkschaften die digitale Revolution? in Z - Nr.19 (September 1994)

Jens Renner: Der Fall Berlusconi. Rechte Politik und Mediendiktatur, Göttingen (Die Werkstatt) 1994

Fred Schmid: MedienMultis + MultiMedia, isw-report Nr. 22, Januar 1995

Hans Schmidt: Information Superhighway: Auf Glas gebaut, in CHIP 11/1994

Spiegel special Nr. 3/1995: Abenteuer Computer. Elektronik verändert das Leben

Digital, interaktiv

"Multimedia"-Deutsch

für Anfänger

Der Information Super Highway, die Datenautobahn, ist nicht, wie Kanzler Kohl fälschlich annahm, eine Fernstraße: "Über Glasfaser und Satellit sollen Telefongespräche, Behördeninformationen, Computerdaten, Videospiele, digitale Filme und sogar Fastfood-Bestellungen übertragen werden". (1) Digitalisierung (digital: "ziffernartig"; von lateinisch digitus: "Finger") ist die Darstellung von Daten im binären ("aus zwei Einheiten bestehend": null und eins) Code, die erst die Bearbeitung per Computer ermöglicht. Durch die neue Technik der digitalen Kompression ("Verdichtung" bzw. engeres "Packen" der Daten) läßt sich die übermittelte Datenmenge erheblich vergrößern. Möglich wird das durch ISDN (Integrated Services Digital Network): "Durch ein tendenziell globales Netz aus Glasfaser-gestützten Breitbändern mit Satellitenverbindung fließen in angeglichener Form Datenströme mit unterschiedlichem Informationsgehalt (Telefonate, Faxe und Computerdaten, auch Fernsehprogramme und Spielfilme)." (1)

Dadurch ist nicht nur der Empfang von bis zu 500 Fernsehprogrammen technisch machbar. Auch interaktives Fernsehen ist damit möglich: Über den Rückkanal kann der Konsument per Fernbedienung oder PC Programme, Filme und Dienstleistungen ordern und mittels Teleshopping in virtuellen Kaufhäusern "einkaufen".

Fernsehprogramme bzw. Teile davon können wie bisher empfangen werden: gegen Gebühr wie die öffentlich-rechtlichen, gratis wie RTL und Sat 1 oder als Pay-TV (Abonnementsfernsehen wie z.B. Premiere). Hinzu kommen pay-per-view (der Konsument zahlt nur das, was er auch gesehen hat) und video-on-demand (bezahlt wird das von zu Hause bestellte Video, das auch wie ein Video gehandhabt, d.h. z.B. unterbrochen und wiederholt, werden kann). Eine Vorstufe dazu nennt sich near-video-on-demand: die geringfügig zeitversetzte Ausstrahlung des gleichen Films auf mehreren Kanälen.

Vorstufen bzw. Bestandteile des künftigen globalen Netzes sind Networks (Netzwerke) wie Internet (Benutzung gratis; weltweit sind derzeit etwa 35 Millionen Computerbenutzer angeschlossen) oder Compuserve (kostenpflichtig; 2,5 Millionen Kunden). Kommerzielle Dienste wie Datex J (früher Bildschirmtext/BTX) der deutschen Telekom bietet u.a. die Texte einiger Zeitungen und Zeitschriften und die Möglichkeit zum Telebanking: Kontoverwaltung vom heimischen PC aus.

Anmerkung:

1) Helmut Monkenbusch (Hg.): Fernsehen. Medien, Macht und Märkte, Reinbek (Rowohlt) 1994

37. Friedens-, Flüchtlings- und Solidaritätsgruppen bereiten Einmischung auf dem Kirchentag vor

Autor: Volker Böge, Komitee f. Grundrechte ... · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Kirche und Religionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:29

Das offizielle Motto des 26. Deutschen Evangelischen Kirchentags, der in diesem Jahr vom 14. bis 18. Juni in Hamburg stattfindet, lautet: "Es ist dir gesagt Mensch, was gut ist". Schön und gut - aber: "Es gibt nichts Gutes - außer man tut es!" Das jedenfalls sagen sich, den Kirchenoberen und der deutschen Öffentlichkeit zum Trotz, Bürgerinnen und Bürger aus zahlreichen kirchlichen und nicht-kirchlichen Gruppen, die in der Friedens-, Flüchtlings- und Asyl- sowie Solidaritätsarbeit aktiv sind und die den Kirchentag zum Anlaß nehmen werden, gutes Tun - d.h. menschenrechtliches und friedensförderliches Tun - zu praktizieren und von Kirche, Staat und Gesellschaft einzufordern.

Kirchen unter Druck setzen

Gründe hierfür gibt es gegenwärtig zuhauf. Zwei davon sollen in den Mittelpunkt der Aktivitäten anläßlich des Kirchentags gestellt werden: die herrschende skandalöse Politik der Abschottung der Grenzen gegen Flüchtlinge auf der einen Seite bei gleichzeitiger Öffnung der Grenzen für militärische Interventionen der Bundeswehr in aller Welt auf der anderen Seite. Wir erinnern uns: Die Grundgesetzänderung vom Sommer 1993 hob das Recht auf Asyl praktisch-faktisch auf, das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom Sommer 1994 erklärte den Einsatz deutscher Soldaten "out of area" - also außerhalb des NATO-Vertragsgebiets - für verfassungskonform. Im Sommer 1995 werden wir anläßlich des Kirchentags unüberhörbar und unübersehbar deutlich machen, was wir von diesen Entscheidungen halten - nämlich gar nichts. Adressat unseres Protests wird auch und gerade die offizielle Kirche sein, denn diese trägt sowohl die offizielle Asyl- und Flüchtlingspolitik als auch die neue interventionistische Außen- und Militärpolitik aktiv mit - obwohl sich an "der Basis" viele kirchliche Einrichtungen und Gruppen und viele einzelne Christinnen und Christen gegen diese Politik stellen und sich engagiert für Flüchtlinge und friedliche Bearbeitung internationaler Konflikte einsetzen.

Mittlerweile zeigen sich die menschenrechtlich fatalen Folgen der Abschaffung des Asylrechts: Hunderttausende von Flüchtlingen wurden bereits an den Grenzen abgefangen und zurückgewiesen; und von denen, die dennoch ins Land kommen und einen Asylantrag stellen "dürfen", werden mehr als je zuvor wieder abgeschoben. Die über die ganze Republik verteilten Abschiebeknäste, in denen unschuldige Menschen wochen- und monatelang eingesperrt werden bis zu ihrer "Entlassung" in eine unsichere Zukunft, die für viele Hunger, Elend und Tod bereithält, sind nur die Spitze des Eisbergs dieser menschenverachtenden Politik, deren "Erfolge" die Bundesregierung feiert. Das gegenwärtige Asylrecht schützt nicht Menschen vor Verfolgung und Bedrohung, sondern schottet Deutschland ab gegen die Folgen einer Welt(wirtschafts)"ordnung", die es selbst mit aufrechterhält und von der es profitiert, während sie Millionen von Menschen zu Armuts-, Umwelt- und Kriegsflüchtlingen macht.

Und diese "Ordnung" soll im Falle eines Falles auch mit militärischen Mitteln verteidigt werden. Schließlich geht es um "vitale Sicherheitsinteressen" Deutschlands, etwa die "Aufrechterhaltung des freien Welthandels" und "ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen" - so offizielle Verlautbarungen aus dem Verteidigungsministerium. Statt Abrüstung und Friedensdividende beschert uns folglich die "neue Weltordnung" nach dem Ende der Blockkonfrontation Umrüstung, Aufstellung von sogenannten Krisenreaktionskräften und Vorbereitung militärischer Interventionen "out of area".

"Frieden in Gerechtigkeit"

"Der Ev. Kirchentag will - bezogen auf das Bibelwort ‚Es ist dir gesagt Mensch, was gut ist` - ‚Zeitansage` sein. Für uns bedeutet das, unsere entschiedene Ablehnung der deutschen Asyl- und Militärpolitik zum Ausdruck zu bringen. Wenn die Kategorie vom ‚Frieden in Gerechtigkeit` noch irgendeine Bedeutung haben soll, dann gibt es zu dieser Ablehnung keine Alternative. Wir rufen dazu auf, durch Aktionen auf dem Kirchentag einen beliebigen ‚Pluralismus` in diesen Fragen aufzubrechen. Wir rufen dazu auf, am Sonnabend, den 17. Juni, mit uns gemeinsam eine große Demonstration zu planen und durchzuführen." Mit diesen Worten endet ein Aufruf zu Aktionen anläßlich des Kirchentages, der von Hamburger Gruppen und Initiativen entwickelt wurde. Mittlerweile hat es mehrere Treffen zur Vorbereitung solcher Aktionen gegeben, auf denen VertreterInnen von

rund zwanzig Hamburger Gruppen präsent waren. Außerdem fand am 15.2.1995 ein bundesweites Beratungstreffen statt, auf dem weitgehende Übereinstimmung über die Notwendigkeit und Möglichkeit von gemeinsamen Aktionen auf dem Kirchentag hergestellt wurde. Insbesondere war man sich einig, am 17.6.1995 eine Demonstration mit den zwei inhaltlichen Schwerpunkten "Für das Menschenrecht auf Asyl" und "Gegen Militärinterventionismus" durchzuführen und in den Tagen vorher verschiedene spektakuläre und skandalisierende Aktivitäten zu entfalten. Ein vorrangiges Objekt solcher Aktivitäten soll das Untersuchungsgefängnis (UG) am Holstenglacis in unmittelbarer Nachbarschaft des Kirchentags in den Hamburger Messehallen sein. Das Untersuchungsgefängnis dient auch als Abschiebeknast, in dem zahlreiche ausländische Menschen eingesperrt sind. Auf deren Lage soll mit öffentlichkeitswirksamen Mitteln aufmerksam gemacht werden. So wird daran gedacht, in Aktionen zivilen Ungehorsams das UG zu "entzäunen", d.h. den Zaun um das UG mit entsprechenden Mitteln zu öffnen bzw. zu zerstören. Damit soll deutlich gemacht werden, daß es unerträglich und nicht hinnehmbar ist, Menschen, die abgeschoben werden sollen, einfach einzusperren. Der Forderung nach sofortiger Abschaffung der Abschiebeknäste soll damit Nachdruck verliehen werden. Andere Aktionen, etwa zum Thema Rüstungsexporte im Hafen, sind angedacht. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt... Die Chance, den Kirchentag für die Herstellung von Öffentlichkeit für unsere Anliegen zu nutzen, sollten wir uns nicht entgehen lassen.

Dem Trägerkreis, der die Demonstration u.a. vorbereitet, gehören neben den lokalen Hamburger Gruppen inzwischen auch mehrere bundesweit arbeitende Organisationen an, u.a. Versöhnungsbund, Pax Christi, DFK-VK, DFG-IdK, Komitee für Grundrechte und Demokratie, AG out of area des Netzwerks Friedenskooperative, BuKo "Stoppt den Rüstungsexport", Bund für Soziale Verteidigung.

Volker Böge, Komitee für Grundrechte und Demokratie

38. Aufmunternd, kritisch, konstruktiv. Die ersten Reaktionen auf die ak-Debatte

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:38

Seit unserem ersten Aufruf zur Debatte über die Zukunft unserer Zeitung sind nun zwei Monate vergangen. Seitdem haben wir im bisherigen ak-Herausgeberkreis weiter diskutiert, mit Personen und Gruppen gesprochen sowie einige interessante schriftliche Diskussionsbeiträge erhalten. Für ein Resümee ist es noch viel zu früh, da vieles gerade erst in Bewegung geraten ist. Uns fehlt auch noch die Auswertung der in ak 375 begonnenen LeserInnenumfrage. Bis zum Einsendeschluß sind ca. 200 Antworten eingegangen, die jetzt gründlich ausgewertet werden sollen. Die Ergebnisse, die wir selbst mit großer Spannung erwarten, werden wir spätestens in ak 379 veröffentlichen. Ebenfalls in der kommenden Ausgabe wollen wir einen Zwischenbericht geben, welche Resonanz es auf unseren Aufruf für einen Kongreß über die "Zukunft linker Publizistik" gibt.

Besonders hat uns selbst dabei überrascht, daß die Preiserhöhung - selbstverständlich bedauernd zur Kenntnis genommen - offenkundig nirgendwo auf Unverständnis gestoßen ist. So schreibt uns Jochen aus Stade: "Ich bin nicht erstaunt, nur ein bißchen traurig, von der Preiserhöhung des (ach ja: der) ak zu lesen. Aber es muß wohl sein. Leider sind auch bei uns die Kosten gestiegen - die taz wurde abbestellt und die Büchergilde gekündigt. Doch auch wenn ich in meiner Familie der einzige ak-Leser bin, möchte ich auf die Zeitschrift nicht verzichten. Seit Jahren versuche ich, Euch mit einem Soli-Abo zu unterstützen, was aber auch schon länger nicht mehr ausreichte mit seinen 100,- DM. Wenn nun der Preis der ak diesen 100,- Jahrespreis nahekommt, so bitte ich Euch um Verständnis, daß damit das Soli-Abo beinahe wegfällt. Mehr als das normale Abo ist bei uns kaum drin. Eher schon die eine oder andere Spende. Ich wünsche dem ak eine solide Existenz und mir jeden Monat neue Berichte aus kommunistischer Sicht. Wo sonst, wenn nicht aus dem ak?" Selbst dann, wenn dieser Preis nicht mehr bezahlt werden kann, hört sich dies noch moderat an, wie bei Guido aus Gütersloh: "Hiermit möchte ich mein AK-Abo nach Ablauf kündigen. Die gestiegenen Abo-Gebühren sind für mich nicht mehr zahlbar. Ich habe jedoch die Möglichkeit, den AK anderweitig zu lesen. Ich wünsche Euch alles Gute für die Zukunft!"

Einige Stellungnahmen und Zuschriften enthalten einfach das aufmunternde "Weiter so!", wie bei Gottfried aus Hamburg: "Der Wert einer Zeitung mißt sich auch daran, ob und wieviel ich an Seiten nach dem Lesen ausreiße, um sie aufzuheben. Die ak liegt da recht gut im Rennen. Immer noch schätze ich die gut und fundiert recherchierten Berichte zu den verschiedensten Themen, so mal ganz pauschal gesagt. (...) Und: macht weiter so! Es würde mir schwer fallen, auf die ak zu verzichten." Oder Ralf aus Hamburg: "Ich habe den Fragebogen ausgefüllt, weil ich denke, daß das ein paar analytische Daten liefert und vielleicht Aufschlüsse, um die Krise zu bewältigen, ohne große einschneidende Veränderungen.

Weil ich auch nicht nachvollziehen kann, warum ihr so unzufrieden seid, sag' ich ganz einfach, die Zeitung muß fortbestehen. Sie ist unverzichtbar im ausgedünnten und abgeflachten Spektrum linker Publizistik.

(...) Ich finde Euer Angebot attraktiv und akzeptabel, kann leider wenig beitragen, hoffe nur, daß sich Euer Vorschlag genügend Gehör verschaffen kann und in dauerhafte Schritte umgesetzt wird."

Drei Zuschriften wollen wir im folgenden ausführlicher zitieren, weil sie Grundlage der weiteren Debatte sein werden, und weil in ihnen schon sehr weitgehende Vorstellungen für die Zukunft enthalten sind.

Wir schließen selbstgerecht mit einer Passage aus der ila (Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika), die uns zeigt, daß es sich lohnt, um ein linkes Zeitungsprojekt zu kämpfen: "Eine Einstellung des ak wäre aus unserer Sicht ein schwerer Verlust, denn es gibt nur ganz wenige linke Zeitungen, die ein so breites Themenspektrum wie der ak abdecken und Monat für Monat fundierte linke Analysen und mitunter erfrischende Polemiken zu aktuellen und langfristig wichtigen Themen bringen."

"Der ak darf nicht sterben!"

Als ich Eure Erklärung las, befiel mich eine gewisse Panik. Fragebogen ausgefüllt, Überweisungsauftrag ausgefüllt, an den PC gesetzt. Da meine politische Bindung zum Rest-KB nicht mehr besonders ausgeprägt ist, habe ich mir über die Zukunft der Zeitung einfach keine Gedanken gemacht. Nun habe ich die letzten drei Ausgaben mal etwas intensiver durchgeblättert und muß sagen, daß diese Zeitschrift, zumal gemessen an den

Verhältnissen, unter denen sie erstellt wird, noch immer über eine beeindruckende Potenz verfugt. Kurz, und gut: Der ak darf nicht sterben.

(...)

1. Der KB löst sich auf. An seine Stelle tritt ein "Freundes und Förderkreis ak" oder ähnliches.

2. Als Herausgeber fungiert kein offizielles Fusionsprojekt (z.B. mit der "SOZ"), sondern ein Personenbündnis. Ein offizielles Fusionsprojekt würde kaum mobilisierend wirken, sondern seitens der fortschrittlichen Öffentlichkeit lediglich als "Notgemeinschaft der Rest-Linken" bzw. "Koalition der Looser" betrachtet werden. Dies schließt nicht aus, daß sich interessante Einzelpersonen aus dem Dunstkreis anderer Zeitschriften (z.B. "SOZ", "links") dem Projekt in irgendeiner Weise anschließen.

(...)

3. Das Gepräge der Zeitung bleibt im Großen und Ganzen erhalten. Hierzu gehört auch der Titel. Allerdings sollte das blödsinnige "Neue Folge" aus dem Kopf verschwinden; wie überhaupt jeder Hinweis darauf, wo man ursprünglich herkommt. (...) Eine völlig neue Zeitung macht meines Erachtens trotzdem keinen Sinn. Die Gefahr, daß der zweifelsohne noch immer existierende Wert der Zeitung dabei flöten geht, ist zu groß. Das heißt: Der ak bleibt eine Monatszeitung und verändert auch nicht seinen Umfang. Denn die Zeitung lebte bislang von ihrem Umfang bzw. dem damit korrespondierenden hohen Informationsgehalt. Der ak wird damit bewußt gegen den Trend schwimmen, gemäß dem Motto: Wo es einen Trend gibt, ist auch Platz für einen Gegentrend. Ein ak, der nur noch aus 16 Seiten besteht und sich in seiner Aufmachung nicht wesentlich von anderen Zeitungen unterscheidet, verliert seinen Wert. Der Umfang der Zeitung, bzw. ihr hoher Informationsgehalt werden wesentliche Elemente einer zu formulierenden "Marketingstrategie" (s.u.) sein.

Allerdings sollte die Gestaltung der Zeitung deutlich professioneller als bisher erfolgen. Mit anderen Worten: Ich bin für ein besseres Layout, allerdings nicht auf Kosten der Inhalte. Der "neue" ak wird vielleicht mehr Fotos enthalten als sein Vorgänger, aber das Bild darf den Text nicht erschlagen. Die Informationsvermittlung wird unverändert über den Text erfolgen.

(...)

4. Natürlich wird eine Zeitung wie der ak stets auf eine gehörige Portion Idealismus angewiesen sein. Trotzdem sollte sich der ak, zumal der KB als unterstützende Institution kaum noch existiert, stärker auf "den Markt" begeben. Es muß eine Form von "Marketing" stattfinden, die für eine Zeitung mit dieser Tradition natürlich Neuland ist. Meines Erachtens muß hier eine regelrechte Revolution stattfinden. (...) Mir tut es aber immer wieder leid, daß so wenig Leute diese qualifizierten Artikel lesen, der ak viel zu wenig zitiert wird.

5. Die Zeitung muß ein Gesicht bekommen, das sich nicht nur über Inhalte, sondern auch Personen vermittelt. Dazu gehört auch, daß mit den unsäglichen Kürzeln unter den Artikeln Schluß gemacht wird. (...)

dsm

"Für einen aufklärerischen

Journalismus"

... warum sollte ich den ak weiter abonnieren? Wenn der ak eine Zeitung sein soll, "die sich an politisch aktive Linke wenden will", dann muß ich sie - zumindest bis auf weiteres - konsequenterweise abbestellen. Immerhin nehme ich mir noch die Zeit zum Lesen, aber viel Zeit brauche ich auch nicht, weil vieles schlicht uninteressant oder langweilig geschrieben ist und mir gegenüber meiner übrigen Lektüre nicht viel zusätzlichen Erkenntnisgewinn bringt. Etliche Defizite werden von Euch richtig beschrieben: Zu wenig inhaltliche Konzeption, zu wenig repräsentative Auswahl dessen, was für die LeserInnen mindestens einmal im Monat das politische Zeitgeschehen - in redaktionell aufgearbeiteter Form - gründlich querbürstet; überhaupt das Fehlen einer erkennbaren durchgängigen redaktionellen Konzeption (was mehr ist als eine Sortierung der Artikel nach übergeordneten Bereichen im Inhaltsverzeichnis). Folgen sind u.a.:

- Immer noch (wenn auch weniger) mega-out-e Überlang-Artikel;

- zu wenig ernsthafte Auseinandersetzung damit, was sich bei Grüns, PDS und linken Sozis oder sonstwo in der linken Szene so tut;

- auch die "Aktionsberichterstattung" könnte besser aufbereitet sein;

- und schließlich sollten die Artikel/Beiträge weniger von einer akademisch-wissenden Position her geschrieben sein, so daß lektüremäßig schon die ausgeschlossen (oder abgeschreckt) werden, die nicht die linken Debatten der letzten 20 Jahre und ein Hochschulstudium hinter sich haben - sondern mehr aufklärerisch-journalistisch.

Das kann mensch aber nur, wenn der ak davon wegkommt (was immer noch so ist), in erster Linie eine Publikation des MacherInnen-Zirkels zu sein. (Auch mit Anzeigen wird mensch kaum sehr erfolgreich sein, wenn der Eindruck eines Schmalspur-Blättchens, gemacht von einem immer schmalbrüstigeren Klüngel, bleibt). (...)

Es täte dem ak sicherlich gut, sich mehr an der Nachfrage zu orientieren - in dem Sinne, daß gefragt wird: Was kann für Linke zu lesen interessant sein, und welche politisch-publizistische Marktlücke lassen die bestehenden Publikationen? Meine Antwort: Es gibt derzeit keine umfassende Monatszeitung, die die politischen und kulturellen Geschehnisse innerhalb und außerhalb dieses Landes aus konsequent linker Sicht darstellt und reflektiert. Von der Form her so etwas wie eine linksradikale, monatliche "Zeit" meinetwegen. (Ich sage das bewußt so, wenn ich mir auch denken kann, daß einige in sich wenig gefestigte Gemüter hier schon den Absturz vom "schmale(n) Grat zwischen linkem Pluralismus und postmoderner Beliebigkeit" assoziieren. Ob das passiert, liegt an der Konsequenz, mit der eine sinnvolle Konzeption in der praktischen redaktionellen Arbeit umgesetzt wird.)

So ein Produkt ist dem Umfang nach nicht die konkret, oder in der Radikalität als Wochenblatt -, nicht der Freitag. Um nur die beiden zu nennen. Wenn der ak in diesem Sinne attraktiver würde, würde ich ihn bestimmt auch 1996 noch abonnieren. Auch für 10 Mark das Stück. (Als Tageszeitung hat in dieser Richtung die jw für mich ganz gute Ansätze ... Attraktiv finde ich z.B. die Idee der jw mit den Interviews zu konkreten Themen auf den Seiten 2 und 3, wobei deren Devise offensichtlich nicht ist, nur den letzten angestaubten Sektierern "political correct" das Mikro vor die Nase zu halten, sondern z.B. auch die Argumente des Solinger SoziVorsitzenden, der gegen die Benennung der anliegenden Straße nach dem verbrannten türkischen Mädchen ist, für sich selbst sprechen zu lassen. Originelle Ideen! Das bringt Pep.)

Also:

- Raus aus dem Küchenkabinett!

- Professionellere redaktionelle Arbeit!

- Breiter gefächertes Angebot von AutorInnen und Themen!

- Mehr aufklärerischer Journalismus, mehr Originalität, Ideen, Pep (und zwar bald)!

- Für eine linke Monatszeitung!

HPH

"Forum für Analyse, Kritik und

soziale Emanzipation"

Was mir an dem Vorhaben der ak-Redaktion gefällt, ist, daß sie an "linke Personen, Gruppen und Redaktionen" herantreten will, um über eventuelle Formen der Zusammenarbeit zu beraten und ausdrücklich Redaktionen und MitarbeiterInnen von "Fachzeitschriften" erwähnt, wo m.E. tatsächlich ausgesprochen viel linke Kompetenz versammelt ist.

Allerdings sollte allein des Erfolges dieses Vorhabens willen definiert werden, auf was für ein Projekt sich die jeweiligen Partnerinnen & Partner einlassen. Die ausschließlich negative Abgrenzung zu linkssozialistischen Organisierungsabsichten könnte die momentane "Schieflage" auch in die entgegengesetzte Richtung bewegen (und ob das "Schiff" damit besser fahren würde, wage ich zu bezweifeln). Linke Zeitungsprojekte in Warenform (bürgerlicher Verfaßtheit) gibt es schon zur Genüge, und die Erfahrungen damit lehren, wie sehr diese Form

auf den Inhalt der jeweiligen Projekte drücken kann. Nur ein Beispiel aus der wechselvollen Geschichte der konkret: In einer Ausgabe des Jahres 1976 (!) waren neueste Erkenntnisse über ein "für die 90er Jahre zu erwartendes gefährliches Ozonloch" der Aufmacher. Das Titelbild zeigte eine aus den Wolken ragende Hand, die eine Sprühdose hält. Sie zielte auf zwei Männekens, die - unten auf der Erde wandelnd - über "die Menschen als Ungeziefer" philosophierten. Die Botschaft: Wir werden von den eigenen Schreckensvisionen eingeholt. Wer nun erwartet hätte, das Thema könnte sich zu einem Dauerbrenner linker Publizistik entwickeln, die zwei (!) großen FCKW- Hersteller in der damaligen BRD (einer davon mitten im aufrührerischen Frankfurt) könnten ähnliche Belagerungen erfahren, wie AKW-Bauplätze durch die damals in ihrer Blüte stehende Anti-AKW-Bewegung, täuschte sich. Es blieb bis heute das einzige Mal, daß das Wort "Ozonloch" überhaupt in der Zeitschrift konkret auftauchte. Die Schreckensvision wurde als Ware (Information) auf den Markt geworfen. Wie diese Ware konsumiert wird, geht die ProduzentInnen in einer "Zivilgesellschaft" natürlich nichts an. Der "Spießer"-Mechanismus, daß unangenehme Informationen schnell verdrängt werden (müssen), wenn nicht eigenes Engagement zur Beseitigung des Übels das Bedürfnis aktiviert, die Information wach zu halten und zu vertiefen, funktioniert natürlich auch bei uns Linken. Möglicherweise läßt sich sogar das oft sehr burschikos/chauvinistische Auftreten mancher Linksradikaler (gerade aus Frankfurt) gegen "die blöden Ökopaxe" aus einem solchen Verdrängungsbedürfnis heraus erklären, das natürlich gerade bei solchen Linken besonders groß ist, die in bezug auf persönliche Mitverantwortung für gesellschaftliche Ereignisse (z.B. Faschismus) einen sehr großen moralischen Anspruch vertreten und mit diesbezüglichen Vorwürfen an andere ("Spießer") nicht gerade sparsam umgehen.)

(...)

Wie also, so frage ich mich, könnte sich das Zeitungsprojekt ak einerseits davor schützen, künftig nur noch reine "Warenproduktion" zu betreiben (wenn auch weiterhin mit einem qualitativ hochwertigen Angebot), sich andererseits aber auch nicht durch übertrieben wirkende Ansprüche (z.B "aktiv und ausdrücklich sozialistisch/kommunistische Perspektiven befördern zu wollen") in Gefahr zu bringen, die momentane Schieflage noch zu verstärken (und ein Kentern des Projekts zu riskieren!)?

1. Auf alle Fälle hielte ich die Gründung eines "ak-Unterstützungs-Vereins" für notwendig.

2. Dem Anspruch nach sollte dieser Verein ein "Forum für Analyse, Kritik und soziale Emanzipation e.V." sein.

3. Besonders der Begriff "soziale Emanzipation" sollte von den zu gewinnenden Vereinsmitgliedern und freischwebenden UnterstützerInnen gemeinsam definiert (und einer regelmäßigen Überprüfung, Erweiterung, Vertiefung etc. unterzogen) werden.

4. Ich würde mir für eine solche Definition wünschen, daß einige (An-)Sätze von Marx einbezogen würden, wie z.B.:

- "Verhältnisse anzustreben, in denen der Mensch kein geknechtetes (oder knechtendes), erniedrigtes (oder erniedrigendes), beleidigtes (oder beleidigendes) usw. Wesen" mehr ist,

- daß der Grad an Mitbestimmung über die eigenen (sich unter heutigen Verhältnissen "hinter den Rücken herstellenden") ökonomischen Beziehungen für "soziale Emanzipation" entscheidend ist,

- über den Grad an Entwicklungsmöglichkeiten für gemeinsames Handeln über Länder- und Völkergrenzen hinweg oder

- über den Grad an gemeinschaftlicher Fürsorge für die nächsten Generationen und für die natürliche Umwelt.

Letzteres ist etwas spontan und sicher besser auszuarbeiten. Aber das sollte ja sowieso der gemeinschaftlichen ("kommunistischen") Diskussion vorbehalten sein. An der würde ich mich dann gern beteiligen.

Hans-Hermann H., Berlin

39. Das Attentat auf Kurilow. Ein Roman über revolutionäre Moral

Autor: Katja Leyrer · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:02

Irène Némirovsky: Der Fall Kurilow. David Golder, 408 Seiten, gebunden, Eichborn Verlag, Frankfurt/M 1995, DM 48,-

In der Reihe der anderen Bibliothek im Eichborn-Verlag ist im Januar 1995 als 121. Band eine Neuerscheinung ediert worden, "Der Fall Kurilow" von Irène Némirovski. Es handelt sich um eine Übersetzung aus dem Französischen.

Die Autorin des Romans wäre heute 92 Jahre alt. Sie ist aber nur 39 geworden, denn sie war Jüdin und wurde 1942 im Departement Saône-et-Loire von den Deutschen nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. Zu diesem Zeitpunkt hatte sie bereits mehrere Bücher veröffentlicht und war in Frankreich eine bekannte Schriftstellerin. Mit 26 schrieb sie ihren ersten Erfolgsroman "David Golder", der ebenfalls im hier beschriebenen Band als deutsche Erstausgabe enthalten ist. Irène Némirovski wurde, so sagen die biographischen Angaben im Buch, als Tochter einer aus Kiew stammenden jüdischen Bankiersfamilie geboren, die nach der Oktoberrevolution nach Frankreich emigriert war.

"Der Fall Kurilow" ist ein Roman, eine ausgedachte, bizarre, interessante und kluge Geschichte. Er wurde 1933 erstmals in Paris verlegt. Vordergründig handelt er von einem Attentat, das 1903 auf einen Minister des russischen Zaren verübt wird. Der Roman"held" ist der als Attentäter Verurteilte und geflohene frühere Revolutionär Marcel Legrand. Dieser erinnert sich im Alter an das damalige Geschehen, schreibt also seine Biographie. Und zwar keineswegs so, wie man es erwartet: Legrand hat den gut bewachten und später getöteten menschenverachtenden Erziehungsminister Kurilow für das Attentat ausspioniert, und dies sehr gründlich, denn er lebt eine Zeitlang als Leibarzt im Hause des kränklichen, dekadenten Walerian Alexandrowitsch Kurilow. Wider Willen führt dieses nahe Zusammenleben zu einer unerwarteten Komplikation: der potentielle Attentäter entdeckt am verhaßten und durchaus widerlichen Beobachtungssubjekt menschliche Züge, und es wird ihm, je besser er Kurilow kennenlernt, immer schwerer, die geplante Tat auszuführen.

Die Stärke des Romans liegt in den mehrfach unerwarteten Wendungen des Geschehens, der dichten Darstellung der Personen und der politischen Situation im zaristischen Petersburg der Jahrhundertwende und dem Vermögen, sowohl den Attentäter als auch sein Opfer als Menschen mit widersprüchlichen Gedanken und Eigenschaften zu beschreiben. Dabei produziert die Autorin kein denunziatorisches Bild über die russischen Revolutionäre und den Sinn und Zweck von Attentaten, sondern ein nachdenkliches, philosophisches.

Katja Leyrer

Irène Némirovsky: Der Fall Kurilow. David Golder, 408 Seiten, gebunden, Eichborn Verlag, Frankfurt/M 1995, DM 48,-

40. Der UN-Weltsozialgipfel. Ein wichtiger Schritt nach vorne

Autor: moe, Lateinamerika- Komitee Nürnberg · Rubrik: Sozialpolitik; UN - Vereinigte Nationen; Imperialismus und Weltwirtschaft; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak377/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:19

Trotz aller Unkenrufe und Befürchtungen im Vorfeld: Der erstmals seit Bestehen der Vereinten Nationen abgehaltene Weltsozialgipfel in Kopenhagen wird als Treffen in die Geschichte eingehen, das die entwicklungspolitische Diskussion und Praxis nachhaltig beeinflußt hat.

Der Unterschied zu den UN-Konferenzen der letzten Jahre, wie der Umweltkonferenz in Rio und der Bevölkerungskonferenz in Kairo, war frappierend: keine kleinlichen Streitereien, keine ritualisierten Formen der Schuldzuweisungen und vor allem kein Ausstoß papierener Absichtserklärungen, deren schiere Anzahl ihre inhaltliche Leere vergessen lassen soll. Statt dessen war die Konferenz getragen von dem Willen zur Zusammenarbeit und zur Problemlösung. Trotz einiger marginaler Mißtöne waren sich RegierungsvertreterInnen und die TeilnehmerInnen der Nichtregierungsorganisationen (NROs) in ihrer übergroßen Mehrzahl einig: Kopenhagen war das wichtigste Treffen der Weltgesellschaft seit den Debatten um eine Neue Weltwirtschaftsordnung auf den großen UNCTAD-Konferenzen Mitte der 70er Jahre.

Von Erfolgen...

Stellvertretend für die zahlreichen konkreten Vereinbarungen und Erfolge der Konferenz seien an dieser Stelle genannt:

1. Das wichtigste Ergebnis des Gipfels war, daß sein Ziel - die Armutsbekämpfung in den Ländern des Nordens wie des Südens - unumstritten war. Wie Armutsbekämpfung für die BRD aussehen könnte, verdeutlichte Arbeits- und Sozialminister Blüm am Beispiel der Teppich- und Textilindustrie. Der massenhafte Export billigster Teppiche und Textilien, die mittels Kinderarbeit hergestellt wurden, in die BRD, habe z.B. die Textilindustrie Thüringens an den Rande des Ruins getrieben. Trotz massiver Transferzahlungen seitens der Bundesregierung und der Treuhand könne der Abstieg tausender Beschäftigter in die absolute Armut nur dadurch verhindert werden, daß die Länder des Südens sich freiwillig verpflichten, der sozial unverantwortlichen Kinderarbeit ein Ende zu bereiten und ihre Exportprodukte in der BRD nicht unter den Verkaufspreisen deutscher Produkte anzubieten. Sollte ein Selbstbeschränkungsmaßnahmen auf Basis dieses Konsenses nicht möglich sein, sei die Bundesregierung gezwungen, weitergehende Überlegungen anzustellen. Blüm verwies dabei auf Diskussionen in der BRD um Schnelle Eingreiftruppen.

2. Die wegweisenden Worte von Juan Somavia, Vorsitzender des Vorbereitungskomitees für den Weltsozialgipfel und ständiger Vertreter Chiles bei den Vereinten Nationen, daß "ohne Zweifel allein schon die Durchführung des Gipfels ein großer Erfolg" (ist) (der überblick 3/94, S. 29), fanden allgemeine Zustimmung.

3. Die von den UN-Unterorganisationen UNDP, UNICEF, UNFPA und der speziell für Angola zuständigen UN-Organisation UNITA mit ihrem Vorsitzenden Jonas Savimbi eingebrachte 20/20 Initiative, derzufolge die Entwicklungsländer 20 Prozent ihres Staatshaushaltes und die Industrieländer 20 Prozent des Entwicklungshilfebudgets für soziale Belange aufwenden sollten, fiel auf fruchtbaren Boden. Laut Minister Spranger vom BMZ werde dieser Anteil von der Bundesregierung schon seit vielen Jahren übererfüllt. Die Kritik einiger NROs, daß in den Berechnungen der Bundesregierung auch Hermesbürgschaften für Exportgeschäfte der deutschen Rüstungs- und Chemieindustrie enthalten seien, wies Spranger entschieden zurück. Er beschrieb die angespannte Beschäftigungssituation in der deutschen Rüstungsindustrie seit Ende des Kalten Krieges. Hermesbürgschaften tragen - laut Spranger - dazu bei, daß die Arbeitslosigkeit und somit die soziale Degradation in diesem eminent wichtigen Industriezweig nicht weiter zunehme.

4. Die bei PrepCom II (einem von drei Vorbereitungstreffen) postulierten Verpflichtungen Nr. 6 und 7 wurden auf dem Gipfeltreffen bestätigt. Demnach ist eine "realistische, umfassende und nachhaltige Lösung" für das Schuldenproblem zu suchen, und die Strukturanpassungsprogramme müssen sozial orientiert sein. Kleinere Differenzen gab es bei der Interpretation dieser Verpflichtungen. Schließlich konnte sich die Ansicht der USA und der EG-Staaten behaupten, daß die Durchsetzung der Marktwirtschaft per se das beste Sozialprogramm

ist. Ausgehend von dieser Analyse forderten sie eine umfassende Deregulierung aller marktwirtschaftlich unsinnigen Barrieren in den Ländern des Südens, wie Importzölle oder Exportsubventionen. Mit weiteren Transferzahlungen von Nord nach Süd könne ebenfalls nicht mehr gerechnet werden, da dies zu einer Fehlallokation der Ressourcen führe und somit der erwartete Trickle-Down-Effekt (Durchsickerungseffekt) ausbleibe.

5. Österreich und Dänemark kündigten einen Teilschuldenerlaß für einige MSAC-Länder (most seriously affected countries) an. Dies entspricht der Verpflichtung Nr. 8 bei PrepCom II, nach Entschuldungsmöglichkeiten auf bilateraler Ebene zu suchen. Der Schuldenerlaß der beiden Länder hat ein Volumen von 400 Mio DM. Bei einer Verschuldung der sog. 3. Welt-Länder in Höhe von 1800000000000 DM (oder waren es Dollar?) entspricht dies einer Schuldenstreichung in Höhe von 0,0002% (auf DM-Basis). Der Vorstoß der beiden Länder wurde in Diplomaten- und NRO-Kreisen als Sensation gewertet. Ein hochrangiger Diplomat, der namentlich nicht genannt werden wollte, brachte dies mit den Worten: "Das Eis ist gebrochen. Einer umfassenden Schuldenregulierung steht somit nichts mehr im Wege", auf den Punkt.

6. Die bedeutende Rolle der NROs in der Vorbereitung und auf dem Gipfel wurde von keiner Seite bestritten. Nur der kontinuierlichen Pressure- und Lobbyarbeit dieser Gruppen war es zu verdanken, daß sich die Resolutionen nicht in Worthülsen verloren. Ein von NRO-Gruppen verfaßtes 12-Punkte-Papier (s. mosquito 1/95, S.8f) fand zum Teil Eingang in eine revidierte Fassung, die auf einer Sondersession der internationalen Vorbereitungsgruppe im Oktober verabschiedet wurde. In diesem Papier erheben die NRO "den Anspruch, daß am Gipfel die strukturellen Ursachen von Armut, Arbeitslosigkeit und sozialer Desintegration benannt werden sollen - und nicht bloß die Symptome". Der gewachsene Einfluß der NROs zeigt sich auch darin, daß die Weltbank zum erstenmal bei einem derartigen Treffen als NRO auftrat und als solche Veranstaltungen durchführte (s. SoZ v. 23.3.95). Seminare, die von deutschen Lobbyorganisationen wie WEED zusammen mit VertreterInnen der Weltbank durchgeführt wurden, zeitigen hier offenbar ihre ersten Früchte. Sogar die USA sieht sich mittlerweile gezwungen, 40 Prozent ihrer Entwicklungshilfe über nichtstaatliche Organisationen zu kanalisieren, wie Vize-Präsident Al Gore auf Nachfragen bestätigte (FR v. 13.3.95). Spekulationen, wonach mit dieser Maßnahme die NROs lediglich für eine gescheiterte Entwicklungspolitik verantwortlich gemacht werden sollen, fanden auf dem Gipfel keine Nahrung.

7. Schließlich konnten alle Gerüchte aus der Welt geschafft werden, daß die beiden mächtigsten Männer der Welt, Clinton und Jelzin, nur deshalb nicht auf dem Gipfel erscheinen konnten, weil ihre Bemühungen im Vorfeld, finanzielle Mittel für den Flug nach Kopenhagen zu beschaffen, nicht vom gewünschten Erfolg gekrönt waren. Beide waren - wie es aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen hieß - aus privaten Gründen verhindert.

... und Mißtönen

Für Unmut bei der Bundesregierung sorgte Klaus Lefringhausen, Beauftragter der rheinischen Landeskirche für Ökumene und Wirtschaft, mit seiner im Vorfeld aufgestellten Behauptung: "Unterm Gipfel ist Unruh." (E + Z 5/6 94). Dr. Schetting vom BMZ bedankte sich für die im allgemeinen konstruktive Haltung der NROs. Zwar wünsche auch er sich "mehr politischen Biß von NRO-Seite als bisher" (zit. laut Protokoll des Gespräches von VertreterInnen des BMZ und BMU und dem "NRO-Forum Umwelt und Entwicklung" 9.7.93). Eine Position, wie Lefringhausen sie vertrete, sei allerdings nicht mehr zu tolerieren. Die evangelische Kirche im allgemeinen und Lefringhausen im besonderen stellen sich damit ins gesellschaftliche Abseits. Daß sich die Kirche in eine Sackgasse begeben habe, zeige sich auch darin, daß sie derzeit von einer Austrittswelle gebeutelt wird. Thomas Fues, Gipfel-Vertreter der deutschen Lobbyorganisation WEED, versuchte bei diesem Konflikt zu vermitteln. Er schlug ein Seminar zu dem Thema "Konfliktlösungsstrategien in der Entwicklungszusammenarbeit" mit ReferentInnen von Kirche und Weltbank vor. Als Supervisor soll der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter angefragt werden. Dieser habe gerade in Haiti und Jugoslawien seine Konliktlösungskompetenz unter Beweis gestellt.

Dieser Vorschlag wurde vor allem von den Regierungsvertretern Indonesiens unterstützt. Sie verwiesen auf die positiven Erfahrungen mit Carter während der Zeit seiner Präsidentschaft. Nur mit den damaligen massiven US-Waffenlieferungen war es möglich, die sozialen Konflikte auf Ost-Timor ruhigzustellen und die Banditen von der FRETILIN zu eliminieren.

Für Aufsehen sorgten auch die Äußerungen von Joachim H. Spangenberg vom BUND und Mitglied des Leitungskreises des Forums Umwelt & Entwicklung, der auf die selbstgestellt Frage "Was hat die Arbeit der NGOs in diesen sehr unterschiedlichen Feldern (gemeint sind Konferenzen, Kommissionen, Konventionen etc; Anm moe) gemeinsam", als Antwort gab: "Das Mißverhältnis von Aufwand und Ertrag." Und er fügte weiter hinzu: "In einer Form der pervertierten Subsidiarität wird von Verbänden erwartet, als Ersatzvornahme für staatliches Handeln die Probleme anzugehen und Lösungen zu erarbeiten." Es bestehe zumindest die Gefahr, daß dies zu einem "participation overkill" für die NROs führe.(alle Zitate aus "Forum Umwelt und Entwicklung" 4/94, S36). Besonders letzte Äußerung geriet in das Kreuzfeuer der Kritik. Hierbei handele es sich um Formulierungen aus dem ideologischen Waffenarsenal des Unmenschen, so Pressesprecher Hausmann.

Fazit

Voll daneben lag wieder einmal die "taz" mit ihrer Einschätzung, die Delegierten "haben lediglich ein laues Lüftchen zuwege gebracht" (taz v. 13.3.95). Wie aufgezeigt, gab es in Kopenhagen eine Fülle von hoffnungsvollen Ansätzen und konkreten Beschlüssen. An diesen muß jetzt angesetzt werden. Als nächste Möglichkeit auf der Ebene der Weltgesellschaft drängt sich förmlich die UN-Weltfrauenkonferenz auf, die demnächst in Peking stattfinden wird. An den Abschlußerklärungen wird bereits gefeilt. Hoffnungsvoll stimmt, daß einige Frauen-NROs angekündigt haben, der Gipfel werde sich "am Menschen orientieren".

Ach ja, fast hätte ich das wichtigste Ergebnis von Kopenhagen vergessen. Die zweite Weltsozialkonferenz befindet sich bereits in der Vorbereitung. Die Termine für PrepCom I, II und III sowie für eine Sondersession sind schon festgelegt. Der Erfolg ist auch bereits gesichert: Die Präsidenten Clinton und Jelzin haben ihr Kommen zugesagt.

moe, Lateinamerika-Komitee-Nürnberg/26.3.95

41. Hurra! Endlich im "Zentrum der Macht"!

Rupert "Plotte" von Plottnitz zum ersten grünen Justizminister weltweit gekürt

CD-Datei: daten/aksuche/ak377/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:22

In der Nacht auf Montag, den 27. März 1995, wurde es ausgehandelt, das erste "Schlüsselressort" für einen Grünen. Der designierte hessische Minister für Justiz und Europaangelegenheiten, Rupert von Plottnitz, war sich bewußt, daß die Grünen damit eine "neue Seite im Buch ihrer Geschichte" aufschlagen. (FR, 28.3.95)

Nachdem die Grünen bei der hessischen Landtagswahl am 19. Februar 11,2 Prozent erreicht und so die rot-grüne Koalition in Wiesbaden gerettet hatten, war zumindest für den Großen Steuermann in Bonn, Joschka Fischer, und seine Getreuen klar, daß nun ein klassisches Regierungsressort her mußte. "Mit einem Grünen als Innenminister", wußte Der Spiegel (9/1995) einen Realo zu zitieren, "werden wir in die gesellschaftlichen Schaltbereiche vordringen, in die traditionelle Kunst des Regierens." Parteiintern war damit die Latte wohl doch etwas zu hoch gelegt. Der Gedanke, daß ein Grüner dafür verantwortlich wäre, Polizei und Bundesgrenzschutz gegen DemonstrantInnen einzusetzen, ging der Basis denn doch zu weit. Die brutalen Polizeieinsätze an der Startbahn West in den achtziger Jahren sind bei vielen anscheinend noch nicht vergessen. Insofern ist die jetzt gefundene Lösung viel eleganter. Die grünen Strategen haben ihr "Schlüsselressort", ohne größere Konflikte mit der eigenen Partei befürchten zu müssen. Gleichzeitig präsentieren sie sich, nicht nur auf Landesebene, als berechenbare und bereitwillige Koalitionspartner.

Außerdem ist Rupert von Plottnitz, in Parteikreisen kurz "Plotte" genannt, im Justizministerium wohl auch besser aufgehoben. Zurückgreifen kann der Jurist und Mitbegründer des Republikanischen Anwaltsvereins dabei auf seine Erfahrungen als Pflichtverteidiger im Stammheim-Prozeß gegen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan-Carl Raspe. Sein Engagement brachte ihm damals neben einem Rüffel wegen "Ungebühr vor Gericht" auch noch ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung ein. Was also Kompetenz und Erfahrungen mit dem deutschen Rechtssystem anbelangt, wäre wohl kaum ein besser geeigneter Kandidat zu finden gewesen. "Im Ressort gibt es auch die repressiven Seiten des Verfassungsstaates", weiß er aus Erfahrung. Und er stellt klar, es wäre "naiv" zu glauben, daß ein grüner Minister nicht genau so für die Ausbruchssicherheit der Gefängnisse sorgen könnte wie jeder andere auch. (FR, 18.3.95) Wahrscheinlich kann er das sogar besser als seine Länderkollegen von CDU, CSU, SPD und FDP. Mit Hochsicherheitstrakten hat er ja als "Terroristen-Verteidiger" (Der Spiegel) in den siebziger Jahren ausgiebig Bekanntschaft gemacht. Darauf wird er bei anderer Gelegenheit zurückgreifen können: bei der Einweihung des Weiterstädter Knastes inklusive Hochsicherheitstrakt.

mb., Berlin

42. Quelldatei 34.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak377/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:34

Postmoderner Linksleninismus

Betr.: Tränen lügen - nicht?

(ak 376, S. 16 f.)

Liebe GenossInnen,

ihr habt im ak 376, S. 17, unter der Zwischenüberschrift "Turbulenter Streit bei den Autonomen" aus einem unserer Texte zum 8. Mai zitiert. Dazu wollen wir zunächst anmerken, daß wir uns nicht als Autonome verstehen und sich sicherlich auch Autonome bedanken würden, wenn wir versuchen würden, unsere Positionen mit ihrem Spektrum zu identifizieren.

Noch mehr stört uns allerdings folgendes: Ihr hattet folgende beiden Sätze aus unserem Papier zitiert: "Die These von der ‚Zustimmung der deutschen Bevölkerung zum totalen Krieg` ignoriert die unterschiedlichen Formen individuellen und kollektiven Widerstandes (...) Die Wenigen, die sich dazu bereit fanden, unsererseits totzuschweigen, würde bedeuten, das faschistische und deutsch-nationale Bild vom ‚deutschen Volk` zu stabilisieren." Im unmittelbaren Anschluß daran kommentiert ihr: Wenn schon als Widerstandshandlung ausreichen soll, ‚Grüß Gott` gemurmelt, anstatt ‚Heil Hitler` gebrüllt zu haben, dann ist das deutsche Volk 1945 fürwahr ‚ein Volk von aktiven WiderstandskämpferInnen`" - die Quelle für dieses Zitat ist in eurem Text nicht angegeben - "gewesen".

Da wir in dem von euch selbst angeführten Satz ausdrücklich davon sprechen, daß es nur "Wenige (waren), die sich dazu (zu Widerstand) bereit fanden", fragen wir uns, ob zwischen dem Zitat aus unserem Text und eurem Kommentar einige Zeilen des Artikels beim Satz verloren gegangen sind.

Wir haben jedenfalls in unserem Text gerade das Gegenteil der These, die Deutschen seien ein "Volk von aktiven WiderstandskämpferInnen" gewesen, vertreten: Wir haben auf den NSDAP-WählerInnen-Anteil 1933 von 45% und die danach noch angestiegene Zustimmung hingewiesen; wir haben uns ausdrücklich gegen kommunistische bzw. feministische Erklärungsansätze gewandt, die den Faschismus allein bei einer kleinen Schicht von KapitalistInnen oder Männern verorten. Wir haben geschrieben, daß es nur "eine kleine Minderheit von WiderständlerInnen" gab, und daß der 8. Mai für die "Mehrzahl der Deutschen" kein Tag der Befreiung, sondern ihrer verdienten Niederlage war.

Insofern besteht auch kein Widerspruch zwischen unserer Position und der von euch angeführten Antwort von Michael Vennedy "auf die sozialrevolutionären Einwände" (wie gesagt: wir sind keine Autonomen und auch keine Sozialrevolutionäre, sondern die Erfinder des postmodernen Linksleninismus bzw. der linksleninistischen Postmoderne - aber das nur am Rande). Wenn Vennedy sagt: "Die globalisierende Sicht (der alliierten Bomberpiloten; Anm. ak) war historisch berechtigt", dann hat er recht. Auch wir hatten in unserem Text in der "interim" Nr. 317, S. 26, betont, daß wir "nicht der Illusion einer ‚sauberen Kriegsführung` anhängen und auch den Gedanken an die Notwendigkeit einer Demoralisierung der MitläuferInnen nicht von vornherein zurückweisen". Wir hatten nur einen Vorbehalt und einen - allerdings wesentlichen! - Einwand formuliert.

Der Vorbehalt: Wir haben uns nicht definitiv dazu geäußert, wie wir den militärischen Nutzen der alliierten Bomberangriffe auf Dresden einschätzen. Zum einen deshalb, weil wir damals den von euch angeführten - im großen und ganzen recht überzeugenden - Artikel von Jürgen Elsässer in der "konkret" 2/1995 noch nicht kannten. Zum zweiten, weil wir denken, daß die Linke im Moment wichtigere Fragen zu diskutieren hat, als die, wie eine effektive Luftkriegsführung auszusehen hat. Unser zentraler Einwand richtet sich schließlich dagegen, daß die "Anti-Deutschen" aus den damaligen historischen und militärischen Notwendigkeiten der alliierten Bomberpiloten eine Leitlinie für heutige Analysen von Bewußtsein und Handlungen "der Deutschen" - sei es im Faschismus, sei es in der Groß-BRD - machen. Da es heute nicht (darum) geht, mit den Mitteln der Anti-Hitler-Koalition gegen den BRD-Imperialismus zu kämpfen, sondern vorrangig politische Mittel im engeren Sinne gefragt sind, hatten wir auf die Wenigen hingewiesen, die "aus Mitleid KZ-Häftlingen Brot oder Wasser gaben oder (...) Handzettel gegen den Krieg verteilten, (...). In bezug auf eine Zeit, wo für das Hören von ausländischen Radiosendern die Todesstrafe drohte, ist es vermessen, derartige Widerstandsformen als

harmlos abzutun." In einer Zeit, in der es nicht darum geht, Bombereinsätze zu fliegen, gilt es jeden Riß im nationalistisch-rassistischen (kapitalistischen und sexistischen) Massenkonsens zu erkennen, auszunutzen und zu vertiefen! Darauf, daß es in der Tat ein solcher Massen-Konsens (!) ist, mit dem wir es im Moment zu tun haben, hatten wir im übrigen schon in unserer Broschüre "Triple oppression & bewaffneter Kampf", die jetzt gerade in zweiter Auflage erschienen ist, gegen sozialrevolutionär-operaistische und antiimperialistische Manipulations-Theorien vom Rassismus als "verfehlgeleitetem Anti-Kapitalismus", "falschem Bewußtsein" etc. ausführlich hingewiesen (S. 11, 56-62, 153-163, 172-176). Die Broschüre kann gegen Überweisung von 10 DM auf unser Konto C. Müller, Nr. 765538-101 bei der Postbank Berlin, BLZ 10010010, bestellt werden.

Mit kommunistischen Grüßen

Broschürengruppe, c/o Kopierladen M99, Manteuffelstraße 96, 10997 Berlin

43. Quelldatei 40.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak377/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:40

Kalender

50 Jahre ...

Antifaschismus und Befreiung

Unterschiedliche Bereiche antifaschistischen Widerstands werden bei einer Veranstaltung, zu der die "Autonome Antifa A+P" aufruft, zur Sprache kommen. Kurt Goldstein, Vizepräsident des Internationalen Auschwitzkomitees, spricht zum Thema "Die Roten Kapos in den Konzentrationslagern". Weitere ReferentInnen berichten über ihre antifaschistische Arbeit in der Sowjetunion hinter der deutschen Front und in Frankreich.

13.4.95, 19.30 Uhr. Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165, Berlin

Filmreihe zum 50. Jahrestag

Die Jugendgruppe des Auschwitz-Komitee Hamburg zeigt sieben wichtige Filme über den Krieg der Nazi-Wehrmacht, die Schoah und den jüdischen Widerstand, darunter "Nacht und Nebel" von Alain Resnais und "Die Partisanen von Wilna".

19.-27.4., 3001 Kino, Schanzenstr. 75, im Hof, Hamburg, Tel. 040-437679.

Neuengamme

In den Tagen um den 20. April wurden dank der Aktion des Schwedischen Roten Kreuzes Tausende von Häftlingen des Lager Neuengamme gerettet. Die Gedenkveranstaltung des dänischen Verbands der ehemaligen politischen Gefangenen des KZ Neuengamme findet statt am

20.4., 10.30 Uhr, in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

In der Nacht des 20. April wurden 20 jüdische Kinder, an denen im KZ Neuengamme medizinische Experimente vorgenommen worden waren, von SS- Männern erhängt. Eine Gedenkveranstaltung mit Ansprachen von u.a. Maurice Goldstein und Günter Schwarberg sowie dem Großen Chor des NDR und Esther Bejarano mit der Gruppe Coincidence findet statt am

20.4., 16 Uhr, in der Gedenkstätte Janusz-Korczak-Schule, Hamburg

Das Theaterstück "Die Kinder vom Bullenhuser Damm" behandelt den Mord an den jüdischen Kindern in der Schule am Bullenhuser Damm. Es wird aufgeführt am

20.4., 20 Uhr, im TiK, Thalia in der Kunsthalle, Glockengießerwall 1, Hamburg.

Über die weiteren Veranstaltungen der von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme durchgeführten Reihe "50 Jahre danach" informiert die

KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Jean-Dolidier-Weg, 21039 Hamburg, Tel. 040-7231031.

Antifa-Tag in Nürnberg

Ein Straßentheater zum Auftakt (10 Uhr), ein Bücherbasar, Gespräche mit WiderstandskämpferInnen (15 Uhr), eine Veranstaltung mit Anatol Popow, ehemaliger Oberstleutnant der Roten Armee während des Kampfes der Sowjetunion gegen die Nazi-Wehrmacht (18 Uhr) und - auch "Antifa"? - ein Punkkonzert (21 Uhr) stehen auf Programm des am

22.4., ab 10 Uhr stattfindenden Antifa-Tags im KOMM, Königstr. 93, Nürnberg.

KZ Flossenbürg

Das KZ Flossenbürg existierte von 1938-1945. Ab 1943 wurde kriegswichtige Produktion in dies KZ verlegt. Von den 100.000 Menschen, die in dieses Lager gesperrt wurden, kamen über 30.000 zu Tode. Einen erst jüngst fertiggestellten Dokumentarfilm über dies KZ zeigt der Medienladen am

26.4., 20 Uhr, Festsaal des KOMM, Königstr. 93, Nürnberg.

Minsker Prozeß

Im Januar 1946 fand in der weißrussischen Hauptstadt Minsk ein Prozeß statt gegen 18 Angehörige der deutschen Wehrmacht, der Polizei und Sicherheitsdienstes. Stellvertretend für die deutschen Besatzungsorgane wurde ihnen angelastet, von Juni 1941 bis Juni 1944 an der systematischen Ermordung von Jüdinnen und Juden, an der massenhaften Ermordung sowjetische Kriegsgefangener und an der planmäßigen Dezimierung der Zivilbevölkerung beteiligt gewesen zu sein. Das Hamburger Institut für Sozialforschung rekonstruiert in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Schauspielhaus Hamburg die Hauptverhandlung, die das wirkliche Bild des Vernichtungs- und "Rassen"kriegs im Osten zeigt.

6.5., 20 Uhr, Deutsches Schauspielhaus, Kirchenallee, Hamburg. (Eintritt: 28 DM, 10 DM erm.).

... und außerdem

Weltmarkt für menschliches Leben

Thema der Ringvorlesung des Instituts für Politikwissenschaften II an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg ist der "Weltmarkt für menschliches Leben."

12.4. Schapour Ravasani (Uni Oldenburg): Weltmarkt für menschliches Leben - Demokratie und Menschenrechte.

19.4. Gisela Wuttke (Medizin-Soziologin): Körperkolonie Mensch - arme Länder - reiche Beute. Über den Handel mit Organen.

26.4. Behshid Najafi und Hanna Cieszynski (agisra, Köln): Frauen-Handel? - Männerhandlung?

3.5. Carina Weber (Pestizid Aktions-Netzwerk): Pestizidhandel - Entwicklungen und Kontrollprobleme.

10.5. Karin Pichlbauer (BUKO Pharma-Kampagne): Pharma-Handel.

Die Vorlesungen finden jeweils statt von 18-20 Uhr im Vortragssaal der Bibliothek, Uhlhornsweg, Oldenburg.

Werkstattgespräch zur Aufführung des "Golem"

An den Hamburger Kammerspielen läuft derzeit (5.- 9.4., 12.-14.4., 18.-21.4.) Leivicks Drama "Der Golem". Dieses ursprünglich in Jiddisch verfaßte Stück warf schon für jüdische Besucher in der 30er Jahren Verständnisprobleme auf, was für den heutigen, zumal nicht-jüdischen Besucher um so mehr gilt. In einem Werkstattgespräch mit dem Dramaturgen der Aufführung, Jan Linders, und der Jiddistin Dorothea Greve soll die künstlerische Auseinandersetzung mit der Golem-Legende dargestellt und der Weg - durch Archive in Berlin, Paris und New York - zur aktuellen Inszenierung nachgezeichnet werden.

20.4., 19.30 Uhr. Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule, Karolinenstr. 35 (Hofeingang), Hamburg.

Bio-Ethik

In der Veranstaltungsreihe "Bio-Ethik" der Katholischen Studentengemeinde Münster spricht am

27.4., 20 Uhr, die Soziologin Maria Mies über "Die Patentierung des Lebendigen".

11.5., 20 Uhr, die Medizin-Soziologin Gisela Wuttke über die "Körperkolonie Mensch - Kritische Anmerkungen zur Transplantationsmedizin".

Westfälische Wilhelmsuniversität, Hörsaal H4, Nähe Hindenburgparkplatz.

KrüppelInnenRATschlag 95

Der KrüppelInnenRATschlag 95 soll den verschiedenen Gruppen und Strömungen der unabhängigen Behinderten- und Krüppelbewegung ein Forum bieten. Ziel ist es, 14 Jahre nach "Krüppeltribunal" eine Standortbestimmung der Behindertenbewegung vorzunehmen und die Möglichkeiten für eine emanzipatorische Behindertenpolitik unter veränderten Rahmenbedingungen zu diskutieren.

28.4.-1.5., Jugendherberge Melsungen (bei Kassel). Info und Anmeldung (eigentlich bis zum 31.3. ...) bei: Jörn Schadendorf, Fibigerstr. 275, 22419 Hamburg.

Schickt eure Veranstaltungshinweise! Per e-mail, per Post

oder als Fax. Annahmeschluß für ak 378 ist der 25.4.95.

44. Quelldatei 41.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak377/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:41

Ost- und Südostasien

Die ost- und südostasiatische Region befindet sich im schnellen Wandel, ihre Entwicklung wird auch die Zukunft Europas beeinflussen. Der Themenschwerpunkt der iz3w erörtert die Faktoren des wirtschaftlichen Erfolgs einiger Staaten des pazifischen Raums. Mögen die Erfolgszahlen auf den ersten Blick auch blenden, erweist sich rasch, daß die "schnell nachholende Entwicklung" mit sozialen Konflikten, ökologischen Zerstörungen und politischer Repression verbunden ist. Sie trennt die Beteiligten in Gewinner und Verlierer - ganz abgesehen von der Frage, ob diese Entwicklung überhaupt Lebensformen hervorzubringen vermag, die den Menschen zur Zufriedenheit gereichen.

blätter des iz3w. Nr. 204 (März 95), A4, 60 S., 7.50 DM.

Knast

"Abhängig - parteilich - zensiert" berichtet der blickpunkt, die Zeitschrift der Gefangenen von "Santa Fu", dem Hamburger Knast Fuhlsbüttel. Sensationelle Enthüllungen sind von einem Blatt, das letztlich unter Knastbedingungen - und dem Anstaltsleiter als Herausgeber - entsteht, kaum zu erwarten. Gleichviel bestimmen auch keine Sensationen den Alltag der Gefangenen, sondern - z.B. - der sog. liberale Strafvollzug, der in der aktuellen Ausgabe aus der Sicht der Betroffenen diskutiert wird, oder die Gefahr, daß eine der US-Perversionen, der kommerzielle Knast, auch in der BRD Fuß fassen könnte.

blickpunkt - Die News aus Santa Fu. A5, 44 S., kostenfrei (Spenden erwünscht!). Anschrift: Redaktion blickpunkt, Am Hasenberge 26, 22335 Hamburg.

Flüchtlinge

Eine "Ortsbestimmung menschenrechtlich-demokratischer Politik inmitten einer mobilen Welt" hat das Komitee für Grundrechte und Demokratie als Denkschrift vorgelegt. Die Konsequenzen, die in der Denkschrift aus ihrer theoretischen Grundlegung - aufs gröbste verkürzt: "Wir leben in einer Welt des Zusammenhangs" - gezogen werden, werden, so die Autoren, "mit großer Wahrscheinlichkeit eine minderheitliche Politik bleiben", da es gerade an den sozialen Bedingungen fehle, "die Menschen ‚menschlicher` ‚sozialisieren` ließen und die Chance zu einem erweiterten Selbst böten." Es gelte jedoch auch, "den gut ausgeleuchteten utopischen Horizont in uns selbst wachzuhalten gegen die düstere Realanalyse." Ein wenig anders formuliert, war dies einst auch ein Ansatz der bundesdeutschen radikalen Linken, Sozialisten, Kommunisten ...

Flüchtlingen in einer Welt von Mauern. Hg. vom Komitee für Grundrechte und Demokratie, Köln 1995. A5, 88 S., Einzelex. 6 DM. Versand (ausschließl. gegen Vorauszahlung, V-Scheck): Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., An der Gasse 1, 64759 Sensbachtal.

Antifaschismus

In einer zweiten, aktualisierten Ausgabe ist die Dokumentation Die Anti-Antifa und der Einblick. Drahtzieher und Hintergründe erschienen. In 21 Abschnitten ("Schaubilder") werden Anti-Antifa-Gruppen, die Querverbindungen zu anderen rechtsextremistischen Verbänden, auch im Ausland, und die Produzenten und Helfershelfer der Anti-Antifa vorgestellt.

Die Anti-Antifa und der Einblick. 2. aktual. Aufl., Februar 1995. A4, 30 S., 4 DM plus 2 DM Porto bei Einzelbezug. Versand (nur gegen Vorkasse): Bildungs- und Solidaritätswerk Anna Seghers e.V., Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden.

45. Quelldatei pds.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak377/pds.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:pds

Exorzismus bei der PDS

Der Kampf gegen Sektierer und Unterwanderungsversuche

"In der PDS haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden." (aus dem Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus)

"Die Strategie der PDS bis zum Jahr 1998 ist sowohl auf die weitere Ausprägung des parteipolitischen Profils der PDS zu richten als auch auf den Wiedereinzug in den Bundestag." Diese Forderung erheben Lothar Bisky und André Brie in einem Papier ("Deutschland braucht eine neosozialistische Alternative"), das am 24.2.1995 im Pressedienst PDS Nr.8 veröffentlicht wurde. Zu den politischen Schwerpunkten der zukünftigen Arbeit zählt die Entwicklung der PDS in Westdeutschland. Als besonderes Problem wird herausgestellt, daß bisher nicht gesichert sei, ob sich die PDS in allen westdeutschen Ländern als demokratisch-sozialistische, undogmatische, pluralistische und nichtsektiererische Partei entwickelt. Erwünscht sei der Zuwachs neuer, junger Mitglieder. Angekündigt wird die Bildung eines Korrespondenzbüros, mit dem der Diskurs zwischen Landesverbänden und Gesamtpartei gestärkt und die Verantwortung für die Westentwicklung in die Hände des Parteivorstandes (PV) gelegt wird.

Diese wenigen Passagen aus dem für die innerparteiliche Diskussion gedachten mehrseitigen Strategiepapier haben für Westlinke, die in der PDS mitarbeiten, eine große Bedeutung. Sichtbar wird das in der Parteiführung weitverbreitete Unbehagen über Mitglieder, die bei der Umwandlung der PDS zu einer modernen, sozialistischen Reformpartei als hinderlich angesehen werden. Das gilt insbesondere für die erhoffte Ausdehnung der westlichen Landesverbände. Mit vielen, die sich dort bisher für die PDS engagiert haben, will man in Zukunft anders als bisher oder gar nicht mehr zusammenarbeiten.

Einschätzungen aus

dem Parteivorstand

Martin Harnack, PDS-Bundesgeschäftsführer, stellt nach dem Januar-Parteitag fest, daß die Zeiten vorbei sind, in denen die Delegierten vorgedachten Positionen einfach folgen. Dies deute zwar einerseits auf ein erfreuliches Demokratieverständnis hin, andererseits seien aber offenbar die Kräfte stärker geworden, die gegenüber dem richtigen Reformkurs aus unterschiedlichen Interessenlagen heraus Bedenken und Vorbehalte haben." (ND, 13.2.1995) Der Pluralismus der Partei, der Reformsozialisten, Radikaldemokraten, Pragmatiker, Kommunisten, Ökosozialisten, antistalinistische Fundamentalisten u.a. aufnehme, könne nur dann pragmatisch gewendet werden, "wenn alle Beteiligten damit bewußt umgehen." Für Harnack darf die PDS nicht nur das Dach einer lockeren Vereinigung unterschiedlichster oder sich ausschließender Strömungen sein: "Als Massenpartei braucht sie ein unverwechselbares Profil, und sie braucht Berechenbarkeit." (ND, 13.2.1995)

André Brie - unter dem Eindruck der Niederlage bei der Wahl um das Amt des Bundesgeschäftsführers stehend - sieht in dem Parteitag ein Zeichen dafür, "daß die PDS rückwärts gegangen" sei. Er halte sie für "nostalgischer, politikunfähiger und auch kulturärmer als vor zwei Jahren." (ND, 31.1.1995) Delegiertenschelte betreibt auch die stellvertretende Parteivorsitzende Sylvia-Yvonne Kaufmann, wenn sie behauptet, daß viele überhaupt noch nicht verstanden hätten, "daß wir als PDS in eine völlig neue Phase unserer Entwicklung getreten sind." (lt. Wolfgang Dietrich im ND vom 13.2.1995.) Im Westen stellt das die Partei vor "große, schier unlösbare Probleme." (André Brie) Hier sei die PDS für Altlinke und Organisationen wie den Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) interessant geworden. Durch den Eintritt dieser Leute werde eben keine moderne, demokratische, pluralistische Linkspartei, sondern ein vergrößerter BWK geschaffen: "Es kommen Leute aus alten kommunistischen Gruppen. Mit bestem Willen, aber engem Weltbild. Im Osten gab es einen fünfjährigen Diskussionsprozeß, im Westen war jeder vereinzelt. Da verläuft eine zweite Schiene sehr orthodoxen, anachronistischen Denkens." Taz-Autor Christoph Seils (taz, 21.2.1995) glaubt die Auffassung der

PDS-Führung wiederzugeben, wenn er die Westverbände weitgehend im Griff von Sektierern, wortradikalen Dauerdebattierern und K-Grüpplern mit orthodoxem und anachronistischem Denken sieht. (21.2.1995)

Die Probleme des Westaufbaus werden von Brigitte Fehrle in einem Artikel der Berliner Zeitung (22.2.1995) beleuchtet. Sie hat André Brie zu einer PDS-Veranstaltung nach Tübingen begleitet und offensichtlich mit PV-Frau Claudia Gohde gesprochen. Fehrle beruft sich bei ihrer Feststellung, daß etwa die Hälfte der 2.000 West-Mitglieder "Leute aus elitären Gruppen, Maoisten, Trotzkisten, Leninisten oder Stalinisten ... ehemalige aus der DKP" seien, auf die Berliner Parteizentrale. "Gysi-Sozialisten" wären nur in Bremen oder Hessen tonangebend. Für Claudia Gohde bedeute dies: "Die PDS im Westen muß sich neue Mitglieder suchen." Der Vorstand, so Brigitte Fehrle weiter, will verhindern, "daß aus Mangel an Ideen ‚einfach die alten Sachen weitergemacht werden' und Themen wie Kurdistan, die Unterstützung der RAF-Gefangenen oder die sogenannte ‚Antifa-Arbeit' die Politik der PDS bestimmen. Gohde: ‚Das schreckt ab.' Die BWKlerInnen schätzt sie als "unheimlich konservativ" ein, "an keiner Stelle ein Gewinn für die PDS." Von André Brie erfahren wir in der Berliner Zeitung, daß man für eine Erneuerung der Linken im Denken ganz offen sein solle. Dabei schlägt er den Bogen von Jutta Ditfurth bis Kurt Biedenkopf. Impulse für die Entwicklung der PDS im Westen könnten von Menschen aus der linksintellektuellen Szene, von Wissenschaftlern, Künstlern, prominenten Gewerkschaftsvertretern und linken Kirchenleuten ausgehen. "Diese Menschen sind nicht abstrakt, sie stehen für etwas und bringen ein hohes Maß an Kultur, an Gelassenheit ein." (ND, 6.2.1995) Gemeint sind Leute vom Schlage eines Pfarrer Kelp oder einer Uta Schulze-Lessel (heute PV, früher "Cosmopolitan"-Journalistin, FDP-Mitglied und Grünen-Geschäftsführerin im Europaparlament).

Mitarbeit unerwünscht -

BWK soll außen vor bleiben

Seit gut zwei Jahren treten Mitglieder des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) einzeln in die westlichen Landesverbände PDS ein (siehe ak 353). Sie nehmen das ihnen laut Parteistatut zustehende Recht wahr, eine "Arbeitsgemeinschaft Bund Westdeutscher Kommunisten bei der PDS" zu gründen, legen sich per Satzung eine Finanzautonomie zu und rufen zu zweckgebundenen Spenden an die PDS auf. Nach diesem Muster sind in fast allen Westverbänden entsprechende AG's entstanden, die dann die Verschmelzung mit dem jeweiligen Landesverband des BWK betreiben. In Bremen, Hamburg, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen ist dies bereits geschehen, in Berlin, Baden-Württemberg und Bayern ist es geplant. Obwohl dem BWK kaum mehr als 300 Personen zugerechnet werden, sieht André Brie die Gefahr, daß die West-PDS mit ihren ca. 2.000 Mitgliedern zu einem vergrößerten BWK verkommen könnte.

Der Bundesvorstand befaßt sich in einer geschlossenen Sitzung am 20.2.1995 mit dem Vorgehen des BWK. Die Verschmelzung der AG's mit den verbliebenen BWK-Landesverbänden wird als eine Organisationsvereinigung bezeichnet, die vom Vorstand der PDS nicht gewollt sei. Es werden Fragen nach den finanziellen Implikationen der Verschmelzungen gestellt, da der BWK Verpflichtungen gegenüber Publikationsorganen und parteinahen Verlagen habe. Der Vorstand stellt fest, daß Fragen des Status und der Finanzordnung der PDS betroffen seien, die auf einer der nächsten Tagungen geklärt werden müßten. Abschließend heißt es - im Gegensatz zur Äußerung Claudia Gohdes in der Berliner Zeitung -, "daß die Mitarbeit zahlreicher Genossinnen und Genossen, die aus dem BWK zur PDS gekommen sind, die Arbeit bereichert hat und ein wertvoller Zugewinn ist." (PDS-Pressedienst 8/95, S.12)

Nichtsdestotrotz werden im Karl-Liebknecht-Haus Gegenmaßnahmen ergriffen. Westkoordinatorin Gohde schickt einen Brief an alle West-Landesverbände, in dem sie fordert, die Arbeitsgemeinschaften bis auf weiteres nicht anzuerkennen. Hinter dem Vorgehen des BWK glaubt sie handfeste finanzielle Interessen zu erkennen. In einem Bericht an den Vorstand weist sie auf die Möglichkeit hin, daß die BWKlerInnen "ihre sehr hohen Spenden und Beiträge über die PDS steuerbegünstigt abführen können." (taz, 20.3.1995) Schatzmeister Dieter Bartsch weist das Ansinnen der AG BWK zurück, im Namen der PDS Spendenquittungen auszustellen. Im Vorstand sollen laut taz (21.2.1995) von einigen Ostmitgliedern sogar Statutänderungen erwogen werden, um die Wessis wieder los zu werden. Der PV faßt am 6.3. den Beschluß, eine Feststellung durch die Bundesschiedskommission herbeizuführen, wonach "die Gründung von ‚Arbeitsgemeinschaften des Bundes Westdeutscher Kommunisten in und bei der PDS' und die geplanten Verschmelzungen mit den Landesverbänden des BWK dem Statut der PDS widersprechen." Weiterhin soll die

Schiedskommission die Vermögensregelungen aufheben, die zwischen den AG's und den Landesverbänden getroffen wurden.

Den Vorwurf, der BWK betreibe eine Organisationsvereinigung, weist Christiane Schneider (AG-BWK Hamburg) zurück. Die AG's seien keine Gliederungen der Partei im Sinne des Statuts, folglich könne auch nicht von einer Vereinigung mit der PDS gesprochen werden. Sie vermutet, daß das Vorgehen des Parteivorstands eine Reaktion auf Verfassungsschutzberichte sei, wonach die PDS vom BWK unterwandert werde. Der erhoffte Zulauf aus dem linksliberalen Lager sei nur dann zu erreichen, wenn die PDS glaubhaft die Anliegen vertrete, die die Menschen bewegten. Christiane Schneider

betont, daß der PDS durch die BWK-Verschmelzung mit den AG's keinerlei finanzielle Verpflichtungen oder Nachteile entstehen könnten. Falls aus Verlagsgeschäften Verbindlichkeiten entständen, hafte dafür die Solidargemeinschaft BWK, bzw. die eingetragenen Einzelpersonen.

Sollte die Bundesschiedskommission die Verschmelzung für statutenwidrig erklären, dann würde die AG BWK Hamburg eine solche Entscheidung vor Gericht überprüfen lassen. Vom Hamburger Landesverband erwartet Christiane Schneider Unterstützung für ihre Position. Sie glaubt allerdings nicht, daß es soweit kommen wird und gibt sich konziliant: "Ich kann das in gewisser Weise verstehen, daß Mitrauen und Bedenken bestehen, aber ich meine, daß man sie ausräumen kann." Entschieden wendet sich Christiane Schneider gegen Vorwürfe, BWKlerInnen würden in sektiererischer Weise irgendeine "Wahrheit" predigen. Davon habe man sich lange verabschiedet und vertrete nun die Ansicht, daß Politik vorrangig im Diskurs zu entwickeln sei. Es gebe eben nicht nur die eine Wahrheit und man sei weit entfernt davon, im Besitz derselben zu sein.

Nun auch gegen die VSP

Die BWKlerInnen sind nicht die einzigen, die mit dem Vorwurf des Sektierertums belegt werden. Schlimmer noch trifft es den VSP, konkret dessen Mitglied Winfried Wolf, Bundestagsabgeordneter der PDS in Bonn. Dem VSP, und mit ihm Winfried Wolf, wird von André Brie in dem auszugsweise abgedruckten Interview des Schwäbischen Tagblatt (siehe Kasten) vorgeworfen, gegen die PDS zu intrigieren. Ob diese ausgesprochen wirre Attacke vom PV unterstützt wird, kann bisher noch nicht eingeschätzt werden. Brie bleibt auf Nachfrage jeden Beleg für die VSP/Alt-DKP-Intrige schuldig, spricht von einem unautorisierten Abdruck des Interviews, sieht aber für eine Richtigstellung beim Schwäbischen Tagblatt keinen Handlungsbedarf. Möglicherweise muß die Brie-Attacke vor dem Hintergrund einer heftigen Auseinandersetzung innerhalb der baden-württembergischen PDS gesehen werden. Dort streitet die "Plattform Demokratischer Sozialismus" (von der Brie zu der oben erwähnten Tübinger Veranstaltung eingeladen worden war), namentlich der Tübinger PDS-Sprecher Anton Brenner, gegen "Altkader der ML-Sekten, die Gysi am liebsten Gift geben würden ... ". (Landes-Info der PDS Baden-Württemberg, Februar 1995, S. 21) Weiter heißt es: "Wie in anderen westlichen Landesverbänden haben sich die Fundamentalisten [BWK, VSP, DKP-Konservative; KUK] in Baden-Württemberg zu einem Zweckbündnis zusammengeschlossen und ihre internen Kämpfe vorläufig zurückgestellt. ... Sie überließen es bei der Wahl Gregor Gysi, die Stimmen für die PDS aus dem Lager von SPD und Grünen zu holen und konzentrieren sich auf die innerparteiliche Kaderpolitik. Darin haben sie ja 30 Jahre Sektenerfahrung." Als sektiererische Postenjäger bezeichnet Brenner die Landessprecherin Ulrike Küster (BWK), den Bundestagsabgeordneten Winfried Wolf und den hauptamtlichen Sekretär Bernhard Strasdeit (VSP-KPD/ML). Im Landesinfo Nr.1/1995 schreibt Landesschatzmeister Richard Pitterle: "In der DKP hoffen bereits einige auf eine Bündniskandidatur zur nächsten Landtagswahl. Dieser Ansatz wird auch von Winfried Wolf unterstützt." Wolf bezeichnet dies als glatte Unwahrheit und spricht sich sowohl gegen eine Wahlteilnahme als auch gegen eine Bündniskandidatur mit der DKP aus. Er erwartet nicht nur von André Brie sondern auch von der Parteiführung eine Klarstellung zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen.

Brie untermauert in dem Interview seinen Ruf als Vordenker. So darf man gespannt sein, nähere Einzelheiten über "die großartigen Erungenschaften des Kapitalismus" (Markt, Werbung) zu erfahren. Allzu viele Linke haben den Wert dieser Errungenschaften, die dann folgerichtig in einem modernen, sozialistischen (oder auch neosozialistischen) Gesellschaftsmodell Berücksichtigung finden müßten, noch nicht voll für sich erschlossen.

Das Vereinigungs-

dilemma der PDS

Das BWK-Problem wird sich möglicherweise nicht auf die Schnelle erledigen lassen Zwar wäre es eine Überraschung, wenn die Bundesschiedskommission dem Antrag des Vorstandes nicht folgen würde. Doch es läge dann bei den Landesverbänden, ein entsprechendes Votum umzusetzen. Einige sollen bereits ihre Solidarität mit dem BWK bekundet haben. Lange, quälende Streitereien mit unbotmäßigen oder mißliebigen Westverbänden darf es allerdings nicht geben, will man nicht den bürgerlichen Medien erneut das Vergnügen eines "Sarah-Wagenknecht-Spektakels" bieten. Die herbeigesehnte Westausdehnung könnte sich dann sehr schnell als Rohrkrepierer erweisen. Denkbar ist, daß zukünftig Landesverbände mit zweierlei Maß gemessen werden. "Saubere" Gruppen wie die Bremer dürfen mit Vorstandsunterstützung z.B. bei Landtagswahlen rechnen, während "unterwanderte" Verbände mit materiellem und politischem "Liebesentzug" abgestraft werden.

Das Lamentieren über SektiererInnen der unterschiedlichsten Coloeur - jenseits der BWK-Debatte - verdeckt den Blick auf das eigentliche Problem der Westausdehnung. Die PDS steht vor demselben Dilemma wie alle anderen linken Parteien und Gruppen vor ihr. Sie verfügt über kein überzeugendes politisches Konzept, um im Westen mehr als die bekannten 0,8% harten, linken WählerInnen für sich zu gewinnen. Die konservative Hegemonie zu überwinden - daran arbeitet sich die bundesrepublikanische Linke seit Jahrzehnten ab. Sie ist weder an der eigenen Zerstrittenheit noch daran gescheitert, daß sie es weniger klug als die PDS angestellt hätte. Sie konnte weder ein theoretisches noch ein real existierendes Modell vorweisen, das in der politischen Auseinandersetzung hegemoniefähig gewesen wäre. Auch die PDS ist noch meilenweit davon entfernt, ein konsistentes Alternativkonzept zum Kapitalismus vorweisen zu können.

Das wird man ihr auch kaum vorwerfen dürfen, wohl aber, wenn sie nach der programmatischen Erneuerung nun eine personelle vorbereitet. Es wird sich heraustellen, daß Maoisten, Leninisten usw. nicht als Hindernis für den massenhaften Zustrom reputierlicher Linksliberaler gewirkt haben, sondern daß jene auf absehbare Zeit die einzigen sind, die überhaupt Bereitschaft zeigen, für die PDS im Westen kontinuierlich zu arbeiten. Zwar wird sich noch der eine oder die andere Linksliberale für eine Kandidatur auf offenen Listen finden lassen - eine explosionsartige Entwicklung der Mitgliederzahlen im Westen ist aber nur im Gefolge einer linksorientierten Massenbewegung denkbar, innerhalb der sich die PDS profilieren müßte. Den für die PDS Interesse zeigenden Jugendlichen, denen man eine Begegnung mit den Sektierern ersparen möchte, sind, falls sie in nennenswerter Zahl auftauchen, wohl am besten bei den Jungen GenossInnen aufgehoben. Sorgen muß sich die Parteiführung wohl eher um den "Gysi-Effekt" machen. Er wird im Westen in demselben Maß an Wirksamkeit verlieren, wie deutlich wird, daß sein Namensgeber nur noch für Parlamentsfixiertheit und Bündnispolitik hin zu Bündnisgrünen und gesprächsbereiten Teilen der SPD steht. So wie die politische Lage sich jetzt stellt, wird ein Kampf gegen "SektiererInnen" die West-PDS eher schwächen als stärken. Statt Ausgrenzung und Diffamierung wäre dem PV zu empfehlen, dort, wo es nicht völlig sinnlos ist, den gewiß nicht immer leichten Dialog und eine stärkere Integration zu versuchen.

46. Quelldatei versuch1.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak377/versuch1.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:versuch1

In der Reihe der anderen Bibliothek im Eichborn-Verlag ist im Januar 1995 als 121. Band eine Neuerscheinung ediert worden, "Der Fall Kurilow" von Irène Némirovski. Es handelt sich um eine Übersetzung aus dem Französischen.

Die Autorin des Romans wäre heute 92 Jahre alt. Sie ist aber nur 39 geworden, denn sie war Jüdin und wurde 1942 im Departement Saône-et-Loire von den Deutschen nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. Zu diesem Zeitpunkt hatte sie bereits mehrere Bücher veröffentlicht und war in Frankreich eine bekannte Schriftstellerin. Mit 26 schrieb sie ihren ersten Erfolgsroman "David Golder", der ebenfalls im hier beschriebenen Band als deutsche Erstausgabe enthalten ist. Irène Némirovski wurde, so sagen die biographischen Angaben im Buch, als Tochter einer aus Kiew stammenden jüdischen Bankiersfamilie geboren, die nach der Oktoberrevolution nach Frankreich emigriert war.

"Der Fall Kurilow" ist ein Roman, eine ausgedachte, bizarre, interessante und kluge Geschichte. Er wurde 1933 erstmals in Paris verlegt. Vordergründig handelt er von einem Attentat, das 1903 auf einen Minister des russischen Zaren verübt wird. Der Roman"held" ist der als Attentäter Verurteilte und geflohene frühere Revolutionär Marcel Legrand. Dieser erinnert sich im Alter an das damalige Geschehen, schreibt also seine Biographie. Und zwar keineswegs so, wie man es erwartet: Legrand hat den gut bewachten und später getöteten menschenverachtenden Erziehungsminister Kurilow für das Attentat ausspioniert, und dies sehr gründlich, denn er lebt eine Zeitlang als Leibarzt im Hause des kränklichen, dekadenten Walerian Alexandrowitsch Kurilow. Wider Willen führt dieses nahe Zusammenleben zu einer unerwarteten Komplikation: der potentielle Attentäter entdeckt am verhaßten und durchaus widerlichen Beobachtungssubjekt menschliche Züge, und es wird ihm,

47. Quelldatei versuch2.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak377/versuch2.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:377:versuch2

In der Reihe der anderen Bibliothek im Eichborn-Verlag ist im Januar 1995 als 121. Band eine Neuerscheinung ediert worden, "Der Fall Kurilow" von Irène Némirovski. Es handelt sich um eine Übersetzung aus dem Französischen.

Die Autorin des Romans wäre heute 92 Jahre alt. Sie ist aber nur 39 geworden, denn sie war Jüdin und wurde 1942 im Departement Saône-et-Loire von den Deutschen nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. Zu diesem Zeitpunkt hatte sie bereits mehrere Bücher veröffentlicht und war in Frankreich eine bekannte Schriftstellerin. Mit 26 schrieb sie ihren ersten Erfolgsroman "David Golder", der ebenfalls im hier beschriebenen Band als deutsche Erstausgabe enthalten ist. Irène Némirovski wurde, so sagen die biographischen Angaben im Buch, als Tochter einer aus Kiew stammenden jüdischen Bankiersfamilie geboren, die nach der Oktoberrevolution nach Frankreich emigriert war.

"Der Fall Kurilow" ist ein Roman, eine ausgedachte, bizarre, interessante und kluge Geschichte. Er wurde 1933 erstmals in Paris verlegt. Vordergründig handelt er von einem Attentat, das 1903 auf einen Minister des russischen Zaren verübt wird. Der Roman"held" ist der als Attentäter Verurteilte und geflohene frühere Revolutionär Marcel Legrand. Dieser erinnert sich im Alter an das damalige Geschehen, schreibt also seine Biographie. Und zwar keineswegs so, wie man es erwartet: Legrand hat den gut bewachten und später getöteten menschenverachtenden Erziehungsminister Kurilow für das Attentat